

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| 1. Einleitung | 1 |
| 2. Ausbildungsmarktsituation 2012 | 6 |
| 2.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Ausbildungsbilanz zum 30. September | 6 |
| 2.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach strukturellen Merkmalen | 11 |
| 2.3 Prognose | 18 |
| 2.4 Aktuelle Herausforderungen | 19 |
| 2.5 Integrierte Ausbildungsberichterstattung | 34 |
| 2.6 Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens | 34 |
| 3. Berufsbildungspolitische Maßnahmen und Programme | 38 |
| 3.1 Duale Ausbildung stärken, Berufsorientierung ausbauen, Ausbildungsreife sicherstellen, Übergänge in Ausbildung erleichtern, Ausbildungsabschlüsse und damit Fachkräftenachwuchs sichern ... | 38 |
| 3.1.1 Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs | 38 |
| 3.1.2 Maßnahmen und Programme zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife von Jugendlichen, individuelle Begleitung von Jugendlichen | 39 |
| 3.1.3 Maßnahmen und Programme zur Optimierung des Übergangsmanagements, des Übergangsbereichs und innovative Ansätze zur Nachqualifizierung | 44 |
| 3.1.4 Weitere Maßnahmen und Programme zur Stärkung der dualen Ausbildung | 49 |
| 3.1.5 Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege | 54 |

| | Seite |
|--|-----------|
| 3.2. Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und lebenslanges Lernen fördern, Durchlässigkeit im Bildungssystem voranbringen . . . | 55 |
| 3.2.1 Maßnahmen und Programme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung | 56 |
| 3.2.2 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen | 61 |
| 3.2.3 Maßnahmen und Programme zur Förderung der Durchlässigkeit im Bildungssystem | 62 |
| 3.3 Zukunftsorientierung des Berufsbildungssystems | 64 |
| 3.3.1 Neue und modernisierte Ausbildungsordnungen | 65 |
| 3.3.2 Neue und modernisierte Fortbildungsordnungen | 65 |
| 3.3.3 Berufsbildungsforschungsinitiative des BMBF | 66 |
| 3.3.4 Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung – ASCOT | 66 |
| 3.3.5 Früherkennung von Qualifikationsbedarf | 67 |
| 3.3.6 Digitale Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung | 68 |
| 4. Stand und Perspektive der beruflichen Bildung in der internationalen Zusammenarbeit | 69 |
| Stellungnahme und Voten zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013 | 78 |
| Verzeichnis der Übersichten | |
| Übersicht 1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Angebot und Nachfrage, 1992 bis 2012 | 8 |
| Übersicht 2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen | 12 |
| Übersicht 3 Veränderung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von 2012 zu 2011 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen | 13 |
| Übersicht 4 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Finanzierungsform | 14 |
| Übersicht 5 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Finanzierungsform und Ländern | 15 |
| Übersicht 6 Verbleib der Bewerber und Bewerberinnen für Ausbildungsstellen für einen Ausbildungsbeginn bis Ende 2012 (Nachvermittlung) | 22 |
| Übersicht 7 Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich 2005 bis 2012 | 23 |
| Übersicht 8 Bewerber und Bewerberinnen früherer Berichtsjahre (1 oder 2 Jahre vor Berichtsjahr) | 27 |
| Übersicht 9 Anfänger/Anfängerinnen in den Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung | 35 |
| Verzeichnis der Schaubilder | |
| Schaubild 1 Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, 2009 bis 2012 . . . | 9 |
| Schaubild 2 Betriebliche Ausbildungsangebote je 100 Nachfrager nach der erweiterten Definition, 2009 bis 2012 | 10 |

| | Seite | |
|---|--|----|
| Schaubild 3 | Rechnerische Einmündungsquote (REQ) und Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI), 1992 bis 2012 | 10 |
| Schaubild 4 | Die 25 im Jahr 2012 am häufigsten von jungen Frauen besetzten Berufe | 16 |
| Schaubild 5 | Die 25 im Jahr 2012 am häufigsten von jungen Männern besetzten Berufe | 16 |
| Schaubild 6 | Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen | 17 |
| Schaubild 7 | Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/Schulabgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen von 2000 bis 2025 | 19 |
| Schaubild 8 | Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber/Bewerberinnen zum 30. September | 21 |
| Schaubild 9 | Schulische Vorbildung der Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich 2011 | 24 |
| Schaubild 10 | Entwicklung der Anfängerzahlen in den Bildungsgängen des Übergangsbereichs | 26 |
| Schaubild 11 | Berufe mit einem hohem Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen am betrieblichen Gesamtangebot 2011 und 2012 | 29 |
| Schaubild 12 | Verschiebung zwischen den Sektoren 2005 bis 2012 | 12 |
| Verzeichnis der Aktivitäten | | |
| Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs | 38 | |
| Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ | 39 | |
| Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung | 39 | |
| Berufsorientierungsprogramm des BMBF in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP) | 40 | |
| Berufsberatung | 40 | |
| Berufsorientierung | 41 | |
| Förderprogramm Initiative Inklusion – Handlungsfeld Berufsorientierung | 41 | |
| Berufseinstiegsbegleitung | 42 | |
| Berufsorientierungsinitiative Arena4You | 42 | |
| Girls’ Day – Mädchen-Zukunftstag | 43 | |
| Boys’ Day – Jungen-Zukunftstag | 43 | |
| Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen | 44 | |
| Pilotprojekt coach@school | 44 | |
| Strukturprogramm „Perspektive Berufsabschluss“ | 44 | |
| JOBSTARTER CONNECT – Erprobung bundeseinheitlicher und kompetenzorientierter Ausbildungsbausteine | 45 | |
| Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ | 46 | |
| Initiative JUGEND STÄRKEN | 47 | |
| ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) | 47 | |

| | Seite |
|---|-------|
| ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt | 48 |
| Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen | 48 |
| Einstiegsqualifizierung | 49 |
| Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ | 49 |
| Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER | 50 |
| Ausbildungsplatzprogramm Ost (APO) | 51 |
| Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen | 52 |
| Ausbildungsvermittlung nach dem SGB III und SGB II | 52 |
| Ausbildungsbegleitende Hilfen | 52 |
| Außerbetriebliche Berufsausbildungen | 53 |
| BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe | 53 |
| Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS) | 53 |
| Überbetriebliche berufliche Bildung (ÜLU) im Handwerk | 54 |
| Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege | 54 |
| Entwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) | 56 |
| Bildungsprämie | 57 |
| a) Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) | 57 |
| b) Programm WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) | 57 |
| c) Initiative zur Flankierung des Strukturwandels | 58 |
| Programm „weiter bilden“ (Sozialpartner-Richtlinie) | 59 |
| ESF-Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“ | 59 |
| ESF – Programm „IdA – Integration durch Austausch“ | 59 |
| Programm „rückenwind – für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ | 60 |
| Alphabetisierung und Grundbildung | 61 |
| Lernen vor Ort | 62 |
| DECVET – Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung | 62 |
| Weiterbildungsstipendium | 63 |
| ANKOM- Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung | 63 |
| Aufstiegsstipendium | 64 |
| Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ | 64 |
| Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung – ASCOT | 66 |
| Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung in der zweiten Hälfte der UN-Dekade – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“ | 68 |
| Digitale Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung | 68 |

1. Einleitung

Die Ausbildungslage ist auch 2012 für Ausbildungsbewerber und Ausbildungsbewerberinnen positiv. Entsprechend hat sich die Zahl der Altbewerber und Altbewerberinnen (-3,3 Prozent) und die Zahl junger Menschen im Übergangsbereich (-6,4 Prozent) im Vorjahresvergleich weiter deutlich verringert.

Zwar ist 2012 ein Rückgang der Zahl der Ausbildungsverträge (-3,2 Prozent) zu konstatieren, jedoch geht dieser maßgeblich auf den gezielten Abbau außerbetrieblicher Ausbildungsverträge (-15,0 Prozent) zurück. Der Rückgang bei der Zahl betrieblicher Ausbildungsverträge (-2,5 Prozent) ist im Lichte der Rekordzahl an unbesetzt gebliebenen betrieblichen Ausbildungsplätzen zu sehen (+12,1 Prozent).

Der spürbar zunehmende Wettbewerb um Nachwuchskräfte stärkt die Position und Auswahlmöglichkeiten der Ausbildungsbewerber und Ausbildungsbewerberinnen. Der Ausbildungsmarkt 2012 war geprägt durch Schwierigkeiten von Ausbildungsbetrieben, besonders von kleinen und mittleren Unternehmen, ihre angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze ist 2012 mit 33 275 die höchste seit Jahren.

Dies ist nicht nur eine Folge des demografisch bedingten Rückgangs von Schulabgängern und Schulabgängerinnen, sondern auch des unzureichenden „Matchings“ von potenziellem Angebot und bestehender Nachfrage. Die Bundesregierung sieht dies als eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre.

Die Zahl der Schulabgänger und Schulabgängerinnen mit Haupt- und Realschulabschluss, geht weiter zurück. Verglichen mit 2005 ist hier 2012 ein Rückgang um rund -169 000 zu verzeichnen (rund -8 500 bzw. -1,6 Prozent verglichen mit 2011). Auch findet ein beachtlicher Teil der Ausbildung in vollzeitschulischer Form durch die Länder statt, insbesondere bei den Gesundheitsberufen (vergleiche Kapitel 2.6).

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass der bestehende Qualifikationsmix von beruflichen und akademischen Ausbildungen ein Erfolgsmodell und das Rückgrat der wirtschaftlichen Leistungskraft Deutschlands ist. Daher gilt es, die berufliche Bildung als tragende Säule des deutschen Bildungssystems zu erhalten und zukunftsfest auszurichten.

Dem entsprechend standen die Erschließung aller Fachkräftepotenziale und die Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung auch 2012 im Fokus der gemeinsamen Bemühungen der Bundesregierung und der Wirtschaft.

Einerseits waren dies Maßnahmen zur frühzeitigen Kooperation und Berufsorientierung mit und in der Schule im Rahmen von Bildungsketten zur strukturellen Verbesserung der Übergänge in duale Ausbildung und zur gezielten Gewinnung von bislang in der dualen Ausbildung unterrepräsentierten und benachteiligten Zielgruppen.

Schwerpunkte waren hier die Optimierung der Förderinstrumente im Übergangsbereich, die Priorisierung der

Ausbildungsvorbereitung in Betrieben, die Abstimmung von Bund und Ländern zur Kohärenz der künftigen Fördermaßnahmen über den Europäischen Sozialfonds und der Prozess zur Erweiterung der Ausbildungsbausteine auf zusätzliche Ausbildungsberufe.

Außerdem standen der deutliche Ausbau der Bildungsketten-Initiative und der Berufsorientierungsmaßnahmen in den Schul-Abschlussklassen und neue Initiativen zur Stärkung des Ausbildungsinteresses von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen im Vordergrund.

Darüber hinaus zielten die Maßnahmen auf die Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung durch bundesweite Informationskampagnen zur beruflichen Aus- und Fortbildung und deren Karrierechancen auch und gerade für Leistungsstarke, und auf die Verbesserung von Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit von Berufsbildungs- und Hochschulbereich.

Ein wichtiger Meilenstein war 2012 zudem die Verabschiedung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR), in dem Meister und Fachwirte im Niveau dem Bachelor-Abschluss gleichgestellt sind. Weitere wichtige Ergebnisse waren der Ausbau von Aufstiegsstipendien für beruflich Qualifizierte, die Fortsetzung der Begabtenförderung berufliche Bildung und die Aktualisierung des Jobstarter-Programms, das künftig primär Innovationen und Reformthemen der beruflichen Bildung, etwa zur Verbesserung der Gleichwertigkeit beruflicher Bildung, aber auch zur Gewinnung von Studienabbrechern für die berufliche Bildung befördern wird.

Zugleich hat die berufliche Bildung in Deutschland – mit dem dualen System als tragende Säule – 2012 in der Europäischen und internationalen Zusammenarbeit eine neue Orientierungsrolle für andere Staaten eingenommen. Die EU-Zielsetzungen in der beruflichen Bildung bis 2020, die primär auf nationale Systemreformen gerichtet sind, setzen auf das duale Prinzip, auf die enge Verzahnung von Schule und Wirtschaft, die Arbeitsmarktrelevanz der Ausbildung und die Einführung von Berufsausbildungssystemen.

Das BMBF hat dies 2012 mit einer Europäischen Ministerinitiative zur praxisorientierten Berufsausbildung forciert, die von sieben Europäischen Ministern mit einem gemeinsamen Memorandum und konkreten bilateralen Maßnahmepaketen besiegelt wurde.

Die Europäische Kommission hat diese Initiative aktiv unterstützt und zum Startpunkt einer „Europäische Allianz für Lehrlingsausbildung“ erklärt, die im neuen Kommissions-Strategiepapier „Rethinking Education“ („Neue Denkansätze für die Bildung“) verankert wurde und ab 2013 Europaweit umgesetzt werden soll.

Eine zentrale internationale Plattform für die Präsentation der dualen Ausbildung wird 2013 die von Deutschland erstmals nach über 40 Jahren ausgerichtete und vom BMBF maßgeblich geförderte Berufsweltmeisterschaft Worldskills sein, auf der sich die leistungsstärksten Aus-

zubildenden aus rund 60 Staaten in knapp 50 Berufen messen werden. Ein Rahmenprogramm mit gemeinsamen Konferenzen des BMBF und der EU, der OECD und weiteren internationalen Partnern wird das Thema der Attraktivitätssteigerung beruflicher Bildung im Fokus haben.

Gründe für diese positive Entwicklung der internationalen Berufsbildungskoooperation in Anlehnung an das deutsche Modell sind nicht nur die relative Stabilität des dualen Systems im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern auch das Spitzenranking Deutschlands mit der EU-weit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit (8,0 Prozent, zum Vergleich EU-27 23,4 Prozent, Spanien und Griechenland weit über 50 Prozent), das hohe Qualifikationsniveau deutscher Fachkräfte und der gute Übergang in den Arbeitsmarkt nach der Ausbildung. Mehrere EU-Staaten haben bereits Reformschritte in Richtung des dualen Systems eingeleitet. Auch die in der Vergangenheit stark auf tertiäre Ausbildung fokussierte OECD hat in internationalen Vergleichsstudien die Bedeutung und Leistungsfähigkeit des dualen Systems unterstrichen.

Die Bundesregierung wird dies nutzen, um den dualen Systemansatz in internationalen, supranationalen und bilateralen Strategien und Reformprozessen aktiv zu platzieren und eine dual orientierte Ausbildung mit konkreten Kooperationsvereinbarungen mit Partnerländern zu verwirklichen. Dabei werden die Sozialpartner beteiligt. Beim Bundesinstitut für Berufsbildung wird vom BMBF zur Unterstützung dieses Prozesses eine Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation eingerichtet.

2. Ausbildungsmarktsituation 2012

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist für viele Jugendliche auch 2012 gut. Die Steigerung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen der letzten Jahre hat sich aber nicht fortgesetzt. Zum Stand 30. September 2012 wurden 551 272 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das sind -18 108 (-3,2 Prozent) weniger als im Vorjahr.

Die Vertragsrückgänge sind zum Teil als eine Folge der demografischen Entwicklung und des gezielten Abbaus der außerbetrieblichen Ausbildung zu sehen (-15,0 Prozent). Aber auch die im Jahresverlauf nachlassenden Konjunkturaussichten können sich negativ auf die Neuabschlusszahlen ausgewirkt haben. Auch weniger betriebliche Ausbildungsverträge wurden neu abgeschlossen als 2011(-2,5 Prozent). Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA) blieben aber auch mehr betriebliche Ausbildungsstellen unbesetzt (+3 586 bzw. +12,1 Prozent).

Auf der Nachfrageseite hat die Zahl der unversorgten Bewerber, die weder in eine Berufsausbildungsstelle noch in eine Alternative einmündeten, um +4 325 (+38,2 Prozent) zugenommen. Das Ergebnis ist ein Indiz für wachsende Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt und zunehmende Schwierigkeiten, betriebliches Angebot und Nachfrage regional und beruflich zusammenzuführen. Die Bundesregierung sieht hier eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. Sie appelliert an die

Wirtschaft und an die jungen Menschen, noch mehr Flexibilität zu zeigen. Alle Chancen müssen genutzt werden, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern und den jungen Menschen in Deutschland eine Qualifizierungsperspektive zu bieten.¹

Der Ausbildungsmarkt in Deutschland zeigt sich aber weiterhin strukturell gefestigt. Das rechnerische Verhältnis zwischen betrieblichem Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen lag erneut leicht über dem Vorjahresniveau. Die Zahl der jungen Menschen, die statt in eine Ausbildung zunächst in Maßnahmen des Übergangsbereichs einmündet, konnte weiter reduziert werden (-6,4 Prozent). Das gilt auch für die Zahl der Altbewerber und Altbewerberinnen (-3,3 Prozent). Das duale Ausbildungssystem trägt wesentlich dazu bei, dass Deutschland im Europäischen Vergleich mit 8,0 Prozent die niedrigste Jugendarbeitslosenquote aufweist.

Kapitel 2 beschreibt die Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt 2012 und identifiziert Handlungsbedarf, damit alle vorhandenen Potenziale für die Berufsausbildung und somit auch zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland genutzt werden können (vergleiche Kapitel 2.1 bis 2.5). Ein gesondertes Unterkapitel befasst sich mit der Entwicklung der Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens und mit berufspolitischen Entwicklungen in der Pflege (vergleiche Kapitel 2.6). Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kommt der Ausbildung in diesem Bereich mit Blick auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung eine immer stärkere Bedeutung zu.

2.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Ausbildungsbilanz zum 30. September

Nach den Ergebnissen der Erhebung des BIBB bei den zuständigen Stellen wurden im Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012 bundesweit 551 272 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das sind -18 108 beziehungsweise -3,2 Prozent weniger als 2011.²

Der Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist einerseits auf den gezielten Abbau der außerbetrieblichen Ausbildung zurückzuführen (-15 Prozent). Es wurden aber auch weniger betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen (-2,5 Prozent).³

Von den Vertragsrückgängen waren sowohl alte als auch neue Länder betroffen. In den alten Ländern sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -12 517 bzw. -2,6 Prozent auf 472 368. In den neuen Ländern ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -5 591 bzw. -6,6 Prozent auf 78 904 zurück.

¹ Die Programme, mit denen die Bundesregierung Berufsorientierung und Ausbildungsreife sowie die passgenaue Vermittlung von Auszubildenden an Betriebe fördert, sind in Kapitel 3 dargestellt.

² Aufgrund von Korrekturmeldungen im Bereich Handwerk hat das BIBB eine Revision der 2011er Daten vorgenommen. Insofern kommt es zu Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen.

³ Vergleiche ausführlicher Kapitel 2.2

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA))

Die BA registrierte auch 2012 bundesweit mehr unbesetzte Berufsausbildungsstellen als unversorgte Bewerber und Bewerberinnen. Bei den unbesetzten Berufsausbildungsstellen wurde mit 33 275 nicht nur eine Steigerung gegenüber 2011 (+3 586 bzw. +12,1 Prozent), sondern ein neuer Höchststand erreicht. Die Schwierigkeiten der Betriebe, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen, haben demnach zugenommen. Mit 15 650 fiel aber auch die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen höher als im Vorjahr aus (+4 325 bzw. +38,2 Prozent).

Die alten Länder verzeichneten einen Anstieg der unbesetzten Berufsausbildungsstellen um +2 609 bzw. +10,7 Prozent auf 26 990. Die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen nahm hier um +2 309 bzw. +27,9 Prozent auf 10 596 zu. In den neuen Ländern stieg die Zahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen um +988 bzw. +19,1 Prozent auf 6 163. Noch unversorgt waren 5 052 Bewerber und Bewerberinnen, +2 018 bzw. +66,5 Prozent mehr als 2011.

Der Überhang an unbesetzten Stellen hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas verringert. Er sank im Bundesgebiet von +18 364 im Jahr 2011 auf +17 625 im Jahr 2012. Rein rechnerisch hätte aber auch 2012 jede der noch unbesetzten Ausbildungsstellen mehr als zweimal besetzt werden können. Dass dies nicht gelang, ist zum Beispiel darauf zurückzuführen, dass Ausbildungswünsche der Jugendlichen und angebotene Ausbildungsstellen in beruflicher oder regionaler Hinsicht nicht übereinstimmen; ein Indiz für Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt.

Über bei Agenturen für Arbeit und Jobcentern gemeldete Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September und weiterem Vermittlungswunsch in Ausbildung informiert der folgende Abschnitt sowie (ausführlicher) Kapitel 2.4.

Ausbildungsmarktbilanz

Um Aussagen zur Entwicklung der Ausbildungsbilanz treffen zu können, werden verschiedene Indikatoren zur Bewertung herangezogen:⁴

Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)

In Anlehnung an § 86 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) wird das Angebot an Ausbildungsstellen ausgewiesen als die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge aus der BIBB-Erhebung zuzüglich der bei Agenturen für Arbeit gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsplätze. Die Nachfrage errechnet sich aus der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den bei Agenturen für Arbeit und Jobcentern gemeldeten

noch unversorgten Jugendlichen⁵. Demnach betrug das Ausbildungsangebot 2012 584 547 (vergleiche Übersicht 1). Dies entspricht einem Rückgang um -14 522 (-2,4 Prozent). Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen lag bei 566 922, -13 783 (-2,4 Prozent). Die ANR lag somit mit 103,1 in etwa auf Vorjahresniveau (103,2). Sie fiel 2012 in den alten Ländern mit 103,4 (2011: 103,3) etwas günstiger aus als in den neuen Ländern mit 101,3 (2011: 102,4).

Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte ANR)

Mit der traditionellen Nachfragedefinition wird die Zahl der ausbildungssuchenden Jugendlichen nicht vollständig abgebildet. Berufsbildungsbericht und Nationaler Bildungsbericht weisen deshalb auch eine „erweiterte“ Nachfragedefinition aus, die neben den unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen auch Jugendliche einbezieht, die zwar eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen haben (z. B. berufsvorbereitende Maßnahme, Praktikum), aber weiterhin eine Vermittlung in Ausbildung wünschen.⁶ Ihre Zahl ist mit 60 379 (2011: 60 818) zwar leicht zurückgegangen (-439 beziehungsweise -0,7 Prozent). Da das Angebot an Ausbildungsstellen aber stärker gesunken ist (-2,4 Prozent, siehe oben), hat sich die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert (vergleiche Schaubild 1). Sie lag 2012 bei 93,2 (2011: 93,4). Bei der erweiterten ANR zeichnet sich eine günstigere Ausbildungsmarktsituation in den neuen Ländern ab (2012: 95,1, 2011: 96,6).⁷ Die erweiterte ANR der alten Länder lag wie im Vorjahr bei 92,8.

Wird die erweiterte ANR ausschließlich bezogen auf die rein betrieblichen Angebote berechnet (das außerbetriebliche Angebot wurde gezielt abgebaut), ist eine leichte Verbesserung der erweiterten ANR zu verzeichnen. Dies gilt für das Bundesgebiet (2012: 89,1, 2011: 88,6), alte Länder (2012: 89,6, 2011: 89,4) und neue Länder (2012: 85,8, 2011: 83,9) gleichermaßen (vergleiche Schaubild 2). Das rechnerische Verhältnis zwischen betrieblichem Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage

⁴ Das BIBB hat 2011 eine systematische Beschreibung der wichtigsten Indikatoren zur Berufs(aus)bildung vorgenommen, vergleiche www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6830

⁵ Die Inanspruchnahme der Dienste der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter ist für Jugendliche und Betriebe freiwillig. Insofern gibt es neben den bei ihnen gemeldeten Ausbildungsstellen weitere Ausbildungsstellen, die nicht gemeldet sind. Auch nutzen nicht alle Jugendliche die Beratungs- und Vermittlungsangebote der Agenturen für Arbeit.

⁶ Zu berücksichtigen ist, dass diese erweiterte Nachfragedefinition als Kriterium allein den weiteren Vermittlungswunsch der Bewerber/Bewerberinnen zugrunde legt. Unter „Versorgungsaspekten“ ist längst nicht jeder dieser Jugendlichen ohne vollqualifizierende Ausbildung. So haben von den 60 379 Bewerbern/Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September und weiterem Vermittlungswunsch 6 227 eine bereits begonnene Ausbildung fortgesetzt, weitere 1 259 befanden sich in einem Studium.

⁷ Dies ist auf einen unterschiedlichen Umgang mit erfolglosen Jugendlichen und eine andere Förderpolitik zurückzuführen (nL: mehr unversorgte Bewerber, die dann in außerbetriebliche Ausbildung einmünden (Stichwort Ausbildungsprogramm Ost); aL: mehr alternativ verbliebene Bewerber durch stärker ausgeprägten Übergangsbereich).

Übersicht 1

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Angebot und Nachfrage, 1992 bis 2012

| | Neue Ausbildungsverträge | Unbesetzte Plätze | Unversorgte Bewerber/ Bewerberinnen | "Angebot" | "Nachfrage" | "Angebots-Nachfrage-Relation" | Entwicklung zum Vorjahr | | | | | |
|--|--------------------------|-------------------|-------------------------------------|-----------|-------------|-------------------------------|-------------------------|---------|-----------|---------|-------------|---------|
| | | | | | | | Verträge | | "Angebot" | | "Nachfrage" | |
| | | | | | | | absolut | Prozent | absolut | Prozent | absolut | Prozent |
| Bundesgebiet | | | | | | | | | | | | |
| 1992 | 595.215 | 126.610 | 12.975 | 721.825 | 608.190 | 118,7 | | | | | | |
| 1993 | 570.120 | 85.737 | 17.759 | 655.857 | 587.879 | 111,6 | -25.095 | -4,2 | -65.968 | -9,1 | -20.311 | -3,3 |
| 1994 | 568.082 | 54.152 | 18.970 | 622.234 | 587.052 | 106,0 | -2.038 | -0,4 | -33.623 | -5,1 | -827 | -0,1 |
| 1995 | 572.774 | 44.214 | 24.962 | 616.988 | 597.736 | 103,2 | 4.692 | 0,8 | -5.246 | -0,8 | 10.684 | 1,8 |
| 1996 | 574.327 | 34.947 | 38.458 | 609.274 | 612.785 | 99,4 | 1.553 | 0,3 | -7.714 | -1,3 | 15.049 | 2,5 |
| 1997 | 587.517 | 25.864 | 47.421 | 613.381 | 634.938 | 96,6 | 13.190 | 2,3 | 4.107 | 0,7 | 22.153 | 3,6 |
| 1998 | 612.529 | 23.404 | 35.675 | 635.933 | 648.204 | 98,1 | 25.012 | 4,3 | 22.552 | 3,7 | 13.266 | 2,1 |
| 1999 | 631.015 | 23.439 | 29.365 | 654.454 | 660.380 | 99,1 | 18.466 | 3,0 | 18.521 | 2,9 | 12.176 | 1,9 |
| 2000 | 621.693 | 25.690 | 23.642 | 647.383 | 645.335 | 100,3 | -9.322 | -1,5 | -7.071 | -1,1 | -15.045 | -2,3 |
| 2001 | 614.236 | 24.535 | 20.462 | 638.771 | 634.698 | 100,6 | -7.457 | -1,2 | -8.612 | -1,3 | -10.637 | -1,6 |
| 2002 | 572.323 | 18.005 | 23.383 | 590.328 | 595.706 | 99,1 | -41.913 | -6,8 | -48.443 | -7,6 | -38.992 | -6,1 |
| 2003 | 557.634 | 14.840 | 35.015 | 572.474 | 592.649 | 96,6 | -14.689 | -2,6 | -17.854 | -3,0 | -3.057 | -0,5 |
| 2004 | 572.980 | 13.378 | 44.084 | 586.358 | 617.064 | 95,0 | 15.346 | 2,6 | 13.884 | 2,4 | 24.415 | 4,1 |
| 2005 | 550.180 | 12.636 | 40.504 | 562.816 | 590.684 | 95,3 | -22.800 | -4,0 | -23.542 | -4,0 | -26.380 | -4,3 |
| 2006 | 576.153 | 15.401 | 49.487 | 591.554 | 625.640 | 94,6 | 25.973 | 4,7 | 28.738 | 5,1 | 34.956 | 5,9 |
| 2007 | 625.885 | 18.359 | 32.660 | 644.244 | 658.545 | 97,8 | 49.732 | 8,6 | 52.690 | 8,9 | 32.905 | 5,3 |
| 2008 | 616.342 | 19.507 | 14.515 | 635.849 | 630.857 | 100,8 | -9.543 | -1,5 | -8.395 | -1,3 | -27.688 | -4,2 |
| 2009 | 564.307 | 17.255 | 9.603 | 581.562 | 573.910 | 101,3 | -52.035 | -8,4 | -54.287 | -8,5 | -56.947 | -9,0 |
| Neue Zeitreihe einschließlich zKT | | | | | | | | | | | | |
| 2009 | 564.307 | 17.255 | 15.487 | 581.562 | 579.794 | 100,3 | | | | | | |
| 2010 | 559.960 | 19.605 | 11.990 | 579.565 | 571.950 | 101,3 | -4.347 | -0,8 | -1.997 | -0,3 | -7.844 | -1,4 |
| 2011 | 569.380 | 29.689 | 11.325 | 599.069 | 580.705 | 103,2 | 9.420 | 1,7 | 19.504 | 3,4 | 8.755 | 1,5 |
| 2012 | 551.272 | 33.275 | 15.650 | 584.547 | 566.922 | 103,1 | -18.108 | -3,2 | -14.522 | -2,4 | -13.783 | -2,4 |
| Alte Länder | | | | | | | | | | | | |
| 1992 | 484.954 | 122.953 | 10.948 | 607.907 | 495.902 | 122,6 | | | | | | |
| 1993 | 456.959 | 83.307 | 13.905 | 540.266 | 470.864 | 114,7 | -27.995 | -5,8 | -67.641 | -11,1 | -25.038 | -5,0 |
| 1994 | 435.388 | 52.462 | 16.902 | 487.850 | 452.290 | 107,9 | -21.571 | -4,7 | -52.416 | -9,7 | -18.574 | -3,9 |
| 1995 | 436.082 | 42.889 | 18.821 | 478.971 | 454.903 | 105,3 | 694 | 0,2 | -8.879 | -1,8 | 2.613 | 0,6 |
| 1996 | 434.648 | 33.642 | 23.896 | 468.290 | 458.544 | 102,1 | -1.434 | -0,3 | -10.681 | -2,2 | 3.641 | 0,8 |
| 1997 | 448.323 | 25.112 | 30.793 | 473.435 | 479.116 | 98,8 | 13.675 | 3,1 | 5.145 | 1,1 | 20.572 | 4,5 |
| 1998 | 468.732 | 22.775 | 22.297 | 491.507 | 491.029 | 100,1 | 20.409 | 4,6 | 18.072 | 3,8 | 11.913 | 2,5 |
| 1999 | 482.213 | 22.657 | 18.517 | 504.870 | 500.730 | 100,8 | 13.481 | 2,9 | 13.363 | 2,7 | 9.701 | 2,0 |
| 2000 | 483.082 | 24.760 | 14.214 | 507.842 | 497.296 | 102,1 | 869 | 0,2 | 2.972 | 0,6 | -3.434 | -0,7 |
| 2001 | 480.183 | 23.618 | 11.962 | 503.801 | 492.145 | 102,4 | -2.899 | -0,6 | -4.041 | -0,8 | -5.151 | -1,0 |
| 2002 | 447.426 | 17.123 | 13.180 | 464.549 | 460.606 | 100,9 | -32.757 | -6,8 | -39.252 | -7,8 | -31.539 | -6,4 |
| 2003 | 434.747 | 13.994 | 22.267 | 448.741 | 457.014 | 98,2 | -12.679 | -2,8 | -15.808 | -3,4 | -3.592 | -0,8 |
| 2004 | 448.876 | 12.533 | 29.319 | 461.409 | 478.195 | 96,5 | 14.129 | 3,2 | 12.668 | 2,8 | 21.181 | 4,6 |
| 2005 | 434.162 | 11.786 | 29.334 | 445.948 | 463.496 | 96,2 | -14.714 | -3,3 | -15.461 | -3,4 | -14.699 | -3,1 |
| 2006 | 452.215 | 13.556 | 33.237 | 465.771 | 485.452 | 95,9 | 18.053 | 4,2 | 19.823 | 4,4 | 21.956 | 4,7 |
| 2007 | 500.787 | 15.953 | 23.077 | 516.740 | 523.864 | 98,6 | 48.572 | 10,7 | 50.969 | 10,9 | 38.412 | 7,9 |
| 2008 | 502.604 | 16.664 | 10.154 | 519.268 | 512.758 | 101,3 | 1.817 | 0,4 | 2.528 | 0,5 | -11.106 | -2,1 |
| 2009 | 465.309 | 14.500 | 6.903 | 479.809 | 472.212 | 101,6 | -37.295 | -7,4 | -39.459 | -7,6 | -40.546 | -7,9 |
| Neue Zeitreihe einschließlich zKT | | | | | | | | | | | | |
| 2009 | 465.309 | 14.481 | 11.141 | 479.790 | 476.450 | 100,7 | | | | | | |
| 2010 | 468.297 | 15.828 | 8.323 | 484.125 | 476.620 | 101,6 | 2.988 | 0,6 | 4.335 | 0,9 | 170 | 0,0 |
| 2011 | 484.885 | 24.381 | 8.287 | 509.266 | 493.172 | 103,3 | 16.588 | 3,5 | 25.141 | 5,2 | 16.552 | 3,5 |
| 2012 | 472.368 | 26.990 | 10.596 | 499.358 | 482.964 | 103,4 | -12.517 | -2,6 | -9.908 | -1,9 | -10.208 | -2,1 |
| Neue Länder | | | | | | | | | | | | |
| 1992 | 110.261 | 3.657 | 2.027 | 113.918 | 112.288 | 101,5 | | | | | | |
| 1993 | 113.161 | 2.430 | 3.854 | 115.591 | 117.015 | 98,8 | 2.900 | 2,6 | 1.673 | 1,5 | 4.727 | 4,2 |
| 1994 | 132.694 | 1.690 | 2.068 | 134.384 | 134.762 | 99,7 | 19.533 | 17,3 | 18.793 | 16,3 | 17.747 | 15,2 |
| 1995 | 136.692 | 1.325 | 6.141 | 138.017 | 142.833 | 96,6 | 3.998 | 3,0 | 3.633 | 2,7 | 8.071 | 6,0 |
| 1996 | 139.679 | 1.305 | 14.562 | 140.984 | 154.241 | 91,4 | 2.987 | 2,2 | 2.967 | 2,1 | 11.408 | 8,0 |
| 1997 | 139.194 | 752 | 16.628 | 139.946 | 155.822 | 89,8 | -485 | -0,3 | -1.038 | -0,7 | 1.581 | 1,0 |
| 1998 | 143.797 | 629 | 13.378 | 144.426 | 157.175 | 91,9 | 4.603 | 3,3 | 4.480 | 3,2 | 1.353 | 0,9 |
| 1999 | 148.802 | 782 | 10.848 | 149.584 | 159.650 | 93,7 | 5.005 | 3,5 | 5.158 | 3,6 | 2.475 | 1,6 |
| 2000 | 138.611 | 930 | 9.428 | 139.541 | 148.039 | 94,3 | -10.191 | -6,8 | -10.043 | -6,7 | -11.611 | -7,3 |
| 2001 | 134.053 | 917 | 8.500 | 134.970 | 142.553 | 94,7 | -4.558 | -3,3 | -4.571 | -3,3 | -5.486 | -3,7 |
| 2002 | 124.897 | 882 | 10.203 | 125.779 | 135.100 | 93,1 | -9.156 | -6,8 | -9.191 | -6,8 | -7.453 | -5,2 |
| 2003 | 122.887 | 846 | 12.748 | 123.733 | 135.635 | 91,2 | -2.010 | -1,6 | -2.046 | -1,6 | 535 | 0,4 |
| 2004 | 124.104 | 845 | 14.742 | 124.949 | 138.846 | 90,0 | 1.217 | 1,0 | 1.216 | 1,0 | 3.211 | 2,4 |
| 2005 | 116.018 | 850 | 11.154 | 116.868 | 127.172 | 91,9 | -8.086 | -6,5 | -8.081 | -6,5 | -11.674 | -8,4 |
| 2006 | 123.938 | 1.835 | 16.240 | 125.773 | 140.178 | 89,7 | 7.920 | 6,8 | 8.905 | 7,6 | 13.006 | 10,2 |
| 2007 | 125.098 | 2.338 | 9.576 | 127.436 | 134.674 | 94,6 | 1.160 | 0,9 | 1.663 | 1,3 | -5.504 | -3,9 |
| 2008 | 113.738 | 2.769 | 4.358 | 116.507 | 118.096 | 98,7 | -11.360 | -9,1 | -10.929 | -8,6 | -16.578 | -12,3 |
| 2009 | 98.998 | 2.644 | 2.697 | 101.642 | 101.695 | 99,9 | -14.740 | -13,0 | -14.865 | -12,8 | -16.401 | -13,9 |
| Neue Zeitreihe einschließlich zKT | | | | | | | | | | | | |
| 2009 | 98.998 | 2.644 | 4.343 | 101.642 | 103.341 | 98,4 | | | | | | |
| 2010 | 91.663 | 3.662 | 3.666 | 95.325 | 95.329 | 100,0 | -7.335 | -7,4 | -6.317 | -6,2 | -8.012 | -7,8 |
| 2011 | 84.495 | 5.175 | 3.034 | 89.670 | 87.529 | 102,4 | -7.168 | -7,8 | -5.655 | -5,9 | -7.800 | -8,2 |
| 2012 | 78.904 | 6.163 | 5.052 | 85.067 | 83.956 | 101,3 | -5.591 | -6,6 | -4.603 | -5,1 | -3.573 | -4,1 |

Abweichungen in der Summe von „Alte Länder“ und „Neue Länder“ zum Bundesgebiet können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben. Aufgrund von Datenrevisionen kommt es zu Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

der Jugendlichen lag 2012 somit erneut leicht über dem Vorjahresniveau.

Rechnerische Einmündungsquote

Die rechnerische Einmündungsquote (d. h. neu abgeschlossene Ausbildungsverträge je 100 Schulabgänger/Schulabgängerinnen) stellt eine starke Vereinfachung der Marktzusammenhänge dar, da sich die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht allein aus dem Kreis der aktuellen Schulabgänger und Schulabgängerinnen rekrutiert. In der Vergangenheit wurde argumentiert, dass der Vorteil dieser Größe darin besteht, dass die aktuellen Schulabgängerzahlen vergleichsweise gut mit dem Umfang eines Altersjahrgangs korrespondieren. Angesichts der doppelten Abiturientenjahrgänge kann diese Argumentation nicht länger aufrechterhalten werden, da die an einer dualen Ausbildung nur zu einem geringeren Anteil interessierten Abiturienten nun ein zu großes Gewicht erlangen. Die rechnerische Einmündungsquote hat folglich an Aussagekraft verloren. Das aktuelle Ergebnis für die neuen Länder verdeutlicht dies: 2012 lag die rechnerische Einmündungsquote bundesweit bei 64,7 (2011: 66,2). Zwar fiel sie in den neuen Ländern mit 68,0 auch 2012 noch günstiger aus als in den alten Ländern mit 64,2. Verglichen mit dem Vorjahr (83,8) verzeichneten die neuen Länder aber einen erheblichen Rückgang der rechnerischen Einmündungsquote. Hier machen sich die doppel-

ten Abiturientenjahrgänge in Berlin und Brandenburg bemerkbar.

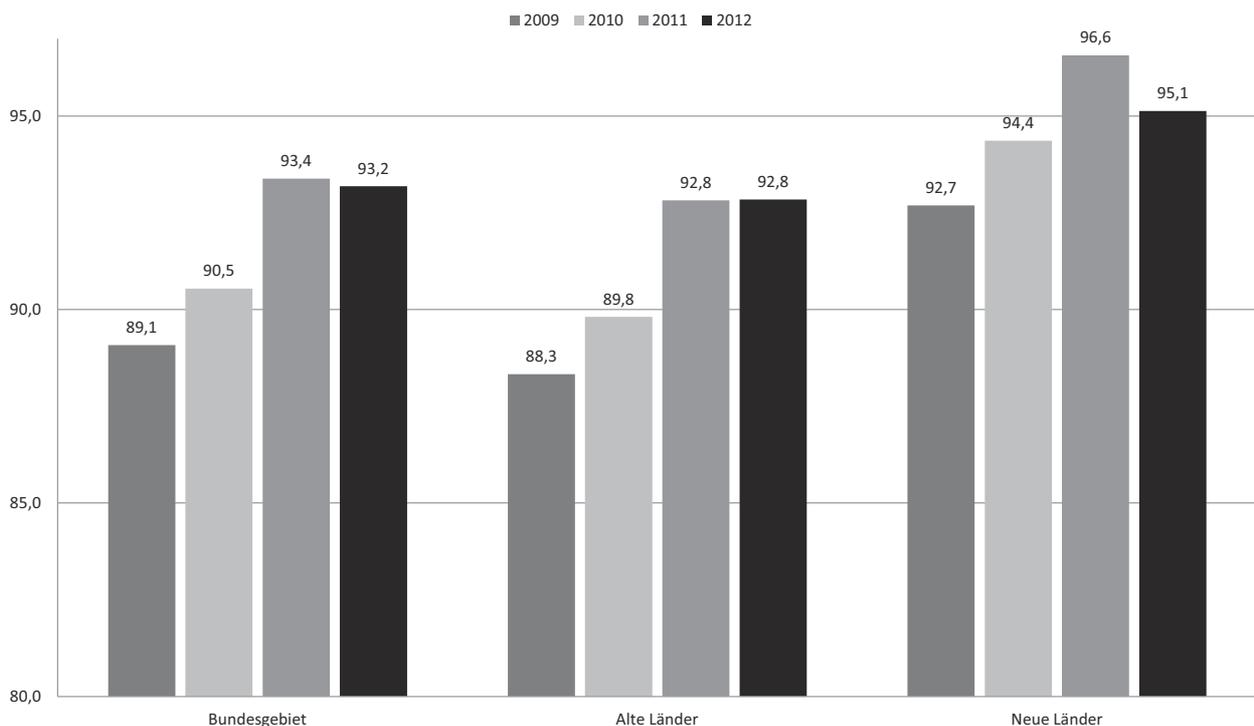
Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI)

2010 hat das BIBB einen neuen Indikator entwickelt, der nach Einschätzung des BIBB eine Alternative zur rechnerischen Einmündungsquote darstellt. Bei der sogenannten Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen wird die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.9. in Beziehung zu der Zahl aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Personen⁸ gesetzt. Gegenüber 2012 hat sich die EQI leicht verschlechtert (vergleiche Schaubild 3). Sie lag im Bundes-

⁸ Diese setzen sich zusammen aus der Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und den gemeldeten Bewerbern abzüglich der gemeldeten Bewerber, die in eine Ausbildung eingemündet sind (andernfalls käme es zu Doppelzählungen). Die Quote bezieht sich auf alle jungen Menschen, die sich im Laufe des Berichtsjahres ausbildungsinteressiert gezeigt haben. Zum Stichtag 30. September hat allerdings ein Teil der im Laufe des Jahres gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen seinen Vermittlungswunsch aufgegeben beziehungsweise ist unbekannt verblieben. Daraus kann sich insofern auch eine Doppelzählung ergeben, als sich unter den unbekannt Verbliebenen auch Bewerber und Bewerberinnen befinden dürften, die tatsächlich eine Ausbildung aufgenommen haben. Darüber hinaus gibt es auch Bewerber und Bewerberinnen, die sich aus einem bestehenden Ausbildungsverhältnis heraus beworben haben (vergleiche Kapitel 2.4).

Schaubild 1

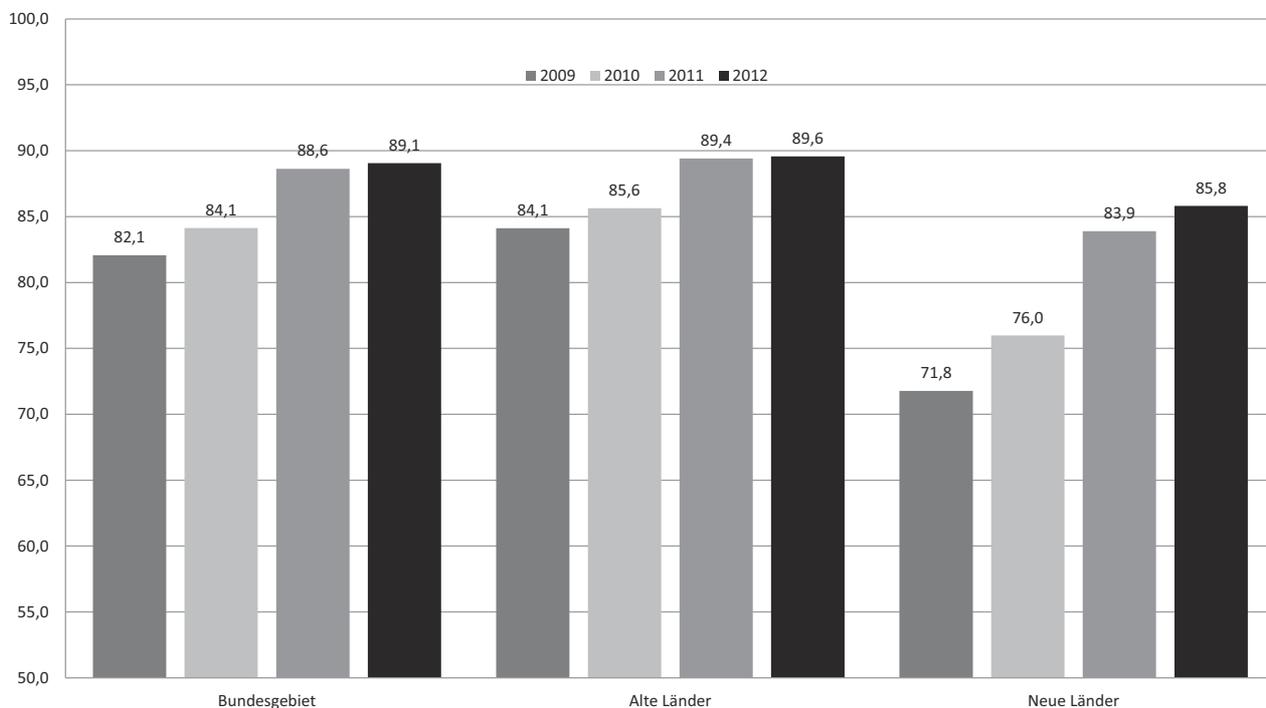
Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, 2009 bis 2012



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September; Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Schaubild 2

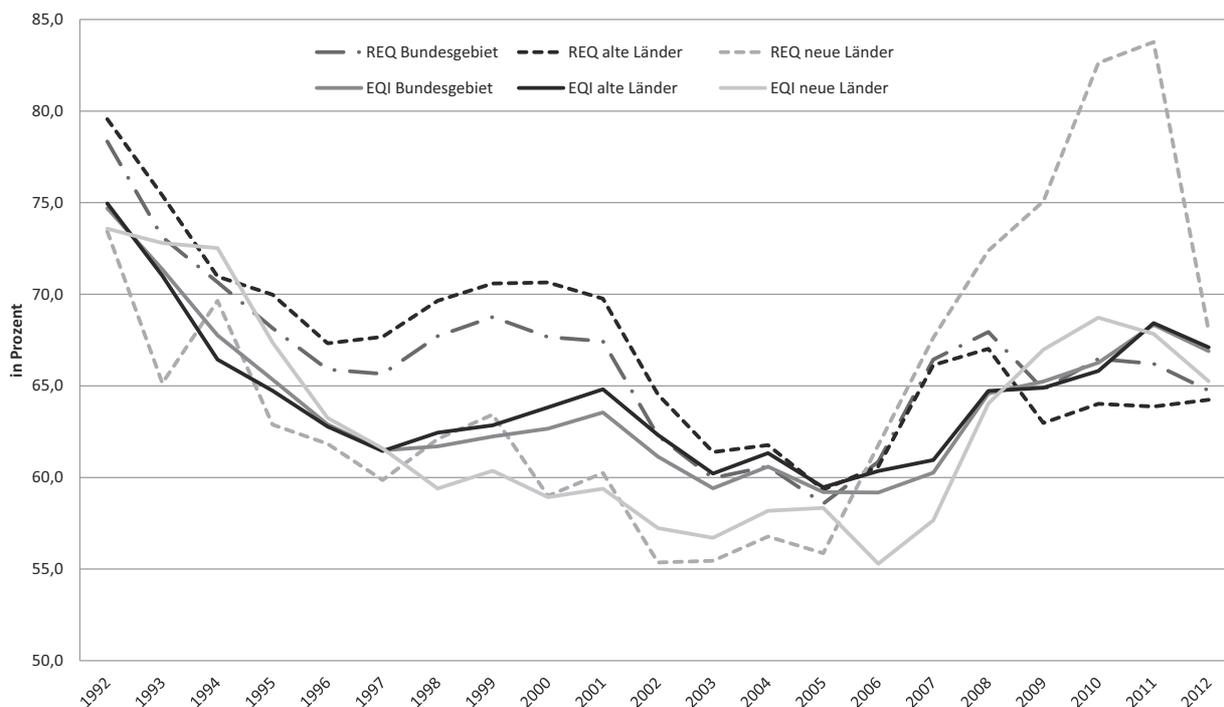
Betriebliche Ausbildungsangebote je 100 Nachfrager nach der erweiterten Definition, 2009 bis 2012



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September; Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Schaubild 3

Rechnerische Einmündungsquote (REQ) und Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI), 1992 bis 2012



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September, Statistisches Bundesamt (StBA); bis 2011 Ist-Zahlen, 2012 Schätzung, Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

gebiet bei 66,9 (2011: 68,3), in den alten Ländern bei 67,1 (2011: 68,4) und in den neuen Ländern bei 65,3 (2011: 67,8).

2.2 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach strukturellen Merkmalen

Entwicklung in den Zuständigkeitsbereichen⁹

Im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel wurden 2012 bundesweit 332 622 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies entspricht einem Anteil von 60,3 Prozent an allen Neuverträgen 2012 (2011: 60,2 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahr sank die Zahl der in Industrie und Handel neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit um -10 160 beziehungsweise -3,0 Prozent. In den alten Ländern wurden mit insgesamt 283 018 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen -6 410 Verträge (-2,2 Prozent) weniger abgeschlossen als im Vorjahr. Allerdings nahm der relative Anteil an allen Neuabschlüssen hier von 59,7 Prozent in 2011 auf 59,9 Prozent in 2012 zu. In den neuen Ländern sank die Zahl der in Industrie und Handel abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -3 750 beziehungsweise -7,0 Prozent auf 49 605. Der Anteil an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist leicht zurückgegangen (2012: 62,9 Prozent, 2011: 63,1 Prozent).

Im Handwerk wurden insgesamt 147 327 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Das entspricht einem Rückgang um -7 180 (-4,6 Prozent). Bundesweit entfielen 26,7 Prozent aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf das Handwerk (Vorjahr: 27,1 Prozent). In den alten Ländern ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -5 808 (-4,3 Prozent) auf 128 417 zurück. Auch in den neuen Ländern sind die Vertragszahlen weiter gesunken. Hier wurden nur noch 18 910 Neuabschlüsse (-1 372 beziehungsweise -6,8 Prozent verglichen mit 2011) gezählt.

Mit insgesamt 43 014 lag die Zahl der Vertragsabschlüsse in den Freien Berufen bundesweit etwas über dem Vorjahresniveau (+402 beziehungsweise +0,9 Prozent). In den alten Ländern wurde ein Anstieg um +497 beziehungsweise +1,3 Prozent auf 38 361 verzeichnet. In den neuen Ländern ging die Zahl der Neuabschlüsse um -95 bezie-

ungsweise -2,0 Prozent auf 4 653 zurück. Der Anteil der in den Freien Berufen abgeschlossenen Ausbildungsverträge an allen Ausbildungsverträgen lag mit 7,8 Prozent etwas über dem Vorjahreswert (7,5 Prozent).

Vertragsrückgänge verzeichnete der Bereich Öffentlicher Dienst. Hier wurden mit 12 103 bundesweit insgesamt -300 beziehungsweise -2,4 Prozent weniger Verträge abgeschlossen als 2011.¹⁰ Der Rückgang ist sowohl auf die alten Länder (-235 beziehungsweise -2,4 Prozent auf 9 657), als auch auf die neuen Länder (-65 beziehungsweise -2,6 Prozent auf 2 446) zurückzuführen.

Der Bereich Landwirtschaft meldete 13 260 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, -223 beziehungsweise -1,7 Prozent weniger als im Vorjahr. In den alten Ländern wurden 10 594 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (-156 beziehungsweise -1,5 Prozent). In den neuen Ländern war ein Rückgang um -67 beziehungsweise -2,5 Prozent auf 2 666 zu verzeichnen.

Besonders starke Rückgänge verzeichnete der Bereich Hauswirtschaft. Hier wurden 2012 2 764 Ausbildungsverträge abgeschlossen, -581 beziehungsweise -17,4 Prozent weniger als im Vorjahr. In den alten Ländern sank die Zahl der Neuabschlüsse um -351 (-14,1 Prozent) auf 2 143. In den neuen Ländern ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -230 (-27,0 Prozent) auf 621 zurück. Eine Ursache für die ausgeprägten Vertragsrückgänge im Bereich Hauswirtschaft dürfte im Abbau der außerbetrieblichen Ausbildung liegen, die in diesem Bereich traditionell besonders stark vertreten ist.

In der Seeschifffahrt wurden insgesamt 182 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, -66 Verträge (-26,6 Prozent) weniger als 2011. Sowohl alte (-54 beziehungsweise -23,3 Prozent auf 178), als auch neue Länder (-12 beziehungsweise -75,0 Prozent auf 4) verzeichneten starke Rückgänge.

Übersicht 2 zeigt die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereichen und Ländern. In Übersicht 3 sind die absoluten und prozentualen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsverträge

Von den 551 272 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen waren bundesweit 525 370 betrieblich (95,3 Prozent) und 25 902 außerbetrieblich (4,7 Prozent).¹¹ Die relativen Anteile haben sich weiter zugunsten der betrieblichen Ausbildung entwickelt (vergleiche Übersicht 4 Seite 14).

⁹ Die tatsächliche Ausbildungsleistung in den einzelnen Bereichen stimmt nur eingeschränkt mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Zuständigkeitsbereichen überein. So fallen Ausbildungsverträge, die der Öffentliche Dienst oder die Freien Berufe in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden von Industrie, Handel oder Handwerk für ihren jeweiligen Bereich gemeldet (Beispiel: Ausbildungsvertrag eines/einer Auszubildenden zum Kfz-Mechatroniker/zur Kfz-Mechatronikerin bei der Wehrverwaltung des Bundes wird beim Ausbildungsbereich Handwerk erfasst). Zudem nehmen in Hessen die Industrie- und Handelskammern auch für einige Berufe des Öffentlichen Dienstes die Aufgabe der zuständigen Stelle wahr, und in den Ländern Schleswig-Holstein und Hessen sind die Industrie- und Handelskammern auch die zuständigen Stellen für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft.

¹⁰ Die Ausbildungsquote der Bundesverwaltung lag mit 7,5 Prozent über der im Ausbildungspakt gegebenen Zusage von 7 Prozent (vergleiche Kapitel 3.1.1).

¹¹ Maßgeblich für die Zuordnung ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. „Außerbetrieblich“ sind demnach Ausbildungsverhältnisse, die überwiegend öffentlich finanziert sind.

Übersicht 2

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2012 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen

| Land | Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|--|----------------|----------------------|----------------|-------------|---------------|--------------|---------------|---------------------|---------------|----------------|--------------|----------------|------------|----------------|----------|------------|----------|----------|
| | Davon im Zuständigkeitsbereich: | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Insgesamt | | Industrie und Handel | | Handwerk | | Freie Berufe | | Öffentlicher Dienst | | Landwirtschaft | | Hauswirtschaft | | Seeschifffahrt | | | | |
| Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | | |
| Baden-Württemberg | 76.317 | 61,7 | 47.087 | 26,3 | 20.051 | 26,3 | 5.343 | 7,0 | 1.916 | 2,5 | 1.491 | 2,0 | 429 | 0,6 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Bayern | 95.231 | 58,8 | 55.955 | 28,7 | 27.343 | 28,7 | 8.018 | 8,4 | 1.494 | 1,6 | 2.090 | 2,2 | 331 | 0,3 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Berlin | 17.974 | 61,5 | 11.052 | 22,9 | 4.115 | 22,9 | 1.797 | 10,0 | 655 | 3,6 | 270 | 1,5 | 85 | 0,5 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Brandenburg | 11.370 | 61,9 | 7.036 | 24,1 | 2.744 | 24,1 | 602 | 5,3 | 357 | 3,1 | 518 | 4,6 | 113 | 1,0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Bremen | 6.143 | 67,7 | 4.159 | 20,3 | 1.248 | 20,3 | 495 | 8,1 | 109 | 1,8 | 56 | 0,9 | 55 | 0,9 | 21 | 0,3 | 0 | 0 | |
| Hamburg | 14.147 | 9,906 | 70,0 | 2.883 | 19,0 | 1.128 | 8,0 | 147 | 1,0 | 158 | 1,1 | 53 | 0,4 | 72 | 0,5 | 0 | 0 | 0 | |
| Hessen | 40.244 | 24,872 | 61,8 | 10.432 | 25,9 | 3.134 | 7,8 | 1.069 | 2,7 | 737 | 1,8 | 0 | 0,0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Mecklenburg-Vorpommern | 8.324 | 63,0 | 5.244 | 23,1 | 1.920 | 23,1 | 422 | 5,1 | 261 | 3,1 | 396 | 4,8 | 77 | 0,9 | 4 | 0,0 | 0 | 0 | |
| Niedersachsen | 58.236 | 32,137 | 55,2 | 17.766 | 30,5 | 4.672 | 8,0 | 1.231 | 2,1 | 2.027 | 3,5 | 335 | 0,6 | 68 | 0,1 | 0 | 0 | 0 | |
| Nordrhein-Westfalen | 124.111 | 76,518 | 61,7 | 31.109 | 25,1 | 10.983 | 8,8 | 2.562 | 2,1 | 2.377 | 1,9 | 562 | 0,5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Rheinland-Pfalz | 28.406 | 16,153 | 56,9 | 8.499 | 29,9 | 2.266 | 8,0 | 558 | 2,0 | 704 | 2,5 | 226 | 0,8 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Saarland | 8.378 | 5,031 | 60,1 | 2.444 | 29,2 | 528 | 6,3 | 129 | 1,5 | 186 | 2,2 | 60 | 0,7 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Sachsen | 18.308 | 11,850 | 64,7 | 4.262 | 23,3 | 908 | 5,0 | 585 | 3,2 | 630 | 3,4 | 73 | 0,4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Sachsen-Anhalt | 11.824 | 7,406 | 62,6 | 3.029 | 25,6 | 481 | 4,1 | 340 | 2,9 | 448 | 3,8 | 120 | 1,0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Schleswig-Holstein | 21.155 | 11,200 | 52,9 | 6.842 | 32,3 | 1.794 | 8,5 | 442 | 2,1 | 768 | 3,6 | 92 | 0,4 | 17 | 0,1 | 0 | 0 | 0 | |
| Thüringen | 11.104 | 7,016 | 63,2 | 2.840 | 25,6 | 443 | 4,0 | 248 | 2,2 | 404 | 3,6 | 153 | 1,4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| Alte Länder | 472.368 | 283,018 | 59,9 | 128.417 | 27,2 | 38.361 | 8,1 | 9.657 | 2,0 | 10.594 | 2,2 | 2.143 | 0,5 | 178 | 0,0 | 4 | 0,0 | 0 | 0 |
| Neue Länder und Berlin | 78.904 | 49,604 | 62,9 | 18.910 | 24,0 | 4.653 | 5,9 | 2.446 | 3,1 | 2.666 | 3,4 | 621 | 0,8 | 4 | 0,0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Bundesgebiet | 551.272 | 332,622 | 60,3 | 147.327 | 26,7 | 43.014 | 7,8 | 12.103 | 2,2 | 13.260 | 2,4 | 2.764 | 0,5 | 182 | 0,0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012

Übersicht 3

Veränderung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von 2012 zu 2011 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen

| Land | Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge | | | | | | | | | | | | Davon im Zuständigkeitsbereich: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|--|-------------|----------------|-------------|---------------|-------------|----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------------|--------------|------------|--------------|----------|------------|--------------|------------|----------|------------|----------|------------|---------------------|------------|----------|------------|----------|------------|----------------|------------|----------|------------|----------|------------|----------------|-----|---|-----|---|-----|----------------|--|--|--|--|--|
| | Insgesamt | | | | | | Industrie und Handel | | | | | | Handwerk | | | | | | Freie Berufe | | | | | | Öffentlicher Dienst | | | | | | Landwirtschaft | | | | | | Hauswirtschaft | | | | | | Seeschifffahrt | | | | | |
| | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | | | | | | | | | | | | |
| Baden-Württemberg | -2.496 | -3,2 | -658 | -1,4 | -1.788 | -8,2 | -87 | -1,6 | 86 | 4,7 | 44 | 3,0 | -93 | -17,8 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| Bayern | -2.515 | -2,6 | -1.294 | -2,3 | -1.316 | -4,6 | 163 | 2,1 | 70 | 4,9 | -56 | -2,6 | -82 | -19,9 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | | | |
| Berlin | -422 | -2,3 | -171 | -1,5 | -241 | -5,5 | 29 | 1,6 | 8 | 1,2 | 14 | 5,5 | -61 | -14,8 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | |
| Brandenburg | -751 | -6,2 | -701 | -9,1 | -38 | -1,4 | 36 | 6,4 | -29 | -7,5 | -9 | -1,7 | -10 | -8,1 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | |
| Bremen ¹⁾ | -76 | -1,2 | -12 | -0,3 | -47 | -3,6 | 17 | 3,6 | -26 | -19,3 | 3 | 5,7 | -10 | -15,4 | -1 | -4,5 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | |
| Hamburg | -265 | -1,8 | -355 | -3,5 | 102 | 4,0 | 9 | 0,8 | -17 | -10,4 | 15 | 10,5 | 21 | 65,6 | -40 | -35,7 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Hessen | -922 | -2,2 | -405 | -1,6 | -475 | -4,4 | 93 | 3,1 | -147 | -12,1 | 20 | 2,8 | -8 | -100,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Mecklenburg-Vorpommern | -585 | -6,6 | -388 | -6,9 | -98 | -4,9 | -56 | -11,7 | -34 | -11,5 | 27 | 7,3 | -24 | -23,8 | -12 | -75,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Niedersachsen ¹⁾ | -2.611 | -4,3 | -1.913 | -5,6 | -558 | -3,0 | 117 | 2,6 | -135 | -9,9 | -43 | -2,1 | -72 | -17,7 | -7 | -9,3 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Nordrhein-Westfalen | -2.442 | -1,9 | -1.396 | -1,8 | -1.127 | -3,5 | 170 | 1,6 | -34 | -1,3 | -48 | -2,0 | -7 | -1,2 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Rheinland-Pfalz | -564 | -1,9 | -149 | -0,9 | -417 | -4,7 | 92 | 4,2 | -33 | -5,6 | -13 | -1,8 | -44 | -16,3 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Saarland | -235 | -2,7 | -85 | -1,7 | -36 | -1,5 | -92 | -14,8 | 30 | 30,3 | 30,3 | -16,6 | -15 | -20,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | |
| Sachsen | -2.202 | -10,7 | -1.493 | -11,2 | -484 | -10,2 | -64 | -6,6 | -3 | -0,5 | -74 | -10,5 | -84 | -53,5 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | |
| Sachsen-Anhalt | -1.060 | -8,2 | -625 | -7,8 | -412 | -12,0 | -13 | -2,6 | 18 | 5,6 | -8 | -1,8 | -20 | -14,3 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Schleswig-Holstein | -391 | -1,8 | -143 | -1,3 | -146 | -2,1 | 15 | 0,8 | -29 | -6,2 | -41 | -5,1 | -41 | -30,8 | -6 | -26,1 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Thüringen | -571 | -4,9 | -372 | -5,0 | -99 | -3,4 | -27 | -5,7 | -25 | -9,2 | -17 | -4,0 | -31 | -16,8 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | |
| Alte Länder | -12.517 | -2,6 | -6.410 | -2,2 | -5.808 | -4,3 | 497 | 1,3 | -235 | -2,4 | -156 | -1,5 | -351 | -14,1 | -54 | -23,3 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| Neue Länder und Berlin | -5.591 | -6,6 | -3.750 | -7,0 | -1.372 | -6,8 | -95 | -2,0 | -65 | -2,6 | -67 | -2,5 | -230 | -27,0 | -12 | -75,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |
| Bundesgebiet | -18.108 | -3,2 | -10.160 | -3,0 | -7.180 | -4,6 | 402 | 0,9 | -300 | -2,4 | -223 | -1,7 | -581 | -17,4 | -66 | -26,6 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | | | | | | | | | | | | |

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2012

Übersicht 4

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Finanzierungsform

| Jahr | Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge | Bundesgebiet | alte Länder | neue Länder |
|---------|--|--------------|-------------|-------------|
| absolut | | | | |
| 2009 | insgesamt | 564.307 | 465.309 | 98.998 |
| | betrieblich | 518.506 | 442.439 | 76.067 |
| | außerbetrieblich | 45.801 | 22.870 | 22.931 |
| 2010 | insgesamt | 559.960 | 468.297 | 91.663 |
| | betrieblich | 518.917 | 445.821 | 73.096 |
| | außerbetrieblich | 41.043 | 22.476 | 18.567 |
| 2011 | insgesamt | 569.380 | 484.885 | 84.495 |
| | betrieblich | 538.920 | 466.191 | 72.729 |
| | außerbetrieblich | 30.460 | 18.694 | 11.766 |
| 2012 | insgesamt | 551.272 | 472.368 | 78.904 |
| | betrieblich | 525.370 | 454.801 | 70.569 |
| | außerbetrieblich | 25.902 | 17.567 | 8.335 |
| relativ | | | | |
| 2009 | insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |
| | betrieblich | 91,9% | 95,1% | 76,8% |
| | außerbetrieblich | 8,1% | 4,9% | 23,2% |
| 2010 | insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |
| | betrieblich | 92,7% | 95,2% | 79,7% |
| | außerbetrieblich | 7,3% | 4,8% | 20,3% |
| 2011 | insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |
| | betrieblich | 94,7% | 96,1% | 86,1% |
| | außerbetrieblich | 5,3% | 3,9% | 13,9% |
| 2012 | insgesamt | 100,0% | 100,0% | 100,0% |
| | betrieblich | 95,3% | 96,3% | 89,4% |
| | außerbetrieblich | 4,7% | 3,7% | 10,6% |

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

Dies ist auf den weiteren Abbau der überwiegend öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung zurückzuführen. Hier zeichneten sich deutliche Rückgänge ab. Verglichen mit 2011 sank die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge bundesweit um -4 558 (-15 Prozent) auf 25 902. Besonders stark ging die Zahl der neu abgeschlossenen außerbetrieblichen Ausbildungsverträge in den neuen Ländern zurück (-29,2 Prozent). Mit -6,0 Prozent verzeichneten aber auch die alten Länder Rückgänge.

Anders als im Vorjahr wurden aber auch weniger betriebliche Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Bundesweit ging die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge um -13 550 beziehungsweise -2,5 Prozent zurück. Die alten Länder verzeichneten einen Rückgang um -11 390 (-2,4 Prozent) auf 454 801. In den neuen Ländern sank die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge um -2 160 (-3,0 Prozent) auf 70 569.

Nach wie vor ist der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge in den neuen Ländern deutlich höher als in

den alten Ländern (vergleiche Übersicht 5). Allein aus dem höheren Anteil an außerbetrieblicher Ausbildung in den neuen Ländern ist nicht abzuleiten, dass die Ausbildungsmarktlage dort immer noch ungünstiger ist als in den alten Ländern. Es handelt sich vielmehr um die Folge eines unterschiedlichen Umgangs mit erfolglosen Ausbildungsstellenbewerbern und Ausbildungsstellenbewerberinnen und einer anderen Förderpolitik. Während für Jugendliche in den alten Ländern, die keinen Ausbildungsplatz fanden, vor allem teilqualifizierende Bildungsgänge des Übergangsbereichs zur Verfügung stehen, wurden in den neuen Ländern – auch als Reaktion auf die über Jahre hinweg deutlich schlechtere Marktsituation – viele vollqualifizierende außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildungsplätze bereit gestellt. Angepasst an die demografische Entwicklung und die damit verbundene sinkende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wurde das außerbetriebliche Ausbildungsangebot nun bewusst zurückgefahren.¹²

¹² Vergleiche Kapitel 3.1.4, Ausbildungsplatzprogramm Ost

Übersicht 5

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Finanzierungsform und Ländern

| Land | Jahr | betrieblich | außer- | insgesamt | betrieblich | außer- | insgesamt |
|------------------------|------|-------------|-------------|-----------|-------------|-------------|-----------|
| | | absolut | betrieblich | | relativ | betrieblich | |
| Baden-Württemberg | 2010 | 71.852 | 2.697 | 74.549 | 96,4 | 3,6 | 100,0 |
| | 2011 | 76.429 | 2.384 | 78.813 | 97,0 | 3,0 | 100,0 |
| | 2012 | 74.194 | 2.123 | 76.317 | 97,2 | 2,8 | 100,0 |
| Bayern | 2010 | 91.203 | 3.123 | 94.326 | 96,7 | 3,3 | 100,0 |
| | 2011 | 95.181 | 2.565 | 97.746 | 97,4 | 2,6 | 100,0 |
| | 2012 | 92.878 | 2.353 | 95.231 | 97,5 | 2,5 | 100,0 |
| Berlin | 2010 | 15.714 | 3.459 | 19.173 | 82,0 | 18,0 | 100,0 |
| | 2011 | 15.672 | 2.724 | 18.396 | 85,2 | 14,8 | 100,0 |
| | 2012 | 15.913 | 2.061 | 17.974 | 88,5 | 11,5 | 100,0 |
| Brandenburg | 2010 | 10.912 | 2.710 | 13.622 | 80,1 | 19,9 | 100,0 |
| | 2011 | 10.480 | 1.641 | 12.121 | 86,5 | 13,5 | 100,0 |
| | 2012 | 10.178 | 1.192 | 11.370 | 89,5 | 10,5 | 100,0 |
| Bremen | 2010 | 5.469 | 511 | 5.980 | 91,5 | 8,5 | 100,0 |
| | 2011 | 5.763 | 456 | 6.219 | 92,7 | 7,3 | 100,0 |
| | 2012 | 5.682 | 461 | 6.143 | 92,5 | 7,5 | 100,0 |
| Hamburg | 2010 | 13.182 | 1.200 | 14.382 | 91,7 | 8,3 | 100,0 |
| | 2011 | 13.566 | 846 | 14.412 | 94,1 | 5,9 | 100,0 |
| | 2012 | 13.323 | 824 | 14.147 | 94,2 | 5,8 | 100,0 |
| Hessen | 2010 | 36.646 | 3.588 | 40.234 | 91,1 | 8,9 | 100,0 |
| | 2011 | 38.637 | 2.529 | 41.166 | 93,9 | 6,1 | 100,0 |
| | 2012 | 38.140 | 2.104 | 40.244 | 94,8 | 5,2 | 100,0 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2010 | 8.165 | 1.714 | 9.879 | 82,7 | 17,3 | 100,0 |
| | 2011 | 7.798 | 1.111 | 8.909 | 87,5 | 12,5 | 100,0 |
| | 2012 | 7.354 | 970 | 8.324 | 88,3 | 11,7 | 100,0 |
| Niedersachsen | 2010 | 56.451 | 1.867 | 58.318 | 96,8 | 3,2 | 100,0 |
| | 2011 | 59.381 | 1.466 | 60.847 | 97,6 | 2,4 | 100,0 |
| | 2012 | 56.624 | 1.612 | 58.236 | 97,2 | 2,8 | 100,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 2010 | 115.564 | 6.746 | 122.310 | 94,5 | 5,5 | 100,0 |
| | 2011 | 120.962 | 5.591 | 126.553 | 95,6 | 4,4 | 100,0 |
| | 2012 | 118.787 | 5.324 | 124.111 | 95,7 | 4,3 | 100,0 |
| Rheinland-Pfalz | 2010 | 27.144 | 1.349 | 28.493 | 95,3 | 4,7 | 100,0 |
| | 2011 | 27.485 | 1.485 | 28.970 | 94,9 | 5,1 | 100,0 |
| | 2012 | 27.025 | 1.381 | 28.406 | 95,1 | 4,9 | 100,0 |
| Saarland | 2010 | 7.886 | 587 | 8.473 | 93,1 | 6,9 | 100,0 |
| | 2011 | 8.098 | 515 | 8.613 | 94,0 | 6,0 | 100,0 |
| | 2012 | 7.867 | 511 | 8.378 | 93,9 | 6,1 | 100,0 |
| Sachsen | 2010 | 16.653 | 5.595 | 22.248 | 74,9 | 25,1 | 100,0 |
| | 2011 | 17.323 | 3.187 | 20.510 | 84,5 | 15,5 | 100,0 |
| | 2012 | 16.584 | 1.724 | 18.308 | 90,6 | 9,4 | 100,0 |
| Sachsen-Anhalt | 2010 | 11.025 | 3.295 | 14.320 | 77,0 | 23,0 | 100,0 |
| | 2011 | 10.956 | 1.928 | 12.884 | 85,0 | 15,0 | 100,0 |
| | 2012 | 10.447 | 1.377 | 11.824 | 88,4 | 11,6 | 100,0 |
| Schleswig-Holstein | 2010 | 20.424 | 808 | 21.232 | 96,2 | 3,8 | 100,0 |
| | 2011 | 20.689 | 857 | 21.546 | 96,0 | 4,0 | 100,0 |
| | 2012 | 20.281 | 874 | 21.155 | 95,9 | 4,1 | 100,0 |
| Thüringen | 2010 | 10.627 | 1.794 | 12.421 | 85,6 | 14,4 | 100,0 |
| | 2011 | 10.500 | 1.175 | 11.675 | 89,9 | 10,1 | 100,0 |
| | 2012 | 10.093 | 1.011 | 11.104 | 90,9 | 9,1 | 100,0 |

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

Geschlechtsspezifische Differenzierung

Mehr Neuabschlüsse mit jungen Männern

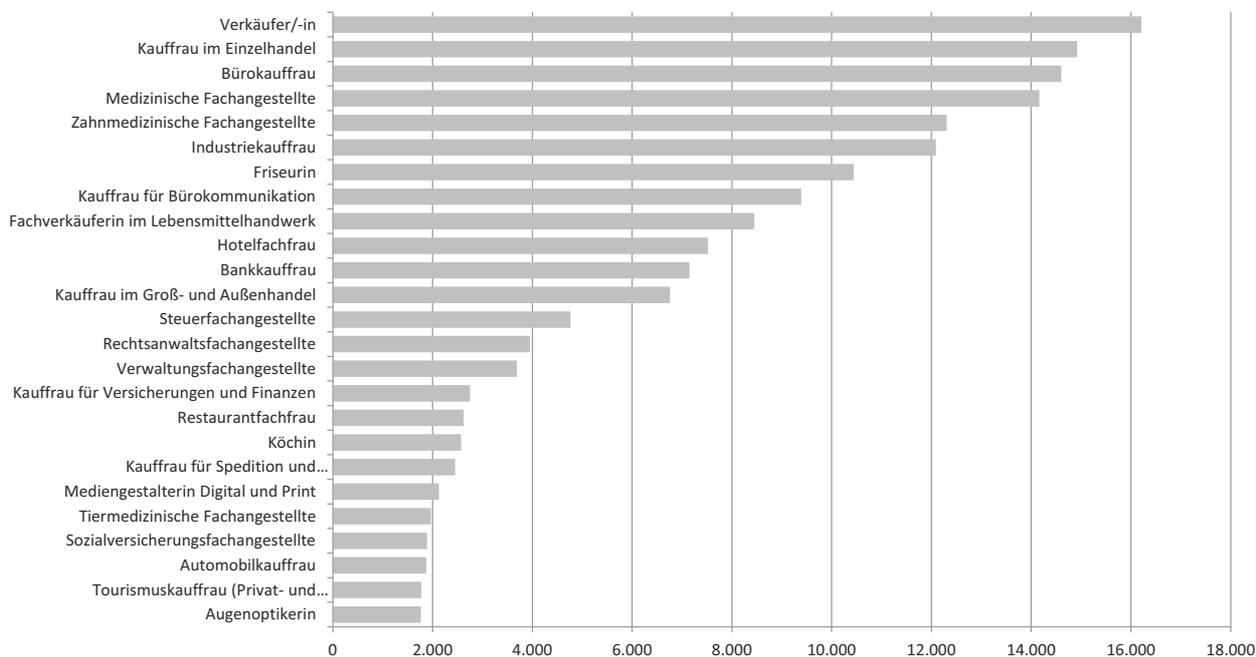
Von den 551 272 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen des Jahres 2012 wurden 327 189 (59,4 Prozent) mit jungen Männern und 224 083 (40,6 Prozent) mit jungen Frauen geschlossen. Die relativen Anteile entspre-

chen in etwa dem Vorjahresniveau (2011: 59,3 Prozent zu 40,7 Prozent).

Auch in den vergangenen Jahren lag der Anteil der mit jungen Frauen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stets unter dem der Neuabschlüsse mit jungen Männern. Dies wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass viele Berufe, die nur schulisch ausgebildet werden, auf junge

Schaubild 4

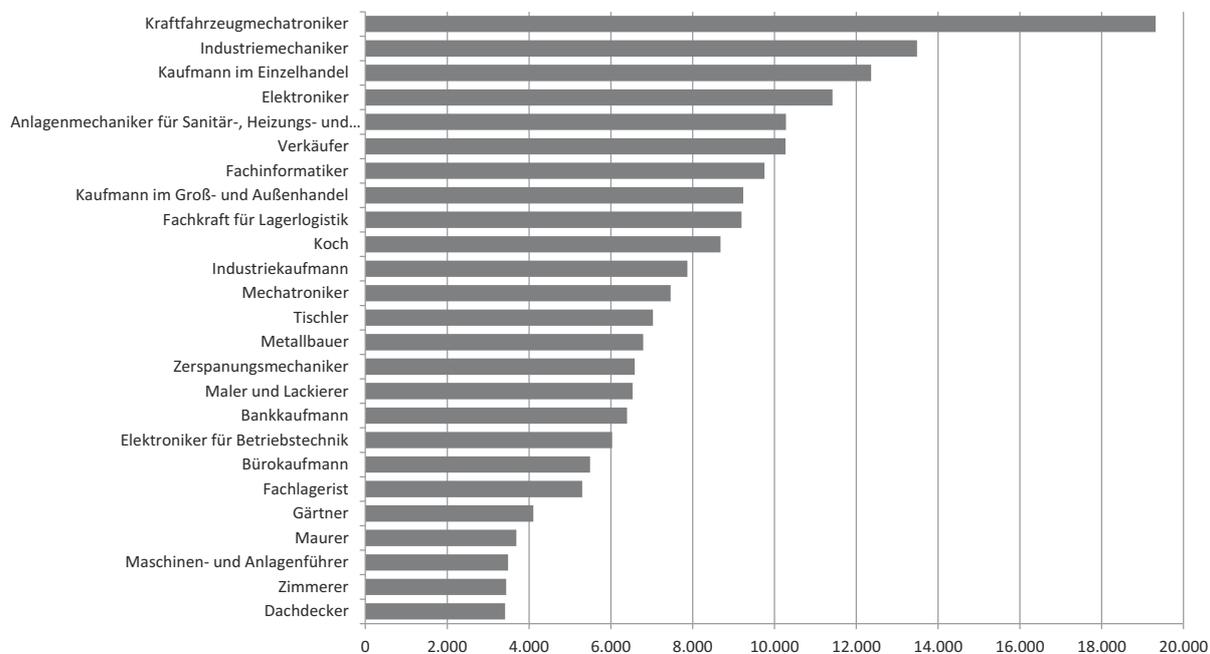
Die 25 im Jahr 2012 am häufigsten von jungen Frauen besetzten Berufe



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September 2012

Schaubild 5

Die 25 im Jahr 2012 am häufigsten von jungen Männern besetzten Berufe



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September 2012

Frauen oftmals eine höhere Attraktivität ausüben als auf junge Männer und insofern eine Alternative zu einer dualen Berufsausbildung darstellen.¹³ Ein Beispiel ist die schulische Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens.¹⁴

Frauen sind nicht nur in geringerem Maße in der dualen Berufsausbildung vertreten, sie konzentrieren sich auch auf weniger Ausbildungsberufe. Im Jahr 2012 fanden sich 75,1 Prozent aller weiblichen Ausbildungsanfänger in nur 25 Berufen wieder. Bei den jungen Männern entfielen auf die 25 am häufigsten von männlichen Jugendlichen gewählten Berufe 60,4 Prozent. Schaubild 4 und Schaubild 5 informieren über die 25 jeweils von jungen Frauen beziehungsweise jungen Männern am stärksten besetzten Berufe.

Bezogen auf die sieben Ausbildungsbereiche wiesen die Freien Berufe mit 93,7 Prozent den höchsten Anteil der mit jungen Frauen geschlossenen Verträge auf, gefolgt von der Hauswirtschaft (91,5 Prozent) und dem Öffentlichen Dienst (64,8 Prozent). In Industrie und Handel wurden 40,3 Prozent der Verträge mit jungen Frauen geschlossen. Eher niedrig war der Frauenanteil im Handwerk (24,7 Pro-

zent), in der Landwirtschaft (23,0 Prozent) und in der Seeschifffahrt (8,2 Prozent).

Zweijährige Berufe

In Berufen mit regulär zweijähriger Ausbildungsdauer¹⁵ wurden 2012 bundesweit 49 774 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, -2 203 beziehungsweise -4,2 Prozent weniger als 2011 (vergleiche Schaubild 6). Somit ist auch der Anteil der zweijährigen Berufe am gesamten Ausbildungsvolumen zuletzt leicht gesunken (2005: 7,2 Prozent, 2006: 8,1 Prozent, 2007: 8,6 Prozent, 2008: 8,6 Prozent, 2009: 9,2 Prozent, 2010: 9,5 Prozent, 2011: 9,1 Prozent, 2012: 9,0 Prozent).

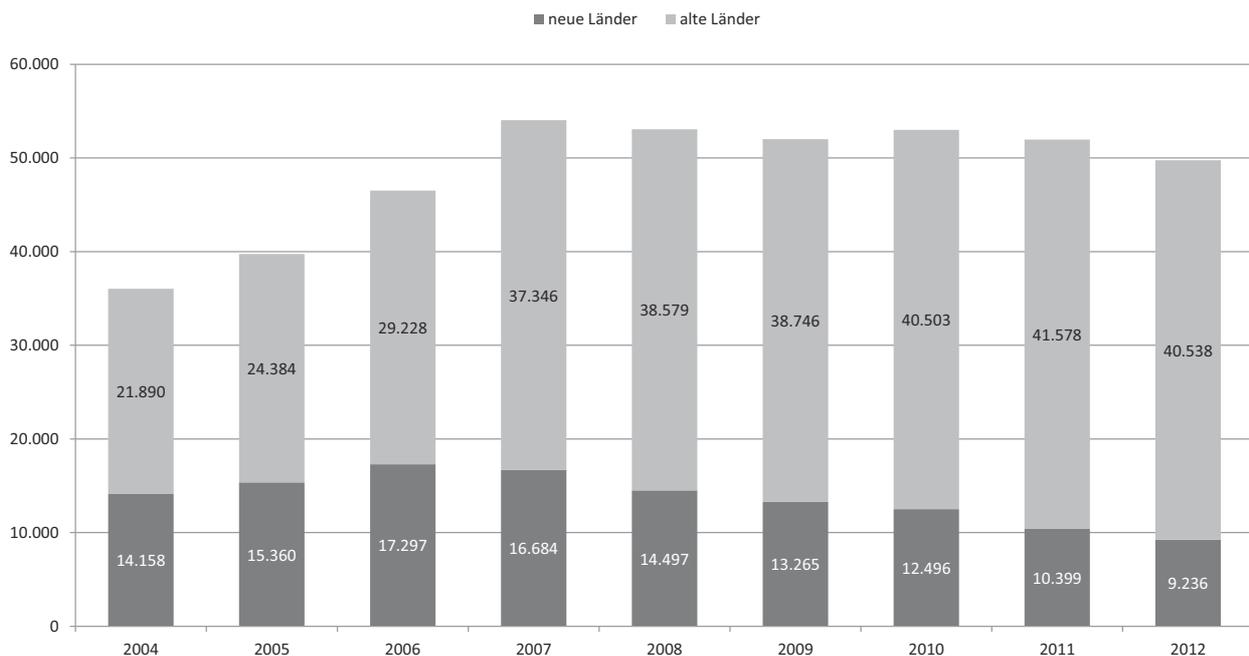
¹³ Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013 (Kapitel A 1.1) beinhaltet weitere Ergebnisse zur Ausbildungsbeteiligung nach Geschlecht

¹⁴ Von den insgesamt 196625 Schülern und Schülerinnen, die 2011/2012 eine Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens absolvierten (vergleiche Kapitel 2.6), waren 43 150 (21,9 Prozent) männlich und 153 475 (78,1 Prozent) weiblich.

¹⁵ Beispiele für zweijährige Berufe sind: Verkäufer/Verkäuferin, Fachkraft im Gastgewerbe, Servicekraft für Dialogmarketing, Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen, Hochbaufacharbeiter/Hochbaufacharbeiterin, Maschinen- und Anlageführer/Maschinen- und Anlageführerin, Fachlagerist/Fachlageristin, und Teilezurichter/Teilezurichterin. Die Frage, in welchem Ausmaß Jugendliche nach Abschluss einer zweijährigen Berufsausbildung eine Berufsausbildung fortführen, lässt sich anhand der Daten der BIBB-Erhebung zum 30. September, deren Ergebnisse hier berichtet werden, nicht beantworten. Auch die Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zum 31. Dezember kann dies aufgrund fehlender fester Personennummern nicht ausweisen. Möglich sind lediglich näherungsweise Berechnungen. Demnach führen im Berichtsjahr 2011 bis zu 27 Prozent der Absolventen/Absolventinnen zweijähriger dualer Ausbildungsberufe die Ausbildung in einem laut Ausbildungsordnung vorgesehenen dualen Ausbildungsberuf fort (vergleiche auch Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 4.4).

Schaubild 6

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September

Der Rückgang ist insbesondere auf die Entwicklung in den neuen Ländern zurückzuführen. Hier wurden mit 9 236 Neuabschlüssen -1 163 beziehungsweise -11,2 Prozent weniger Verträge in zweijährigen Berufen abgeschlossen als 2011. In den alten Ländern ging die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um -1 040 beziehungsweise -2,5 Prozent auf 40 538 zurück. Nach wie vor fiel der Anteil der Neuabschlüsse in zweijährigen Berufen in den neuen Ländern mit 11,7 Prozent aber höher aus als in den alten Ländern mit 8,6 Prozent.

Dass in den neuen Ländern relativ betrachtet mehr Neuabschlüsse in zweijährigen Berufen abgeschlossen werden als in den alten Ländern, hängt mit dem höheren Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung in den neuen Ländern zusammen. Im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung wird vergleichsweise oft in zweijährigen Berufen ausgebildet. So entfielen in den neuen Ländern 2012 30,6 Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen auf überwiegend öffentlich finanzierte („außerbetriebliche“) Ausbildungsformen. Im Vorjahr hatte der Anteil noch bei 37,1 Prozent gelegen.¹⁶ Auch hier spiegelt sich der Abbau der außerbetrieblichen Ausbildungsangebote wider.

2.3 Prognose

Rückblick auf die Prognose für 2012

Der Berufsbildungsbericht 2012 war auf Basis der Ergebnisse von PROSIMA, dem ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodell, das das BIBB für die Schätzung des Ausbildungsangebots heranzieht, für 2012 von einem leichten Anstieg des Ausbildungsangebots auf 606 200 (Punktprognose) ausgegangen. Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers¹⁷ wurde mit einem Ausbildungsangebot zwischen 587 000 und 625 000 Plätzen gerechnet. Mit insgesamt 584 547 lag das Ausbildungsangebot jetzt etwas unterhalb des Schätzintervalls. Als mögliche Ursachen können laut BIBB die zwischenzeitlich schwächere Konjunktur¹⁸ und der gezielte Abbau der außerbetrieblichen Ausbildung¹⁹ eine Rolle gespielt haben.

Prognose für 2013

Für 2013 rechnet PROSIMA mit einem weiteren Rückgang des Ausbildungsangebots auf einen Wert zwischen 539 800 und 585 200 Angebote. Die Punktprognose liegt bei 562 500. Dies entspräche einem Rückgang um rund -21 900 Angebote verglichen mit 2012.²⁰ Die Zahl der

neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird den Berechnungen zufolge in einem Bereich zwischen 525 700 bis 560 900 liegen.

Auf Nachfragerseite ist 2013 sowohl mit einem Anstieg der nichtstudienberechtigten, als auch der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen zu rechnen.

Die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen wird erstmals seit 2001 wieder zunehmen, und zwar um +17 200 bzw. +3,2 Prozent auf 551 800. Anstiege verzeichnen dabei sowohl die alten (+13 900 bzw. +3,0 Prozent), als auch die neuen Länder (+3 300 bzw. +4,7 Prozent). Dadurch ist der demografische Trend aber nicht gestoppt. Schon 2014 wird die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen wieder auf 540 500 sinken, 2015 ist dann noch mit 526 200 nichtstudienberechtigten Schulabgängern und Schulabgängerinnen zu rechnen. Der Rückgang wird sich auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzen (siehe unten).

Bedingt durch doppelte Abiturientenjahrgänge in Nordrhein-Westfalen und Hessen wird 2013 auch die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen 2013 ansteigen. Dementsprechend fällt der Zuwachs in den alten Ländern mit +29 700 bzw. +11,0 Prozent besonders deutlich aus. In den neuen Ländern sinkt die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen spürbar um -11 200 bzw. -23,5 Prozent. Der starke Rückgang hängt mit den doppelten Abiturientenjahrgängen 2012 in Berlin und Brandenburg zusammen. 2013 wurde jetzt wieder annähernd das Ausgangsniveau von vor den doppelten Abiturientenjahrgängen erreicht. Bundesweit steigt die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen um +18 500 bzw. +5,8 Prozent.

Insgesamt deutet die Vorausschätzung von PROSIMA auf eine mögliche negative Entwicklung der Ausbildungsmarktsituation 2013 hin. Diese Entwicklung muss aber nicht eintreffen. Zum einen ist die Höhe des Ausbildungsangebots von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderung zum Teil nur schwer vorherzusagen sind.²¹ Zum anderen trifft PROSIMA seine Vorausschätzungen immer auf Basis der Erfahrungswerte aus der Vergangenheit. Es ist also durchaus möglich, das Ergebnis durch gezielte Aktivitäten zu beeinflussen. Die Prognose für 2013 sollte demnach nicht als selbsterfüllende Prophezeiung missverstanden werden, sondern als Anreiz, die bisherigen Anstrengungen weiter zu intensivieren, um alle Potenziale für die duale Berufsausbildung zu nutzen. Die Bundesregierung sieht gerade auch im Anstieg der Schulabgängerzahlen 2013 eine Chance für Unternehmen, mehr Ausbildungsstellen besetzen zu können und somit ihren Fachkräftebedarf zu sichern.

¹⁶ Zum Vergleich: alte Länder 9,5 Prozent (2010: 10,9 Prozent)

¹⁷ fünfprozentige Irrtumswahrscheinlichkeit

¹⁸ Im Laufe des Jahres verschlechterte sich das Geschäftsklima und die Geschäftserwartungen der Betriebe, der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts schwächte ab, und die Betriebe meldeten der BA zunehmend weniger Ausbildungsstellen (März bis Mai 2012: jeweils Plus von über 22 000 gemeldeten Stellen im Vergleich zum Vorjahr, Juni +19 700, Juli +18 400, August +2 900, September -2 469).

¹⁹ Dieser Rückgang kann im Rahmen von PROSIMA nicht verlässlich prognostiziert werden.

²⁰ Bei den Ist-Werten für 2012 blieben hier regional nicht zuordenbare Marktteilnehmer unberücksichtigt. Deshalb leichte Abweichungen gegenüber sonstigen Darstellungen.

²¹ Vergleiche auch Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 2.

Ausblick auf die weitere Entwicklung bis 2025

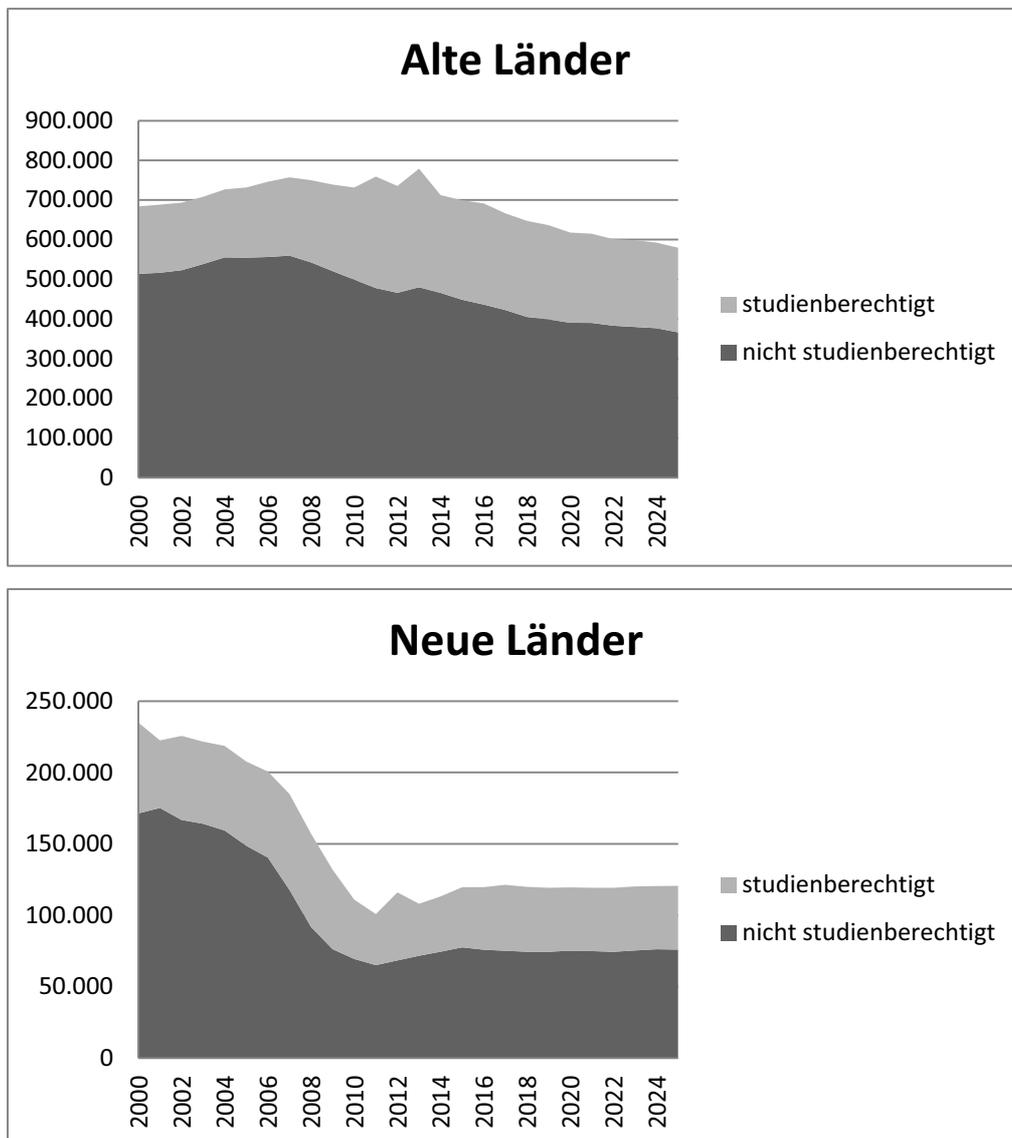
Bis 2025 wird sich die Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen aus allgemein bildenden Schulen in den neuen Ländern auf niedrigem Niveau stabilisieren. In den alten Ländern geht ihre Zahl dagegen weiter deutlich zurück (vergleiche Schaubild 7). Bundesweit wird die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen zwischen 2012 und 2025 um rund -92 200 (-17,2 Prozent) sinken. Da mittel- und langfristig zusätzlich auch die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger und Schulabgängerinnen zurückgehen wird, stehen die Unternehmen vor großen Herausforderungen.

2.4 Aktuelle Herausforderungen

Die aktuelle Ausbildungsmarktsituation ist durch zwei scheinbar widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet. Auf der einen Seite haben Betriebe zunehmend Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Auf der anderen Seite gibt es immer noch zu viele junge Menschen, denen der Einstieg in Ausbildung nicht unmittelbar gelingt. Die Stellenbesetzungsschwierigkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr weiter verschärft. Passungsprobleme am Ausbildungsstellenmarkt stellen somit eine der zentralen Herausforderung der nächsten Jahre dar. Aufgabe einer verantwortungsvollen Bildungspolitik ist es, die verschiedenen Entwicklungen

Schaubild 7

Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/Schulabgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen von 2000 bis 2025



Quelle: Kultusministerkonferenz (KMK), Statistisches Bundesamt (StBA), Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

am Ausbildungsstellenmarkt zu beobachten, um daraus Handlungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Dabei gilt es, die betriebliche Sichtweise wie auch die Perspektive der Jugendlichen²² gleichermaßen zu berücksichtigen.

Alternativ verbliebene Bewerber halten ihren Vermittlungswunsch teilweise aufrecht

Zum Ende des Vermittlungsjahres weist die BA neben den 15 650 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen noch weitere 60 379 junge Menschen aus, für die die Vermittlungsbemühungen ebenfalls weiterlaufen („Bewerber mit Alternative zum 30.9.“). Sie hatten im Jahr 2011/2012 eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen, aber unabhängig davon weiterhin nach einer Ausbildungsstelle gesucht und eine entsprechende Vermittlung durch die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter gewünscht. Im Rahmen der erweiterten Nachfragedefinition wird dieser Personenkreis bei der Ausbildungsstellenbilanzierung berücksichtigt (vergleiche Kapitel 2.1).

Wie bereits in früheren Berufsbildungsberichten dargestellt, ist dabei allerdings zu beachten, dass die erweiterte Nachfragedefinition als Kriterium allein den weiteren Vermittlungswunsch der Bewerber und Bewerberinnen zugrunde legt, also die Perspektive der ausbildungssuchenden jungen Menschen einnimmt. Unter Versorgungsaspekten ist nicht jeder Bewerber/jede Bewerberin, die seinen/ihren Vermittlungswunsch bei alternativem Verbleib aufrechterhält, ohne vollqualifizierende Ausbildung. So haben von den 60 379 Bewerbern und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September 2012 und weiterem Vermittlungswunsch zum Beispiel 6 227 eine bereits begonnene duale Ausbildung fortgesetzt (1 166 ungefordert und 5 061 gefördert), weitere 1 259 Ausbildungsstellenbewerber und Ausbildungsstellenbewerberinnen befinden sich in einem Studium (vergleiche Schaubild 8).

Positiv ist, dass der relative Anteil der Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative zum 30.9. bezogen auf alle gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen auch 2012 weiter gesunken ist (2009: 13,0 Prozent, 2010: 12,3 Prozent, 2011: 11,2 Prozent, 2012: 10,8 Prozent).

Unbefriedigend bleibt die mit 89 933 vergleichsweise hohe Anzahl von Bewerbern und Bewerberinnen aus der BA-Statistik, die keine weitere aktive Hilfe bei der Ausbildungssuche mehr nachfragten und für die keine Informationen zum Verbleib vorliegen, aber auch keine Vermittlungsbemühungen mehr laufen („andere ehemalige

Bewerber mit nicht näher bekanntem Verbleib“). Hier ist nicht auszuschließen, dass für einen Teil dieser jungen Menschen das Risiko besteht, dass sie „quasi unbemerkt“ aus dem Bildungssystem herausfallen – mit den bekannten negativen Folgen für die Beschäftigungsfähigkeit und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe. Ihr Anteil ist 2012 wieder leicht gestiegen (2009: 18,2 Prozent, 2010: 17,2 Prozent, 2011: 15,8 Prozent, 2012: 16,1 Prozent). Nach den Daten der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 war der Anteil der arbeitslosen jungen Menschen mit 28 Prozent zwar recht hoch, immerhin 13 Prozent der unbekannt Verbliebenen hatten aber auch eine Ausbildung begonnen. Neue Erkenntnisse zum tatsächlichen Verbleib dieser Jugendlichen wird die aktuelle BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 liefern, deren Ergebnisse im Laufe des Jahres 2013 vorliegen werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich der Übergang in Ausbildung nach wie vor für eine hohe Zahl an jungen Menschen schwierig gestaltet. Die Bundesregierung sieht hier Handlungsbedarf und nimmt diese Zielgruppe verstärkt in den Blick. Sie appelliert an die Wirtschaft, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen und die unversorgten Bewerber und Bewerberinnen und die Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative schnell in Ausbildung zu integrieren. An die Jugendliche appelliert sie, flexibel zu sein und vor allem auch die Angebote im Rahmen der Nachvermittlung zu nutzen.

Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen für einen Ausbildungsbeginn bis Ende 2012 – Statistik der Nachvermittlung.

Die Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit oder Jobcenter enden nicht am 30. September, sondern laufen auch im sogenannten „fünften Quartal“ weiter (sogenannte Nachvermittlungsphase²³).

Insgesamt waren 65 475 Bewerber und Bewerberinnen mit Vermittlungsauftrag für einen Ausbildungsbeginn bis Ende 2012 gemeldet, 47 484 Bewerber und Bewerberinnen aus dem letzten Berichtsjahr und 17 991 Bewerber und Bewerberinnen, die im letzten Berichtsjahr keinen Bewerberstatus hatten.

Zu den 47 484 bereits im Berichtsjahr 2011/2012 gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen, die auch nach dem 1. Oktober noch eine Vermittlung in Ausbildung wünschten, zählten neben 15 569 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen²⁴ und 18 345 weiter suchenden Bewerbern und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September auch 6 933 andere ehemalige Bewerber und Be-

²² Zu beachten ist, dass es sich bei den genannten Zielgruppen, für die aus Sicht der Bundesregierung Handlungsbedarf besteht, nicht um getrennte Gruppen handelt. Es gibt durchaus Überschneidungen. So werden z. B. Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September zum Teil auch als Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich gezählt. Altbewerber und Altbewerberinnen werden nach dem früheren Status ausgewiesen, nicht nach dem aktuellen Verbleib. Sie können sich zwischenzeitlich also in Ausbildung oder in Maßnahmen des Übergangsbereichs befinden oder auch unversorgt sein.

²³ Die Gründe für den späten Vermittlungswunsch sind vielfältig (zum Beispiel bislang noch keine Ausbildung gefunden oder eine Ausbildung abgebrochen).

²⁴ Die geringfügige Differenz zu den Ende September als unversorgt gemeldeten Bewerbern/Bewerberinnen (15 650) ist nach Auskunft der BA darauf zurück zu führen, dass einige unversorgte Bewerber/Bewerberinnen zwischenzeitlich ihren Ausbildungswunsch geändert haben und nun keine Ausbildung nach BBiG/HwO, sondern zum Beispiel eine Schulberufs- oder eine Beamtenausbildung anstreben und dann nicht mehr in der Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt erfasst sind.

Schaubild 8

Verbleib der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber/Bewerberinnen zum 30. September

| | | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | |
|--|--|---|---------|---------|---------|---------|
| Bei Agenturen für Arbeit oder Jobcentern gemeldete Bewerber/Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen 2012 559.877 | Vermittlungsauftrag abgeschlossen 483.848 | "eingemündete Bewerber" (Bewerber/Bewerberinnen, die in eine Berufsausbildungsstelle einmünden) | 259.239 | 270.994 | 279.137 | 286.522 |
| | | <i>davon</i> | | | | |
| | | <i>ungefördert</i> | 219.031 | 230.754 | 248.038 | 256.678 |
| | | <i>gefördert</i> | 40.208 | 40.240 | 31.099 | 29.844 |
| | | "andere ehemalige Bewerber" mit bekanntem Verbleib" | 110.373 | 109.230 | 105.798 | 107.393 |
| | | "andere ehemalige Bewerber" ohne Angabe eines Verbleibs" | 101.687 | 95.693 | 85.952 | 89.933 |
| | Vermittlungsauftrag läuft weiter 76.029 | "Bewerber mit Alternative zum 30.9." | 73.054 | 68.155 | 60.818 | 60.379 |
| | | Schulbildung | 16.501 | 16.148 | 17.602 | 17.602 |
| | | Studium | 578 | 627 | 757 | 1.259 |
| | | Berufsvorbereitendes Jahr | 591 | 770 | 636 | 861 |
| Berufsgrundbildungsjahr | | 1.508 | 1.858 | 1.315 | 1.395 | |
| Praktikum | | 6.535 | 6.156 | 4.990 | 4.846 | |
| bisherige Berufsausbildung | | | | | | |
| <i>davon</i> | | 8.228 | 6.370 | 5.854 | 6.227 | |
| <i>ungefördert</i> | | 1.348 | 994 | 995 | 1.166 | |
| <i>gefördert</i> | | 6.880 | 5.376 | 4.859 | 5.061 | |
| Erwerbstätigkeit | | 8.022 | 8.740 | 8.556 | 9.240 | |
| Bundeswehr/Zivildienst | | 1.192 | 867 | 425 | 306 | |
| Bundes-/Jugendfreiwilligendienst | | 1.296 | 1.430 | 2.702 | 3.034 | |
| Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme | | 20.262 | 18.343 | 13.593 | 11.948 | |
| Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme - Reha | 85 | 78 | 74 | 84 | | |
| Einstiegsqualifizierung | 4.406 | 4.242 | 3.336 | 2.513 | | |
| sonstige Förderung | 3.828 | 2.511 | 1.497 | 1.048 | | |
| sonstige Reha-Förderung | 22 | 15 | 25 | 16 | | |
| | "unversorgte Bewerber" | 15.487 | 11.990 | 11.325 | 15.650 | |

* Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird hier auf die Nennung der Alternativen bei den „anderen ehemaligen Bewerbern“ mit abgeschlossenem Vermittlungsauftrag verzichtet.

Als Bewerber/Bewerberin für Berufsausbildungsstellen zählen diejenigen bei Agenturen für Arbeit oder Jobcentern gemeldeten Personen, die im Berichtsjahr eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf wünschten und deren Eignung dafür geklärt ist (es handelt sich demnach um ausbildungsreife junge Menschen).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA); Schaubild Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

werberinnen und 6 637 eingemündete Bewerber und Bewerberinnen des letzten Berichtsjahres.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Alternative zum 30. September ist zu beachten, dass nach der Logik der Geschäftsprozesse der Agenturen für Arbeit oder der Jobcenter hier nur diejenigen Bewerber und Bewerberinnen aus dem zurückliegenden Berichtsjahr gezählt werden, die auch nach dem 1. Oktober noch ihren Wunsch

nach einer Vermittlung in Ausbildung für 2012 aktiv bekundet haben. Dies führt dazu, dass die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative mit 18 345 deutlich niedriger ausfällt als zum Stichtag 30. September mit 60 379 (vergleiche Schaubild 8). Denn angesichts des fortgeschrittenen Ausbildungsjahres nimmt der Personenkreis, der in den Monaten Oktober bis Dezember noch für das laufende Jahr eine Ausbildung anstrebt, ab. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Mehrheit dieser jungen

Menschen dann im Laufe des neuen Berichtsjahres erneut als Bewerber beziehungsweise als Bewerberin melden wird.

Erfreulich ist, dass die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen im Rahmen der Nachvermittlungskaktion²⁵ deutlich reduziert werden konnte. Waren zu Beginn noch 15 569 Bewerber und Bewerberinnen unversorgt, ist ihre Zahl bis Dezember 2012 auf 8 379 zurückgegangen. Allerdings folgt nur rund die Hälfte der Jugendlichen der Einladung zu den gemeinsamen Nachvermittlungskaktionen von zuständigen Stellen, Arbeitsagenturen und Jobcentern. Somit ist auch der Anteil der zum 30. September 2012 unversorgten Bewerber und Bewerberinnen des letzten Berichtsjahres, die anschließend keine aktive Hilfe bei der Ausbildungssuche durch Arbeitsagenturen und Jobcenter mehr wünschten und unbekannt verblieben, mit 3 053 beziehungsweise 19,6 Prozent bedauerlicherweise recht hoch.²⁶

²⁵ Vergleiche Kapitel 3.1.1

²⁶ Die damit verbundenen möglichen negativen Auswirkungen wurden bereits im vorausgehenden Abschnitt beschrieben.

1 200 (7,7 Prozent) der ehemals unversorgten Bewerber und Bewerberinnen konnten eine Berufsausbildung aufnehmen. Weitere 1 913 (12,3 Prozent) ehemals Unversorgte befanden sich Ende 2012 in einer Alternative zu einer Ausbildung, waren aber weiterhin auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle.

Über den Verbleib der Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2012 informiert Übersicht 6.

Junge Menschen im Übergangsbereich

In den letzten Jahren ist es gelungen, die Anfängerzahlen im Übergangsbereich deutlich zu reduzieren. 2011 begannen mit 284 922 erstmals weniger als 300 000 junge Menschen eine entsprechende Maßnahme.²⁷ 2012 sind die Anfängerzahlen im Übergangsbereich weiter gesunken, und zwar um -18 190 (-6,4 Prozent) auf 266 732. Verglichen mit 2005 (417 647) konnte somit ein Rückgang der Anfängerzahlen um -150 915 bzw. -36,1 Prozent erreicht werden (vergleiche Übersicht 7). Zu diesem Er-

²⁷ Aufgrund von Datenrevisionen Abweichungen zu früheren Darstellungen.

Übersicht 7

Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich 2005 bis 2012

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich) | 417.647 | 412.083 | 390.552 | 363.037 | 348.217 | 320.013 | 284.922 | 266.732 |
| Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln | 68.095 | 67.949 | 63.976 | 59.940 | 59.812 | 54.180 | 49.182 | 48.486 |
| Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann. | 58.706 | 59.341 | 55.548 | 51.776 | 49.821 | 47.478 | 44.051 | 42.046 |
| Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), vollzeitschulisch | 48.581 | 46.446 | 44.337 | 42.688 | 32.473 | 30.620 | 28.144 | 26.972 |
| Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung | 29.106 | 27.811 | 35.635 | 33.909 | 31.928 | 28.468 | 25.076 | 18.828 |
| Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inkl. einjährige (Berufs-)einstiegsklassen | 58.431 | 55.339 | 46.841 | 42.571 | 41.973 | 40.661 | 38.479 | 38.685 |
| Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag | 27.035 | 28.671 | 25.789 | 21.364 | 20.875 | 19.186 | 16.250 | 18.365 |
| Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben | 13.477 | 13.192 | 11.498 | 9.958 | 8.968 | 6.808 | 6.127 | 2.258 |
| Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen | 3.524 | 3.561 | 3.391 | 3.531 | 3.724 | 3.854 | 3.821 | 3.835 |
| Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) der BA | 91.811 | 86.171 | 80.193 | 78.080 | 77.934 | 70.020 | 58.389 | 54.699 |
| Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA | 18.881 | 23.602 | 23.344 | 19.220 | 20.709 | 18.738 | 15.403 | 12.558 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsverichterstattung.

gebnis kommt die Schnellmeldung der Integrierten Ausbildungsberichterstattung für den Berufsbildungsbericht 2013 (vergleiche Kapitel 2.5).

Der Übergangsbereich bietet jungen Menschen die Möglichkeit, ihre individuelle Chance auf die Aufnahme einer Ausbildung zu verbessern. Insofern ist es naheliegend, dass der überwiegende Teil der jungen Menschen im Übergangsbereich über vergleichsweise niedrige bzw. keinen Schulabschluss verfügt. Nach den Daten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung 2011²⁸ stellten junge Menschen mit Hauptschulabschluss mit 52,9 Prozent den größten Anteil im Übergangsbereich. 19,3 Prozent hatten keinen Hauptschulabschluss. Allerdings verfügten auch 24,6 Prozent der jungen Menschen über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Der Anteil der jungen Menschen mit Studienberechtigung im Übergangsbereich ist mit 1,6 Prozent sehr gering. Überdurchschnittlich stark waren junge Menschen mit Studienberechtigung in der Einstiegsqualifizierung vertreten (6,1 Prozent), einer Maßnahme, die hohe Übernahmequoten in Ausbildung sichert. Junge Menschen ohne Hauptschulabschluss fanden sich besonders häufig im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inklusive einjährige Berufseinstiegsklassen (74,9 Prozent), in Bildungsgängen an Berufsschulen für erwerbstätige oder erwerbslose Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag (39,6 Prozent) sowie in Bildungsgängen an Berufsschulen für Schüler und Schülerinnen ohne Aus-

bildungsvertrag, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln (34,1 Prozent).

Über die schulische Vorbildung der Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich informiert Schaubild 9.

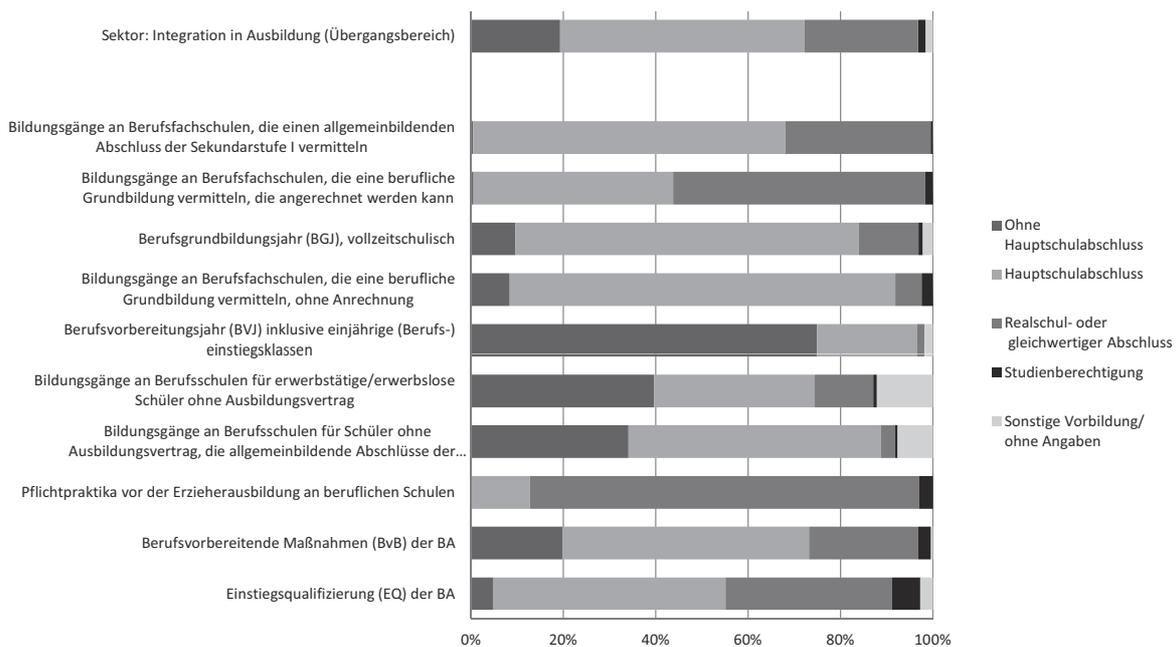
Mit einem Anteil von 42,5 Prozent sind junge Frauen in Maßnahmen des Übergangsbereichs 2011 etwas geringer vertreten als junge Männer (57,5 Prozent). Überdurchschnittlich hoch ist der Frauenanteil in den Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen (85,3 Prozent). Vergleichsweise hohe Männeranteile weisen zum Beispiel das Berufsgrundbildungsjahr (63,2 Prozent) sowie Bildungsgänge an Berufsfachschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben (61,2 Prozent), auf.

Der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen in Maßnahmen des Übergangsbereichs lag 2011 bei 16,8 Prozent. Am stärksten vertreten waren junge Ausländer und Ausländerinnen im Berufsvorbereitungsjahr inklusive einjährige Berufseinstiegsklassen (22,4 Prozent). Aber auch in Bildungsgängen an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag (20,2 Prozent) und in Bildungsgängen an Berufsschulen für Schüler und Schülerinnen ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben (19,8 Prozent), waren ausländische Jugendliche überproportional oft zu finden. Zu beachten ist, dass dieser Effekt auch mit den unterschiedlichen Schulabschlüssen zusammenhängt, die deutsche

²⁸ Differenzierte Daten zur schulischen Vorbildung liegen für 2012 noch nicht vor.

Schaubild 9

Schulische Vorbildung der Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich 2011



Quelle: Integrierte Ausbildungsberichterstattung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit

und ausländische junge Menschen mit Verlassen der allgemeinbildenden Schule erworben haben.²⁹

Die Daten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung lassen Aussagen über die Zahl der Eintritte in Maßnahmen des Übergangsbereichs zu und erlauben verschiedene Differenzierungen (Geschlecht, Nationalität, schulische Vorbildung). Sie beinhalten aber keine Informationen zu Bildungsverläufen von Personen. Hier sind ergänzende Befragungen notwendig.

Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie 2011

Aktuell liegen erste Ergebnisse der vom BMBF geförderten BIBB-Übergangsstudie 2011 vor, die Bildungs- und Berufswege junger Menschen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung untersucht.³⁰

Demnach haben 29 Prozent aller nichtstudienberechtigten Jugendlichen nach Beendigung der allgemein bildenden Schule an mindestens einer Übergangsmaßnahme teilgenommen.³¹ Von allen Jugendlichen, die ihre (erste) Übergangsmaßnahme bis zum regulären Ende durchlaufen haben, erzielten 30 Prozent einen Schulabschluss, über den sie bei Verlassen der allgemein bildenden Schule noch nicht verfügten. Von ihnen erwarben 19 Prozent den Hauptschulabschluss, 55 Prozent den mittleren Abschluss und 26 Prozent die (Fach-) Hochschulreife.

42 Prozent der Teilnehmer begannen innerhalb von 6 Monaten nach Beendigung der Maßnahme eine vollqualifizierende Ausbildung. Nach 14 Monaten hat mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Jugendlichen eine Ausbildung aufgenommen und nach 38 Monaten 70 Prozent. Ein höherer Schulabschluss wirkt sich dabei positiv auf die Einmündung aus.

Zu beachten ist, dass hier nicht die Übergänge des aktuellen Schulabgangsjahrgangs dargestellt werden, sondern der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1992, die 2011 nach ihren Bildungs- und Berufswegen rückblickend befragt wurden. Die Ergebnisse sind demnach nicht vor dem Hintergrund der aktuellen Ausbildungsmarktsituation zu bewerten, sondern umfassen die letzten Jahre, die z. T. auch durch eine deutlich ungünstigere Ausbildungsmarktsituation gekennzeichnet waren. Die immer noch vergleichsweise langen Übergangszeiten in vollqualifizierende Ausbildung sollten auch vor diesem Hintergrund interpretiert werden.

²⁹ Vergleiche Kapitel 2.4, Personen mit Migrationshintergrund

³⁰ Die vom BMBF finanzierte BIBB-Übergangsstudie 2011 (= retrospektive Längsschnitterhebung) erfasst die Bildungs- und Berufsbiografie von Personen der Geburtsjahrgänge 1987 bis 1992. Die Befragung wurde von Juli bis September 2011 mittels computergestützter Telefoninterviews als Mobilfunkhebung durchgeführt. In die Auswertungen flossen die Angaben von 5 333 Personen ein. Die Erhebungsdaten wurden durch Gewichtung nach zentralen Merkmalen (u. a. Schulabschluss, Geschlecht, Geburtsjahr) auf der Basis des Mikrozensus an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst. Vergleiche auch Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 3.3

³¹ Im Rahmen der BIBB-Übergangsstudie 2006 wurde mit 32 Prozent ein etwas höherer Wert ermittelt. Wegen abweichender Erhebungsmethoden sollte hier jedoch vorsichtig interpretiert werden.

Insgesamt liefert die Übergangsstudie 2011 eine Reihe ergänzender Informationen zum besseren Verständnis der Heterogenität des Übergangsbereichs. So wird deutlich, dass der Übergangsbereich neben der eigentlichen Funktion, nicht ausbildungsreife junge Menschen auf die Ausbildung vorzubereiten und der Überbrückungsfunktion für ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, von vielen jungen Menschen auch dazu genutzt wird, ihren Schulabschluss und somit auch ihre weiteren Bildungsoptionen zu verbessern.

Nicht für alle jungen Menschen im Übergangsbereich besteht daher aus bildungspolitischer Sicht gleichermaßen Handlungsbedarf. Für Jugendliche, die die Maßnahmen des Übergangsbereichs gezielt nutzen wollen, um einen höheren Schulabschluss zu erwerben, besteht kein Handlungsbedarf. Auch wenn die Anfängerzahlen im Übergangsbereich schon zurückgegangen sind, müssen sich die Anstrengungen weiterhin auf zwei Zielgruppen konzentrieren. Zum einen auf Jugendliche, die noch nicht ausbildungsreif sind, also die eigentliche Zielgruppe des Übergangsbereichs. Sie brauchen Unterstützung, um den Einstieg in Ausbildung zu schaffen. Zum anderen auf junge Menschen, die nur deshalb in Maßnahmen des Übergangsbereichs eingemündet sind, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, aber über die notwendige Ausbildungsreife verfügen und insofern auch unmittelbar in der Lage wären, eine Ausbildung zu absolvieren.

Prognose zur Entwicklung des Übergangsbereichs

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung kann für die Vergangenheit die Entwicklung des Übergangsbereichs nachzeichnen. Aus bildungspolitischer Sicht ist aber auch die Frage nach der zukünftigen Entwicklung des Übergangsbereichs von großem Interesse. Das BIBB hatte hierzu erstmalig für den Berufsbildungsbericht 2012 eine Prognose vorgelegt. Diese wurde für den Berufsbildungsbericht 2013 aktualisiert und an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Die Zahl der Einmündungen in den Übergangsbereich ist demnach insbesondere von zwei Determinanten abhängig: zum einen von der Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen und zum anderen von der Höhe des Ausbildungsangebots. Während für die Entwicklung der Schulabgängerzahlen verlässliche Prognosen vorliegen, gestaltet sich die Vorhersage der Entwicklung des Ausbildungsangebots deutlich schwieriger.³² Das BIBB arbeitet daher bei der Vorausschätzung des Ausbildungsangebots mit verschiedenen Szenarien.

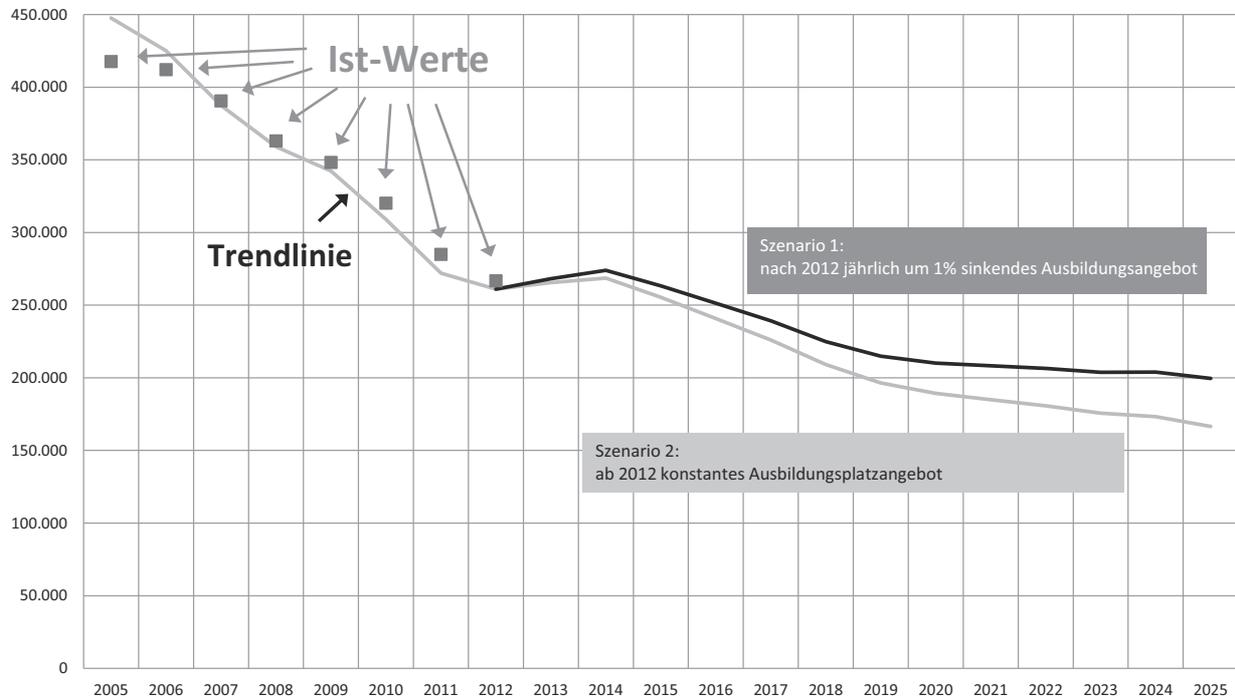
- In Szenario 1 wird davon ausgegangen, dass das Ausbildungsangebot ab 2013 jährlich um 1 Prozent sinkt.
- Szenario 2 rechnet mit einem konstanten, gegenüber 2012 unveränderten Angebot von rund 584 500.

Wie Schaubild 10 zeigt, gehen die Szenarien von einer weiteren Abnahme der Anfängerzahlen im Übergangsbereich

³² Vergleiche Kapitel 2.3 Prognose

Schaubild 10

Entwicklung der Anfängerzahlen in den Bildungsgängen des Übergangsbereichs (bis 2012 Ist-Zahlen, ab 2013 Prognose)



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Statistisches Bundesamt, Berechnungen des BIBB

reich bis 2025 aus. Infolge der demografischen Entwicklung sinkt die Zahl der nichtstudienberechtigten Abgänger und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen so stark, dass selbst unter Annahme des weniger optimistischen Szenarios 1 mit einem weiteren Absinken der Anfängerzahlen auf etwa 200 000 zu rechnen wäre. Sollte das Ausbildungsangebot wie in Szenario 2 dargestellt konstant bleiben und jährlich bei rund 584 500 liegen, würden die Anfängerzahlen im Übergangsbereich auf etwa 167 000 absinken.

Zu berücksichtigen ist, dass hier Szenarien dargestellt werden, die bestimmten Annahmen unterliegen. In der Realität wird es zu Abweichungen gegenüber diesen Darstellungen kommen. Wichtige Einflussfaktoren für das Ausmaß der Abweichungen sind neben der konjunkturellen Entwicklung und der tatsächlichen Entwicklung des Ausbildungsangebots auch die Wirksamkeit der bereits eingeleiteten Maßnahmen und Programme zur Förderung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife.

Fakt ist jedoch, dass die kommenden zwei Jahre eine besondere Herausforderung darstellen. Da die Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger vorübergehend noch einmal ansteigt³³, rechnen beide Szenarien für 2013 und 2014 mit einem leichten Anstieg der Anfängerzahlen

im Übergangsbereich. Diese Entwicklung muss nicht eintreffen, wenn es gelingt, mehr jungen Menschen als in den Vorjahren den unmittelbaren Einstieg in eine Ausbildung zu ermöglichen.

Mehr Chancen für Altbewerber und Altbewerberinnen

Als Antwort auf die gestiegenen Altbewerberzahlen früherer Jahre³⁴ hat die Bundesregierung gezielte Maßnahmen für besonders förderbedürftige Jugendliche aufgelegt (vergleiche Kapitel 3). Die gemeinsamen Anstrengungen haben zu einem Rückgang der Altbewerberzahlen geführt. Gleichwohl besteht weiterhin Handlungsbedarf. Altbewerber und Altbewerberinnen sind daher eine wichtige Zielgruppe im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010 bis 2014.

³⁴ Die angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt früherer Jahre (bis 2005 rückläufiges Ausbildungsangebot bei wachsenden Schulabgängerzahlen) hat zu steigenden Anteilen von Bewerbern und Bewerberinnen geführt, die statt in betriebliche Ausbildung in alternative Bildungs- und Qualifizierungswege einmünden. Dieser Personenkreis hält seinen Wunsch nach einer Ausbildung im dualen System zu großen Teilen aufrecht und konkurriert dann mit den aktuellen Schulabgängern und Schulabgängerinnen um die vorhandenen Ausbildungsstellen. Auch wenn sich der Ausbildungsstellenmarkt entspannt, stellen die sogenannten Altbewerber und Altbewerberinnen weiterhin eine Herausforderung dar.

³³ Vergleiche Kapitel 2.3

Bewerber und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren

Die Datenlage der BA zu den sogenannten Altbewerbern und Altbewerberinnen hat sich im Jahr 2010 verbessert³⁵. Neben den „Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr“ (siehe unten) stehen nun auch Daten zu den „Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Berichtsjahren“ zur Verfügung. Die Daten deuten auf einen Rückgang der Altbewerberzahlen hin (vergleiche Übersicht 8):

- Verglichen mit 2011 ist die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen, die sich bereits ein oder zwei Jahre vor dem Berichtsjahr für eine Ausbildung beworben haben, um –5 531 beziehungsweise –3,3 Prozent auf insgesamt 162 550 gesunken.³⁶

³⁵ Vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 33.

³⁶ Die letzten Berufsbildungsberichte hatten an dieser Stelle die Entwicklung der Zahl der Bewerber und Bewerberinnen, die in mindestens einem der letzten fünf Berichtsjahre bereits Bewerber waren, ausgewiesen. Da die BA Bewerber und Bewerberinnen, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) gemeldet sind, erst ab 2008/2009 ausweist, konnten sie bei der Darstellung mit fünfjähriger Reichweite nicht berücksichtigt werden, d.h. die Angaben konzentrierte sich nur auf die bei Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Bewerber (ohne zkT). Im Interesse einer einheitlichen Darstellung wird in Anlehnung an die monatliche Berichterstattung der BA jetzt die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen ausgewiesen, die sich ein oder zwei Jahre vor dem Berichtsjahr schon einmal beworben haben. Hier sind die Bewerber und Bewerberinnen aus zkT enthalten. Naturgemäß kann die Zeitreihe dann nicht so lange zurückreichen. Die Vorteile einer einheitlichen Definition und Darstellung zu den Bewerbern und Bewerberinnen früherer Berichtsjahre dürften aber überwiegen. Nachrichtlich wird hier die Entwicklung der Bewerberzahlen

- Sowohl die alten Länder (2011: 141 121, 2012: 136 872) als auch die neuen Länder (2011: 26 920, 2012: 25 638) verzeichneten Rückgänge. Mit –4,8 Prozent fiel der Rückgang in den neuen Ländern etwas stärker aus als in den alten Ländern.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass die BA die Zuordnung zu den Jahreskategorien danach vornimmt, wann die Person zuletzt als Bewerber beziehungsweise als Bewerberin gemeldet war. Es sind also keine Aussagen darüber möglich, ob eine Person, die zum letzten Mal ein Jahr vor dem Berichtsjahr gemeldet war, bereits auch schon in früheren Jahren mit Unterstützung der BA eine Ausbildungsstelle gesucht hatte. Entsprechend darf aus dem längeren Zurückliegen der letzten Erfassung nicht geschlossen werden, dass die Person sich während des gesamten Zeitraums vergebens um eine Ausbildungsstelle bemüht hat.

Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr

In der Statistik der BA zum Ausbildungsmarkt lagen lange Zeit keine Informationen darüber vor, ob die gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen bereits in früheren Jahren mit Unterstützung der BA oder der zkT einen Ausbildungsplatz gesucht hatten. Erfasst war lediglich, ob das Schulentlassjahr der aktuellen Bewerber und Bewerberin-

len aus früheren Berichtsjahren in der fünfjährigen Reichweite (ohne zkT) dargestellt: 2009: 203 723, 2010: 186 650, 2011: 176 192, 2012: 170 104. Auch bei dieser Darstellung können demnach weitere Rückgänge verzeichnet werden (–6 088 beziehungsweise –3,5 Prozent verglichen mit 2011).

Übersicht 8

Bewerber und Bewerberinnen früherer Berichtsjahre (1 oder 2 Jahre vor Berichtsjahr)

| | Insgesamt | Bewerber 1 oder 2 Jahre vor dem Berichtsjahr | davon | | Bewerber 1 oder 2 Jahre vor dem Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr | |
|--------------|-----------|--|--------------------------------------|---------------------------------------|---|---------|
| | | | Bewerber 1 Jahr vor dem Berichtsjahr | Bewerber 2 Jahre vor dem Berichtsjahr | absolut | relativ |
| Bundesgebiet | | | | | | |
| 2010 | 556.062 | x | 155.471 | x | | |
| 2011 | 543.030 | 168.081 | 147.660 | 20.421 | | |
| 2012 | 559.877 | 162.550 | 141.643 | 20.907 | - 5.531 | -3,3 |
| Alte Länder | | | | | | |
| 2010 | 460.402 | x | 131.033 | x | | |
| 2011 | 452.119 | 141.121 | 125.140 | 15.981 | | |
| 2012 | 467.239 | 136.872 | 119.897 | 16.975 | - 4.249 | -3,0 |
| Neue Länder | | | | | | |
| 2010 | 95.489 | x | 24.396 | x | | |
| 2011 | 90.741 | 26.920 | 22.484 | 4.436 | | |
| 2012 | 92.429 | 25.638 | 21.711 | 3.927 | - 1.282 | -4,8 |

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

nen schon länger zurücklag. Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr wurden in Verwendung der BA-Statistik als Altbewerber und Altbewerberinnen definiert, wengleich auch bekannt war, dass es sich bei dieser Gruppe nicht zwangsweise um Altbewerber und Altbewerberinnen handelt, die sich tatsächlich schon einmal früher um eine Berufsausbildung bemüht hatten.³⁷

Auch bei der Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als dem Berichtsjahr zeichnet sich eine positive Entwicklung ab:

- Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr ist seit 2010³⁸ kontinuierlich gesunken (2009: 257 839, 2010: 259 040, 2011: 238 538, 2012: 232 042). Gegenüber 2011 betrug der Rückgang -6 496 beziehungsweise -2,5 Prozent.
- Sowohl alte Länder (2009: 200 073, 2010: 206 881, 2011: 190 044, 2012: 185 667) als auch neue Länder (2009: 57 703, 2010: 52 084, 2011: 48 407, 2012: 46 291) verzeichneten Rückgänge. In den alten Ländern ging die Zahl der Bewerber mit Schulabschluss vor dem Berichtsjahr um -4 377 beziehungsweise -2,3 Prozent zurück. In den neuen Ländern betrug der Rückgang gegenüber 2011 -2 116 beziehungsweise -3,3 Prozent.
- Auch die relativen Anteile sind von 2011 auf 2012 zurückgegangen. Das gilt für Bundesgebiet (2009: 46,1 Prozent, 2010: 46,6 Prozent, 2011: 43,9 Prozent, 2012: 41,4 Prozent), alte Länder (2009: 44,5 Prozent, 2010: 44,9 Prozent, 2011: 42,0%, 2012: 39,7 Prozent) und neue Länder (2009: 52,6 Prozent, 2010: 54,5 Prozent, 2011: 53,3, 2012: 50,1 Prozent) gleichermaßen.³⁹

Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010⁴⁰

Anders als in der BA-Statistik wird im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung ausgewiesen, wann sich ein Bewerber beziehungsweise eine Bewerberin erstmalig um einen Ausbildungsplatz beworben hat. Demnach waren 2010 209 240 (38 Prozent) der gemeldeten Bewerber und

Bewerberinnen der Gruppe der Altbewerber und Altbewerberinnen zuzurechnen. Die Befragung hatte darüber hinaus gezeigt, dass die Gruppe der Altbewerber und Altbewerberinnen sehr heterogen ist, mit teils guten, aber zum Teil sehr schlechten Ausbildungschancen. Die Chance, in Ausbildung einzumünden, hängt von verschiedenen Einflussfaktoren ab. Je länger der Schulentlasszeitpunkt zurückliegt, je schlechter das Zeugnis ausfällt, je älter der Bewerber beziehungsweise die Bewerberin ist, desto geringer sind die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Ergebnisse der aktuellen BA/BIBB-Bewerberbefragung 2012 werden im Laufe des Jahres 2013 veröffentlicht.

Unternehmen können Ausbildungsstellen nicht besetzen

Unternehmen haben durch den demografisch bedingten Bewerberrückgang zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Ein Indiz dafür ist der deutliche Anstieg der bei der BA gemeldeten unbesetzten Berufsausbildungsstellen (2009: 17 255, 2010: 19 605, 2011: 29 689, 2012: 33 275).

Auch Betriebsbefragungen zeigen, dass sich für Unternehmen die Suche nach Auszubildenden immer schwieriger gestaltet. Nach den Ergebnissen des BIBB-Qualifizierungspanels 2012⁴¹ konnten mehr als ein Drittel der befragten Betriebe (37,4 Prozent) ihre angebotenen Ausbildungsstellen teilweise oder vollständig nicht besetzen. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber 2011 (34,8 Prozent).

Besonders deutliche Zuwächse verzeichneten die neuen Länder. Hier gaben 64,8 Prozent (2011: 48,1 Prozent) der Betriebe an, eine oder mehrere Ausbildungsstellen nicht besetzt haben zu können. In den alten Ländern traf dies auf deutlich weniger Betriebe zu, ihr Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr auch leicht verringert (2012: 30,9 Prozent, 2011: 32,7 Prozent). Kleinere und Kleinstbetriebe hatten deutlich mehr Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Mit zunehmender Beschäftigtenzahl sinkt der Anteil der unbesetzten Berufsausbildungsstellen (1 bis 19 Beschäftigte: 42,4 Prozent (2011: 42,2 Prozent), 20 bis 99 Beschäftigte: 28,3 Prozent (2011: 27,7 Prozent), 100 bis 199 Beschäftigte: 28,2 Prozent (2011: 22,2 Prozent), 200 und mehr Beschäftigte: 17,5 Prozent (2011: 19,4 Prozent). Als mögliche Erklärung nennt das BIBB, dass Großbetriebe bei jungen Menschen eine größere Attraktivität als Ausbildungsbetrieb genießen und ihnen darüber hinaus auch mehr Mittel für Rekrutierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.⁴²

Auf Basis der Ergebnisse der BIBB-Erhebung zum 30. September können diejenigen Berufe identifiziert werden, in denen der Anteil der unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplätze am betrieblichen Gesamtangebot besonders hoch ist. Da hier definitionsgemäß nur unbesetzte

³⁷ Ein Beispiel sind junge Menschen, die sich nach einem Freiwilligendienst erstmals um einen Ausbildungsplatz bewerben. Umgekehrt können Bewerber und Bewerberinnen des aktuellen Schulentlassjahrgangs Altbewerber und Altbewerberinnen sein, zum Beispiel dann, wenn sie sich nach erfolglosen Bewerbungen entschlossen haben, ihre Qualifikationen durch einen erneuten Schulbesuch zu verbessern (vergleiche Berufsbildungsbericht 2011, Seite 32).

³⁸ Analog zur sonstigen Berichterstattung im vorliegenden Berufsbildungsbericht werden hier alle Bewerber und Bewerberinnen (einschließlich zkt) erfasst. Daher beginnt die Zeitreihe erst mit dem Jahr 2009.

³⁹ Bei der Betrachtung der relativen Anteile ist zu beachten, dass die demografische Entwicklung über die Entwicklung der Schulabgängerzahlen dabei auch eine Rolle spielt. Beispiel: Bei stark sinkenden Schulabgängerzahlen fällt auch die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen, die aktuell die Schulzeit beendet haben, von Jahr zu Jahr niedriger aus. Dies erhöht den Anteil der Bewerber und Bewerberinnen mit Schulabgang in früheren Jahren als relative Größe (vergleiche auch Berufsbildungsbericht 2011, Seite 32).

⁴⁰ Vergleiche auch Berufsbildungsbericht 2011, Seite 32.

⁴¹ Vergleiche auch Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 4.11.4

⁴² Vergleiche Berufsbildungsbericht 2012, Seite 33.

Ausbildungsplätze in die Berechnungen einfließen, die der BA auch gemeldet waren, fallen die Anteile etwas geringer aus als im Rahmen der Betriebsbefragung. Verglichen mit dem Vorjahr ist der Anteil der unbesetzten Berufsausbildungsstellen am betrieblichen Gesamtangebot in fast allen Berufen (Ausnahme Hotelkaufmann/Hotelkauffrau) gestiegen (vergleiche Schaubild 11).

Aus bildungspolitischer Sicht stellen unbesetzte Berufsausbildungsstellen nicht nur ein temporäres Problem des aktuellen Ausbildungsjahres dar. Nicht auszuschließen ist, dass sich Betriebe, die wiederholt die Erfahrung machen, ihre angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzen zu können, dauerhaft aus der dualen Berufsausbildung zurückziehen und damit ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung nicht nutzen.

Der bereits im Berufsbildungsbericht 2012 für 2010 thematisierte Bestandsverlust an Ausbildungsbetrieben hat sich auch 2011 fortgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommen die Auswertungen des BIBB anhand der Daten der Betriebsstatistik der BA. Von den bundesweit 2,094 Millionen Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bildeten 2011 455 100 Betriebe aus, das sind -13 700 weniger (-2,9 Prozent) als 2010. Die Zahl der ausbildenden Betriebe fiel damit auf den niedrigsten Stand seit 1999. Der Gesamtbestand an Betrieben nahm hingegen das fünfte Jahr in Folge zu und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 13 600

(+0,7 Prozent). Die Ausbildungsbetriebsquote⁴³ ging dadurch weiter zurück und sank um 0,8 Prozentpunkte auf 21,7 Prozent (2010: 22,5 Prozent, 2009: 23,5 Prozent, 2008: 24 Prozent, 1999: 23,6 Prozent).

Für den gesunkenen Bestand an Ausbildungsbetrieben waren 2011 ausschließlich Verluste bei den Kleinbetrieben⁴⁴ verantwortlich (-6,0 Prozent). Bei den Kleinbetrieben blieb die Zahl der ausbildenden Betriebe konstant (+0,0 Prozent). Die Zahl der Ausbildungsbetriebe bei den mittleren Betrieben (+1,8 Prozent) und Großbetrieben (+2,3 Prozent) nahm zu, allerdings in geringerem Umfang als die Gesamtzahl der Betriebe.

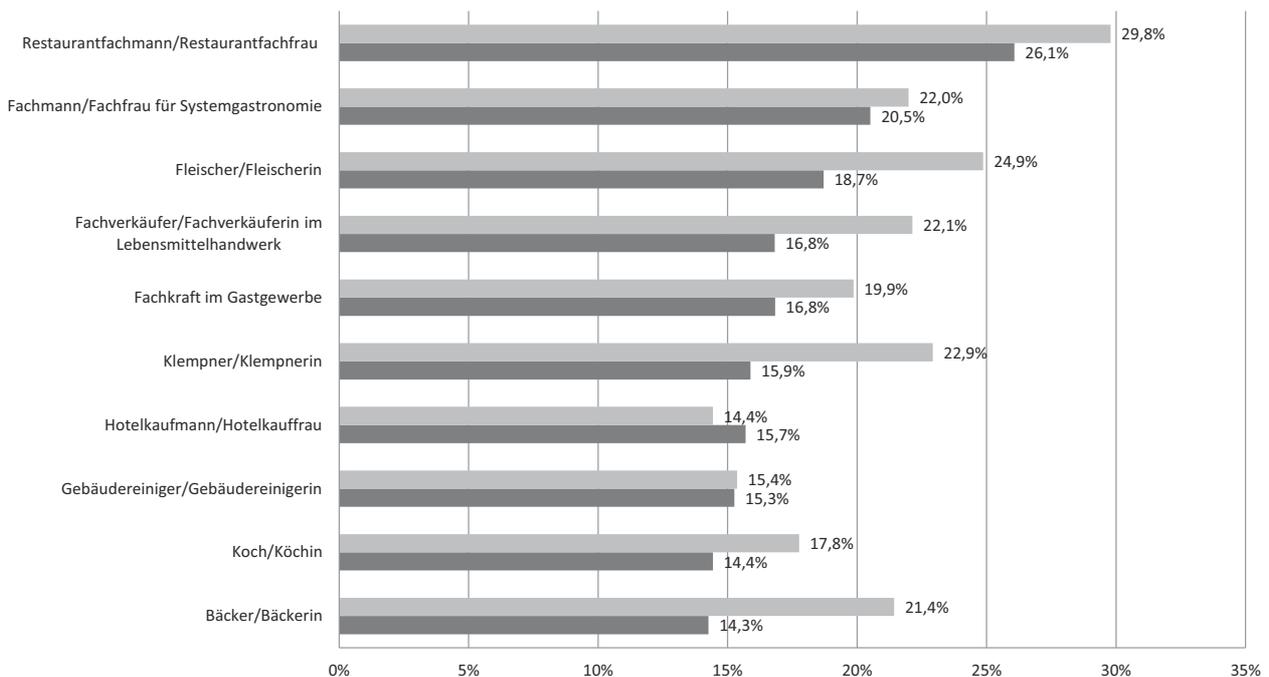
Nach Betriebsgrößenklassen ergeben sich folgende Ausbildungsbetriebsquoten: Kleinbetriebe 14,2 Prozent (2010: 15,1 Prozent), Kleinbetriebe 45,7 Prozent (2010: 46,9 Prozent), mittlere Betriebe 67,6 Prozent (2010: 68,3 Prozent) und Großbetriebe 84,8 Prozent (2010: 85,2 Prozent). Zu beachten ist, dass nicht jeder Betrieb ausbildungsberechtigt ist. Nach den Daten des IAB-Betriebspanels steigt der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe mit zuneh-

⁴³ Die Ausbildungsbetriebsquote bezeichnet den Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Ausbildungsbetriebe.

⁴⁴ Die Betriebsgrößenklassen sind wie folgt definiert: Kleinbetriebe 1 bis 9 Beschäftigte, Kleinbetriebe 10 bis 49 Beschäftigte, mittlere Betriebe 50-249 Beschäftigte, Großbetriebe 250 und mehr Beschäftigte

Schaubild 11

Berufe mit einem hohem Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen am betrieblichen Gesamtangebot 2011 und 2012



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Erhebung zum 30. September, Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

mender Betriebsgröße. Während bei den Kleinstbetrieben die Hälfte ausbildungsberechtigt ist, sind es bei den Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten über 90 Prozent⁴⁵.

Die Bundesregierung wird diese Entwicklung weiter beobachten. Wichtige zusätzliche Erkenntnisse erhofft sie sich dabei aus Betriebsbefragungen wie dem vom BMBF geförderten Qualifizierungspanel des BIBB.⁴⁶

Die Bundesregierung empfiehlt Unternehmen, ihre unbesetzten Ausbildungsplätze den Agenturen für Arbeit zu melden. Junge Menschen sollten die BA bei der Suche nach Ausbildungsplätzen einschalten.

Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss

Im Jahr 2010 verfügten 14,1 Prozent der jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland (hochgerechnet 1,39 Millionen) über keinen Berufsabschluss und somit nicht über die Voraussetzung für eine qualifizierte Beteiligung am Erwerbsleben⁴⁷. Dies ist mit erheblichen negativen Konsequenzen verbunden – für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.⁴⁸ Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werden auch diese jungen Menschen als Fachkräfte gebraucht.

Positiv ist, dass gegenüber den Vorjahren leichte Verbesserungen erzielt werden konnten. Im Jahr 2008 hatte die Ungelerntenquote der 20- bis 29-Jährigen noch bei 14,9 Prozent gelegen und im Jahr 2009 bei 14,6 Prozent. Bei den jüngeren Erwachsenen (20- bis 24-Jährige) ging die Ungelerntenquote noch etwas stärker zurück (2008: 15,3 Prozent, 2009: 14,1 Prozent, 2010: 13,9 Prozent). Gleichwohl besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Erfahrungen haben gezeigt, dass eine frühzeitige, kontinuierliche und individuelle Begleitung der Jugendlichen (zum Beispiel durch Berufseinstiegsbegleiter/Berufseinstiegsbegleiterinnen und Mentoren/Mentorinnen in Kombination mit systematischem Übergangmanagement) hier den richtigen Ansatz darstellt, um auch diesen jungen Menschen eine qualifizierte Teilnahme am Erwerbsleben

⁴⁵ Detaillierte Analysen zur Entwicklung der Ausbildungsbetriebsquote und der Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen und Wirtschaftszweigen sowie zur Ausbildungsberechtigung von Betrieben sind dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 4.11.1 und A 4.11.2 zu entnehmen.

⁴⁶ Vergleiche Kapitel 4.3.4

⁴⁷ Diese Gruppe ist sehr heterogen. So finden sich zwar überwiegend geringqualifizierte Personen mit entsprechenden Problemen am Arbeitsmarkt, in dieser Gruppe aber auch Personen, die zum Beispiel eine Ausbildung/ein Studium nicht abgeschlossen haben. Diese sind zwar formal gering- oder unqualifiziert, haben aber weniger Probleme bei der Arbeitsmarktintegration, da sie bereits Qualifikationen erworben haben und oft erst dann abbrechen, wenn sie eine Perspektive am Arbeitsmarkt gefunden haben.

⁴⁸ Eine Analyse des BIBB zur Situation ungelerner beziehungsweise geringqualifizierter Erwerbstätiger kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Erwerbssituation der Ungelernten durch den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen, auf denen sie überhaupt Beschäftigung finden, zusätzlich verschärft hat. Das Arbeitslosigkeitsrisiko ist bei dieser Gruppe dreimal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (vergleiche BIBB-Report 17/12, www.bibb.de/de/60446.htm).

zu ermöglichen. Wichtig ist es auch, Nachqualifizierungsstrukturen zu etablieren. Die Bundesregierung hat ihr Engagement daher entsprechend verstärkt (vergleiche Kapitel 3).

Die Ebenen übergreifende Arbeitsgruppe zur „Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis“ der Demografiestrategie unter Leitung des BMAS und Ko-Vorsitzes der Bundesagentur für Arbeit (BA) setzt einen Akzent auf die Integration und Qualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. BMAS und BA haben im Februar 2013 eine rechtskreisübergreifende Initiative zur abschlussorientierten Qualifizierung junger Erwachsener (zwischen 25 und 35 Jahren) gestartet (vgl. Kapitel 3.2.1).

Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch

Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden im Jahr 2011 bundesweit 149 760 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Damit lag die Lösungsquote bei 24,4 Prozent und ist gegenüber den Vorjahren (2009: 22,1 Prozent, 2010: 23,0 Prozent) weiter gestiegen.⁴⁹

Vertragslösungen können vielfältige Ursachen haben. Dazu zählen zum Beispiel Berufswechsel der Auszubildenden, der Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildung oder auch Insolvenz und Schließung des Betriebs. Sie sind also keineswegs alle mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen.

Die Vertragslösungsquoten variieren deutlich zwischen einzelnen Ausbildungsberufen. Unter den Berufen mit sehr hohen Vertragslösungsquoten sind z. B. Berufe des Hotel- und Gastgewerbes (Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau (51,0 Prozent), Koch/Köchin (49,4 Prozent), Fachkraft im Gastgewerbe (44,0 Prozent)). Überdurchschnittlich hohe Vertragslösungsquoten verzeichneten

⁴⁹ Die Lösungsquote gibt den Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an allen Neuabschlüssen an. Da zum aktuellen Berichtsjahr nicht bekannt ist, wie viele der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag künftig ihren Vertrag vorzeitig lösen werden, wird bei der Berechnung der Vertragslösungsquote ein sogenanntes „Schichtenmodell“ herangezogen, das die Lösungsquote der aktuellen Ausbildungskohorte näherungsweise ermittelt. Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf eine Individualdatenerhebung (vergleiche Berufsbildungsbericht 2010, Seite 31) lässt sich die Vertragslösungsquote genauer berechnen. Hintergrund ist, dass jetzt bei zentralen ausbildungsrelevanten Ereignissen auch Monat und Jahr des Ereignisses erfasst werden. Die Vertragslösungen können also nach dem Jahr des Vertragsbeginns differenziert und auf die Zahl der Neuverträge mit entsprechendem Beginn-Datum prozentuiert werden (vergleiche www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf, Seite 20–25). Weiterer Vorteil der Individualdaten ist es, dass die Vertragslösungen nach allen in der Berufsbildungsstatistik erhobenen Variablen ausgewertet werden können, so auch nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit der Auszubildenden. Das neue Berechnungsverfahren kommt erst mit den 2009er Daten zum Tragen, weil für 2007 bedingt durch die Statistikumstellung keine belastbaren Daten vorlagen und für 2008 die Datenqualität noch zu wünschen übrig ließ. Nach wie vor ist nicht auszuschließen, dass es noch zu „Meldefehlern“ gekommen ist, wenngleich sich die Datenqualität kontinuierlich verbessert hat. Durch die neue Berechnungsformel lassen sich die Angaben ab 2009 nicht mit früheren Darstellungen vergleichen.

auch die Berufe Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugs-service (50,9 Prozent), Fachkraft für Schutz und Sicherheit (49,5 Prozent), Servicekraft für Schutz und Sicherheit (47,0 Prozent) und Kosmetiker/Kosmetikerin (45,0 Prozent),

Sehr niedrige Vertragslösungsquoten wiesen die Berufe Verwaltungsfachangestellter/Verwaltungsfachangestellte (3,7 Prozent), Fachangestellter /Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste (4,1 Prozent) und Elektroniker/Elektronikerin für Automatisierungstechnik (4,8 Prozent) auf.

Hinzu kommt, dass bestimmte Personengruppen stärker betroffen sind als andere. So zeigen weitere Analysen des BIBB anhand der Berufsbildungsstatistik, dass die Vertragslösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss ist (ohne Hauptschulabschluss: 38,6 Prozent, mit Hauptschulabschluss: 34,5 Prozent, mit Realschulabschluss: 21,0 Prozent, mit Studienberechtigung: 13,6 Prozent). Unterschiede sind auch bei Auszubildenden mit deutscher und mit ausländischer Staatsangehörigkeit erkennbar. Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 30,9 Prozent vorzeitig gelöst, von den Verträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 24,0 Prozent. Teilweise können die Unterschiede in den Lösungsquoten aber auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen sein.⁵⁰

Im Vergleich beträgt die Studienabbrecherquote an Hochschulen für den Absolventenjahrgang 2010 für Diplomstudiengänge 23 Prozent und für Bachelorstudiengänge 28 Prozent.

Die Berufsbildungsstatistik liefert Daten zum Ausmaß der Vertragslösungen. Informationen zu den Gründen und dem weiteren Verbleib der Jugendlichen kann die Statistik nicht bereitstellen. Insbesondere liegen auch keine Angaben darüber vor, wie oft eine duale Ausbildung tatsächlich ohne einen Abschluss beendet wird. Im Berufsbildungsbericht 2012 wurde daher auch weiterer Forschungsbedarf thematisiert. Zwischenzeitlich liegen neue Erkenntnisse vor.

Eine Sonderauswertung der BIBB-Übergangsstudie 2011 kommt zu dem Ergebnis, dass schätzungsweise 12 Prozent der Auszubildenden ihre erste duale Berufsausbildung im ursprünglich gewählten Beruf ohne einen Abschluss beenden. Bei jungen Menschen mit Hauptschulabschluss (18 Prozent) liegt der Wert deutlich höher als bei denen mit mittlerem Abschluss (9 Prozent). Weitere Risikofaktoren für das Nichtbeenden einer Ausbildung sind schlechte Schulnoten oder ein fehlender Bildungsabschluss der Eltern. Darüber hinaus spielt es eine große Rolle, ob die Jugendlichen in ihrem Wunschberuf ausgebildet wurden. So wurden von den jungen Menschen, die ihre erste Ausbildung ohne Abschluss beendet haben, 41 Prozent nicht in ihrem Wunschberuf ausgebildet.

Als Gründe, warum sie ihre Ausbildung ohne Abschluss beendet haben, gaben mehr als die Hälfte (53 Prozent) der befragten Jugendlichen an, die Ausbildung sei nicht das Richtige für sie gewesen. Ebenfalls oft genannt wurden Probleme mit Ausbildern/Ausbilderinnen, Lehrern/Lehrerinnen, Kollegen/Kolleginnen und Mitschülern/Mitschülerinnen (46 Prozent) sowie persönliche, finanzielle und gesundheitliche Gründe (42 Prozent). Seltener führten die Jugendlichen an, dass sie eine andere Ausbildung angestrebt (28 Prozent) oder eine Arbeitsstelle gefunden bzw. in Aussicht hatten (16 Prozent). 16 Prozent gaben an, dass sich die Ausbildung als zu schwierig erwiesen hätte und 12 Prozent haben die Zwischen- oder Abschlussprüfung nicht bestanden. Viele Jugendliche nannten dabei nicht nur einen, sondern mehrere Gründe.

Innerhalb von 24 Monaten nach erfolgloser Beendigung der ersten dualen Berufsausbildung mündeten schätzungsweise 48 Prozent der Jugendlichen erneut in eine vollqualifizierende Ausbildung ein. Schätzungsweise 34 Prozent der Jugendlichen, die ihre erste duale Berufsausbildung ohne Abschluss beenden, beginnen innerhalb von zwei Jahren erneut eine duale Berufsausbildung. 10 Prozent nehmen eine Ausbildung in Schulberufen oder eine Ausbildung in einer Beamtenlaufbahn auf und 3 Prozent ein (Fach-)Hochschulstudium.

Auch im Rahmen der nächsten Befragung des BIBB-Qualifizierungspanels⁵¹ wird das Thema Vertragslösungen aufgegriffen, da es wichtig ist, neben der Perspektive der Jugendlichen auch die Sichtweise der Betriebe auf die Problematik zu kennen.

Zwar sind Vertragslösungen nicht gänzlich zu vermeiden. Sie können auch durchaus notwendig und sinnvoll sein. Gleichwohl sind sie für beide Seiten (Betriebe und Jugendliche) mit Unsicherheiten, einem Verlust von Zeit, Energie und anderen Ressourcen verbunden. Im ungünstigsten Fall können sie zu einem Ausstieg aus der Ausbildungsbeteiligung sowohl der Jugendlichen als auch der Betriebe führen. Die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt und entsprechende Maßnahmen aufgelegt. Sie zielen zum einen auf die frühzeitige Förderung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife schon während der allgemeinbildenden Schulzeit (zum Beispiel Berufsorientierungsprogramm), zum anderen auf die individuelle Unterstützung und Begleitung während der Ausbildung (zum Beispiel VerA). Alle entsprechenden Maßnahmen werden ausführlich in Kapitel 3.1.2 „Maßnahmen und Programme zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife von Jugendlichen, individuelle Begleitung von Jugendlichen“ dargestellt.

Warum die Vertragslösungsquote trotz der eingeleiteten Maßnahmen auch im Jahr 2012 nicht gesenkt werden konnte, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend geklärt werden. Wahrscheinlich ist ein Zusammenhang mit der positiven konjunkturellen Entwicklung und der Entspannung am Ausbildungsmarkt. In Zeiten günstigerer wirtschaftlicher Entwicklungen ist das Angebot an Ausbil-

⁵⁰ Vergleiche nächster Abschnitt „Personen mit Migrationshintergrund“

⁵¹ Vergleiche Kapitel 3.3.4

ungsplätzen größer und der Wechsel zwischen Betrieben und Ausbildungsberufen könnte risikoloser erscheinen.⁵²

Dafür sprechen auch aktuelle Berechnungen des BIBB, die einen positiven Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Angebots-Nachfrage-Relation und dem Anstieg der Vertragslösungsquote feststellen.⁵³

Personen mit Migrationshintergrund

Nach wie vor besteht erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Nach den Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder verlassen ausländische Jugendliche mehr als doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss wie deutsche Jugendliche (2011: 11,8 Prozent gegenüber 5,0 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahr ist es gelungen, den Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss weiter zu reduzieren (2010: 12,8 Prozent gegenüber 5,4 Prozent). Der Rückgang fiel bei den ausländischen Jugendlichen aber mit -1,0 Prozentpunkten stärker aus als bei den deutschen Jugendlichen mit -0,4 Prozentpunkten. Die Schulabschlüsse ausländischer Jugendlicher sind insgesamt niedriger als die der deutschen Jugendlichen.⁵⁴

In der Berufsausbildung sind ausländische Jugendliche weiterhin stark unterrepräsentiert. 2011 fiel die Ausbildungsanfängerquote⁵⁵ junger Ausländer mit 29,8 Prozent (2010: 29,5 Prozent) nur etwa halb so hoch aus wie die der deutschen jungen Menschen mit 60,2 Prozent (2010: 57,8 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Ausbildungsanfängerquote der deutschen jungen Menschen stärker (+2,4 Prozentpunkte) als die der ausländischen jungen Menschen (+0,3 Prozentpunkte).

Den stärksten Anstieg verzeichneten jungen Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit (+4,1 Prozentpunkte) gefolgt von jungen Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit und jungen Männern mit ausländischer Staatsangehörigkeit (jeweils +0,6 Prozentpunkte). Nur minimal (+0,1 Pro-

zentpunkte) stieg die Ausbildungsanfängerquote der ausländischen jungen Frauen.

Zu berücksichtigen ist, dass sowohl die Schulstatistik als auch die Berufsbildungsstatistik nicht den Migrationshintergrund, sondern die Staatsangehörigkeit erfassen. Insofern werden hier nur Teilgruppen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ausgewiesen. Empirische Erhebungen lassen aber ergänzende Aussagen zum Migrationshintergrund zu.

Anhand von Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2006 hatte schon der Berufsbildungsbericht 2010 gezeigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der all-gemeinbildenden Schulzeit ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie deutsche Jugendliche haben. Überdurchschnittlich häufig bleiben Jugendliche mit Migrationshintergrund aber ohne Berufsabschluss.

Dass sich die Ausbildungsplatzsuche für junge Menschen mit Migrationshintergrund schwieriger gestaltet als für junge Menschen ohne Migrationshintergrund, belegt auch eine Sonderauswertung der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010.⁵⁶ Demnach stellen die insgesamt niedrigeren Schulabschlüsse zwar eine wesentliche Ursache für den geringeren Einmündungserfolg dar. Aber auch bei gleichen schulischen Voraussetzungen sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund signifikant niedriger als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass es innerhalb der Gruppe der jungen Migranten und Migrantinnen auch große Unterschiede nach Herkunftsregionen gibt. So ist es insbesondere für junge Menschen türkischer/arabischer Herkunft deutlich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Als mögliche Erklärungsansätze werden neben den ungünstigeren schulischen Voraussetzungen zum Beispiel auch unterschiedliche Berufswahlpräferenzen, sonstige Rahmenbedingungen wie die regionale Ausbildungsmarktsituation oder auch Selektionsprozesse der Betriebe bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen diskutiert.⁵⁷

Die Berufsausbildung vermittelt Jugendlichen – mit und ohne Migrationshintergrund – zum einen das erforderliche Handwerkszeug, um erfolgreich in der Arbeitswelt agieren zu können, zum anderen ermöglicht sie den jungen Menschen, ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Für Migranten und Migrantinnen stellt die berufliche Bildung – neben der schulischen Bildung – das zentrale Instrument für die gesellschaftliche Integration dar. Angesichts der demografischen Entwicklung und zur Vermeidung von Fachkräftengpässen braucht die deutsche Wirtschaft alle jungen Menschen. Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es daher, vorhandene Zugangsbarrieren in Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche mit Migrationshintergrund abzubauen. Daher sind junge Menschen mit Migrationshintergrund eine wesentliche Zielgruppe des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2010- bis 2014.⁵⁸

⁵² Auf diesen Zusammenhang hatte auch schon der Berufsbildungsbericht 2012 hingewiesen.

⁵³ Vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 4.7

⁵⁴ 2011: Hauptschulabschluss: 35,6 Prozent ausländische vs. 17,4 Prozent deutsche Jugendliche; Realschulabschluss: 35,9 Prozent ausländische vs. 38,7 Prozent deutsche Jugendliche; Fachhochschulreife: jeweils 1,6 Prozent ausländische und deutsche Jugendliche; allgemeine Hochschulreife: 15,2 Prozent ausländische vs. 37,3 Prozent deutsche Jugendliche. Zu beachten ist in diesem Kontext der bekannte Zusammenhang zwischen schulischer Qualifikation und dem sozioökonomischen Status der Eltern.

⁵⁵ Analog zur Darstellung im Datenreport (Kapitel A 5.4) wird hier nicht mehr die Ausbildungsbeteiligungsquote, sondern die Ausbildungsanfängerquote ausgewiesen, da die Ausbildungsbeteiligungsquote den Anteil der Jugendlichen, die in ihrer Biografie irgendwann eine Ausbildung beginnen, überschätzt. Hintergrund sind Mehrfachzählungen von Verträgen bei der Ausbildungsbeteiligungsquote z. B. durch Anschlussverträge, Zweitausbildungen, erneuter Ausbildung nach vorzeitiger Lösung eines Vertrags oder auch bei Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildung. Die Ausbildungsanfängerquote fällt somit etwas niedriger aus als die Ausbildungsbeteiligungsquote.

⁵⁶ Vergleiche BIBB Report 16/11, www.bibb.de/de/60272.htm

⁵⁷ Vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A 4.9

⁵⁸ Vergleiche Kapitel 3.1.1

Mit dem am 1. April 2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen hat die Bundesregierung für ihren Zuständigkeitsbereich die Voraussetzung für eine systematische Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen geschaffen. Das so genannte Anerkennungsgesetz verbessert die Möglichkeiten für Menschen, die ihre beruflichen Qualifikationen im Ausland erworben haben, in Deutschland in ihrem erlernten Beruf zu arbeiten. Die Verfahren und Kriterien für die Bewertung beruflicher Auslandsqualifikationen werden für die bundesrechtlich geregelten Berufe vereinheitlicht, erweitert und verbessert. Nach den Regeln des Anerkennungsgesetzes können jetzt im Ausland erworbene Berufsabschlüsse in Deutschland als mit einem deutschen Abschluss gleichwertig anerkannt werden. Neu sind die Verfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) insbesondere für die nicht-reglementierten Aus- und Fortbildungsabschlüsse im dualen System. Die neuen Verfahren stellen einen nachhaltigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Integration für Menschen mit guten ausländischen Qualifikationen dar.

Als zentrale Stelle für die Bewertung und Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen im Bereich der Industrie- und Handelskammern wurde die IHK Fosa gegründet. Diese Zuständigkeitsbündelung ermöglicht den gezielten Aufbau von Expertise, gewährleistet einheitliche und effiziente Verfahren zur Gleichwertigkeitsfeststellung und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung des Anerkennungsgesetzes. Im Bereich des Handwerks erfolgt die Zuständigkeitsbündelung über so genannte „Leitkammern“. Das BQ-Portal (www.bq-portal.de) liefert diesen Stellen für die Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen umfassende Informationen.

Erste Erfahrungen aus der Beratung der zuständigen Stellen, der Anlaufstellen im Förderprogramm „Integration durch Bildung – IQ“ sowie der Zugriffszahlen des Anerkennungsportals www.erkennung-in-deutschland.de belegen das hohe Interesse an den Anerkennungsverfahren. Viele Bescheide im Vollzug durch die Kammern kommen zu einer vollen Gleichwertigkeit des ausländischen Abschlusses mit dem deutschen Referenzberuf. Die Rechtsfolgen sind dann die gleichen wie bei einem deutschen Abschluss (z. B. Hochschulzugang beruflich Qualifizierter). Auch eine teilweise Gleichwertigkeit erleichtert Arbeitgebern die Einschätzung von Auslandsqualifikationen und bietet Anknüpfungspunkte für innerbetriebliche und sonstige Weiterbildung.

Erste repräsentative Daten zu den Anerkennungsverfahren werden im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Bundesstatistik voraussichtlich Mitte 2013 vorliegen.

Berufsausbildung von Menschen mit Behinderung

Die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung⁵⁹ wird von der Bundesregierung intensiv gefördert. Auf der Grundlage der Sozialgesetzbücher (SGB) II, III

und IX werden junge Menschen mit Behinderung durch die BA bereits vor der Schulentlassung mit einem umfangreichen Dienstleistungsangebot der beruflichen Orientierung und Beratung beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt.⁶⁰ In dieser Phase wird auch das Instrument der vertieften Berufsorientierung in Kooperation mit Dritten in Förder- und Sonderschulen genutzt.

Soweit der Lernort Betrieb für Jugendliche behinderungsbedingt nicht geeignet ist, können die Jugendlichen – abhängig von ihrem individuellen Unterstützungsbedarf – in einer außerbetrieblichen wohnortnahen Ausbildung oder in einem Berufsbildungswerk einen berufsqualifizierenden Abschluss erwerben. Im Jahresdurchschnitt 2012 besuchten nach vorläufigen Daten insgesamt 43 695 Menschen mit Behinderung im Rahmen der beruflichen Ersteingliederung eine berufsfördernde Maßnahme mit dem Ziel eines Berufsabschlusses (2011: 47 322). Weitere 14 683 Jugendliche (2011: 15 215) befanden sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen. Im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) wurden im Jahresdurchschnitt insgesamt 19 752 Personen (2011: 20 323) gefördert. Es handelt sich hierbei um Personen mit Behinderung, die aufgrund ihres Leistungsvermögens nicht beziehungsweise noch nicht für eine Tätigkeit unter den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes in Frage kommen.

Im BBiG und in der Handwerksordnung (HwO) ist vorgesehen, dass Menschen mit Behinderung ebenso wie Menschen ohne Behinderung in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Menschen mit Behinderung sollten möglichst betrieblich ausgebildet werden. Die besonderen Verhältnisse behinderter Menschen sind dabei zu berücksichtigen. Nur für Menschen mit Behinderung, für die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, sollen die zuständigen Stellen aus anerkannten Ausbildungsberufen entwickelte Ausbildungsregelungen treffen. Um die notwendige Transparenz und Einheitlichkeit zu sichern, sieht das Gesetz vor, dass solche Regelungen nach Empfehlungen des Hauptausschusses des BIBB zu gestalten sind (§ 66 BBiG, § 42m HwO). Auf Basis dieser Regelungen wurden im Jahr 2012 bundesweit 9 916 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Das Bundeskabinett hat im Juni 2011 den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen, dessen Ziel die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft ist.⁶¹ Die Berufsausbildung von Menschen mit Behinderung wird im Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung des Aktionsplans aufgegriffen. Vorgesehen ist auch ein neu konzipierter Behindertenbericht der Bundesregierung, der einmal pro Legislaturperiode herausgegeben wird. Er soll als maßgeblicher Orientierungspunkt für die künftige Behindertenpolitik der Bundesregierung dienen.

⁵⁹ Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013 greift das Thema Inklusion in einem neuen Kapitel auf (Kapitel A 4.10).

⁶⁰ Vergleiche auch Kapitel 3.1.2, Förderprogramm Initiative Inklusion-Handlungsfeld Berufsorientierung

⁶¹ Vergleiche www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a740-aktionsplan-bundesregierung.html

2.5 Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Ziel der Integrierten Ausbildungsberichterstattung ist es, das Ausbildungsgeschehen im Anschluss an die Sekundarstufe I vollständig und systematisch abzubilden.

Das Ausbildungsgeschehen wird in der Integrierten Ausbildungsberichterstattung anhand des vorrangigen Bildungsziels in vier Sektoren gegliedert: Berufsausbildung, Integration in Ausbildung (Übergangsbereich), Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung und Studium.⁶² Erste Ergebnisse werden in der sogenannten Schnellmeldung veröffentlicht.

Nach den Ergebnissen der Schnellmeldung für den Berufsbildungsbericht 2013 stellt die Berufsausbildung auch 2012 mit 730 352 Anfängern und Anfängerinnen den größten Sektor. Der Sektor beinhaltet die Ausbildung im dualen System, die Berufsausbildung an beruflichen Schulen sowie die Ausbildung für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen (vergleiche Übersicht 9). Gegenüber 2011 ist die Zahl der Anfänger und Anfängerinnen im Sektor Berufsausbildung gesunken (-10 671 bzw. -1,4 Prozent). Dies ist nicht allein, auf den Rückgang der Berufsausbildung im dualen System zurückzuführen, auch die Anfängerzahlen in der vollzeitschulischen Berufsausbildung gingen zurück. Leichte Anstiege verzeichnete die Berufsausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens.⁶³

Die Zahl der Anfänger und Anfängerinnen im Übergangsbereich ist auch 2012 weiter zurückgegangen. Insgesamt begannen 2012 266 732 Jugendliche eine entsprechende Maßnahme, -18 190 bzw. -6,4 Prozent weniger als 2011. Verglichen mit 2005 ist ihre Zahl sogar um -150 915 bzw. -36,1 Prozent gesunken (vergleiche auch Kapitel 2.4).

Zuwächse verzeichneten Bildungsgänge des Sekundarbereichs II, die zu einer Studienberechtigung führen (+12 433 bzw. +2,5 Prozent auf 505 129).

Die Zahl der Studienanfänger ist gegenüber dem Vorjahr um -26 223 (-5,0 Prozent) zurückgegangen. Dies ist kein Indiz für eine sinkende Studierneigung, sondern die Rückgänge sind insbesondere auf den überproportional starken Anstieg der Studienanfängerzahlen im Jahr 2011 zurückzuführen. Neben den doppelten Abiturientenjahrgängen in Bayern und Niedersachsen, hatte 2011 zusätzlich noch die Aussetzung der Wehrpflicht dazu geführt, dass deutlich mehr junge Menschen ein Studium began-

nen. 2012 wirkten sich die doppelten Abiturientenjahrgänge in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen auf die Zahl der Erstimmatrikulationen aus.⁶⁴

Über die Entwicklung der Sektoren im Zeitvergleich informieren Übersicht 9 und Schaubild 12.

Der Aufbau der Integrierten Ausbildungsberichterstattung erfolgte von 2009 bis 2011 im Rahmen von zwei Projekten: einem BIBB-Projekt und einem Gemeinschaftsprojekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Der Aufgabenschwerpunkt des BIBB-Projekts lag in der Entwicklung und Analyse von Aussagekräftigen Indikatoren zur (Aus-) Bildungsberichterstattung.⁶⁵ Das Projekt der Statistischen Ämter hatte seinen Schwerpunkt in der Entwicklung und Bereitstellung eines länderübergreifenden Datensets für das Indikatorensystem.

Mit der Aufnahme der Integrierten Ausbildungsberichterstattung in das Standardlieferprogramm der Statistischen Ämter ab 2012 kann die Datenlieferung für Berufsbildungsbericht und Datenreport zum Berufsbildungsbericht dauerhaft sichergestellt werden. Damit wurde ein wesentliches Projektziel, die aktuelle Gesamtschau im Berufsbildungsbericht abzubilden, realisiert. Das BMBF hat das BIBB-Projekt analog zur Laufzeit des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs bis 2014 verlängert. In dieser Phase sollen die bisherigen Arbeiten fortgeführt, die Indikatorik optimiert und Langzeitreihen für die Bildungsberichterstattung aufgebaut werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass mit der Integrierten Ausbildungsberichterstattung ein erheblicher Mehrwert verbunden ist, der insbesondere durch die flächendeckende Einführung von Individualdaten noch gesteigert werden könnte.⁶⁶ Der Bund appelliert an die Länder, die Integrierte Ausbildungsberichterstattung ihrerseits durch die flächendeckende Bereitstellung von Individualdaten zu unterstützen.

2.6 Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens

Im Schuljahr 2011/2012 befanden sich insgesamt 196 625 Schülerinnen und Schüler in einer Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens. Diese Ausbildungen werden an Schulen des Gesundheitswesens sowie – auf Grund des unterschiedlich strukturierten föderalen Schulsystems – an Berufsfachschulen und Fachschulen durchgeführt.⁶⁷

⁶² Die Systematik der Integrierten Ausbildungsberichterstattung unterscheidet sich von der des Berichts „Bildung in Deutschland“, der eine Differenzierung des Ausbildungsgeschehens in drei Sektoren vornimmt („duals System“, „Schulberufssystem“ und „Übergangssystem“). Die Ergebnisse sind daher nur zum Teil miteinander vergleichbar.

⁶³ Berufsausbildung im dualen System (-2,1 Prozent), Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO (-8,4 Prozent), Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO (-7,6 Prozent) Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln (-0,6 Prozent), Landes- und bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens (+1,4 Prozent), Beamtenausbildung mittlerer Dienst (+0,0 Prozent)

⁶⁴ Vergleiche https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_088_212.html

⁶⁵ Über das Indikatorensystem bestehend aus Sektoren und Konten wurde bereits im Berufsbildungsbericht 2010 berichtet, Seite 31–32. Ausführlich informiert auch der Projektflyer: http://indikatorik.bibb.de/dokumente/pdf/bibb_a4-seiter.pdf

⁶⁶ Vergleiche Empfehlung des Fachbeirats zur Integrierten Ausbildungsberichterstattung, http://indikatorik.bibb.de/dokumente/pdf/iA_BE-Empfehlungen_Dezember_2011.pdf

⁶⁷ Tabellen zur Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Berufen sind dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013 zu entnehmen.

Anfänger/Anfängerinnen in den Sektoren der Integrierten Ausbildungsberichterstattung

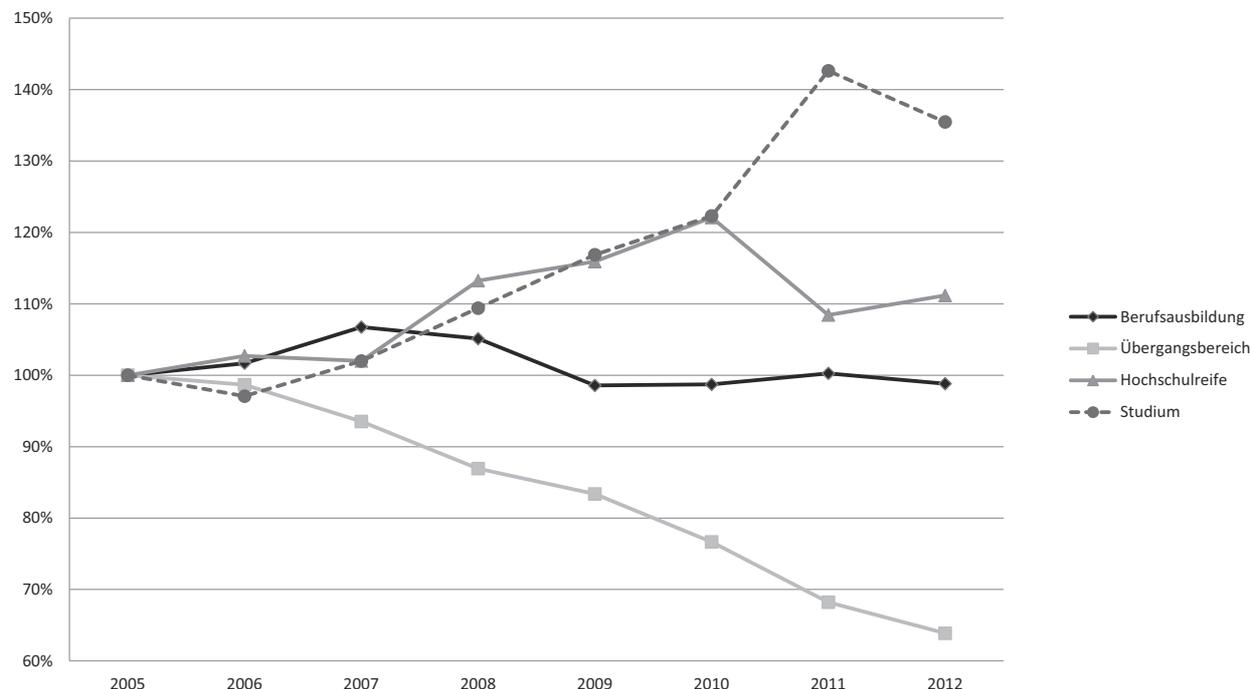
| | Sektor Berufsausbildung | Sektor Übergangsbereich | Sektor Hochschulreife | Sektor Studium |
|------|----------------------------|----------------------------|--------------------------|-------------------|
| 2005 | 739.149 | 417.647 | 454.423 | 366.242 |
| 2006 | 751.563 | 412.083 | 466.700 | 355.472 |
| 2007 | 788.893 | 390.552 | 463.464 | 373.510 |
| 2008 | 776.917 | 363.037 | 514.603 | 400.600 |
| 2009 | 728.484 | 348.217 | 526.684 | 428.000 |
| 2010 | 729.577 | 320.173 | 554.704 | 447.890 |
| 2011 | 741.023 | 284.922 | 492.696 | 522.306 |
| 2012 | 730.352 | 266.732 | 505.129 | 496.083 |

Hinweis: Die hier angeführten Angaben sind nicht mit anderen Darstellungen im Berufsbildungsbericht 2013 vergleichbar. So umfasst der Sektor Berufsausbildung hier z. B. die „Konten“ Berufsausbildung im dualen System nach BBiG (anerkannte Ausbildungsberufe) inklusive vergleichbare Berufsausbildung (§ 3 Absatz 2 Nr. 3 BBiG), Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO, Vollqualifizierende Berufsausbildung an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO, Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln, Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens, Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst). Für weitere Erläuterungen der Sektoren und zu Angaben zu den einzelnen „Konten“ vergleiche Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kap. A 6. Aufgrund von Datenrevisionen kommt es zu Abweichungen gegenüber früheren Darstellungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2013

Schaubild 12

Verschiebung zwischen den Sektoren 2005 bis 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt, Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2013

Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringfügiger Anstieg um 3 183 Schülerinnen und Schüler (d. h. +1,6 Prozent) im Bereich der Ausbildungen in den Berufen des Gesundheitswesens festzustellen. Positiv fällt dabei auf, dass die Zahl der Schüler im Verhältnis zu den Schülerinnen um +5,4 Prozent angestiegen ist. Nach wie vor sind junge Frauen mit 78,1 Prozent aber in der Mehrheit (junge Männer: 21,9 Prozent).

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Gesundheits- und Krankenpflege (59 857) ist gegenüber dem Vorjahr leicht (+1,2 Prozent) gestiegen. In der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sind die Zahlen nahezu gleich geblieben (-0,2 Prozent). Dies zeigt, dass die Ausbildungen in der Gesundheits- und Kranken- bzw. Kinderkrankenpflege – auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl von akademischen Ausbildungsmöglichkeiten – weiterhin attraktiv sind.

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflegeausbildung ist im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich, nämlich auf insgesamt 55 966 (+7,7 Prozent) angestiegen. Die Zahl der Neueintritte in eine Altenpflegeausbildung ist allerdings im Vergleich zum Schuljahr 2010/2011 zurückgegangen (20 424 Neueintritte, d. h. -6,6 Prozent gegenüber dem Schuljahr 2010/2011). Nach dem Auslaufen der befristeten Sonderregelung (Konjunkturpaket II) zur dreijährigen Vollfinanzierung von Altenpflegeumschulungen in den Jahren 2009 und 2010 war damit nach einem deutlichen Anstieg der Ausbildungseintritte wieder ein leichter Rückgang der Ausbildungseintritte zu verzeichnen. Die Ausbildungszahlen in der dem jeweiligen Landesrecht unterliegenden Ausbildung in der Altenpflegehilfe sind auf 6 221 (-1,8 Prozent) leicht gesunken.

Mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege haben Bund, Länder und Verbände am 13. Dezember 2012 ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das insbesondere auf eine deutliche Erhöhung der Eintritte in die Altenpflegeausbildung zielt. Eine wesentliche Vereinbarung der Offensive wurde mit dem Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung vom 13. März 2013 umgesetzt. Danach werden in der Zeit vom 1. April 2013 bis 31. März 2016 Umschulungen zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger auch wieder dreijährig und damit voll von den Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern finanziert. Gleichzeitig werden durch das neue Gesetz auch die Möglichkeiten zur Verkürzung der Ausbildungszeit gestärkt.

Steigende Schülerzahlen sind bei der Ausbildung im Bereich der Rettungsassistenz (+5,1 Prozent), in der medizinisch-technischen Radiologieassistenz (+0,9 Prozent) und in der Podologie (+2,9 Prozent) festzustellen.

Bei der pharmazeutisch-technischen Assistenz (-3,5 Prozent) und der medizinisch-technischen Laboratoriumsassistenz (-5,8 Prozent) sind die Zahlen der Schülerinnen und Schüler hingegen weiter gefallen. Rückgänge zeigten sich auch bei den Hebammen/Entbindungspflegern (-0,9 Prozent), in der Ergotherapie (-4,2 Prozent), der Logopädie (-2,0 Prozent) und der Physiotherapie (-2,3 Pro-

zent). Ausgeprägte Rückgänge waren wie im Vorjahr bei der Diätassistenz (-16,2 Prozent) zu verzeichnen. Deutlich (um -14,0 Prozent) gesunken sind auch die Schülerzahlen im Bereich der Massage und des medizinischen Badewesens. Es ist anzunehmen, dass sich in den genannten Berufen die bereits im letzten Jahr erkennbaren Tendenzen verfestigen, nach dem die Ausbildungsinteressenten zunehmend eine Qualifikation auf akademischem Niveau anstreben.

Berufspolitische Entwicklungen in der Pflege

Gesellschaftliche Herausforderungen in Deutschland werden immer stärker durch den demografischen Wandel geprägt und wirken auf diesem Weg direkt auf die damit auf das Engste verknüpften Anforderungen an die Pflege. In keinem anderen Bereich werden die familiären, arbeitsmarkt- und berufsbildungsbezogenen und gesellschaftlichen Veränderungen daher so deutlich, wie in der (Alten-)Pflege:

- Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt zu.
- Gleichzeitig stehen immer weniger Schulabgänger für eine Ausbildung zur Verfügung
- Immer mehr Angehörige übernehmen Betreuungs- und Pflegeaufgaben, sind aber gleichzeitig berufstätig.
- Die Unterstützung durch soziale Netzwerke und bürgerschaftlich engagierte Menschen gewinnt zunehmend an Bedeutung.
- Vor allem aber steigt der Bedarf an professioneller Betreuung und Pflege.

Dies stellt das Ausbildungs- und Berufsfeld der Pflege vor große Herausforderungen. Gleichzeitig liegen darin aber auch besondere Chancen für Veränderungen und Weiterentwicklungen in der Berufspolitik im Bereich Pflege.

Die Altenpflege gehört zu den besonders stark wachsenden Dienstleistungsbranchen und bietet damit zugleich eine sichere Beschäftigungsperspektive. Die Zahl der Altenpflegefachkräfte in ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen hat sich zwischen 1999 und 2011 um 91 Prozent auf rund 210 000 erhöht, die Zahl aller in der Altenpflege Beschäftigten ist in demselben Zeitraum um rund 53 Prozent auf rund 952 000 gestiegen (Pflegestatistik 2011). Die Entwicklung im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege ist ähnlich, wenn auch nicht von gleicher Dynamik. In ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen arbeiteten 2011 rund 136 000 Gesundheits- und Krankenpfleger/innen und 12 000 Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/innen. Damit beträgt der Anteil der Angehörigen der drei Pflegeberufe (Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheits- und Kinderkrankenpflege) mit 358 000 rund 38 Prozent aller in der Altenpflege beschäftigten Personen. Im Schuljahr 2010/2011 haben rund 46 000 Personen eine Ausbildung in den drei Pflegeberufen begonnen. Ein Spitzenwert im Vergleich zu allen anderen Ausbildungsberufen.

Die Anforderungen an die Pflegekräfte haben sich in den vergangenen Jahren geändert. Während in den Pflegeeinrichtungen mehr medizinische Behandlungspflege erbracht werden muss, steigt in den medizinischen Versorgungseinrichtungen die Zahl älterer und hochaltriger Menschen immer stärker an. Die gegenwärtige Differenzierung der Pflegeberufe nach Altersgruppen wird daher den Entwicklungen der Versorgungsstrukturen und den Anforderungen an die professionelle Pflege der Zukunft nicht mehr entsprechen. Neue Potenziale und Perspektiven können sich dann ergeben, wenn die formale Trennung der drei Berufe überwunden wird. Es ist wichtig, dass die Pflegefachkräfte universeller und flexibler eingesetzt werden können, dass sie in der Ausbildung ein möglichst breites Qualifikationsprofil erwerben. Bereits heute wäre es in Teilbereichen sinnvoll, dass die Krankenhäuser mehr Altenpflegerinnen und -pfleger einstellen. Schon lange sind Gesundheits- und Krankenpfleger/innen in den stationären Pflegeeinrichtungen beschäftigt. In den ambulanten Diensten sind beide Berufsgruppen präsent. Sowohl die heutigen Berufsgesetze als auch die Praxis belegen nicht zuletzt, dass die Pflegefachkräfte sich in bestimmten Qualifikationsbereichen überschneiden und vielfach dieselben Aufgaben wahrnehmen.

Durch die Zusammenführung der Pflegeausbildungen kann auch die Attraktivität des Berufsfeldes erhöht werden, weil sich für die Absolventinnen und Absolventen mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten ergeben. Letztlich geht es um einen Berufsbereich, der sich stetig weiterentwickelt, so dass die Stichworte „spätere Spezialisierung, Weiterbildung, lebenslanges Lernen“ das Berufsfeld auch in Zukunft prägen werden.

Angesichts der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an qualifiziertem Personal in der Pflege weiter wachsen. So wird allein die Zahl der Leistungsbezieher in der sozialen Pflegeversicherung bis zum Jahr 2030 im Verhältnis zum Vergleichsjahr 2011 um knapp 40 Prozent auf dann 3,2 Millionen steigen. Gleichzeitig wird die Zahl der dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehenden jungen Menschen zukünftig deutlich sinken. In der (Alten-)Pflege besteht bereits heute bundesweit ein Fachkräftemangel, der in Zukunft weiter zunehmen wird, wenn nicht rechtzeitig und entschieden gegengesteuert wird.

Neue Weichenstellungen sind daher erforderlich, um die Attraktivität des Ausbildungsberufes für junge und ältere Menschen zu erhöhen, die beruflichen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern und die Beschäftigten an das Berufsfeld zu binden.

Um die heutigen unterschiedlichen Qualifizierungsmöglichkeiten im Beschäftigungsfeld der Pflege stärker anzuerkennen, um diese besser zu nutzen und um der Profession Pflege mehr gerecht zu werden, muss eine neue Balance zwischen der Bildungs-, Beschäftigungs- und der Fachpolitik in der Pflege geschaffen werden.

Voraussetzung dafür ist, dass die bildungspolitischen Entwicklungen sowohl auf Bundesebene als auch auf Länder-

ebene stärker aufeinander bezogen werden und zu einem transparenten und allgemein anerkannten Stufensystem von Qualifizierungsmöglichkeiten führen. Jeder, der heute in der Pflege arbeiten möchte, kann bereits auf dem ihm angemessenen Qualifizierungsniveau einsteigen. Die entsprechenden Qualifizierungswege sind vorhanden, sind aber aufgrund der föderalen Strukturen oft nicht einfach zu überschauen.

So sind die Länder für die Qualifizierungsmaßnahmen im niedrigschwelligen Bereich sowie für die ein- bzw. zweijährigen Ausbildungen zu Pflegehelferinnen/Pflegehelfern bzw. zu Pflegeassistentinnen/Pflegeassistenten zuständig. In die Zuständigkeit des Bundes fallen die Regelungen über die Gesundheitsfachberufe, zu denen auch die Ausbildungen in den drei Pflegeberufen gehören. Für den gesamten Fort- und Weiterbildungsbereich sind hingegen wieder die Länder verantwortlich.

Um den Personalbedarf in der Pflege auf Dauer decken zu können, die Qualität zu sichern und das Berufsfeld Pflege auch zukünftig attraktiv zu halten, müssen die Möglichkeiten, die die Ausbildung, aber auch die Nachqualifizierung sowie die Fort- und Weiterbildungen bieten, ausgebaut werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen weiter zu verbessern.

Die Bundesregierung hat sich hier grundlegende neue Weichenstellungen vorgenommen. Die drei Pflegeberufe Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sollen zu einem neuen generalistisch ausgerichteten Pflegeberuf zusammengeführt werden. Eine auf Fachebene eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat Anfang März 2012 Eckpunkte zur Vorbereitung eines Entwurfs eines neuen Pflegeberufegesetzes vorgelegt. Auf der Grundlage des Eckpunktepapiers und der dazu vorliegenden Stellungnahmen erarbeiten BMFSFJ und BMG in gemeinsamer Federführung nunmehr einen Referentenentwurf. Dabei sollen aber auch in Zukunft die dreijährig an den Berufsfachschulen ausgebildeten Pflegefachkräfte die wichtigste und stärkste Säule im Berufsfeld bleiben. Zusätzlich ist mit einem Bedarf an akademisch ausgebildeten Pflegekräften zu rechnen. Dieser Berufsbereich soll ergänzend aufgebaut werden. Er kann und darf jedoch die berufliche Ausbildung nicht ersetzen.

Neben den bereits vielfach bestehenden Maßnahmen zur Sicherung und Ausweitung der Fachkräftebasis in der Altenpflege hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gemeinsam mit den Ländern und Verbänden im Jahr 2011 eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege gestartet. Ziel dieser Initiative ist es, die Aus- und Weiterbildung der Altenpflege zu stärken und die Attraktivität des Berufs- und Beschäftigungsfeldes zu steigern (vergleiche hierzu Kapitel 3.1.5).

3. Berufsbildungspolitische Maßnahmen und Programme

Kapitel 3 gibt einen Überblick über die zentralen berufsbildungspolitischen Maßnahmen und Programme, mit denen die Bundesregierung auf den in Kapitel 2 identifizierten Handlungsbedarf reagiert.

3.1 Duale Ausbildung stärken, Berufsorientierung ausbauen, Ausbildungsreife sicherstellen, Übergänge in Ausbildung erleichtern, Ausbildungsabschlüsse und damit Fachkräftenachwuchs sichern

Die Bundesregierung hat in den Vorjahren bereits mit einer Reihe von Maßnahmen die Ausbildungssituation verbessert und Maßnahmen zur Modernisierung in der beruflichen Bildung in Angriff genommen, die 2012 angepasst und fortgeführt wurden. Die Maßnahmen werden insbesondere verzahnt und aufeinander abgestimmt. Sie werden in unterschiedlicher Art und Weise von weiteren Akteuren der beruflichen Bildung wie z. B. den Sozialpartnern in der Umsetzung unterstützt.

3.1.1 Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2014

Internet: www.bmbf.de/de/2295.php

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Sicherung eines adäquaten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebots für alle ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ist erklärtes Ziel der Bundesregierung. Dies gilt für leistungsstarke und leistungsschwächere Jugendliche gleichermaßen, denn nur so kann der Fachkräftebedarf Deutschlands gesichert werden. Die Bundesregierung hat deshalb gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft erstmals im Juni 2004 den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ vereinbart, der sowohl mehr betriebliches Ausbildungsengagement als auch zusätzliche Anstrengungen der öffentlichen Hand vorsieht.

Im Oktober 2010 wurde der Ausbildungspakt mit neuen Schwerpunkten um weitere vier Jahre verlängert. Als neue Partner mit eigenen Beiträgen wurden die Kultusministerkonferenz (KMK) sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration in den Pakt aufgenommen. Für die inhaltliche Fortentwicklung des Paktes war bedeutsam, dass sich die Ausgangssituation seit 2004 grundlegend verändert hat. Statt Lehrstellenmangel ist aufgrund der demografischen Entwicklung inzwischen in einigen Branchen und Regionen ein Bewerbermangel zu verzeichnen. Gleichzeitig gibt es aber nach wie vor eine erhebliche Zahl von Bewerber/innen, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung nicht sofort gelingt. Hierzu zählen die sogenannten Altbewerber und Altbewerberinnen, Jugendliche

mit Migrationshintergrund sowie sozial benachteiligte, lernbeeinträchtigte und behinderte Jugendliche.

Der verlängerte Ausbildungspakt will daher unter dem Motto „Alle Potenziale erschließen“ gerade diesen jungen Menschen verstärkt Chancen auf eine Berufsausbildung bieten. Das heißt vor allem, die Ausbildungsreife der Abgänger von Haupt- und Realschulen frühzeitig zu verbessern, schwächere Jugendliche intensiver zu fördern, den jungen Menschen im Übergangsbereich echte Qualifizierungsangebote mit Anschlussperspektive zu eröffnen sowie die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ausbildung voranzubringen.

Zentrale Maßnahmen der Paktvereinbarung sind u. a. die BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“, die mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel auf die qualitative Verbesserung des Übergangs von der Schule in die duale Berufsausbildung zielt, sowie die von der Wirtschaft erstmals angestrebten 10 000 betrieblich durchgeführten Einstiegsqualifizierungen/Jahr speziell für förderungsbedürftige Jugendliche (EQ Plus).

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs zielt die Paktvereinbarung aber auch darauf, mehr leistungsstarke Jugendliche für eine betriebliche Berufsausbildung zu gewinnen. Das BMBF und das BMWi haben deshalb im November 2011 die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ gestartet. Ziel der Offensive ist es, die hohe Attraktivität der dualen Ausbildung und die vielfältigen Chancen beruflicher Weiterbildung einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen und dabei insbesondere leistungsstarke Jugendliche anzusprechen.

Auch im Jahr 2012 haben die Paktpartner Zwischenbilanzen ihrer Aktivitäten vorgelegt. Zu den wesentlichen Resultaten der Förderung gehören demnach:

Die Bundesregierung hat die Programme des Bundes zur Förderung junger Menschen systematisch erfasst, die Instrumente im Arbeitsförderungsrecht neu geordnet, auf den individuellen Handlungsbedarf ausgerichtet und die Prävention verstärkt. Mittlerweile unterstützen bundesweit an rund 2 000 Schulen Berufseinstiegsbegleiter und Berufseinstiegsbegleiterinnen nach dem SGB III und der Initiative „Bildungsketten“ Schüler und Schülerinnen ab dem vorletzten Schuljahr erfolgreich beim Übergang von der Schule in die Ausbildung. Die modellhaft erprobte Berufseinstiegsbegleitung und die Maßnahmen der vertieften (erweiterten) Berufsorientierung wurden als Regelinstrumente verstetigt. Das Berufsorientierungsprogramm (BOP) wurde auf noch höherem Niveau fortgeführt und die Zahl der Vermittler bei der passgenauen Vermittlung verdoppelt. Zur Steigerung der Ausbildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund hat die Bundesregierung bundesweite, regionale und elternspezifische Ausbildungskonferenzen, so zum Beispiel durch die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, sowie Jugendforen mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Rahmen des „Jobstarter-Programms“ durchgeführt.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Zahl der Jugendlichen, die sich bereits in früheren Jahren um eine Ausbildung

bemüht haben (Altbewerber), bis Ende September 2012 um 3,3 Prozent gesunken ist. Dennoch gelingt vielen schwächeren jungen Menschen nach wie vor kein unmittelbarer Einstieg in Ausbildung. Vor diesem Hintergrund haben die Partner des Ausbildungspaktes im November 2012 die Gemeinsame Erklärung „Junge Menschen beim Übergang in betriebliche Ausbildung gezielt unterstützen“ verabschiedet: Im Übergangsbereich sollen die vielfältigen Angebote noch besser aufeinander abgestimmt und dort, wo es sinnvoll ist, gebündelt werden. Ziel ist, junge Menschen ohne Umwege in eine Ausbildung und zu einem Berufsabschluss zu führen. Für förderungsbedürftige Jugendliche gilt es, betriebliche Angebote in der Ausbildungsvorbereitung stärker einzusetzen.

Auch die Wirtschaft setzte ihre Selbstverpflichtungen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze und zur Einwerbung neuer Ausbildungsbetriebe 2012 um. 2012 wurden insgesamt 69 100 neue Ausbildungsplätze eingeworben (2011: 71 300). 41 660 Betriebe (2011: 43 600) konnten erstmalig für die Ausbildung gewonnen werden. Bis zum Ende der Nachvermittlung konnte die Zahl der unversorgten Bewerber und Bewerberinnen auf 7 700 reduziert werden. Allerdings ist nur rund die Hälfte der eingeladenen Jugendlichen zu den Nachvermittlungsaktionen erschienen. Die Paktpartner haben daher an die Jugendlichen appelliert, sich über die noch zahlreich zur Verfügung stehenden Angebote zu informieren. Dazu zählen auch über 10 000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen (EQ) und EQ-Plus-Plätze für Jugendliche mit Förderbedarf. Auch die Bundesverwaltung erfüllte ihre Ausbildungsverpflichtung im Jahr 2012. Ihre Ausbildungsquote lag mit 7,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erneut über der im Pakt gegebenen Zusage von mindestens 7 Prozent (2011: 7,6 Prozent).

3.1.2 Maßnahmen und Programme zur Verbesserung der Berufsorientierung und der Ausbildungsreife von Jugendlichen, individuelle Begleitung von Jugendlichen

Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2014

Fördervolumen: 460 Mio. Euro (inklusive Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung, Potenzialanalyse, Berufsorientierungsprogramm und VerA)

Internet: www.bildungsketten.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziele der BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010 bis 2014 sind die präventive und ganzheitliche Sicherung des Bildungserfolgs junger Menschen und die sukzessive Schaffung einer strukturierten und kohärenten Förderpolitik von Bund und Ländern im Übergangsbereich.

Resultate der Bundesförderung:

Zur Erreichung der Ziele hat das BMBF in der Initiative verschiedene Programme und Aktivitäten im Übergang von der Schule in die duale Berufsausbildung verzhant. Hierzu dienen insbesondere das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP), das Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER, JOBSTARTER CONNECT und Perspektive Berufsabschluss. Flankiert wird die Initiative durch die ehrenamtliche Begleitung von Jugendlichen im Rahmen der Initiativen Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (VerA) sowie coach@school.

Eine Bund-Länder-Begleitgruppe mit Vertretern der Kultusministerien aller Länder und dem Bund diskutiert die Strukturelemente sowie die Instrumente und Themen der Initiative. Eine längerfristig festgelegte Agenda zu Themen wie Berufsorientierung, Berufseinstiegsbegleitung, Potenzialanalysen, ehrenamtliche Coaching-Ansätze sowie Einbindung von Unternehmen wurde festgelegt. Hierzu entwickeln Bund und Länder Vereinbarungen zu Qualitätsstandards und zur kohärenten Umsetzung der Instrumente. Zugleich erfolgt der Transfer erfolgreicher einzelner Länderkonzepte über Ländergrenzen hinaus. Damit leistet die Begleitgruppe einen wesentlichen Beitrag zu mehr Synergie und Effizienz in der Ausgestaltung von Maßnahmen. Darüber hinaus hat das BMBF zusätzlich bilaterale Bund-Länder-Vereinbarungen zur flächendeckenden Verankerung von Bildungsketten-Instrumenten im Regelsystem mit den Ländern Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen abgeschlossen. Mit weiteren Ländern finden Gespräche statt.

Ziel der Bundesregierung ist (in Abstimmung mit den Ländern) eine Ausweitung der Initiative auf weitere Schulen und langfristig eine Verstärkung der Instrumente.

Zur wissenschaftlichen Begleitung und für die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative wurde die „Servicestelle Bildungsketten“ beim BIBB eingerichtet. Die Servicestelle koordiniert den Erfahrungsaustausch der beteiligten Akteure und transferiert gute Praxis. Für die Praxisebene konzipiert die Servicestelle Veranstaltungsformate, deren Themen mit der Agenda der Bund-Länder-Begleitgruppe korrespondieren. Sie hat seit Mai 2011 u. a. eine Open-Space-Auftaktkonferenz, eine Konferenz für Jugendliche und insgesamt acht Regionalkonferenzen durchgeführt. Insgesamt wurden rund 1 900 Bildungs-Akteure aus unterschiedlichen Kontexten erreicht. Seit 2012 sind die Veranstaltungen regional- und themenspezifisch ausgerichtet.

Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung

Bildungspolitische Zielsetzung:

2010 hat das BMBF das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung Bildungsketten⁶⁸ im Rahmen der Initiative gestartet. Bis 2014 werden rund 1 000 hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter und Berufseinstiegsbegleiterinnen (BerEb) an über 1 000 Schulen Jugendliche in ihrem

⁶⁸ Vergleiche www.bmbf.de/pubRD/richtlinien_einstiegsbegleiter.pdf

Entwicklungsprozess, dem Berufswahlprozess und dem Übergang in eine betriebliche Ausbildung bis zum Ausbildungsabschluss individuell begleiten – auf der Basis einer Potenzialanalyse.

Resultate der Bundesförderung:

Inzwischen sind 917 BerEb (Vollzeitäquivalent) an 1 070 Schulen tätig. 12,8 Prozent sind davon Förderschulen. Das Sonderprogramm ergänzt die bestehenden SGB III Instrumente der vertieften Berufsorientierung und der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III a. F. bzw. nach § 49 SGB III n. F.

Das Programm setzt in der Klasse 7 mit einer Potenzialanalyse an, in die auch außerschulische Kompetenzen und Begabungen einfließen. Seit 2011 nehmen jährlich bis zu 60 000 Schülerinnen und Schüler an Potenzialanalysen teil. Die Potenzialanalysen werden auf der Grundlage von Qualitätsstandards durchgeführt, die mit den Ländern abgestimmt und vom BMBF den Maßnahmeträgern einheitlich vorgegeben werden. Mit ihnen werden die Stärken, Schwächen und Neigungen der Jugendlichen festgehalten. Die Potenzialanalyse ist der Ausgangspunkt für die weitere individuelle Förderung und Begleitung. Im Anschluss nehmen sich die BerEb der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an und entwickeln individuelle Förderpläne. Ab Klasse 8 beginnt die praxisnahe Berufsorientierung.⁶⁹ Die BerEb betreuen über mehrere Jahre bis zu 30 000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf.

Es ist vorgesehen, dass in der neuen ESF-Förderperiode ab 2014 eine Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung an den Modellschulen nach § 421s SGB III und der Schulen der Initiative Bildungsketten sowie einer Ausweitung auf weitere Schulen über Mittel des Europäischen Sozialfonds durch den Bund erfolgt (vergleiche auch Berufseinstiegsbegleitung).

Berufsorientierungsprogramm des BMBF in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)

Eckdaten:

Laufzeit: von April 2008 bis Juni 2010 Pilotprojekt; seitdem unbefristet

Bewilligungen seit 2008: ca. 220 Mio. Euro

Fördervolumen 2013: 70 Mio. Euro

Internet: www.berufsorientierungsprogramm.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP) ist Teil der Bildungsketten-Initiative und bietet Schülerinnen und Schülern in Klasse 7 eine Potenzialanalyse und in Klasse 8 zwei Wochen praktische Arbeit in der Werkstatt einer Berufsbildungsstätte. Das Programm soll Schülerinnen und

Schülern, die einen Abschluss der Sekundarstufe I als höchsten Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule anstreben, einen ersten Einblick in den Ausbildungsalltag von mindestens drei verschiedenen Berufsfeldern geben und dadurch ihr Interesse an einer dualen Ausbildung wecken. Die Jugendlichen sollen dadurch besser in die Lage versetzt werden, ihre Stärken und Neigungen kennen zu lernen und anschließend ein Betriebspraktikum zu wählen, das an ihren individuellen Fähigkeiten ausgerichtet ist. Das Programm soll die Jugendlichen mittelfristig unterstützen, eine bewusste Berufswahlentscheidung zu treffen und den Übergang von der Schule in die Ausbildung erleichtern. Die Ausbildungsreife der Jugendlichen soll verbessert werden.

Resultate der Bundesförderung:

Bei den beteiligten Jugendlichen und ihren Eltern sowie bei der Wirtschaft und den Schulen stößt das BMBF mit dem Programm auf sehr positive Resonanz.

Die Ausbilder sehen Möglichkeiten, Jugendliche gezielter in Betriebspraktika zu vermitteln; kleine und mittlere Unternehmen können dadurch ihren Fachkräftenachwuchs früh kennen lernen.

Das Berufsorientierungsprogramm startete am 1. April 2008. Bis Ende 2012 konnte das BIBB, das das Programm für das BMBF administriert, Maßnahmen für rund 450 000 Jugendliche bewilligen. In den kommenden Jahren soll das Programm jährlich ca. 120 000 Jugendlichen offen stehen. Zur weiteren Steigerung der Qualität der Berufsorientierungsmaßnahmen und zur besseren Planbarkeit für Träger und Schulen hat das BMBF die Richtlinien angepasst. Sie sehen nun eine Reihe von Qualitätsmerkmalen vor, die Träger erfüllen müssen.⁷⁰ Den Ländern werden Sondervereinbarungen angeboten, um damit eine flächendeckende Einführung von Berufsorientierungsmaßnahmen durch ein Landeskonzept zu unterstützen.

Berufsberatung und Berufsorientierung durch die Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit bietet im Rahmen der Regelförderung flächendeckend unterstützende Leistungen im Prozess der Berufsberatung und der Berufsorientierung für alle Jugendliche an, die im SGB III geregelt sind und die im Rahmen der Instrumentenreform angepasst wurden.

Berufsberatung

Die Agenturen für Arbeit sind die Ansprechpartner für Berufsberatung nach § 30 SGB III. Die Berufsberatung umfasst die Erteilung von Rat und Auskunft insbesondere zur Berufswahl, über die Berufe und ihre Anforderungen. Es findet eine Einzelberatung statt, die sich an den individuellen Interessen und Fähigkeiten orientiert. Jobcenter können diese Dienstleistung auch anbieten.

⁶⁹ Vergleiche www.bildungsketten.de/de/253.php

⁷⁰ Vergleiche www.bibb.de/dokumente/pdf/bo-richtlinien_061211.pdf

Berufsorientierung

Berufsorientierung ist eine gesetzliche Pflichtleistung gem. § 33 SGB III. Dazu gehören Schulbesprechungen, Informations- und Vortragsveranstaltungen sowie Workshops zu Berufswahlthemen, Medienangebote (z. B. planet-beruf; abi, Berufe.TV, BERUF AKTUELL, Studien- und Berufswahl, BERUFENET, KURSNET) und Selbsterkundungsangebote im Internet. Jobcenter können diese Dienstleistung auch anbieten.

Maßnahmen der vertieften (erweiterten) Berufsorientierung

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, § 48 (bis 31. Dezember 2012 zusätzlich § 130)
Fördervolumen im Jahr 2012 (SGB III und II): 59 Mio. Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die von der BA in den letzten Jahren vorgenommene stärkere präventive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik wird auch weiterhin konsequent fortgesetzt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt zum 1. April 2012 werden zudem die besonderen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausdrücklich bei der Ausgestaltung der Maßnahmen berücksichtigt. Diese benötigen voraussichtlich besondere Unterstützung während der Schulzeit bei der Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung. Sie sollen deshalb intensiv und umfassend bei der Entwicklung ihrer beruflichen Perspektiven unterstützt werden. Die bislang befristete Möglichkeit, Maßnahmen über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und innerhalb der Unterrichtszeit durchzuführen (§ 130 SGB III in der bis zum 31. Dezember 2012 geltenden Fassung), wurde zum 1. Januar 2013 dauerhaft in § 48 SGB III überführt.

Resultate der Förderung:

Die größere Flexibilität der Maßnahmen der vertieften (erweiterten) Berufsorientierung hat sich bewährt. Mit der vor diesem Hintergrund erfolgten Verstärkung des Förderinstruments wird zudem mehr Prävention in der Berufsorientierung erreicht und damit die Zielsetzung des Ausbildungspaktes unterstützt.

An den Berufsorientierungsmaßnahmen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter haben 2012 durchschnittlich 12 966 junge Menschen teilgenommen.⁷¹

⁷¹ Enthält vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2012. Ab 1. April 2012 wurden Berufsorientierungsmaßnahmen aus dem Rechtskreis SGB II in die alleinige Zuständigkeit der BA nach dem SGB III überführt.

Förderprogramm Initiative Inklusion – Handlungsfeld Berufsorientierung

Eckdaten:

Laufzeit: 2011 bis 2014
Fördervolumen: 40 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds
Internet: www.bmas.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Für die Teilhabe am Arbeitsleben sind Bildung und Qualifizierung von entscheidender Bedeutung. Gerade junge Menschen mit Behinderungen benötigen hier besondere Unterstützung und Förderung. Der jeweilige Bedarf, aber auch die Potenziale, müssen so früh wie möglich erkannt werden. Nur dann kann eine nachhaltige Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die berufliche Orientierung, die rechtzeitig vor der Schulentlassung beginnen muss (im vorletzten Schuljahr).

Als Maßnahme des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (NAP) fördert das BMAS insbesondere im Rahmen der Initiative Inklusion die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben. Im Handlungsfeld 1 „Berufsorientierung“ der Initiative werden der Aufbau und die Weiterentwicklung von Strukturen und Maßnahmen zur verbesserten beruflichen Orientierung schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler, insbesondere mit sonderpädagogischem Förderbedarf, unterstützt. Im Rahmen der Initiative Inklusion sollen bis zu 20 000 schwerbehinderte Jugendliche intensiv auf den Übergang in das Berufsleben vorbereitet werden.

Das Förderprogramm richtet sich an die Länder, die in Kooperation mit den jeweils zuständigen Regionaldirektionen der BA die Berufsorientierungsmaßnahmen ausgestalten und durchführen.

Resultate der Bundesförderung:

Das Programm ist im Herbst 2011 gestartet. Einige Länder konnten bereits auf vorhandene Strukturen aufsetzen. Überwiegend mussten geeignete Strukturen aber erst geschaffen werden, so dass die Maßnahmen vielfach später als geplant starteten. Gleichwohl konnten bis zum 30. November 2012 bereits rd. 4 400 schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler überwiegend an Förderschulen mit dem Schwerpunkt „geistige Entwicklung“ beruflich orientiert werden.

Die Förderung erstreckte sich ursprünglich auf Berufsorientierungsmaßnahmen, die in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013 begannen. Auf Wunsch der Länder wurde die Laufzeit für die berufliche Orientierung um ein Jahr verlängert. Damit können jetzt auch noch Maßnahmen gefördert werden, die im Schuljahr 2013/2014 beginnen. Insgesamt können auf diese Weise 3 Jahrgänge erreicht werden, so dass davon auszugehen ist, dass die im Rahmen der Initiative Inklusion angestrebten 20 000 Förderfälle realisiert werden.

Ab dem Schuljahr 2014/2015, wenn die Anschubfinanzierung aus dem Ausgleichsfonds ausgelaufen ist, muss die berufliche Orientierung in eine Regelfinanzierung durch die Bundesagentur für Arbeit und Länder übergehen. Die gesetzliche Grundlage dafür liegt mit der Neuregelung des § 48 SGB III ab 1. Januar 2013 bereits vor.

Berufseinstiegsbegleitung

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, § 49
Fördervolumen im Jahr 2012 (SGB III): 53,3 Mio. Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit der Berufseinstiegsbegleitung sollen förderungsbedürftige Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen i. d. R. ab der Vorabgangsklasse bis zum ersten halben Jahr der Berufsausbildung oder – wenn der Übergang nicht unmittelbar gelingt – bis zu maximal 24 Monate nach Schulabgang – individuell und kontinuierlich beim Übergang von Schule in Berufsausbildung unterstützt werden. Die Berufseinstiegsbegleitung wurde seit Februar 2009 an rund 1 000 Modellschulen erprobt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt zum 1. April 2012 wurde das Förderinstrument verstetigt, zugleich ein Kofinanzierungserfordernis von Dritten in Höhe von 50 Prozent der Gesamtkosten eingeführt. Das BMAS stellt für die in den beiden Vorabgangsklassen der Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014 beginnenden Maßnahmen die Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung an den bisherigen Modellschulen sicher. Die Maßnahmen starten mit der zweiten Schuljahreshälfte zum 1. Februar 2013; die Kofinanzierung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Bundes für Bildungsmaßnahmen im Rahmen des 12 Mrd. Euro-Programms für Bildung und Forschung. Ab der neuen ESF-Förderperiode ab 2014 ist eine Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds durch den Bund geplant.⁷²

Resultate der Förderung:

Mit der Berufseinstiegsbegleitung konnten 2012 durchschnittlich 34 028 Teilnehmer unterstützt werden.⁷³ Rund 28 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Eingliederungsquote).⁷⁴ Das Förderinstrument wird seit dem Jahr 2010 fortlaufend evaluiert. Die jährlichen Zwischenberichte können im Internetportal des BMAS aufgerufen werden.⁷⁵

Berufsorientierungsinitiative Arena4You

Eckdaten:

Laufzeit: 1. September 2009 bis 31. August 2012
Fördervolumen insgesamt 1,33 Mio. Euro
Internet: www.arena4you.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit der Berufsorientierungsinitiative „Arena4You“ wurden Maßnahmen zur Berufsinformation und -orientierung von Schülerinnen und Schülern am außerschulischen Lernort Sportstadien erprobt. Die Implementierung und Umsetzung von Angeboten der Berufsorientierung bieten die Chance zum Aufbau innovativer Bildungsnetzwerke und neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Kooperationspartner. Das Thema „Veranstaltungsplanung und -umsetzung im Stadion“ erzeugt eine „thematische Klammer“, die einen übersichtlichen Ausgangspunkt in einem breiten Berufe-Spektrum bietet, an Bekanntes anknüpft und die Erinnerungsleistung an das Angebot nachhaltig fördert. Die Adaptation des Konzepts der Lern- und Arbeitsaufgaben erlaubt einen handlungsorientierten und motivierenden Zugang zur Berufswelt, der verschiedenen Lerntypen von Jugendlichen entgegen kommt.

Resultate der Bundesförderung:

In der Projektlaufzeit konnten im Projekt „Arena4You“ 108 Schulen aller Schulformen – Förder-, Haupt-, Gesamt- und Realschulen sowie Gymnasien – erreicht werden. Die Region Ostwestfalen-Lippe (OWL) war mit 90 Schulen Schwerpunkt des Pilotprojekts. Im April 2012 wurde die Anzahl von 6 000 Schülerinnen und Schülern erreicht, die an Projekttagen im Rahmen von „Arena4You“ Berufsorientierung im Stadion- und Veranstaltungsumfeld erlebt haben. Insgesamt wurden knapp 7 000 Schüler erreicht.

Die Umsetzung der Berufsorientierungsmaßnahmen am Lernort Sportstadien wurde vom Projektträger, der Firma gpm – Gesellschaft für Projektierungs- und Dienstleistungsmanagement mbH, Paderborn, unter Einbeziehung der Berufsorientierungslehrerinnen und -lehrer aus den beteiligten Schulen und von Praxisexperten aus dem Stadionumfeld entwickelt. Die Entwicklung wurde fachlich vom BIBB und wissenschaftlich von der Universität Tübingen begleitet.

Berufsorientierungsmaßnahmen am Lernort Sportstadien wurden mit dem Konzept der Berufsorientierungsinitiative Arena4You erfolgreich erprobt. Sie haben den Praxistest bestanden. Die entwickelten Kernmodule des Konzepts überzeugen durch ihren methodisch-didaktischen Ansatz der Lern- und Arbeitsaufgaben, ihrer Adaptationsmöglichkeit in verschiedene Schulformen und die breite Einsetzbarkeit. Neben der Pilotregion Ostwestfalen-Lippe wird das Arena4you Konzept derzeit bereits umgesetzt in Hamburg, Leipzig, Hannover, Köln, München, Hoffenheim, Mannheim, Frankfurt und Offenbach. Die Umsetzung erfolgt durch Bildungspartner in den Regionen.

⁷² Vergleiche auch Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung

⁷³ Enthält vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2012

⁷⁴ Betrachtungszeitraum März 2011 bis Februar 2012

⁷⁵ Vergleiche: www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/fb414-berufseinstiegsbegleitung.html

Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag*Eckdaten:*

Laufzeit: 2011 bis 2014
Fördervolumen: 1,96 Mio. Euro, ESF-kofinanziert
Internet: www.girls-day.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ sollen junge Mädchen und Frauen motiviert werden, sich für eine Berufsausbildung oder ein Studium und damit für eine spätere Berufstätigkeit in Berufsfeldern zu entscheiden, die sie bislang eher selten in den Blick nehmen. Der bundesweite „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ findet in der Regel am vierten Donnerstag im April statt. In jedem Jahr öffnen an diesem Tag v. a. technische Unternehmen, Betriebe mit technischen Abteilungen und Ausbildungen, Hochschulen und Forschungszentren ihre Türen für Mädchen der Schulklassen 5 bis 10, um ihnen durch vielfältige Veranstaltungen Einblicke in die Arbeitswelt zu geben und eine frühzeitige Kontaktaufnahme zu Praktikums- und Personalverantwortlichen zu ermöglichen.

Resultate der Bundesförderung:

Durch die bundesweite Ausrichtung und das einheitliche Veranstaltungsdatum bündelt der Girls' Day regional begrenzte Einzelinitiativen und erzielt eine bislang einmalige Breitenwirkung. Bundesweit haben, seit dem Start der Aktion in 2001, bereits mehr als 1,2 Millionen Mädchen an nahezu 80 000 Veranstaltungen teilgenommen.

Der „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag“ wird in jedem Jahr wissenschaftlich begleitet. Über 95 Prozent der befragten Teilnehmerinnen in 2012 beurteilten den Tag mit sehr gut und gut, gleiches gilt für über 85 Prozent der Unternehmen. Jedes dritte Mädchen wollte in dem am Girls' Day kennengelernten Beruf ein Praktikum machen oder sogar eine Ausbildung beginnen. Auch die Unternehmen melden ähnliche Erfolge. 27 Prozent der Unternehmen, die bereits vor 2012 am Girls' Day teilgenommen haben, erhielten in der Zwischenzeit Bewerbungen von ihren ehemaligen Girls' Day-Teilnehmerinnen. Mehr als die Hälfte dieser Unternehmen (60 Prozent) hat diese Bewerberinnen eingestellt. Auf alle teilnehmenden Unternehmen übertragen ist dies ein Anteil von 16 Prozent bzw. jedes sechste Unternehmen.

Nach zwölf Jahren Girls' Day zeigen sich die Erfolge der Bundesförderung: Nicht nur das Image der technischen Berufe hat sich verbessert. Auch die Unternehmen entwickeln mehr Gleichstellungsbewusstsein und verstärktes Engagement bei der Ansprache junger Frauen für technische Berufe.

Der Girls' Day als Erfolgskonzept findet zunehmend internationale Beachtung und hat nach deutschem Vorbild bereits in 13 weiteren Ländern stattgefunden.

Boys' Day – Jungen-Zukunftstag*Eckdaten:*

Laufzeit: 2010 bis 2014
Fördervolumen: 3,12 Millionen Euro gesamt, ESF-kofinanziert
Internet: www.boys-day.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Seit 2011 findet im Rahmen des Projekts „Neue Wege für Jungs“ jährlich im April der Boys' Day – Jungen-Zukunftstag parallel zum Girls' Day statt. Für Jungen der Klassen 5 bis 10 werden schulische und außerschulische Veranstaltungen getrennt von Mädchen angeboten.

Mit dem Boys' Day erhalten Jungen faire Chancen durch neue Optionsräume für ihre Berufs- und Lebensplanung. Zentrale Ziele des Boys' Day sind dabei die Erweiterung des Berufswahlspektrums, die Flexibilisierung der männlichen Rolle sowie die Stärkung sozialer Kompetenzen.

Das Schnupperpraktikum eröffnet Jungen neue Zukunftsperspektiven durch die Möglichkeit, Berufe kennen zu lernen, die sie bisher eher selten in Betracht ziehen und in denen sie noch unterrepräsentiert sind. Insbesondere in erzieherischen, pflegerischen und sozialen Berufsbereichen finden Boys' Day-Aktionen statt, da hier der Bedarf an männlichen Fachkräften wächst. Der Boys' Day unterstützt Jungen durch die Aktionslandkarte bei der Suche nach einer Boys' Day-Aktion und vermittelt den Kontakt zu Ansprechpersonen für spätere Bewerbungen.

Resultate der Bundesförderung:

Seit der bundesweiten Einführung des Boys' Day wird durch dessen außerordentliche Breitenwirkung die Zahl der jungenspezifischen Angebote verstärkt ausgebaut: Bestehende und neue Jungen-Aktionen werden unterstützt sowie vernetzt. Bereits in den ersten beiden Jahren nach dem Start in 2011 nahmen insgesamt rund 70 000 Jungen an nahezu 9 000 Aktionen teil.

Die Ergebnisse der Evaluation 2012 belegen: Jungen zeigen sich aufgeschlossen und engagiert gegenüber alternativen Berufs- und Lebensplanungen. Über 90 Prozent der Jungen hat der Aktionstag gut oder sehr gut gefallen. Jeder zweite Junge gibt an, er habe am Boys' Day einen Berufsbereich kennen gelernt, der ihn interessiert. 60 Prozent der Jungen haben sich ihren Platz selbst gesucht und knapp ein Drittel der Boys' Day-Angebote 2012 kam aufgrund der Eigeninitiative von Jungen zustande, indem diese selbstständig bei Unternehmen Tagespraktika nachfragten.

Neben den Jungen sind auch die Betriebe und Einrichtungen von der Wirksamkeit des Boys' Day sehr überzeugt: Rund 80 Prozent der Einrichtungen, Betriebe und Institutionen, die am Boys' Day 2012 teilgenommen haben, beurteilen den Aktionstag mit gut oder sehr gut.

Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen

Eckdaten

Laufzeit: 1. Dezember 2008 bis 31. Dezember 2014
 Fördervolumen: 5,9 Mio. Euro
 Internet: www.vera.ses-bonn.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

VerA ist eine gemeinsame Initiative des BMBF und der Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft (ZDH, DIHK und BFB) und wurde 2009 ins Leben gerufen. Der Senior Experten Service Bonn (SES) führt die Initiative durch. Mit der Initiative werden Jugendliche bei drohendem Ausbildungsabbruch unterstützt. VerA fußt auf einem Mentoring-Ansatz: Ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren stehen Jugendlichen, die Probleme in der Ausbildung haben, für eine 1:1-Begleitung zur Verfügung. Sie sind Vertrauenspersonen, die Orientierung und vielfältige Unterstützung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe bieten. Dabei verweisen sie auch auf die Regelleistungen der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter. Die Begleitung ist zunächst auf ein Jahr angelegt, kann aber bei Bedarf bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss ausgeweitet werden.

Das Angebot besteht bundesweit nahezu flächendeckend. Für jede Region ist ein ebenfalls ehrenamtlicher Koordinator eingesetzt. Die Initiative erfolgt in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen. Zur Vorbereitung auf ihre Aufgabe nehmen die Senior Expertinnen und Experten an einer zweitägigen Schulung teil.

Resultate der Bundesförderung:

Bis Dezember 2012 bearbeitete der SES rund 3 000 Anfragen nach einer Begleitung, wovon bereits über 2 000 zustande gekommen sind. Mehr als 1 700 Senior Expertinnen und Experten nahmen bisher an einem Vorbereitungsseminar teil.

Zurzeit wird die Initiative VerA durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung der Universität Hannover (ies GmbH) extern evaluiert. Die Ergebnisse liegen voraussichtlich im Sommer 2013 vor.

Pilotprojekt coach@school

Eckdaten

Laufzeit: 1. Dezember 2010 bis 31. Dezember 2014
 Fördervolumen: 1,2 Mio. Euro
 Internet: www.vera.ses-bonn.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ende 2010 hat der Senior Experten Service (SES) im Auftrag des BMBF und flankierend zum Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung das Pilotprojekt coach@school aufgelegt. Ehrenamtlich engagierte Menschen helfen hier als unabhängige Coaches bei der Berufsorientierung: Sie bieten Schülerinnen und Schülern eine kontinuierliche und lebensweltliche Unterstützung. Ein zweitägiges Seminar

bereitet die Senior Expertinnen und Senior Experten auf ihren Einsatz vor.

Das Angebot besteht in Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen für Schulen, an denen keine hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleiter im Einsatz sind. Bis zu 15 Schulen pro Land können teilnehmen, die Auswahl erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Landesministerien. An jeder Schule sind bis zu vier SES-Experten im Einsatz. Sie betreuen Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen und kooperieren eng mit den Verantwortlichen in der Schule. Eine Verzahnung mit etablierten Initiativen ähnlicher Zielsetzung ist erwünscht.

3.1.3 Maßnahmen und Programme zur Optimierung des Übergangsmanagements, des Übergangsbereichs und innovative Ansätze zur Nachqualifizierung

Strukturprogramm „Perspektive Berufsabschluss“

Eckdaten:

Laufzeit: 2008 bis 2013
 Fördervolumen: 67 Mio. Euro, ESF-kofinanziert
 Internet: www.perspektive-berufabschluss.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“ fördert das BMBF nach Ende der ersten Förderrunde im Jahr 2012 noch in 48 Regionen die Etablierung und Verstärkung wirksamer Strukturen im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und in der beruflichen Nachqualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. In der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmanagement“ werden in kommunaler Verantwortung 28 Projekte mit präventiven Förderangeboten zum Erreichen von Bildungs- und Berufsabschlüssen umgesetzt. Die 20 in der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ geförderten Projekte schaffen regionale beziehungsweise branchenbezogene Angebotsstrukturen zur Fachkräftegewinnung.

Resultate der Bundesförderung:

Förderinitiative 1 („Regionales Übergangsmanagement“):

Das Wirkungsfeld des Regionalen Übergangsmanagements umfasst die Gesamtheit der Institutionen und Angebote, die die Übergänge der Jugendlichen von der Schule in die Ausbildung vorbereiten, begleiten und durchführen. Von den regionalen Koordinierungsstellen wurden Strukturen aufgebaut und Verfahren entwickelt, um im Übergangsgeschehen Transparenz in der Angebots- und Nachfragesituation herzustellen, Entscheidungswege begleiten zu können und um die regionale Abstimmung der unterschiedlichen Akteure durch Verbesserung der Kooperationen und der Gremienarbeit zu erreichen.

Die Erfahrungen aus den 49 Projekten der ersten Förderrunde, die im Jahr 2012 endeten, belegen, dass sich:

durch das Programm die gemeinsame Verständigung der Beteiligten im Übergangsbereich Schule – Beruf auf Ziele und Maßnahmen deutlich verbessert hat. Folgende Effekte wurden von den Akteuren des Übergangsbereichs u. a. genannt:

- eine verbesserte Abstimmung der Entscheidungsträger im Bildungsbereich
- Erhöhung der Transparenz regionaler Beratungs- und Förderangebote
- eine optimierte Berufsorientierung in den Schulen,
- eine Verbesserung der Elternarbeit zur Unterstützung des Berufswahlverhaltens ihrer Kinder zur Erlangung einer anerkannten Berufsqualifikation
- die Etablierung von Bildungsbeauftragten in Migrantenorganisationen,
- die Sensibilisierung von Unternehmen für chancenärmere Jugendliche,
- das zielgenauere Einmünden in Bildungsanschlüsse aufgrund passgenauer Beratung,
- die Verringerung von Warteschleifen und
- die Erhöhung des Anteils von Hauptschülerinnen und -schülern in der dualen Ausbildung.

Bei der Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Ausbildung zeigte sich, dass eine beständige, kommunale Koordinierung notwendig ist – kreisfreie Städte und Landkreise als Träger verfügen hierzu über die besten Voraussetzungen. Erst aber ein eindeutiges Engagement von politischen Gremien und der Spitze der Verwaltung versetzt die Kommune in die Lage, unter den Akteuren des Übergangsbereichs die Rolle eines neutralen, aber auch engagierten Mittlers auszufüllen.

Förderinitiative 2 („Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“):

Zur Etablierung von Nachqualifizierungsstrukturen wird gezielte Netzwerkarbeit betrieben, werden Service- und Nachqualifizierungsangebote auf- und ausgebaut sowie die Öffentlichkeit über die Möglichkeiten beruflicher Nachqualifizierung besser informiert. Ziel ist eine stärkere Nutzung der Externenprüfung.

Durch die Bestandsaufnahmen zu Angeboten und Maßnahmen konnte in der regionalen Förderlandschaft Transparenz erreicht werden. Regional verbindliche Qualitätsstandards wurden gesetzt und einheitliche, modularisierte Nachqualifizierungskonzepte in Absprache mit den zuständigen Stellen, Betrieben und anderen Arbeitsmarktakteuren als Regelangebote etabliert. Internetgestützte Nachqualifizierungsdatenbanken wurden etabliert, die z. T. eine Auswertung der Nachqualifizierungsangebote nach Bundesland, eine Sortierung nach Berufsbereichen und nach anerkannten Berufsbildern ermöglichen.

Seit der Erweiterung des Programms im Jahr 2010 wird gezielt auch der branchen- und zielgruppenspezifische Ansatz gefördert. Die ausgewählten Branchen tragen dem

volkswirtschaftlichen Bedarf nach Fachkräften im Pflege- und Gesundheits-, Logistik- sowie dem IT-Bereich Rechnung. Drei Projekte im Bereich der Altenpflege haben die besonderen Bedingungen in diesem Bereich zu berücksichtigen.

Eine weitere Zielsetzung besteht darin, die regionalen Arbeitsmärkte zu stärken und durch strukturelle Verbesserungen einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.

Im Rahmen des Projekts „Unterstützung regionaler Projekte zur Nachqualifizierung zu Fragen der Zulassung zur Externenprüfung“ wurde eine Handlungsempfehlung in Form eines Leitfadens unter Beteiligung maßgeblicher Akteure im Bereich Berufsbildung erarbeitet. Bisher ungenutzte Fachkräftepotenziale im Handwerk sollen erschlossen und besser genutzt werden. Projekte im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ haben sich zu Landesnetzwerken – zum Beispiel in Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen – zusammengeschlossen, um Nachqualifizierung als Möglichkeit der Fachkräftegewinnung auf überregionaler Ebene gemeinsam mit der Wirtschaft und arbeitsmarktpolitischen Akteuren in Regelstrukturen zu verankern.

Durch die Einbindung und Beteiligung der relevanten Entscheidungsträger und verantwortlichen Akteure in vorhandene oder zu entwickelnde strategisch-kooperative Netzwerke ist es in den Regionen gelungen, modulare berufliche Nachqualifizierung als ein wichtiges bildungspolitisches Instrument des regionalen beziehungsweise branchenbezogenen Förderkanons strukturell besser zu etablieren. Die Förderinitiative „abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ leistet in den Projektregionen einen nachhaltigen bildungspolitischen Beitrag zur Strukturförderung im Bereich der Berufsbildung und zur Stärkung der regionalen Arbeitsmärkte und sichert den Fachkräftebedarf von morgen.

JOBSTARTER CONNECT – Erprobung bundeseinheitlicher und kompetenzorientierter Ausbildungsbausteine

Eckdaten:

Laufzeit: 2009 bis 2015

Fördervolumen: 22,1 Mio. Euro, ESF kofinanziert

Internet: www.jobstarter-connect.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ausbildungsfähige junge Menschen in Maßnahmen der Berufsvorbereitung und an- und ungelernte junge Erwachsene werden über bundeseinheitliche und kompetenzorientierte Ausbildungsbausteine unter Nutzung bestehender Bildungs- und Förderstrukturen qualifiziert. Durch die Dokumentation der erworbenen beruflichen Handlungskompetenzen werden Übergänge in die betriebliche Ausbildung erleichtert und ein erfolgreicher Berufsabschluss ermöglicht. Nachdem zunächst Ausbildungsbausteine in 14 Ausbildungsberufen des dualen Systems modellhaft

entwickelt wurden, ist eine Ausweitung auf weitere Berufsbilder in Planung.

Resultate der Bundesförderung:

Bis zum 31. Januar 2013 nahmen in 40 regionalen CONNECT-Projekten rund 4 000 Jugendliche und junge Erwachsene an einer Qualifizierung über Ausbildungsbausteine in unterschiedlichsten Maßnahme- und Qualifizierungsformen teil. In vielen Modellregionen zeigt sich aus den Erfahrungen der Projekte und den Zwischenergebnissen der Evaluation, dass die Ausbildungsbausteine für die Qualifizierung im Übergangsbereich, in der geförderten Ausbildung und in der Nachqualifizierung eine neue Qualität darstellen⁷⁶:

Verbesserungen von Übergängen aus Bildungsgängen in die betriebliche Ausbildung

- höhere betriebliche Verwertbarkeit durch konsequente Ausrichtung von Bildungsgängen auf Duale Ausbildung;
- Transparenz im Qualifizierungsprozess, so werden bspw. Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse zwischen den beteiligten Lernorten intensiviert;
- durch die Kompetenz- und Outputorientierung entwickelt sich eine intensive Feedbackkultur, die sich positiv auf die Ausbildungsqualität und die Motivation der Jugendlichen auswirkt;
- durch lernergebnisorientierte Curricula können theoretisches und praktisches Lernen stärker miteinander verzahnt werden;
- aussagekräftige und einheitliche Dokumentation erworbener beruflicher Handlungskompetenz;
- als ein Element des Externen Ausbildungsmanagements können Ausbildungsbausteine erhöhte Übergänge in betriebliche Ausbildung und zeitliche Anrechnungen unterstützen.

Erleichterung des Zugangs zur Externenprüfung nach § 45 Absatz 2 BBiG

- transparente Dokumentation für Zulassungsverfahren;
- standardisierte Verfahren für Kompetenzfeststellungen (trägerinterne Validierung des Qualifizierungserfolges) vor Beginn und zum Abschluss der Vorbereitungskurse.

In einzelnen Regionen haben sich weitere Berufsschulen auf eigenen Wunsch der Erprobung angeschlossen. Viele Projekte haben die Erprobung auf weitere Bildungsgänge ausgedehnt. Bei der Neuordnung des Übergangsbereichs Schule – Beruf in NRW werden im Rahmen des Schulentwicklungsprozesses nach der Ausbildungs- und Prü-

fungsordnung Berufskolleg (APO-BK) Ausbildungsbausteine in der Berufsfachschule implementiert.

Die Bundesregierung beabsichtigt – vor dem Hintergrund der Erfahrungen – für rund 20 weitere Ausbildungsberufe Ausbildungsbausteine entwickeln zu lassen.

Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“

Eckdaten:

Laufzeit: 2011 bis 2014

Fördervolumen: 7,35 Mio. Euro

Internet: www.bibb.de/de/55819.htm oder www.bibb.de/heterogenitaet

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) fördert im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgabe zur modellhaften Entwicklung und Erprobung innovativer Konzepte für die berufliche Bildung (§ 90 Absatz 3 Nummer 1d Berufsbildungsgesetz) aus Mitteln des BMBF neuartige Wege in die Ausbildung insbesondere unter dem Aspekt zunehmender Heterogenität der Jugendlichen im ausbildungsfähigen Alter zur Unterstützung ausbildender kleiner und mittlerer Betriebe. Im Kontext etablierter anderer Fördermaßnahmen und auf der Grundlage fundierter Berufsorientierung sollen sich die Vorhaben in das System beruflicher Bildung an der Schnittstelle von der Schule in die Ausbildung und vom Übergangsbereich in die betriebliche Ausbildung einfügen. Ziel ist die Integration der Maßnahmen in langfristig zur Verfügung stehende Fördermaßnahmen und regionale Gesamtkonzepte als Beitrag zur Schaffung von Bildungsketten.

Resultate der Bundesförderung:

Die Modellversuche haben im Frühjahr 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Eine erste positive Bilanz der Startphase konnte anlässlich des Arbeitsforums im November 2011 in Stuttgart gezogen werden. Erste Ergebnisse zum Förderschwerpunkt mit einer ersten Analyse von Gelingensbedingungen und möglichen Handlungsempfehlungen werden Mitte 2012 erwartet.

Nach erfolgreichem Start im Frühjahr 2011 liegen nunmehr eine Reihe bereits entwickelter und erprobter Instrumente zur Unterstützung der KMU für den Übergang Jugendlicher mit schlechteren Startchancen in die duale Ausbildung vor. Der Jahresbericht des BIBB zeigt deutliche Erfolge auf und gibt erste politische Handlungsempfehlungen für die Zielgruppe KMU.

- Mit dem Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ konnten bisher bestehende Instrumente der Regelförderung sowie vorhandene Konzepte für den Übergang von Schule/Übergangsbereich in die duale Ausbildung zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) genutzt und Bil-

⁷⁶ Zu weiteren Ergebnissen der Förderung siehe auch: EKERT, E; ROTHOWE, L; WEITERER, B: Ausbildungsbausteine – Kompetenz- und Outputorientierung von Bildungsangeboten des Übergangsbereichs. In: BWP 41 (2012) 4, S. 28–31

- dungsketten insbesondere für die Gruppe der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen geknüpft,
- die Grundlagen für eine regionale Verstärkung erfolgreicher Produkte nach Beendigung der Förderung aus Mitteln des BMBF geschaffen,
 - Gelingensbedingungen für den Übergang von Schule/Übergangsbereich in duale Ausbildung unter der Voraussetzung zunehmender Heterogenität junger Menschen, insbesondere derer mit schlechteren Startchancen (Fokus: Jugendliche mit Migrationshintergrund) beschrieben und analysiert und dazu entsprechende Instrumente und Methoden entwickelt sowie
 - erste politische Handlungsempfehlungen für die Zielgruppe KMU, aber auch für das gesamte Handlungsfeld des Übergangs von Schule in duale Ausbildung abgeleitet, formuliert und in die politische und wissenschaftliche Diskussion eingebracht werden.

Initiative JUGEND STÄRKEN

Eckdaten:

Laufzeit: 2008 bis 2014
 Fördervolumen: 529 Mio. Euro; ESF- und Bundesmittel
 Internet <http://www.jugend-staerken.de>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Im Mittelpunkt der BMFSFJ-Initiative JUGEND STÄRKEN und ihrer 4 Programme (die 3 ESF-Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, „Kompetenzagenturen“, „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ sowie die aus dem Kinder- und Jugendplan finanzierten „Jugendmigrationsdienste“) stehen junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die auf Grund schlechterer Startchancen von den regulären Leistungsangeboten – Schule, Berufsbildung, Grundsicherung und Arbeitsförderung (SGB II und SGB III) – nicht oder nicht mehr erreicht werden (§ 13 SGB VIII, Jugendsozialarbeit). Mit den Aktivitäten wird neben individuellen Hilfen auch die kommunale Jugendhilfe gestärkt.

Neueste Entwicklungen:

Zur Halbzeit des Modellprogramms „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“ wurde im Sommer 2012 positive Bilanz gezogen. Die 35 Modellkommunen haben eine Vielzahl passgenauer Lösungen und innovativer Konzepte entwickelt, um gemeinsam mit Akteuren wie Jobcentern, Agenturen für Arbeit, Schulen und Unternehmen Förderlücken vor Ort zu schließen. Seit Programmbeginn wurden etwa 100 Projekte neu gestartet und bereits mehr als 2 500 junge Menschen erreicht. In der im Juli 2012 erschienen Broschüre „Jeden jungen Menschen mitnehmen!“⁷⁷ werden nachahmenswerte Ansätze und Erfolgsfaktoren vorgestellt.

⁷⁷ <http://www.jugend-staerken.de/159.html>

Mit dem ergänzenden Projekt „JUGEND STÄRKEN: Junge Wirtschaft macht mit!“ bindet das Bundesfamilienministerium seit Anfang 2012 das Engagement der Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) für benachteiligte junge Menschen in die Netzwerke von JUGEND STÄRKEN ein. Gemeinsam mit dem sozialpädagogischen Fachpersonal aus den JUGEND STÄRKEN-Einrichtungen führen die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer auf lokaler Ebene passgenaue, niedrighschwellige Angebote für junge Menschen mit schlechteren Startchancen durch, die ihnen praxisnahe Einblicke in die Arbeitswelt ermöglichen. Auf der Fachkonferenz „JUGEND STÄRKEN trifft junge Wirtschaft!“ im Oktober 2012 wurden erste Beispiele für eine gelungene Kooperation zwischen Wirtschaft und Jugendsozialarbeit vorgestellt und diskutiert.

ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Eckdaten:

Laufzeit: 2008 bis 2015 in 2 Förderrunden
 Fördervolumen: ca. 184 Mio. Euro, davon ca. 124 Mio. Euro ESF-Mittel und ca. 60 Mio. Euro BMVBS-Mittel
 Internet: www.biwaq.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziel dieses sozialraumorientierten Arbeitsmarktprogramms ist die Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation von langzeitarbeitslosen Männern und Frauen sowie Jugendlichen in benachteiligten Stadtquartieren (Programmgebiete des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt). Darüber hinaus steht die Stärkung der lokalen Ökonomien in diesen Gebieten durch Förderung von Betrieben und gründungsbezogenen Aktivitäten im Fokus des Programms.

Resultate der Bundesförderung:

Mit BIWAQ werden gezielt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in benachteiligte Stadtquartiere gelenkt. Die Qualifikation und soziale Situation der Bewohner und Bewohnerinnen und damit auch ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sollen verbessert und damit das Quartier insgesamt aufgewertet werden.

Die „BIWAQ-Projekte“ entwickeln innovative Interventionen in den Programmgebieten, die konkret auf die Handlungserfordernisse vor Ort abgestimmt sind, an die integrierten Entwicklungskonzepte der Kommunen anknüpfen und mit städtebaulichen Investitionen verbunden sind. Im Vordergrund stehen die Handlungsfelder Bildung, Beschäftigung, Integration und Teilhabe der Bewohnerschaft sowie die Wertschöpfung im Quartier. Kooperationen und Netzwerkbildung mit lokalen Sozial- und Wirtschaftspartnern sollen dazu beitragen, die erreichten Ergebnisse auch dauerhaft zu sichern.

Nach Überschreiten der Halbzeit des Programms (Laufzeit 2008 bis 2015) kann folgende Bilanz gezogen werden:

- Bei vielen Teilnehmenden konnten Qualifikation und Selbstwertgefühl und damit die Aussichten auf dem Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsmarkt verbessert werden.
- In der zum 31. Oktober 2012 abgeschlossenen 1. Förderrunde (2008 bis 2012) wurden 135 Projekte in 144 Programmgebieten von 93 Kommunen gefördert. Die Mehrheit dieser Projekte kümmerte sich um Jugendliche als vorrangige Zielgruppe (ca. 80 Prozent), aber auch langzeitarbeitslose Frauen und Männer standen deutlich im Fokus (ca. 75 Prozent).
- Bis Ende 2011 konnten insgesamt 76 082 Projektteilnehmende gefördert werden, davon nahmen 20 378 Jugendliche, 11 924 Langzeitarbeitslose und 2 289 Erwerbstätige an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.
- Bereits jetzt konnten 1 607 Teilnehmende in den ersten Arbeitsmarkt und weitere 1 499 Teilnehmende in eine Ausbildung vermittelt werden. 442 Ausbildungsplätze sowie 524 Arbeitsplätze auf dem ersten und 2 429 Arbeitsplätze auf dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt wurden neu geschaffen. 4 087 Klein- und Kleinstbetriebe konnten beraten werden.
- In der 2011 gestarteten 2. Förderrunde (2011 bis 2014) werden 87 Projekte in 113 Programmgebieten der Städtebauförderung von 61 Kommunen gefördert.

ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt

Laufzeit: 2008 bis 2014 in zwei Förderrunden
 Fördervolumen: 29 Mio. Euro Mittel des BMAS, 46 Mio. Euro Mittel des ESF
 Internet: www.esf.de/portal/generator/6610/sonderprogramm_bleibeberechtigte.html

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziel des Programms ist die nachhaltige Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen sowie Jugendlichen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Ferner sind die Projekte beauftragt, auf struktureller Ebene mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik und Verwaltung zu arbeiten, um die Inklusion bzw. Integration für die Zielgruppe zu flankieren.

Resultate der Bundesförderung:

In einer ersten Förderrunde (2008 bis 2010) waren 43 Beratungsnetzwerke mit rund 220 Einzelprojekten in allen Bundesländern aktiv. Von ca. 10 800 Teilnehmenden waren ca. 25 Prozent Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahre (2 818 Personen). 30 Prozent aller Projektange-

bote entfielen auf Berufsvorbereitung und Aktivitäten für Jugendliche.

Insgesamt ist bei ca. 54 Prozent der Teilnehmenden die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung gelungen, darunter in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (rund 3 800 Personen), einen Minijob (rund 880 Personen) und in ein duales Ausbildungsverhältnis (rund 460 Personen). Ca. 35 Prozent (rund 3 600 Personen) wurden in Schulen, Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Berufsvorbereitungen vermittelt. Bei 64 Prozent der Teilnehmenden konnte die Beschäftigungsfähigkeit und bei rund 70 Prozent die Motivation zur aktiven Arbeitsplatzsuche erhöht werden.

Ferner waren in der ersten Förderrunde ca. 10 000 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Tagungen, Schulungen oder weitere Maßnahmen der Projekte eingebunden.

Die zweite Förderrunde läuft seit Ende 2010 mit 28 Netzwerken (230 Einzelprojekte) noch bis Ende 2013, bis Mitte 2014 werden dann noch die einzelnen Ergebnisse verbreitet.

Bis zum Jahresende 2011 wurden in der zweiten Förderrunde bisher rd. 11 000 Personen erreicht (rd. 61 Prozent Männer, 39 Prozent Frauen). Rund 32 Prozent der Teilnehmenden sind unter 25 Jahre alt. Rd. 18 Prozent der Teilnehmenden zählen zu den Minderheiten, darunter stellen Roma/Aschkali mit 83 Prozent die größte Minderheit. Die meisten Teilnehmenden haben eine Schule besucht, gut ein Fünftel hat eine berufliche Ausbildung und ca. 14 Prozent haben ein Studium begonnen und/oder abgeschlossen. Die Hälfte der Teilnehmenden kann Berufserfahrung vorweisen. Bis Dezember 2011 wurden rund 49 Prozent, also knapp die Hälfte aller Teilnehmenden in Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt bzw. in eine duale Ausbildung vermittelt. Diese Vermittlungsquote bezieht sich auf ein Drittel der Laufzeit der zweiten Förderrunde und wird sich voraussichtlich tendenziell erhöhen, da einige Teilnehmende sich noch in Maßnahmen befinden und erst im Laufe der Jahre 2012 und 2013 in Vermittlungsquoten sichtbar werden.

Weitere Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, §§ 51 bis 54
 Fördervolumen im Jahr 2012 (SGB III) 282,4 Mio. Euro
 Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

In berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nach dem SGB III werden förderungsbedürftige junge Menschen auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Aufgabe der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen ist es, den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten hinsichtlich einer möglichen Berufswahl zu überprüfen und zu bewerten, sich dadurch im Spektrum geeigneter Berufe zu orientieren und eine Berufs-

wahlentscheidung zu treffen. Zudem werden den Teilnehmenden die erforderlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Aufnahme einer beruflichen Erstausbildung vermittelt, um die jungen Menschen möglichst nachhaltig in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren; dazu zählt ggf. auch der Erwerb eines Hauptschul- oder eines gleichwertigen Schulabschlusses.

Wenn der Förderbedarf festgestellt ist, besteht ein Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe.

Zum 1. Januar 2013 konnte mit den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz eine weitere berufsvorbereitende Alternative auf der Grundlage des SGB III bereitgestellt werden. Hierzu wurde ein Fachkonzept der BA erstellt, in dem die Ansätze der Produktionsschulen und Jugendwerkstätten unter Berücksichtigung der gesetzlichen Ausrichtung des § 51 SGB III aufgenommen wurden. Im Ergebnis handelt es sich um ein niedrigschwellig ansetzendes und breit aufgestelltes Konzept, das die allgemeine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme ergänzt, Bildungsdefizite ausgleicht und soziale Kompetenzen schult. Eine Förderung durch die BA erfolgt nur, wenn sich Dritte mit mindestens 50 Prozent an der Finanzierung beteiligen. Als Kofinanzierer kommen insbesondere die Länder in Betracht.

80 977 förderungsbedürftige junge Menschen fanden im Jahr 2012 Zugang zu berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA.⁷⁸ Rund 43 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Eingliederungsquote).⁷⁹

Mit Einführung der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen mit produktorientiertem Ansatz verstärkte die BA ihre Anstrengungen, zusätzliche Potenziale zur Sicherung des Fachkräftebedarfes zu erschließen.

Einstiegsqualifizierung

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, § 54a
Fördervolumen im Jahr 2012 (SGB III und II):
50,7 Mio. Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Vorrangige Intention einer Einstiegsqualifizierung ist es, jungen Menschen mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven Gelegenheit zu geben, berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen beziehungsweise zu vertiefen. Gleichzeitig bietet eine Einstiegsqualifizierung dem Ausbildungsbetrieb die Möglichkeit, den jungen Menschen nicht nur in einem kurzen Bewerbungsgespräch kennenzulernen, sondern seine Fähigkeiten und Fertigkeiten über einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten im täglichen Arbeitsprozess beobachten zu können. Die Wirt-

schaft stellt nach der Zusage im Ausbildungspakt jährlich 30 000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung. Darüber hinaus werden Einstiegsqualifizierungen speziell für förderungsbedürftige junge Menschen bereitgestellt und dafür gezielte Unterstützungsangebote, wie z. B. ausbildungsbegleitende Hilfen, genutzt (EQ Plus). Die Wirtschaft strebt an, jährlich 10 000 solcher EQ-Plus-Angebote zur Verfügung zu stellen.

Arbeitgeber erhalten für die Einstiegsqualifizierung einen Zuschuss bis zu einer Höhe von 216 Euro monatlich zur Vergütung des jungen Menschen zuzüglich eines pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag.

Resultate der Förderung:

Im Jahr 2012 begannen 22 304 junge Menschen eine Einstiegsqualifizierung.⁸⁰ Insgesamt stellten die Betriebe im Zeitraum 1. Oktober 2011 bis 30. September 2012 22 450 Plätze für die Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung, davon 4 000 Plätze für förderungsbedürftige Jugendliche (EQ Plus).

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung wurde seit dem Jahr 2009 fortführend evaluiert. Nach dem Ergebnis der Begleitforschung hat sich die Einstiegsqualifizierung für unversorgte Bewerber als Türöffner in eine betriebliche Ausbildung erwiesen. Insgesamt sind 69 Prozent der Absolventen ein halbes Jahr nach Beendigung der Einstiegsqualifizierung in Ausbildung übergegangen. Der Abschlussbericht der Evaluation vom März 2012 kann im Internetportal des BMAS aufgerufen werden.⁸¹

3.1.4 Weitere Maßnahmen und Programme zur Stärkung der dualen Ausbildung

Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“

Eckdaten:

Laufzeit: November 2011 bis Ende 2013
Fördervolumen: rund 9 Mio. Euro (jeweils hälftig von BMBF und BMWi)
Internet: <http://www.praktisch-unschlagbar.de>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) haben am 8. November 2011 die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ gestartet. Ziel der Offensive ist es, die hohe Attraktivität der dualen Ausbildung und die vielfältigen Chancen beruflicher Weiterbildung einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen und dadurch zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses beizutragen. Zu den Maßnahmen der Offensive gehört unter anderem die Einrichtung der

⁷⁸ Enthält vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2012

⁷⁹ Betrachtungszeitraum März 2011 bis Februar 2012

⁸⁰ Enthält vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2012

⁸¹ Vergleiche: www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/fb-eq-abschlussbericht-maerz-2012.html

Webseite www.praktisch-unschlagbar.de, mit der Jugendliche, Lehrer, Eltern, Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Vorteile der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Hinblick auf Qualifizierungs-, Berufs- und Karriereperspektiven informiert werden. Weitere Elemente der Offensive sind bundesweite Plakat- und Anzeigenwerbungen, Publikationen und Fachveranstaltungen zur beruflichen Bildung und die gezielte Nutzung sozialer Medien. Darüber hinaus fahren drei Infomobile durch Deutschland, um allen Interessierten direkt vor Ort – auf öffentlichen Plätzen und Messen, in Schulen und Unternehmen – Antworten auf ihre Fragen zum Thema berufliche Aus- und Weiterbildung zu geben. Einen Höhepunkt wird die für den Sommer 2013 geplante und vom BMBF geförderte Berufsweltmeisterschaft „WorldSkills“ in Leipzig darstellen.

Einen wichtigen Anstoß für die Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ hat dabei der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs gegeben. Bundesregierung und Wirtschaft haben dort u. a. vereinbart, gemeinsam öffentlichkeitswirksame Aktionen zu initiieren, die die berufliche Bildung stärken und dabei auch gezielt leistungsstarke Jugendliche für die duale Ausbildung zu gewinnen. Die Informationsoffensive wird deshalb auch von den Wirtschaftsverbänden unterstützt.

Resultate der Bundesförderung:

Im Frühjahr 2012 wurde ein Wettbewerb für Azubis zu Gestaltung der drei Infomobile ausgeschrieben; 72 Einsendungen von 180 Teilnehmern wurden eingereicht. Von Mai bis November 2012 wurden im Rahmen der Infotour bundesweit in über 30 Städten rund 90 Stationen angesteuert und dabei über 54 000 Besucher über die berufliche Bildung informiert. Auch die Partner der Informationsoffensive wurden in die Infotour eingebunden; mehr als 150 örtliche IHKs, HWKs, Agenturen für Arbeit, Unternehmen, Schulen und Verbände haben sich an der Tour beteiligt. Die bestehende Kampagnen-Website wurde inhaltlich weiter ausgebaut und um Videos und Spiele erweitert; sie umfasst nun über 100 aktuelle redaktionelle Beiträge; bisher konnten über 77 000 Besuche mit 300 000 Aktionen auf der Website gezählt werden. Flankiert wurden diese Maßnahmen durch eine Mediaschaltung rund um die Infotour (zum Start im Mai in Berlin und mit Schwerpunkt NRW im September). An der Fachveranstaltung zur Aus- und Weiterbildung im November 2012 haben rund 250 Personen teilgenommen.

Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER

Eckdaten:

Laufzeit: 2006 bis 2013

Fördervolumen: 125 Mio. Euro, ESF kofinanziert

Internet: www.jobstarter.de; www.kausa-jugendforum.de; www.kausa-medienpreis.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Ausbildungsstrukturprogramm „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“ fördert das BMBF Innovationen und Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung. Das Programm ist so konzipiert, dass es mit wechselnden Förderschwerpunkten flexibel aktuelle Entwicklungen aktiv aufgreift.

Resultate der Bundesförderung:

JOBSTARTER hat sich als lernendes Ausbildungsstrukturprogramm seit dem Start im Jahr 2006 bis heute stetig an den sich ändernden Bedarf des Ausbildungsmarktes angepasst. In den ersten Jahren der Programmlaufzeit galt es vorrangig, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen zu erhöhen. Die bundesweit über 280 regionalen JOBSTARTER-Projekte konnten mit rund 62 600 geschaffenen Ausbildungsplätzen und 43 400 in Ausbildung vermittelten Jugendlichen (Stand Januar 2013) deutlich dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Bemerkenswert ist, dass 38 500 dieser geschaffenen Ausbildungsplätze ein zusätzliches Ausbildungsangebot darstellen. Diese Plätze wurden in Unternehmen akquiriert, die zum ersten Mal ausbildeten, ihre Ausbildungstätigkeit aufstockten, nach einer längeren Pause wieder aufnahmen oder in einem neuen oder neu geordneten Beruf ausbildeten. Seit einigen Jahren hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in den meisten Regionen Deutschlands verändert. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stehen zunehmend vor dem Problem, offene Ausbildungsstellen nicht besetzen zu können. Gleichzeitig münden trotzdem immer noch sehr viele Jugendliche in den Übergangsbereich ein.

Die Veränderungen auf dem Ausbildungsmarkt wurden in der Programmentwicklung berücksichtigt und auch weitere Zielgruppen für die duale Ausbildung wie leistungsstärkere Jugendliche als potenzielle Bewerberinnen und Bewerber durch die Entwicklung von beispielsweise dualen Studiengängen oder Zusatzqualifikationen in den Blick genommen. Aber auch leistungsschwächere Jugendliche oder solche mit erschwerten Ausbildungsbedingungen wurden von JOBSTARTER-Projekten berücksichtigt. Dabei wurden immer wieder innovative Ansätze erprobt und umgesetzt, z. B. Verbundausbildung, bundeseinheitliche Ausbildungsbausteine, Teilzeitberufsausbildung, Anrechnung beruflicher Vorbildung auf die Ausbildungszeit (§ 7 BBiG) oder die Zulassung zur Abschlussprüfung nach einem Bildungsgang in einer berufsbildenden Schule oder sonstigen Berufsbildungseinrichtung (§ 43 Absatz 2 BBiG).

Auch in Zukunft wird das Programm JOBSTARTER Situation und Entwicklung des Ausbildungsmarkts aufgreifen und durch Netzwerkarbeit und Projekte die Verbesserungen regionaler Ausbildungsstrukturen fördern. Im Rahmen der nächsten ESF-Förderperiode wird die Programmatik fortgeschrieben. Die Programmkonzeption wird zur Zeit entwickelt. Die Aktivitäten folgen dabei zwei zentralen Megatrends der Weiterentwicklung der beruflichen Bildung:

- Gleichwertigkeit, Anrechenbarkeit und Durchlässigkeit in und zwischen den Bildungssystemen sowie

- Modernisierung und Innovationen in der beruflichen Bildung

Die drei Förderlinien der 6. JOBSTARTER-Förderrunde, deren Projekte im September 2013 starten sollen, sind auf diese Trends ausgerichtet und zielen mit ihren Schwerpunkten

- Verbesserung des Übergangs in Ausbildung
- Erschließung aller Fachkräftepotenziale
- Verzahnung von Aus- und Weiterbildung

auf aktuelle Problemlagen und zentrale Gestaltungsfelder der betrieblichen Berufsausbildung.

Teilzeitberufsausbildung in JOBSTARTER

JOBSTARTER fördert die Ausbildung in Teilzeit durch Projektarbeit und Öffentlichkeitsarbeit:

Hierzu beraten 11 Projekte Unternehmen und Jugendliche, schaffen neue Ausbildungsplätze in Teilzeit und verankern diese in den Ausbildungsstrukturen durch die Vernetzung aller regional verantwortlichen Akteure. Bis Dezember 2012 wurden 274 Ausbildungsplätze in Teilzeit geschaffen und Jugendlichen mit Familienverantwortung eine berufliche Perspektive vermittelt. Die Herausforderungen für Ausbildung in Teilzeit bestehen in erster Linie in der Sicherung der Finanzierung und der Kinderbetreuung. Hinzu kommt, dass die Ausbildungsform weder bei Jugendlichen noch bei Unternehmen ausreichend bekannt ist und daher Informations- und Überzeugungsarbeit notwendig ist.

Die Programmstelle JOBSTARTER trägt durch Vorträge, Workshops, Fachtagungen und Fachpublikationen maßgeblich dazu bei, dass die Teilzeitberufsausbildung bei den Akteuren der beruflichen Bildung bekannter wird und Good-Practice-Beispiele in die Breite getragen werden. Die Publikationen finden eine große Nachfrage.

KAUSA stellt Jugendliche mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt

Im JOBSTARTER Programmbereich KAUSA, der Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund, lag der Schwerpunkt 2012 in der Förderung der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mit dem Ziel des Empowerments wurde erstmalig das KAUSA Jugendforum unter dem Motto „Zeig’ die Stärken, die du hast“ an vier Standorten (Mannheim, Köln, Hamburg, Berlin) mit regionalen Partnern durchgeführt. In den Workshops setzten sich Jugendliche mit Migrationshintergrund unter Anleitung mit ihren besonderen Stärken und beruflichen Zielen auseinander, trafen Unternehmensvertreter und ihre Auszubildende, besichtigten Betriebe und bereiteten die anschließenden Ausbildungskonferenzen inhaltlich vor. Die Teilnehmerinnen und -teilnehmer entwickelten gemeinsam Ideen für einen besseren Einstieg in eine duale Ausbildung. Diese wurden in einem „Buch der Ideen“ zusammengefasst.

Das zentrale Ziel von KAUSA, die Förderung der Ausbildungsbeteiligung von Betriebsinhaberinnen und -inhabern mit Migrationshintergrund, wurde in einem KAUSA Fachforum „Ausbildung und Integration“ u. a. mit Migrantenorganisationen und weiteren Netzwerkpartnern diskutiert und es wurden Ideen zu Fachkräftesicherung ausgetauscht. Für angehende Ausbilderinnen und Ausbilder und für Bildungsträger wurde die Broschüre „Wir machen mit! Ausbildereignungsseminare für Migrantinnen und Migranten“ erstellt. Sie beinhaltet Erfahrungen und Konzeptideen, wie Fachkräfte mit Migrationshintergrund auf die Ausbildereignungsprüfung vorbereitet werden können.

2012 wurde zum dritten Mal der KAUSA Medienpreis ausgeschrieben. Die mit 30 000 Euro dotierte Auszeichnung wird an Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten vergeben, die durch eine differenzierte Berichterstattung die Vielfalt der Ausbildungs- und Berufswege von Migrantinnen und Migranten in Deutschland darstellen. Die Preisverleihung fand im Dezember 2012 in Berlin statt.

Ausbildungsplatzprogramm Ost (APO)

Eckdaten:

Laufzeit: 1996 bis 2013 (Nachfolgeprogramm der 1993 bis 1995 geförderten Gemeinschaftsinitiative Ost)

BMBF-Fördervolumen für 2012: 9 Mio. Euro sowie gleicher Anteil an Landesmitteln (dieser ist teilweise ESF kofinanziert)

Internet: www.bmbf.de/de/2323.php

Bildungspolitische Zielsetzung:

Aufgrund des Defizits an betrieblichen Ausbildungsplätzen der vergangenen Jahre werden im Rahmen dieses Sonderprogramms für die neuen Bundesländer zusätzliche außerbetriebliche, aber betriebsnahe Ausbildungsplätze für unversorgte Ausbildungsplatzbewerber und Ausbildungsplatzbewerberinnen bezuschusst. Für jeden Förderfall werden durchschnittlich 13 550 Euro bereitgestellt, von denen der Bund einen nicht rückzahlbaren Betrag in Höhe von 6 775 Euro an die Länder überweist. Gefördert wird entweder die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) beziehungsweise Handwerksordnung (HWO) oder eine schulische Ausbildung, die zu einem Berufsabschluss nach Bundes- oder Landesrecht führt.

Resultate der Bundesförderung:

Die außerbetrieblichen Ausbildungsplatzprogramme für so genannte „marktbenachteiligte“ Jugendliche gehören seit Beginn der neunziger Jahre zum Kernstück der Ausbildungsförderung in den neuen Ländern. Durch die Vereinbarung werden zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitgestellt, die unmittelbar vor Maßnahmebeginn bei der BA beziehungsweise den Trägern der Grundsicherung nach SGB II als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerber und Ausbildungsplatzbewerberinnen gemeldet sind. Die Zahl der geförderten Ausbil-

dungsplätze wurde jährlich – letztmalig im April 2009 – unter Berücksichtigung der demografischen und konjunkturellen Entwicklung mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin verhandelt. Angesichts dessen erfolgte eine weitere Reduzierung auf insgesamt 5 000 Ausbildungsplätze. Der Titelantrag des BMBF für das Haushaltsjahr 2012 belief sich auf 9 Mio. Euro.

Seit Beginn des Sonderprogramms im Jahre 1996 wurden ca. 188 000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit einem Mittelvolumen von über 2,55 Mrd. Euro für unversorgte Jugendliche in den neuen Ländern bereit gestellt und dadurch ein erheblicher Beitrag zur Entlastung des ostdeutschen Lehrstellenmarktes geleistet.

Wie mit den Ländern vereinbart, läuft das Programm 2013 aus.

Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen

Eckdaten:

Laufzeit: seit 2007; derzeit bis 31. Dezember 2013 befristet. Eine Verlängerung über 2013 wird angestrebt.

Fördervolumen: 2012: 7,9 Mio. Euro (2,9 Mio. Euro Bundesmittel sowie 5,0 Mio. Euro ESF-Mittel). Zusätzlich erbringen Zuwendungsempfänger einen Eigenanteil von 20 Prozent (1,97 Mio. Euro). Voraussichtliches Fördervolumen 2013: 8,2 Mio. Euro, davon 3,0 Mio. Euro Bundesmittel und 5,2 Mio. Euro ESF-Mittel. Zusätzlicher Eigenanteil der Zuwendungsempfänger von 20 Prozent (2,05 Mio. Euro).

Internet: www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=25f90ac32a57b3de54914814e0911518;views;document&doc=9547

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) fördert mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch Unterstützung bei der Rekrutierung von geeigneten Auszubildenden und somit bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfs.

Unterstützt werden die Unternehmen unter anderem bei Fragen der Besetzung von Ausbildungsstellen, bei der Vorauswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber und bei der Durchführung von Bewerbungsgesprächen mit potenziellen geeigneten Auszubildenden durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, der Kammern der Freien Berufe sowie anderer Organisationen der Wirtschaft. Zukünftig wird eine Ausweitung des Programms auf Auszubildende aus dem EU-Ausland angestrebt.

Ziel ist es, eine passgenaue Beratungs- und Vermittlungsleistung für KMU insbesondere im Handwerks- und Dienstleistungsbereich sicherzustellen und damit einen Beitrag zur Befriedigung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zu leisten.

Resultate der Bundesförderung:

Im Zeitraum 2007 bis 31. Dezember 2012 wurden mit Betrieben mehr als 200 000 Beratungsgespräche geführt. Mit Jugendlichen erfolgten rund 150 000 Beratungsgespräche. Es konnten mehr als 51 500 Ausbildungsplätze vermittelt werden.

Ausbildungsvermittlung nach dem SGB III und SGB II

Die Ausbildungsvermittlung nach dem SGB III und SGB II stellt eine Pflichtleistung der Arbeitsförderung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende dar. Es handelt sich um ein flächendeckendes Angebot der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter. Alle jungen Menschen haben Zugang unabhängig davon, ob sie einen Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach den SGB III oder SGB II haben. Arbeitgeber werden gezielt beraten und auf Ausbildungsstellen angesprochen. Die Meldung von Ausbildungsstellen steht den Arbeitgebern frei. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt den Beratungs- und Vermittlungsprozess im Sinne einer passgenauen Vermittlung durch das sogenannte 4 Phasen-Modell. Dieses Integrationskonzept gilt übergreifend für die Rechtskreise SGB II und SGB III. Zu Beginn wird mit den Kunden ein stärken- und potenzialorientiertes Profiling durchgeführt, ein gemeinsames Ziel festgelegt und ein gemeinsamer Weg (Strategie) vereinbart, wie das Ziel erreicht werden kann. Mit dem Abschluss einer verbindlichen Eingliederungsvereinbarung beginnt die Umsetzung. Der „Integrationsfahrplan“ wird mit jedem neuen Gespräch überprüft.

Ausbildungsbegleitende Hilfen

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, §§ 74 bis 80

Fördervolumen der BA im Jahr 2012 (SGB III und II): 95 Mio. Euro

Internet: www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ausbildungsbegleitende Hilfen haben das Ziel, den Ausbildungserfolg beziehungsweise den Erfolg der Einstiegsqualifizierung zu sichern und Abbrüche zu verhindern. Sie können bei Bedarf zu Beginn und jederzeit während der Berufsausbildung oder Einstiegsqualifizierung gewährt werden. Ein spezieller Unterricht und gegebenenfalls begleitende sozialpädagogische Betreuung tragen zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten bei und/oder fördern das Erlernen fachtheoretischer Kenntnisse und fachpraktischer Fertigkeiten.

Resultate der Förderung:

Mit ausbildungsbegleitenden Hilfen wurden im Jahr 2012 durchschnittlich 42 926 jungen Menschen während ihrer Berufsausbildung oder einer Einstiegsqualifizierung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter gefördert.⁸²

⁸² Enthält vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2012

Dadurch konnten Abbrüche verhindert, Ausbildungsverhältnisse stabilisiert und Berufsausbildungen erfolgreich abgeschlossen werden. Rund 83 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Eingliederungsquote).⁸³

Außerbetriebliche Berufsausbildungen

Eckdaten:

Regelförderung im SGB III, §§ 74, 76 bis 80
Fördervolumen der BA im Jahr 2012 (SGB III und II): 619 Mio. Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Hierunter werden die Aufnahme und der Abschluss einer Berufsausbildung verstanden, die nicht von einem Betrieb, sondern von einem Bildungsträger durchgeführt und verantwortet wird. Die Förderung einer außerbetrieblichen Berufsausbildung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter kommt grundsätzlich nur für benachteiligte junge Menschen in Betracht, bei denen eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis nicht – auch nicht mit ausbildungsbegleitenden Hilfen – erfolgreich gewesen ist. Während der Maßnahme wird der Übergang der jungen Menschen in eine betriebliche Berufsausbildung angestrebt.

Resultate der Förderung:

Im Jahr 2012 haben durchschnittlich 54 014 junge Menschen an einer durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter geförderten außerbetrieblichen Berufsausbildung teilgenommen.⁸⁴ Hinsichtlich der Anzahl der 2012 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird auf Kapitel 2.2 „Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach strukturellen Merkmalen“ verwiesen. Rund 44 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sechs Monate nach Austritt aus der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Eingliederungsquote).⁸⁵

BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe

Eckdaten

Regelförderung nach Bundesausbildungsförderungsgesetz und SGB III
Internet: www.bafoeg.bmbf.de und www.arbeitsagentur.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Finanzielle Hilfe während der Ausbildung und während berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen der BA zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die einer angemessenen beruflichen Qualifizierung entgegenstehen, zur Unterstützung des Ausgleichs am Ausbildungs-

markt sowie zur Sicherung und Verbesserung der beruflichen Beweglichkeit.

Resultate:

Im Jahr 2012 wurden durchschnittlich 141 503 Menschen während einer Berufsausbildung und 30 639 während der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme über Berufsausbildungsbeihilfe gefördert.

Förderung von Jugendwohnheimen

Eckdaten

Regelförderung im SGB III, §§ 80a, 80b
Fördervolumen der BA im Jahr 2012 (SGB III): 40 Mio. Euro
Internet: www.arbeitsagentur.de

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wurde der Bundesagentur für Arbeit zum 1. April 2012 (wieder) ermöglicht, sich an den Kosten zur baulichen Instandsetzung und Modernisierung von Jugendwohnheimen zu beteiligen. Die Förderung kann an die Träger der Jugendwohnheime durch Darlehen oder Zuschüsse erfolgen, wenn dies zum Ausgleich auf dem Ausbildungsmarkt und zur Förderung der Berufsausbildung erforderlich ist. Die Zuwendungen betragen 35 Prozent, in Ausnahmefällen bis zu 40 Prozent der angemessenen Gesamtkosten – höchstens jedoch 25 000 Euro – für den einzelnen Heimplatz. Die Träger der Einrichtungen oder Dritte müssen sich in angemessenem Umfang an den Kosten beteiligen.

Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)

Eckdaten:

Laufzeit: BMBF seit 1973 (BMW i seit Ende 50er Jahre)
BMBF-Fördervolumen für 2012: 40 Mio. Euro, + BMW i (28,5 Mio. Euro), Land- und Eigenmittel
Internet: BMBF/BiBB www.bibb.de/de/5257.htm;

BMW i/BAFA www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/foerderung_ueberbetrieblicher_berufsbildungsstaeten/index.html

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Förderung der ÜBS ist auf Dauer angelegt und im Berufsbildungsgesetz verankert. Es werden u. a. Modernisierungen an den Gebäuden gefördert sowie die Ausstattung an den neuesten technologischen und berufspädagogischen Erfordernissen angepasst.

Die Entwicklung von ÜBS/Kompetenzzentren zu Bildungsdienstleistern und Wissenstransferstellen für KMU ist Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung und im Koalitionsvertrag verankert.

Durch die Verzahnung mit Beratungs-, Informations- und Technologietransferdienstleistungen soll die Bildungsaufgabe gestärkt und besonders geeignete ÜBS zu Kompetenzzentren (KomZet) weiterentwickelt werden.

⁸³ Beobachtungszeitraum März 2011 bis Februar 2012

⁸⁴ Enthält vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2012

⁸⁵ Betrachtungszeitraum März 2011 bis Februar 2012

Seit dem 24. Juni 2009 gibt es eine gemeinsame Richtlinie BMBF/BMWi für die Förderung der ÜBS und ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren. In der Regel erfolgt die Förderung nur durch ein Bundesministerium und zwar in Abhängigkeit vom überwiegenen Teil der Nutzung der Bildungsstätte:

Wird diese überwiegend im Bereich der Ausbildung genutzt, ist das BMBF/Bundesinstitut für Berufsbildung für die Förderung zuständig.

Liegt der Schwerpunkt auf Fort- und Weiterbildung, erfolgt die Förderung durch das BMWi/Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

Resultate der Bundesförderung:

Alleine im Jahr 2012 konnte sich wieder aus Mitteln des BMBF an rund 110 Vorhaben mit einer Zuwendung beteiligt werden. Auf Seiten des BMWi wurden Zuwendungen für 63 Vorhaben ausgesprochen.

In kleinen und mittleren Betrieben werden mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen im dualen System ausgebildet. Den ÜBS kommt im dualen System insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen eine wichtige Rolle zu. Neben dem Betrieb und der Berufsschule ergänzen sie die Ausbildung mit überbetrieblichen praxisnahen Lehrgängen. ÜBS verbessern nicht nur die Qualität der Ausbildung entsprechend modernen Erfordernissen, sondern schaffen gleichzeitig die Voraussetzung, dass auch bis dahin nicht ausbildende Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten können.

Desweiteren tragen die ÜBS/Komzet nachhaltig zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der KMU, vor allem im Handwerk, bei. Sie bieten auf die kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnittene Fort- und Weiterbildungsangebote zu bezahlbaren Konditionen an. Damit tragen sie auch zur Sicherung und Stärkung des Fachkräftebedarfs im Mittelstand bei.

Mit dem flächendeckenden Netz von ÜBS verfügt Deutschland im internationalen Vergleich über eine einmalige Infrastruktur. Diese stellen „Leuchttürme“ auf ihrem Fachgebiet dar. KomZet sind aufgrund ihrer Ausstattung mit modernster Technik und ihrer Nähe zu den Betrieben in der Lage, neue Technologien und innovative Produkte anwendungsorientiert aufzubereiten und über Qualifizierungsangebote in der Aus- und Weiterbildung rasch in die betriebliche Praxis einzuführen. Sie haben somit eine Mittlerfunktion zwischen Forschung und Praxis.

Überbetriebliche berufliche Bildung (ÜLU) im Handwerk

Eckdaten:

Laufzeit: seit 1952

Fördervolumen: 45 Mio. Euro p. a.

Internet: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Mittelstand/handwerk,did=210402.html

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung soll die Ausbildungsbereitschaft der Handwerksbetriebe, die häufig über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, stärken und ein einheitlich hohes Niveau der betrieblichen Berufsausbildung sichern.

Resultate der Bundesförderung:

Traditionell wird die duale Berufsausbildung im Handwerk durch überbetriebliche Kurse unterstützt, um die zu meist sehr kleinen Handwerksbetriebe bei der Vermittlung von schwierigen und zeitaufwändigen Ausbildungsinhalten zu unterstützen. Das BMWi und die Länder beteiligen sich an den Kosten der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung zu jeweils einem Drittel.

Inhalte und Dauer der überbetrieblichen Unterweisung werden in Zusammenarbeit von den Bundesfachverbänden und dem Heinz-Piest-Institut für Handwerkstechnik an der Leibniz Universität Hannover festgelegt. Die Anerkennung erfolgt über das BMWi beziehungsweise die Landesministerien. Die Lehrgänge dienen insbesondere der Anpassung der Berufsausbildung an die technische und ökonomische Entwicklung, dem Ausgleich regionaler Ausbildungsunterschiede und der Sicherung eines einheitlichen hohen Niveaus der betrieblichen Ausbildung und der Entlastung der Betriebe von schwierigen und zeitaufwändigen Ausbildungsinhalten.

Im Jahre 2010 wurden mit rund 47 Mio. Euro rund 50 000 Lehrgänge mit rund 446 000 Teilnehmern gefördert.

3.1.5 Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Eckdaten:

Laufzeit: 2012 bis 2015

Internet: www.altenpflegeausbildung.net/ausbildungsoffensive.html

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die Bundesregierung hat unter Federführung des BMFSFJ und unter Beteiligung des BMAS, BMG und BMBF im Frühjahr 2011 eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege mit dem Ziel gestartet, die Kräfte aller Verantwortlichen im Bereich der Altenpflege in einer gemeinsamen Initiative zu bündeln und konkrete Maßnahmen zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und zur Erhöhung der Attraktivität des Berufs- und Beschäftigungsfeldes Altenpflege zu vereinbaren.

Die Partner der Offensive sind neben den beteiligten Bundesministerien die korrespondierenden vier Fachministerkonferenzen der Länder (Jugend- und Familienministerkonferenz, Arbeits- und Sozialministerkonferenz, Gesundheitsministerkonferenz sowie Kultusministerkonferenz), die Wohlfahrtsverbände, die Verbände der privaten Einrichtungsträger, die Berufs- und Fachverbände der Altenpflege, die Kostenträger, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, die Berufsgenossenschaft

für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, die Gewerkschaft ver.di und die Bundesagentur für Arbeit.

In dem rund 50 Seiten umfassenden Vereinbarungstext sind Zielvereinbarungen zu folgenden Feldern formuliert:

1. Verstärkte Ausbildungsanstrengungen und bedarfsorientierte Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei Einrichtungen und Schulen
2. Erschließung des Nachqualifizierungspotenzials in der Altenpflege
3. Weiterbildungsförderung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter
4. Weiterentwicklung der Pflegeberufe
5. Verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen im Pflegebereich
6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Familie und Ausbildung in der Altenpflege
7. Attraktive Arbeitsbedingungen in der Altenpflege
8. Gesellschaftliche Bedeutung des Berufsfeldes durch Öffentlichkeitsarbeit fördern
9. Rahmenbedingungen für die Altenpflege verbessern
10. Chancen der (Arbeitnehmer-)Freizügigkeit (in der EU) nutzen

Zu den vielfältigen Zielvereinbarungen gehören unter anderem

- die stufenweise Steigerung der Ausbildungszahlen in jedem Jahr der Ausbildungsinitiative um jeweils 10 Prozent,
- die Wiedereinführung der dreijährigen Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit für die Laufzeit der Vereinbarung bei gleichzeitiger Stärkung der Möglichkeit zur Ausbildungsverkürzung bei entsprechenden Vorkenntnissen,
- die Nachqualifizierung von bis zu 4 000 Pflegehelferinnen und Pflegehelfern zur Altenpflegekraft,
- die Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes z. B. durch verbesserte Gesundheitsförderung, einen ausgewogeneren Personalmix, leistungsgerechte Vergütung und
- eine gemeinsame Kampagne zur verstärkten Wertschätzung dieses Berufsfeldes in der Gesellschaft.

Am 13. Dezember 2012 wurde der Vereinbarungstext zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege als dem ersten sog. „Ausbildungspakt in der Altenpflege“ von den rund 30 Partnern unterzeichnet. Die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen soll während der dreijährigen Laufzeit bis Ende 2015 erfolgen.

Mit der Unterzeichnung des Vereinbarungstextes erfolgte der Startschuss für das vom BMFSFJ beim BAFzA eingerichtete „Beratungsteam Altenpflegeausbildung“ sowie die Freischaltung eines neuen Informationsportals zur Altenpflegeausbildung (www.altenpflegeausbildung.net). Damit wird eine der Zielvereinbarungen des Vereinbarungs-

textes zur Ausbildungsinitiative Altenpflege umgesetzt. Das „Beratungsteam Altenpflegeausbildung“ berät vor Ort in allen Regionen Deutschlands Pflegeeinrichtungen, Altenpflegesschulen sowie alle an der Altenpflegeausbildung Interessierten zu bundes- und landesrechtlichen Fragen und organisiert Ausbildungsverbände sowie Netzwerke.

Um den Erfolg der Offensive nachvollziehbar zu machen und allen Partnern die Möglichkeit zu geben, die Beiträge zu überprüfen, zu ergänzen oder fortzuschreiben, wird 2014 ein Zwischenbericht veröffentlicht werden. Die Bilanz der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege wird auf einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung im Jahr 2016 vorgestellt.

Durch das Gesetz zur Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege vom 13. März 2013 ist für Ausbildungseintritte in der Zeit vom 1. April 2013 bis 31. März 2016 erneut auch wieder eine dreijährige Förderung von Umschulungen zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger möglich. Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten zur Ausbildungsverkürzung gestärkt. Eine wesentliche Maßnahme der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege wurde damit umgesetzt.

3.2. Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und lebenslanges Lernen fördern, Durchlässigkeit im Bildungssystem voranbringen

Globalisierung, Europäischer Binnenmarkt und in besonderem Maße die demographische Entwicklung stellen für die Gesellschaft und das Bildungssystem zentrale Herausforderungen dar. Um die Chancen des demografischen Wandels nutzen zu können, setzt die Demografiestrategie der Bundesregierung⁸⁶ auf lebenslanges Weiterlernen. Dementsprechend ist das Bildungssystem an die damit verbundenen neuen Aufgaben anzupassen. Es ist ein Bildungssystem zu etablieren, das den Anforderungen unserer modernen Gesellschaft entspricht sowie Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe ermöglicht

Dazu trägt Bildungspolitik bei, indem sie die Voraussetzungen für adäquate und im Vergleich zu akademischen Abschlüssen gleichwertige Aufstiegschancen schafft, die Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen vorantreibt und die Anerkennung von beruflichen Vorqualifikationen fördert.

Infolge der demografischen Entwicklung verändert sich der inländische Markt für qualifizierte Facharbeit. Daraus erwachsen neue Anforderungen in der Ausgestaltung der Beschäftigungssysteme. Berufliche Weiterbildung ist eine geeignete Möglichkeit für Beschäftigte und Unternehmen, die Folgen der demografischen Entwicklung zu kompensieren und größtenteils aufzufangen.

Dies gelingt umso deutlicher, wenn die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt erhöht und lebenslanges berufli-

⁸⁶ Jedes Alter zählt: Die Demografiestrategie der Bundesregierung

ches Weiterlernen als unverzichtbarer Bestandteil in den Erwerbsbiografien entwickelt wird.

Der AES-Trendbericht belegt, dass im Jahr 2012 mit 49 Prozent die bisher höchste Teilnahmequote an Weiterbildung unter den 18- bis 64-Jährigen seit 1979 gemessen wurde. Damit wurde der Zielwert 50 Prozent Weiterbildungsbeteiligung in 2015 bereits 2012 nahezu erreicht, insbesondere auch weil hier keine Weiterbildungsmaßnahmen berücksichtigt wurde, die zu einem höheren Qualifikationsabschluss (z. B. Meisterkurse) führen. Hervorzuheben ist, dass seit 2010 die Weiterbildungsbeteiligung der Jüngeren (18- bis 24- sowie 25- bis 29-Jährigen) jeweils um nahezu 10 Prozentpunkte gestiegen ist. Außerdem ist die Teilnahmequote der Älteren (60 bis 64-Jährige) seit 2007 um 14 Prozentpunkte gestiegen.

Zur Erschließung der Potenziale für qualifizierte Facharbeit wird es zukünftig vermehrt darum gehen, ältere und formal gering qualifizierte Erwerbstätige für berufliche Weiterbildung zu gewinnen und zu motivieren sowie die weiteren „stillen Reserven“ zu aktivieren. Potenziale für die Sicherung qualifizierter Facharbeit liegen darüber hinaus aber auch bei den Personengruppen, die qualifiziert im Erwerbsleben stehen. Hier kann fachspezifische und arbeitsplatzbezogene Weiterbildung dazu beitragen, individuelle Produktivität zu erhalten und gesellschaftliche Produktivität zu erhöhen.

Potenziale für die Erschließung qualifizierter Facharbeit finden sich des Weiteren auch in den Unternehmen. Wenn es hier mit innerbetrieblicher Weiterbildung gelingt, non-formal und informell erworbenes Wissen transparent zu machen und für das unternehmerische Handeln zu nutzen, können daraus mannigfache Chancen für den unternehmerischen Erfolg erwachsen.

Dabei belegen die Ergebnisse der nationalen Zusatzerhebung zum CVTS⁸⁷ für Deutschland kaum Unterschiede hinsichtlich der Weiterbildungsaktivitäten zwischen Groß- und Kleinunternehmen. Deutlich wurde, dass in kleinen deutschen Unternehmen eher kursförmig gelernt wird, es jedoch hinsichtlich der Teilnahmequote kaum Unterschiede abhängig von der Betriebsgröße gibt.

Entscheidungen über berufliche Weiterbildung werden in Deutschland durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber getroffen. Dem Staat obliegt die Aufgabe durch aktive Weiterbildungspolitik verbesserte Rahmenbedingungen für ein innovatives, nationales Weiterbildungssystem zu schaffen. Auf der Basis wissenschaftlicher Expertise⁸⁸ wird sich dies u. a. ausrichten auf

- Qualifikations- und Weiterbildungsberatung,
- Weiterbildungsfinanzierung,
- Professionsentwicklung und Professionalisierung,
- Zertifizierung,
- Anerkennung informell erworbenen Wissens.

⁸⁷ CVTS 3 Nationale Zusatzerhebung 2011

⁸⁸ BMBF Gutachten: „Forschungsperspektiven für die berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen“

Elemente dieser Politik sind zudem, die Anerkennung der hohen Qualität der beruflichen Bildung aktiv voranzubringen und sie offen und attraktiv zu halten – auch für leistungsstarke Jugendliche und junge Erwachsene. Bundesweite Kampagnen wie die BMBF/BMWi-Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ und die BMBF-Fachkampagne „Berufliche Weiterbildung: Energie für Ihren Erfolg“ tragen daher dazu bei, die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung einer breiten Öffentlichkeit bewusst und anschaulich zu machen.

3.2.1 Maßnahmen und Programme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung

Entwicklung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Eckdaten:

Laufzeit: unbegrenzt (Gesetz)

Haushaltsansatz 2012: 186,5 Mio. Euro

Internet: www.meister-bafoeg.info

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte AFBG sichert einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen. Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierung, stärkt damit die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses und bietet über den Darlehensteilerlass hinaus für potenzielle Existenzgründer einen Anreiz, nach erfolgreichem Abschluss der Fortbildung den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Das AFBG wird zu 78 Prozent vom Bund und zu 22 Prozent von den Ländern finanziert. 2012 wurden für das AFBG allein vom Bund insgesamt fast 167 Mio. Euro (2011: 170 Mio. Euro) gezahlt. Die Länder beteiligten sich am AFBG mit rund 47 Mio. Euro (2011: 48 Mio. Euro). Der Bundesanteil am AFBG wird zu 100 Prozent vom BMBF getragen. Seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden im Rahmen des AFBG 2012 rund 302 Mio. Euro (2011: rund 301 Mio. Euro) verausgabt.

Resultate der Förderung:

Ausweislich der im Juli 2012 erschienenen AFBG-Bundesstatistik betrug 2011 die Zahl der Geförderten mehr als 166 000, damit wurde das gleiche hohe Niveau wie 2010 erreicht. Knapp 67 000 (40 Prozent) Geförderte nahmen an einer Vollzeitmaßnahme teil, rund 99 000 (60 Prozent) an einer Teilzeitmaßnahme. Gegenüber 2010 stieg die Zahl der Vollzeitgeförderten um knapp 3 Prozent, während die Zahl der Teilzeitgeförderten um 3 Prozent zurückging.

82 Prozent der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahre alt. Den größten Anteil dabei hatten mit 34 Prozent die zwischen 25 bis 29 Jahre alten Teilnehmer und

Teilnehmerinnen, gefolgt von den 20- bis 24-jährigen (33 Prozent) und den 30- bis 34-jährigen 15 Prozent). 31 Prozent der Geförderten waren Frauen. Mehr als jede zweite Fortbildung wurde im Bereich Industrie und Handel durchgeführt. Im Bereich des Handwerks, wo die Quote derer, die sich später selbstständig machen, besonders hoch ist, nahmen 29 Prozent der Geförderten an Fortbildungsmaßnahmen teil.

Die Zahlen der Bundesstatistik bestätigen den Erfolg der 2009 in Kraft getretenen Verbesserungen beim AFBG und zeigen deutlich, dass sich Investitionen in die Aus- und Weiterbildung nachhaltig lohnen. Mit Hilfe des Meister-BAföGs verwirklichen viele Fachkräfte ihre Höherqualifizierung und ihren beruflichen Aufstieg und helfen somit, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

Bildungsprämie

Eckdaten:

Laufzeit: 1. Dezember 2008 bis 30. November 2011 (1. Förderphase)

1. Dezember 2001 bis 30. November 2013 (2. Förderphase)

Fördervolumen: rund 80 Mio. Euro (hälftige ESF-Kofinanzierung für den Prämiegutschein)

Internet: www.bildungspraemie.info

Bildungspolitische Zielsetzung:

Im Rahmen des BMBF-Programms „Bildungsprämie“ wird individuelle berufliche Weiterbildung derzeit mit zwei Komponenten gefördert: Nutzer und Nutzerinnen können alle zwei Jahre einen Prämiegutschein in Höhe von maximal 500 Euro erhalten, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 20 000 Euro (40 000 Euro bei gemeinsamer Veranlagung) nicht übersteigt und sie die Hälfte der Maßnahmekosten tragen. Voraussetzung für den Erhalt eines Prämiegutscheins ist der Besuch einer Beratungsstelle der Bildungsprämie.

Zweite Komponente der Bildungsprämie ist das Bildungssparen, welches nach einer Gesetzesänderung im Fünften Vermögensbildungsgesetz erlaubt, zur Finanzierung von Weiterbildung Mittel in Höhe der entstehenden Kosten aus den mit Arbeitnehmersparzulage geförderten Ansparguthaben zu entnehmen, auch wenn die Sperrfrist noch nicht abgelaufen ist. Die beiden Komponenten sind kumulativ anwendbar.

Resultate der Bundesförderung:

Bis zum 31. Dezember 2012 belief sich die Nachfrage auf über 200 000 ausgegebene Prämiegutscheine. Es wurden bundesweit fast 570 Beratungsstellen eingerichtet, in denen Weiterbildungsinteressierte durch zertifizierte Berater und Beraterinnen zur Bildungsprämie beraten werden. Bei einer durchschnittlichen Auszahlung pro Gutschein in Höhe von 344 Euro wurden zusätzlich mehr als das Doppelte, nämlich 740 Euro an privatem Kapital für Weiterbildungen mobilisiert. Personengruppen, die bei der betrieblichen Weiterbildung unterdurchschnittlich beteiligt sind,

werden durch die Bildungsprämie überdurchschnittlich gut erreicht: Dies gilt vor allem für Frauen (74 Prozent), Beschäftigte in KMU bis 250 Mitarbeiter (89 Prozent) und Teilzeitbeschäftigte (47 Prozent der abhängig Beschäftigten in den Beratungsgesprächen). Im Verhältnis zum durchschnittlichen Weiterbildungsverhalten sind auch Personen mit Migrationshintergrund (16 Prozent) sehr gut vertreten.

„SGB-geförderte Weiterbildung“

a) Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Eckdaten:

Fördervolumen: 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2012

Internet: [www.arbeitsagentur.de/Bürgerinnen & Bürger/ Weiterbildung](http://www.arbeitsagentur.de/Bürgerinnen_&_Bürger/Weiterbildung)

Bildungspolitische Zielsetzung:

Aus- und Weiterbildungsförderung sind Kernelemente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach dem Recht der Arbeitsförderung richtet sich nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III), insbesondere nach §§ 81 ff. SGB III. Grundsätzlich kann eine Weiterbildung nur gefördert werden, wenn sie notwendig ist, um bei Arbeitslosigkeit eine berufliche Eingliederung zu erreichen, eine drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder einen Berufsabschluss nachzuholen. Die örtlichen Agenturen für Arbeit und Jobcenter entscheiden in eigenem Ermessen über die Notwendigkeit der Weiterbildung und prüfen das Vorliegen der übrigen Fördervoraussetzungen.

Resultate der Bundesförderung:

In 2012 lagen die Eintritte in FbW in etwa auf dem Niveau von 2011. Nach aktuellen Berechnungen begannen im Jahr 2012 296 033 Menschen eine geförderte berufliche Weiterbildung, dies waren ca. drei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Rückgang der Eintritte in geförderte berufliche Weiterbildung im Rechtskreis des SGB III gegenüber 2011 trägt der deutlich verbesserten Arbeitsmarktlage, dem Auslaufen krisenbedingter Sonderregelungen und einer wirkungsorientierten Förderung Rechnung. Im Jahr 2011 gab es erstmals mehr Eintritte in geförderte Weiterbildung im SGB II- als im SGB III Bereich, dieser Trend hat sich in 2012 weiter verstärkt (+4,5 Prozent auf 164 498).

b) Initiative zur Erstausbildung junger Erwachsener

Eckdaten:

Laufzeit: 2013 bis 2015

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die im Februar 2013 gestartete „Initiative zur Erstausbildung junger Erwachsener“ („AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“) der Bundesagentur für Arbeit hat das Ziel, abschlussorientierte Qualifizierungen in der Gruppe

der 25- bis 34-Jährigen deutlich zu erhöhen. In dieser Altersgruppe gibt es knapp 1,5 Millionen junge Menschen, die keine Berufsausbildung besitzen, fast jeder Fünfte von ihnen (rund 310 000) ist arbeitslos gemeldet. Angestrebt wird, dass in den nächsten drei Jahren 100 000 junge Erwachsene in den Rechtskreisen SGB II und III eine Weiterbildung mit dem Ziel Berufsabschluss beginnen. Schwerpunkt ist die zielgerichtete, passgenaue Förderung abschlussorientierter beruflicher Weiterbildungen (Voll- und Teilzeitqualifizierungen in einem anerkannten Ausbildungsberuf, Externenprüfung, modulare Teilqualifizierungen). Hierbei sollen gezielt auch solche Ausbildungsstellen genutzt werden, die die Betriebe wegen fehlenden Bewerbern zunächst nicht besetzen konnten. Die Initiative richtet sich nicht nur an arbeitslose, sondern auch an beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die noch nicht über eine Berufsausbildung verfügen. Auch behinderte junge Erwachsene können von der Initiative profitieren. Bei jungen Erwachsenen kann ein Berufsabschluss im Wege einer betrieblichen Einzelumschulung oder einer Gruppenumschulung bei einem Bildungsanbieter erreicht werden.

Resultate der Bundesförderung:

Da der Start der Initiative erst im Februar 2013 erfolgt ist, sind noch keine Ergebnisse messbar.

c) Programm WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen)

Eckdaten:

Fördervolumen: 115,3 Mio. Euro in 2012; 280 Mio. Euro in 2013

Internet: [www.arbeitsagentur.de/Bürgerinnen & Bürger/Weiterbildung/Fördermöglichkeiten/Beschäftigtenförderung](http://www.arbeitsagentur.de/Bürgerinnen_&_Bürger/Weiterbildung/Fördermöglichkeiten/Beschäftigtenförderung)

Bildungspolitische Zielsetzung:

Zur Stärkung der Qualifizierung von beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führt die Bundesagentur für Arbeit seit 2006 das aus Mitteln des Eingliederungstitels finanzierte „WeGebAU“-Programm durch. Gefördert werden kann die Qualifizierung insbesondere älterer Beschäftigter in kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie geringqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Programm soll Beschäftigungsfähigkeit sichern beziehungsweise erhöhen und Arbeitslosigkeit vermeiden. Weiterhin soll das Programm einen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs leisten und Anreiz für die Unternehmen sein, durch berufliche Weiterbildung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Durch das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ wurde die gesetzliche Grundlage für die berufliche Weiterbildungsförderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen entfristet. Zudem können befristet bis 2014 auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 45 Jahren gefördert werden, wenn sich der Arbeitgeber

mit mindestens 50 Prozent an den Lehrgangskosten beteiligt.

Resultate der Bundesförderung:

Das Instrument leistet einen Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Sicherung der Arbeitskräftebasis in Deutschland. Das Programm wurde im Jahr 2012 weniger genutzt als im Jahr zuvor, dies ist unter anderem auf die verbesserte Wirtschaftslage der Betriebe zurückzuführen. Bis Ende November 2012 konnten im Rahmen von „WeGebAU“ 14 978 Personen (darunter 6 850 Frauen) gefördert werden.

d) Initiative zur Flankierung des Strukturwandels (IFLaS)

Eckdaten:

Fördervolumen: 268,2 Mio. Euro im Jahr 2012; 400 Mio. Euro im Jahr 2013

Bildungspolitische Zielsetzung:

Zusätzlich zu den bestehenden Förderprogrammen hat die Bundesagentur für Arbeit 2010 die Initiative zur Flankierung des Strukturwandels gestartet, mit der Geringqualifizierten der Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen oder von berufsanschlussfähigen Teilqualifikationen in solchen Berufsfeldern ermöglicht werden soll, die am Arbeitsmarkt besonders nachgefragt werden. Darüber hinaus richtet sich die IFLaS seit 2012 gezielt auch an Berufsrückkehrende und Wiedereinsteigende, um ihnen die Rückkehr in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erleichtern.

Resultate der Bundesförderung:

Im Laufe des Jahres 2012 konnten bis Ende November insgesamt 28 453 Personen gefördert werden (darunter 14 562 Frauen). Die Initiative wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung evaluiert.

e) Förderung von Qualifizierung während Kurzarbeit und Transferkurzarbeit

Bildungspolitische Zielsetzung:

Beschäftigte während der Kurzarbeit oder während Transferkurzarbeit können an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, die über den Europäischen Sozialfonds mitfinanziert werden. Diese verhelfen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu einer Anpassung ihrer beruflichen Fähigkeiten an die ständig wandelnden Arbeitsplatzanforderungen und zu einem insgesamt höheren Qualifikationsniveau. Die Qualifizierungsmaßnahmen dienen somit der Erhöhung der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit und leisten über die aktuelle Tätigkeit hinaus einen Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung ist das ESF-Programm „Mitfinanzierte Qualifizierungsmaßnahmen für Empfängerinnen und Empfänger von Kurzarbeitergeld“ Ende März 2012 ausgelaufen.

Resultate der Bundesförderung:

Von Januar bis November 2012 wurden rund 4 000 Personen gefördert (davon 601 Frauen). Nach krisenbedingt hoher Inanspruchnahme in den Jahren 2009 (123 259 Eintritte) und 2010 (65 830 Eintritte) sind die Eintritte im Jahr 2012 parallel zu der Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Transferkurzarbeitergeld und Kurzarbeitergeld deutlich zurückgegangen.

Programm „weiter bilden“ (Sozialpartner-Richtlinie)*Eckdaten:*

Laufzeit: 2009 bis 2014
 Fördervolumen: 125 Mio. Euro, ESF kofinanziert
 Internet: www.esf.de und www.regiestelle-weiterbildung.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem ESF-Programm „weiter bilden“ sollen die Anstrengungen der Sozialpartner zur Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen unterstützt werden. Die Förderung zielt auf die Umsetzung von Qualifizierungstarifverträgen beziehungsweise von den jeweiligen Sozialpartnern getroffenen Vereinbarungen zur Weiterbildung. Gefördert werden können Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für betriebliche Weiterbildung und Weiterbildungsmaßnahmen in Betrieben.

Resultate der Bundesförderung:

Durch die Projekte wird ein hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten gesichert und die kontinuierliche Anpassung der beruflichen Fähigkeiten an die sich beständig wandelnden Arbeitsplatzanforderungen gewährleistet. Die Sozialpartner sind bei der beruflichen Qualifizierung die wesentlichen Akteure und haben das Thema Qualifizierung in verschiedenen Bereichen zum Gegenstand von gemeinsamen Vereinbarungen, Initiativen und Projekten gemacht. Die Richtlinie unterstützt die Anstrengungen der Sozialpartner zur Stärkung der Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten und Unternehmen. Im Rahmen der Initiative „weiter bilden“ wurden in drei Jahren 391 Anträge gestellt, 209 Projektanträge wurden zur Förderung empfohlen. 65 Prozent der Projekte befassen sich mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Weiterbildung im Unternehmen, 35 Prozent haben die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen zum Inhalt. Die Projekte weisen eine breite Branchenvielfalt auf. Insgesamt werden 43 Tarifverträge bedient. Um auch in Branchen ohne Tarifvertrag zur Qualifizierung im Rahmen der Richtlinie tätig werden zu können wurden 69 Sozialpartnereinbarungen neu abgeschlossen. Das große Interesse der Sozialpartner an der Initiative spiegelt sich auch in deren Engagement wider. In 59 Prozent der Projekte sind die Sozialpartner aktiv: Bei 30 Prozent der Projekte sind sie selbst Antragsteller oder Partner, bei 29 Prozent sind sie inhaltlich eingebunden.

ESF-Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“*Eckdaten:*

Laufzeit: 2009 bis 2014
 Fördervolumen: 3,2 Mio. Euro des BMAS, 8,7 Mio. Euro des ESF
 Internet: www.mobilitaetscoach.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“ werden bundesweit 35 Mobilitätsberater/innen bei den Handwerkskammern (HWKs) und Industrie- und Handelskammern (IHKs) gefördert, deren Aufgabe es ist, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) über die Möglichkeiten von Arbeitsaufenthalten im EU-Ausland für ihre Auszubildenden zu informieren und sie bei der Organisation solcher Aufenthalte zu unterstützen. Ziel ist es, die KMU dabei zu unterstützen, Ausbildungsplätze anzubieten, welche den Herausforderungen globaler Märkte entsprechen und die Betriebe als Arbeitgeber für junge Menschen attraktiv machen.

Resultate der Bundesförderung:

Die Bilanz des Programms ist positiv. 2012 wurden ca. 21 000 Beratungen von KMU und jungen Erwachsenen in Ausbildung und Beschäftigung durchgeführt (Mehrfachberatungen eingeschlossen). Auslandspraktika wurden für knapp 1 900 Auszubildende und junge Beschäftigte initiiert und organisiert. Darüber hinaus wurden 900 Auszubildende und junge Fachkräfte aus dem Europäischen Ausland in deutsche Betriebe aufgenommen und durch die Mobilitätsberatungsstellen betreut.

Mit dem Programm „Berufsbildung ohne Grenzen“ ist es gelungen, eine betriebsnahe bundesweite Beratungsstruktur für Unternehmen zu dem wichtigen Thema „Lernen im Ausland“ aufzubauen. Nach vorläufigen Ergebnissen der Programmevaluation geben 80 Prozent der befragten Betriebe an, dass ihre Bereitschaft zur Entsendung von Auszubildenden durch die Mobilitätsberatung stark gestiegen ist. Die allgemeine Qualität der Beratung wird von den Betrieben als sehr positiv bewertet.

ESF – Programm „IdA – Integration durch Austausch“**1. Aufruf/Oktober 2008: Erhöhung der Beschäftigungschancen von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch transnationalen Austausch (IdA I)***Eckdaten:*

Laufzeit: 10/2008 bis 12/2013
 Fördervolumen: 18 Mio. Euro Mittel des BMAS, 78 Mio. Euro Mittel des ESF
 Internet: www.ida.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziel ist, durch Arbeitsaufenthalte im EU-Ausland die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von arbeitsmarktfer-

nen jungen Menschen zu erhöhen. Sie sollen durch die Auslandsaufenthalte aus ihrer schwierigen Situation „herausgelöst“ und an vorhandene Angebote zur beruflichen Integration herangeführt beziehungsweise direkt in Arbeit oder Ausbildung integriert werden. Zielgruppe der Projekte sind Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Unterstützungsbedarf am Übergang Schule/Ausbildung, sowie an der Schnittstelle Ausbildung/Beruf.

Gefördert werden 69 Projektverbände bestehend aus Jobcentern, Agenturen für Arbeit, Bildungsträgern, Betrieben, Schulen und Vereinen, die mit transnationalen Partnern aus über 22 EU-Mitgliedstaaten kooperieren.

Resultate der Bundesförderung:

Die Bilanz ist positiv: Bisher wurden ca. 7 700 Teilnehmende erreicht (Stand: September 2012). Davon sind 80 Prozent von Arbeitslosigkeit, im Durchschnitt von 15 Monaten Dauer, betroffen und im Durchschnitt 23 Jahre alt. Die ersten Ergebnisse auf Projektebene zeigen, dass es gelingt, zwischen 50 Prozent und 70 Prozent (abhängig vom Grad der Benachteiligung) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Arbeit oder Ausbildung zu integrieren. Bis zu sechs Wochen nach IdA sind bereits die Hälfte aller Teilnehmenden in Ausbildung oder in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, bis zu 6 Monaten nach IdA erhöht sich der Anteil auf ein Drittel. Und auch die verbleibenden 30 Prozent bis 50 Prozent streben nach der Teilnahme an IdA entweder den Erwerb eines Schulabschlusses beziehungsweise eines erweiternden Schulabschlusses an, bewerben sich für das freiwillige soziale Jahr oder nehmen an weiterführenden Qualifizierungsmaßnahmen teil. Insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Vermittlungshemmnisse der beteiligten Jugendlichen sind diese Ergebnisse als sehr positiv zu bewerten. Durch die Auslandspraktika wird zudem ein Zuwachs der sozialen und arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen insbesondere bei der Berufswahl und Ausbildungsreife erzielt.

IdA verhilft schwächeren jungen Menschen, in einer entscheidenden Entwicklungsphase den Einstieg in Ausbildung zu finden. Die Kooperation der Akteure im regionalen Projektverbund unter Einbindung der Jobcenter und Agenturen für Arbeit gemeinsam mit den örtlichen Betrieben trägt wesentlich zur Verbesserung der Chancen am Ausbildungsmarkt bei. Die begleitenden Expertenaustausche unterstützen den Wissenstransfer auf Europäischer Ebene zu den unterschiedlichen Ausbildungssystemen und der Eingliederung benachteiligter Jugendlicher.

2. Aufruf/September 2010: Erhöhung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Behinderung durch transnationalen Austausch (IdA II)

Eckdaten:

Laufzeit: 09/2010 bis 12/2014
 Fördervolumen: 7 Mio. Euro Mittel des BMAS, 43 Mio. Euro Mittel des ESF, 3 Mio. Euro Mittel des Ausgleichsfonds
 Internet: www.ida.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm ermöglicht im Rahmen des 2. Aufrufs Menschen mit Behinderungen, im EU-Ausland berufspraktische Erfahrungen zu sammeln und berufliche Kompetenzen zu erweitern und damit ihre Beschäftigungschancen zu erhöhen und den Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zielgruppe sind Jugendliche am Übergang Schule/Ausbildung und Ausbildung/Beruf sowie arbeitslose Erwachsene. Schwerpunkt der Projektaktivitäten bildet ein ein- bis sechsmonatiger Auslandsaufenthalt (Praktikum, Training, Jobcamp). Dabei ist eine intensive Begleitung und Betreuung der Teilnehmenden im Gastland vorgesehen.

Gefördert werden 45 lokal und regional aufgestellte Projektverbände bestehend aus Verbänden, Rehabilitationsträgern, Selbsthilfeorganisationen behinderter Menschen, Integrationsfachdiensten, Berufsförderungswerken, Arbeitgebern und Kommunen unter Einbindung der regionalen Jobcenter bzw. Agenturen für Arbeit. Die Projektverbände kooperieren mit transnationalen Partnern in rund 20 EU-Mitgliedstaaten.

Resultate der Bundesförderung:

Bislang haben ca. 1 200 Teilnehmende einen Auslandsaufenthalt absolviert. Die Auswertung der ersten Integrationsergebnisse liegt noch nicht vor.

Als beschäftigungspolitische Maßnahme zur Verbesserung des Arbeits- und Ausbildungsmarktzugangs trägt das Programm auf Bundesebene zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen bei.

Programm „rückenwind – für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“

Eckdaten:

Laufzeit: 2009 bis 2014
 Fördervolumen: 60 Mio. Euro, ESF kofinanziert und Bundesmittel
 Internet: www.esf.de und www.bagfw-esf.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm „rückenwind“ ist ein Förderprogramm zur Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft und wurde vom BMAS gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege entwickelt. Um die Qualität der sozialen Dienstleistungen sicherzustellen und die Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft zu fördern, werden in diesem Programm nachhaltige Strategien und Konzepte erprobt. Damit soll beispielsweise die Verbleibsdauer der dort Beschäftigten im Beruf erhöht und qualifizierte Fachkräfte für die Sozialwirtschaft gewonnen werden.

Resultate der Bundesförderung:

Im Rahmen des ESF-Programms „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ erproben gemein-

nützige Einrichtungen innovative Personalentwicklungsprojekte und testen Erfolg versprechende Methoden und Werkzeuge zur Personalentwicklung in der Praxis. Nach sechs Förderrunden sind bereits 133 Projekte in unterschiedlichen Arbeitsfeldern an den Start gegangen. Diese Projekte liefern wichtige Erkenntnisse, wie die Sozialwirtschaft die aktuellen Herausforderungen meistern und ihre Beschäftigten fit für die Zukunft machen kann. Außerdem wird mit dem Programm „rückenwind“ dem sinkenden Arbeitskräfteangebot im Bereich der sozialen Dienstleistungen erfolgreich entgegengewirkt und der Tatsache Rechnung getragen, dass der Bedarf an Dienstleistungen in den Bereichen Pflege und Betreuung aufgrund der Alterung der Gesellschaft insgesamt steigt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die pflegeintensiven Tätigkeiten gelegt, die eine Anpassung der Arbeitsbedingungen erfordern, um der begrenzten physischen und psychischen Belastungsfähigkeit älter werdender Beschäftigter zu begegnen. Erste Erkenntnisse, wie die Sozialwirtschaft die aktuellen Herausforderungen meistern und ihre Beschäftigten fit für die Zukunft machen kann, wurden bereits in mehreren Fachtagungen diskutiert. Die zur Verfügung stehenden Programmmittel sind mit der sechsten Förderperiode für die aktuelle ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 ausgeschöpft. Für die kommende Förderperiode 2014 bis 2020 wird eine modifizierte Weiterführung angedacht.

3.2.2 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen

Alphabetisierung und Grundbildung

Eckdaten:

Förderschwerpunkt „Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“

Laufzeit: 2012 bis 2015

Fördervolumen: 20 Mio. Euro

Informationskampagne „Mein-Schlüssel-zur-Welt.de“

Laufzeit: 2012 bis 2013

Finanzvolumen: ca. 10 Mio. Euro

Internet: www.bmbf.de/de/426.php?hilite=alphabetisierung

Bildungspolitische Zielsetzung:

Steigende Anforderungen in der Arbeitswelt, auch für sogenannte „einfache Tätigkeiten“, bedingen immer bessere und umfassendere Kenntnisse der Beschäftigten. Daher ist es notwendig, dass alle Erwachsene über eine ausreichende Literalität und Grundbildung verfügen.⁸⁹ Nicht ausreichend Lesen und Schreiben zu können, beeinträchtigt

die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Betroffenen und ist oftmals auch mit beruflichen Barrieren verbunden. Seit 2011 liegen mit der „leo. – Level-One-Studie“ erstmals belastbare Zahlen über die Größenordnung des funktionalen Analphabetismus⁹⁰ in Deutschland vor. 7,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben. 57 Prozent der Betroffenen sind erwerbstätig, 17 Prozent arbeitslos, 10 Prozent im Haushalt beschäftigt beziehungsweise in Elternzeit. Zwei Millionen von ihnen fällt das Lesen und Schreiben einzelner Wörter schwer.

Ein seit Herbst 2012 neu begonnener Förderschwerpunkt zur arbeitsplatzorientierten Alphabetisierung und Grundbildung wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 mit rund 20 Mio. Euro finanziert. Gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kammern und Verbänden sollen Alphabetisierungs- und Grundbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz oder in Verbindung mit Arbeitsinhalten erarbeitet werden und in ersten Pilotbereichen in der Praxis zur Anwendung kommen.

Im Rahmen des Förderschwerpunkts soll das Interesse von Unternehmen und Akteuren am Arbeitsmarkt gesteigert werden, Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote am Arbeitsplatz einzurichten und durchzuführen. Zudem sollen Unternehmen und gesellschaftlich relevante Akteure wie zum Beispiel Arbeitsvermittlungen oder Gewerkschaften für die Thematik sensibilisiert und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geschult sowie in die Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit eingebunden werden. Dabei sollen

- Konzepte und Maßnahmen zur arbeitsplatzorientierten Alphabetisierung und Grundbildung,
- Beratungs- und Schulungsangebote für Akteure der Arbeitswelt und im Alltag der Betroffenen sowie
- Fortbildungsangebote für Trainerinnen und Trainer sowie Dozentinnen und Dozenten in Bildungsmaßnahmen entstehen.

Im Dezember 2011 wurde die „Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland“ beschlossen, die das Thema gesellschaftlich nachhaltig verankern soll. Um auf das gesamtgesellschaftliche Problem aufmerksam zu machen, hat im September 2012 das Bundesministerium für Bildung und Forschung die bundesweite Informationskampagne „Lesen und Schreiben – Mein Schlüssel zur Welt“ gestartet. Mit ihr werden drei Ziele verfolgt:

⁸⁹ Der Begriff der Grundbildung betont allgemeine Grundkompetenzen auf dem untersten Niveau. Neben Lese- und Schreibfertigkeiten (Literacy) bezeichnet dieser Begriff ebenfalls Kompetenzen in den Grunddimensionen kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe, wie Rechenfähigkeit (Numeracy), Computer Literacy, Health Literacy, Financial Literacy, Social Literacy. Literacy orientiert sich an der Anwendungspraxis von Schriftsprachlichkeit im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag.

⁹⁰ Funktionaler Analphabetismus ist gegeben, wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Hierbei wird vom Unterschreiten der Textebene gesprochen, d.h. eine Person kann zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende – auch kürzere – Texte. So misslingt etwa auch bei einfachen Beschäftigungen das Lesen schriftlicher Arbeitsanweisungen.

- Gesellschaftliche Enttabuisierung des Themas Analphabetismus in Deutschland,
- Mobilisierung Betroffener,
- Ansprache des Helferumfelds Betroffener.

Betroffene können für eine Teilnahme an Alphabetisierungs- oder Grundbildungskursen nur auf freiwilliger Basis gewonnen werden, sie müssen dies aus eigener Überzeugung und eigenem Entschluss tun. Dies kann durch die Enttabuisierung des Themas in der Gesellschaft sowie durch vielfältige regionale Initiativen erheblich begünstigt werden.

Lernen vor Ort

Eckdaten:

Laufzeit: 1. Phase: 1. September 2009 bis 31. August 2012; 2. Phase: 1. September 2012 bis 31. August 2014
 Fördervolumen: 1. Phase: rund 60 Mio. Euro, 2. Phase rund 37 Mio. Euro (jeweils mit hälftiger ESF-Kofinanzierung)
 Internet: www.lernen-vor-ort.info

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Förderprogramm „Lernen vor Ort“ wurde ein Programm aufgelegt, um regionale Bildungsstrukturen zu stärken. Im Programm geht es darum, ein kommunales Bildungsmanagement zu entwickeln, dessen Teile systematisch aufeinander abgestimmt sind und das den Bürgerinnen und Bürgern einen erfolgreichereren Verlauf ihrer Bildungsbiographien ermöglicht.

Vier grundlegende Aktionsfelder bilden den Kern des Programms:

- das kommunale Bildungsmanagement, das die vielfältigen Bildungs- und Beratungsangebote sowie die zahlreichen Initiativen in den verschiedenen Handlungsfeldern auf einander abstimmt und koordiniert,
- das kommunale Bildungsmonitoring, das mit klaren Fakten und regelmäßigen Berichtssystemen die Wirkungen der Bildungs- und Beratungsangebote in allen Bereichen der Bildung offen legt und Handlungsbedarfe deutlich macht,
- die Bildungsberatung, die dazu beitragen soll, dass alle Bürger und Bürgerinnen an jeder Bildungsstation in der individuellen Biographie darin unterstützt werden, Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsentscheidungen auf einer gut vorbereiteten Informationsbasis eigenständig treffen zu können,
- die Bildungsübergänge, bei denen das gelingende Management der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Lebensphasen, Bildungsphasen und Bildungsinstitutionen im Vordergrund steht.

Resultate der Bundesförderung:

Das BMBF unterstützt gemeinsam mit über 180 Stiftungen in einer für den Bildungsbereich neuartigen öffentlich-

privaten Partnerschaft Kreise und kreisfreie Städte bei der Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements. In der zweiten Förderphase, die am 1. September 2012 begann, sind noch 35 der ursprünglich 40 Kommunen beteiligt. Bislang haben sich 51 Stiftungen in einem nationalen Stiftungsverbund zusammengeschlossen. Nach den drei Jahren der ersten Förderphase zeichnet sich ab, dass der Ansatz bei der Strukturentwicklung im Bildungswesen und die intensive Zusammenarbeit mit den Stiftungen als Akteuren der Zivilgesellschaft eine innovative Herangehensweise auch für die Gestaltung der beruflichen Bildung und der Weiterbildung sind. Der systematischen Verknüpfung der verschiedenen Ebenen beruflicher Bildung mit einem effizienten Übergangsmanagement und optimierten Beratungsangeboten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu; ebenso dem sich entwickelnden Bildungsberichtswesen auf kommunaler Ebene.

3.2.3 Maßnahmen und Programme zur Förderung der Durchlässigkeit im Bildungssystem

DECVET – Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung

Eckdaten:

Laufzeit: 11/2007 bis 09/2012
 Fördervolumen: rund 4,5 Mio. Euro
 Internet: <http://www.decvet.net>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die DECVET-Pilotinitiative hatte zum Ziel, Strukturen in der beruflichen Bildung transparenter zu gestalten und die Durchlässigkeit an markanten Zu- und Übergängen zu erleichtern. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Verfahren zur Erfassung, Bewertung und Übertragung von Lernergebnissen von einem Teilbereich der beruflichen Bildung in einen anderen entwickelt. Die Identifizierung und Erprobung möglicher Anrechnungspotenziale erfolgte an folgenden Schnittstellen:

- Zugang von der Berufsausbildungsvorbereitung in die duale Berufsausbildung
- Übergang innerhalb der dualen Berufsausbildung an der Schnittstelle gemeinsamer berufsübergreifender Qualifikationen in einem Berufsfeld
- Übergang von der vollzeitschulischen in die duale Berufsausbildung
- Zugang zwischen dualer Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung (geregelt nach §§ 53 und 54 BBiG)

Resultate der Bundesförderung:

DECVET stellt die Lernenden und die Lernergebnisse in den Mittelpunkt. Die Lernergebniseinheiten wurden so konstruiert und geschnitten, dass sie gleichermaßen betriebliche, schulische und außerbetriebliche Lernergebnisse berücksichtigen. Damit wurde eine Voraussetzung zur Prüfung gleichwertiger Lernergebnisse trotz unterschiedlicher Bildungsgänge geschaffen. Durch Äquiva-

lenzprüfung wurden Anrechnungspotenziale ermittelt, auf deren Basis Anrechnungsverfahren entwickelt wurden. Diese variieren je nach Schnittstelle; drei grundsätzliche haben sich allerdings herauskristallisiert:

- Das erste Verfahren ermöglicht eine Verkürzung von Ausbildungszeit. So wurde z. B. am Übergang innerhalb der dualen Berufsausbildung ein gestuftes Anrechnungsmodell entwickelt, welches je nach prozentualem Anteil der Äquivalenz eine Anrechnung zulässt.
- Das zweite Verfahren ermöglicht eine Vertiefung von Ausbildungsinhalten durch frei gewordene Ausbildungszeit.
- Das dritte Verfahren, welches insbesondere im Übergang zur beruflichen Fortbildung zum Tragen kommen kann, ermöglicht die Individualisierung der Prüfungsvorbereitung und -zulassung.

Voraussetzung für jedes dieser Verfahren ist der Nachweis über die erworbenen Lernergebnisse. Die in DECVET entwickelten Instrumente zur deren Erfassung sind sowohl performanz- als auch aufgabenorientiert. Sie berücksichtigen die Gütekriterien der Prüfungspraxis und genügen den Anforderungen an Praktikabilität und Anwenderfreundlichkeit.

Die Ergebnisse der Pilotinitiative DECVET wurden am 4./5. Juni 2012 auf einer Abschlusstagung mit den 10 Projektneherkonsortien, den regionalen Beiräten, der wissenschaftlichen Begleitung, der BIBB-Koordinierungsstelle und den im Bundesbeirat vertretenen Sozialpartnern sowie der Fachöffentlichkeit diskutiert. Auf der Basis der Ergebnisse kann nun systematischer eingeschätzt werden, welche Instrumente praxistauglich und welche Prozesse förderlich für die Frage der Anrechnung an den vier markanten Schnittstellen rund um das duale System sind. Zudem kann nun besser bewertet werden, welche Herausforderungen und Widerstände im Zusammenhang mit der Anrechnung von Vorleistungen in der beruflichen Bildung in Deutschland weiterhin existieren. Die Gesamtergebnisse der DECVET-Pilotinitiative finden sich in einer BMBF-Publikation.

Weiterbildungsstipendium

Eckdaten:

Programmstart 1991
Soll 2013: 22,7 Mio. Euro
Internet: www.bmbf.de/weiterbildungsstipendium

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm Weiterbildungsstipendium des BMBF unterstützt junge Menschen bei der weiteren beruflichen Qualifizierung im Anschluss an den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung. Das Stipendium fördert fachliche Weiterbildungen, zum Beispiel zum Techniker/zur Technikerin, zum Handwerksmeister/zur Handwerksmeisterin oder zum Fachwirt/zur Fachwirtin, aber auch fachübergreifende Weiterbildungen, wie EDV-Kurse oder Intensivsprachkurse sowie berufsbegleitende Studien-

gänge, die auf die Ausbildung oder Berufstätigkeit aufbauen. Gefördert werden Maßnahme-, Fahrt- und Aufenthaltskosten, zudem die Aufwendungen für notwendige Arbeitsmittel. Stipendiaten und Stipendiatinnen können, bei jeweils 10 Prozent Selbstbeteiligung, Zuschüsse von bis zu 6 000 Euro für beliebig viele förderfähige Weiterbildungen innerhalb des dreijährigen Förderzeitraums beantragen.

Resultate der Bundesförderung:

Im Aufnahmejahr 2012 wurden rund 6 500 neue Stipendiaten und Stipendiatinnen in das Programm aufgenommen und zu Beginn des Jahres 2012 wurde das 100 000ste Weiterbildungsstipendium vergeben. Die erfolgreiche Entwicklung des Programms lässt sich auch in den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung ablesen: Die Förderung gibt einen Anstoß zum lebenslangen Lernen – 70 Prozent der Ehemaligen belegen nach dem Ende der Förderung zusätzliche Weiterbildungskurse. Und die Förderung eröffnet Karrierechancen – 40 Prozent der Ehemaligen üben Vorgesetztenfunktionen aus.

ANKOM- Übergänge von der beruflichen in die hochschulische Bildung

Eckdaten:

Laufzeit: Oktober 2011 bis 2015
Fördervolumen: rund 7 Mio. Euro
Internet: <http://ankom.his.de>

Bildungspolitische Zielsetzung:

Eines der Ergebnisse der BMBF-Förderinitiative ANKOM (Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge) war, dass Absolventen aus der beruflichen Bildung neben der Anrechnung bereits vorliegender Kompetenzen weitere unterstützende Maßnahmen bedürfen, um ihnen ein effektives Hochschulstudium zu ermöglichen. Der Beschluss der KMK vom 6. März 2009 zum Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Zugangsberechtigung hat weitere Impulse für den Übergang von Absolventen der beruflichen Bildung in ein Hochschulstudium gegeben.

Im Rahmen der bildungspolitischen Zielsetzung, die Durchlässigkeit von beruflicher in die hochschulische Bildung zu fördern, hatte das BMBF mit Datum vom 18. April 2011 „Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen für den Übergang aus der beruflichen in die hochschulische Bildung“ veröffentlicht. Gegenstand der Förderung ist die Etablierung von unterstützenden Maßnahmen, durch die ein erfolgreiches Studieren unter Berücksichtigung der Lebenssituation Berufstätiger begünstigt wird. Solche flankierenden und unterstützenden Maßnahmen sollen sich auf inhaltliche, strukturelle, organisatorische und personelle Vorkehrungen erstrecken können. Gegenstand der Förderung sind entsprechende Projekte und eine wissenschaftliche Begleitung. Zu den Fördervoraussetzungen zählt u. a., dass in den beteiligten Hochschulen jeweils bereits die Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge erfolgt.

Resultate der Bundesförderung:

Es wurden 20 Projekte als förderfähig eingestuft. Der Förderzeitraum für die Einzelvorhaben endet im Herbst 2014, der für die wissenschaftliche Begleitung in 2015. Die Vorhaben, die sich auf unterschiedliche Maßnahmen und Studiengänge beziehen, sollen transferfähige Beispiele geben und Impulse für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Durchlässigkeit setzen. Die Träger der wissenschaftlichen Begleitung (HIS-Institut für Hochschulforschung und das Institut für Innovation und Technik (iit)) fördern dazu u. a. den wissenschaftlichen Diskurs und betreiben die Öffentlichkeitsarbeit.

Aufstiegsstipendium*Eckdaten:*

Programmstart 2008

Soll 2013: 21,5 Mio. Euro

Internet: www.bmbf.de/aufstiegsstipendium

Bildungspolitische Zielsetzung:

Das Programm Aufstiegsstipendium des BMBF richtet sich insbesondere an Berufserfahrene, die die Möglichkeit des Hochschulzugangs durch Ausbildung, Fortbildung oder Berufspraxis erwerben beziehungsweise erworben haben. Gerade wenn begabte Fachkräfte mit ihrer beruflichen Qualifikation bereits Einkünfte erzielen, stellen häufig monetäre Aspekte ein Hemmnis dar, ein weiterqualifizierendes Studium aufzunehmen. Die Stipendien sollen hier zusätzliche Anreize zur Aufnahme eines Studiums darstellen und verbessern somit die beruflichen Aufstiegschancen für begabte Fachkräfte. Die Förderung für ein Vollzeitstudium beträgt 750 Euro monatlich, für ein berufsbegleitendes Studium 2 000 Euro jährlich.

Resultate der Bundesförderung:

Vier Jahre nach Programmstart konnten bis zum Jahr 2012 bereits über 4 900 Aufstiegsstipendien vergeben werden. Derzeit studieren im Programm Aufstiegsstipendium gut 40 Prozent aller Stipendiaten und Stipendiatinnen berufsbegleitend. Sechs von zehn Stipendiaten und Stipendiatinnen studieren an einer Fachhochschule, 45 Prozent sind älter als 30 Jahre. 56 Prozent der Aufstiegsstipendien wurden bislang an Frauen vergeben, mit steigender Tendenz. Knapp die Hälfte der aufgenommenen Bewerberinnen und Bewerber erreichen die Zugangsberechtigung zur Hochschule über berufliche- und Aufstiegsqualifikationen sowie spezifische Aufnahmeverfahren an den Hochschulen. Das Programm leistet einen wichtigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Beitrag, in dem es die Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang erhöht.

Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“*Eckdaten:*

Laufzeit: 2011 bis 2020

Fördervolumen: 250 Mio. Euro, 1. Phase der ersten Wettbewerbsrunde kofinanziert aus Mitteln des Europäischen

Sozialfonds und der Europäischen Union

Internet: www.wettbewerb-offene-hochschulen-bmbf.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ stärken Bund und Länder in den nächsten Jahren gemeinsam insbesondere die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und helfen, den Fachkräftebedarf zu sichern. Etwa Mitte 2014 wird eine zweite Wettbewerbsrunde starten. Für den Wettbewerb stellt das BMBF in den Jahren 2011 bis 2020 insgesamt bis zu 250 Mio. Euro zur Verfügung. Die BMBF-Finanzierung soll den Hochschulen die nachhaltige Etablierung Wissenschaftlicher Weiterbildung als Geschäftsfeld ermöglichen. Mit Blick auf die Entwicklung und Erprobung von Angeboten für lebenslanges Lernen soll damit das derzeitige Angebot an praxisnahen sowie berufsbegleitenden, aber auch dualen Studienangeboten ausgeweitet werden.

Resultate der Förderung:

Der Wettbewerb startete im Oktober 2011 mit 26 Projekten in einer ersten Wettbewerbsrunde. Für bestimmte Zielgruppen, die bisher nicht im Fokus der Hochschulen und ihrer Angebote stehen (insbesondere Berufstätige mit und ohne formale Hochschulzugangsberechtigung, Personen mit Familienpflichten, Berufsrückkehrer/-innen) werden mehrheitlich Studienangebote im Format von (akkumulativen) Modulen, Modulkombinationen (Zertifikate) und berufsbegleitenden Studiengängen (Bachelor-, Master-Abschluss) entwickelt. So soll eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Weiterbildung und privaten Verpflichtungen im Rahmen von lebenslangem Lernen ermöglicht werden. Unterstützt wird dies durch Verwendung von modernen Medienkonzepten („blended-learning-Studium“) und einer entsprechend zeitlichen Organisation.

Die Förderung innerhalb der Wettbewerbsrunden erfolgt in zwei Phasen: in der ersten Phase können Einzel- und Verbundprojekte für die Erforschung, Entwicklung und Erprobung von Studienangeboten bis zu dreieinhalb Jahre gefördert werden. Die zweite Phase soll gewährleisten, dass die Projekte langfristig weitergeführt werden.

3.3 Zukunftsorientierung des Berufsbildungssystems

Es muss sichergestellt werden, dass die berufliche Bildung auch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Mit der Modernisierung und Neugestaltung von Aus- und Fortbildungsberufen werden sich ändernde Qualifikationsanforderungen gemeinsam mit den Sozialpartnern in der beruflichen Bildung verankert. Wichtig ist, möglichst frühzeitig zentrale Entwicklungen zu identifizieren, um entsprechend reagieren zu können. Mit verschiedenen methodischen Ansätzen werden daher Erkenntnisse zum Arbeitskräftebedarf der Zukunft, zu Qualifizierungsaspekten und zur Kompetenzentwicklung generiert. Zur Beantwortung aktueller und möglichst zeitnah zu behandelnder Forschungsfragen hat das BMBF darüber hinaus – neben der

fortlaufenden Berufsbildungsforschung des BIBB – weitere Forschungsaktivitäten initiiert.

3.3.1 Neue und modernisierte Ausbildungsordnungen

Junge Menschen sollen eine zukunftsfähige Berufsausbildung erhalten und für die Wirtschaft müssen qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden. Da sich die am Arbeitsplatz verwendeten Technologien, Rahmenbedingungen und Anforderungen ständig weiterentwickeln und verändern, muss das Berufsbildungssystem diese Veränderungen aufnehmen und berücksichtigen.

Hierzu ist es nötig, sowohl bestehende Ausbildungsordnungen fortlaufend auf Aktualität zu überprüfen und gegebenenfalls an Entwicklungen in den jeweiligen Berufen anzupassen und für eventuell neu entstandene Wirtschaftsbereiche neue Berufe zu schaffen als auch Ausbildungsordnungen für Berufe, für die kein Bedarf mehr besteht, aufzuheben.

Zum 1. August 2012 sind 5 modernisierte Ausbildungsordnungen nach dem BBiG/der HWO in Kraft getreten. Damit wurden seit 2000 152 Berufe modernisiert und 51 Berufe neu geschaffen.

Darüber hinaus wurden in ca. 30 Ausbildungsordnungen mit Modernisierungen unter verschiedensten Aspekten begonnen, von denen ganz überwiegend erwartet werden darf, dass sie 2013 in Kraft treten.

Am 1. August 2012 sind folgende Ausbildungsordnungen⁹¹ modernisiert in Kraft getreten:

- Fachangestellter für Arbeitsmarktdienstleistungen/Fachangestellte für Arbeitsmarktdienstleistungen
- Schornsteinfeger/Schornsteinfegerin
- Pharmazeutisch-kaufmännischer Angestellter/Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte
- Schilder- und Lichtreklamehersteller/Schilder- und Lichtreklameherstellerin
- Verfahrensmechaniker Kunststoff- und Kautschuktechnik/Verfahrensmechanikerin Kunststoff- und Kautschuktechnik

3.3.2 Neue und modernisierte Fortbildungsordnungen

Mit der „Gemeinsamen Erklärung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur beruflichen Aufstiegsfortbildung“ setzen sich die Unterzeichner dafür ein,

- „dass Betriebe die geregelte Aufstiegsfortbildung bei Personalentwicklungs- und Rekrutierungsmaßnahmen

stärker nutzen. Es zahlt sich aus, auf diejenigen zu setzen, die ihr fachliches und überfachliches Leistungsvermögen in Aus- und Weiterbildung und mehrjähriger beruflicher Praxis unter Beweis gestellt haben. Beruflich Gebildeten müssen alle Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten offen stehen;

- dass sich mehr Absolventen der beruflichen Ausbildung und auch andere Beschäftigte, zur Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit und persönlichen Entwicklung weiterqualifizieren und die Angebote nutzen. Die geregelte Aufstiegsfortbildung bietet die Chance sich für verantwortungsvollere Aufgaben zu qualifizieren. Die Förderung über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) unterstützt Fortbildungswillige finanziell;
- den Ausbau und die Aktualisierung des Systems der Fortbildungsordnungen voranzutreiben, die Qualitätssicherung weiterzuentwickeln und die Anschlussfähigkeit beruflicher Qualifikationen im Bildungssystem sicherzustellen;
- dass Weiterbildungsanbieter ihr Fortbildungsangebot an den Bedürfnissen der Teilnehmenden sowie der Praxis und den anspruchsvollen Prüfungsanforderungen ausrichten und erwachsenengerecht ausgestalten;
- den Deutschen Qualifikationsrahmen zu nutzen, um die Gleichwertigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulischer Bildung transparent zu machen und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen zu erhöhen.

Die Beteiligten sehen es als gemeinsame Aufgabe an, für das System der beruflichen Fortbildung zu werben und bei einem zukunftsgerechten Ausbau mitzuwirken. Transparenz der Abschlüsse und ihrer Inhalte, Akzeptanz und breite Inanspruchnahme sind wichtige Eckpfeiler für die Attraktivität der beruflichen Bildung in Deutschland.

In diesem Sinne wurde auch in 2012 das System der geregelten Aufstiegsfortbildung fortentwickelt:

Die Fortbildungsordnung „Geprüfter Meister/Geprüfte Meisterin für Medienproduktion -Bild und Ton“ vom 4. Juli 2012 (BGBl. I S. 1467) eröffnet insbesondere den Absolventen der Ausbildungsberufe „Mediengestalter Bild und Ton“ und „Film- und Videoeditor“ eine Weiterbildungsperspektive und eine erweiterte Berufsperspektive. Diese Fachmeisterprüfung qualifiziert für die Übernahme von leitenden Funktionen bei Film-, Fernseh- und Tonproduktionen.

Die novellierte Fortbildungsverordnung „Geprüfter Industriemeister/Geprüfte Industriemeisterin – Fachrichtung Schuhfertigung“ vom 13. Februar 2013 (BGBl. I S. 221) entspricht hinsichtlich der Struktur und der inhaltlichen Ausgestaltung dem vor mehr als 15 Jahren vereinbarten Strukturmodell und berücksichtigt neuere Qualifikationsbedürfnisse dieser Branche.

Mit den Abschlüssen „Geprüfter Fachwirt/Geprüfte Fachwirtin für Güterverkehr und Logistik“ vom 13. Februar 2013 (BGBl. I S. 236), „Geprüfter Fachwirt/Geprüfte

⁹¹ Weitere Informationen zu den Berufen sind im Internet abrufbar unter <http://www.bibb.de/de/26171.htm>

Fachwirtin für Personenverkehr und Mobilität“ vom 13. Februar 2013 (BGBl. I S. 231 (und „Geprüfter Fachkaufmann/Geprüfte Fachkauffrau für Logistiksysteme“ vom 13. Februar 2013 (BGBl. I S. 241) steht der prosperierenden Logistikbranche ein differenziertes Weiterbildungskonzept zur Verfügung, das den Qualifizierungsbedürfnissen dieses Wirtschaftszweiges entspricht.

Mit der Fortbildungsordnung „Geprüfter Sozialversicherungsfachwirt/Geprüfte Sozialversicherungsfachwirtin – gesetzliche Renten- und knappschaftliche Sozialversicherung“ vom 13. Februar 2013 (BGBl. I S. 206) wird erstmals für den öffentlichen Dienst eine bundeseinheitliche Fortbildungsordnung in Kraft gesetzt. Diese Qualifikation ist bei den Rentenversicherungsträgern in die Personalentwicklung eingebettet und qualifiziert für Tätigkeiten, die dem gehobenen Dienst entsprechen.

Mit der Fortbildungsordnung „Geprüfter Zweiradservicetechniker/Geprüfte Zweiradservicetechnikerin – nicht motorisierte Zweiradtechnik bzw. motorisierte Zweiradtechnik“ vom 13. Februar 2013 (BGBl. I S. 214) wird an das Erfolgsmodell Kraftfahrzeugservicetechniker, der Zwischenstufe zwischen dem Gesellen- und dem Meisterabschluss, angeknüpft. Die prosperierende Zweiradbranche, insbesondere auch der Wachstumsmarkt Elektrofahrräder hat damit einen Fortbildungsabschluss, der auf neue Entwicklungen eingeht und der auf den Meisterabschluss anrechenbar sein wird.

3.3.3 Berufsbildungsforschungsinitiative des BMBF

Die Erkenntnisse der Berufsbildungsforschung bilden eine Grundlage für die politische Entscheidungsfindung. Ziel der im Rahmen der Berufsbildungsforschungsinitiative (BBFI)⁹² geplanten Forschungsvorhaben ist es, Informationen, Daten und Vorschläge in Form von Expertisen und empirischen Untersuchungen für bildungspolitisches Handeln zu generieren. Die Initiative richtet sich kontinuierlich an den bildungspolitischen Anforderungen aus.

In 2012 wurden im Rahmen der Initiative zwei neue Forschungsprojekte gestartet, ein Projekt fortgeführt und vier Forschungsvorhaben beendet. Abgeschlossen wurden die Projekte „Bestandsaufnahme der Ausbildung in den Gesundheitsberufen im Europäischen Vergleich“, „Stellenwert der dualen Ausbildung in Großunternehmen – Untersuchung zur inhaltlichen Ausgestaltung von betrieblichen Qualifizierungs- und Personalentwicklungskonzepten“, „Die Wahrscheinlichkeit für KMU-Mitarbeiter an betrieblicher Weiterbildung teilzunehmen“ und „Bundesweiter Überblick über Nachqualifizierungsangebote: Befragung von Bildungsanbietern zur Nachqualifizierung und Externprüfung“.

Neu gestartet wurden die Projekte „Attraktivität des dualen Ausbildungssystems aus Sicht von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unterschiedlicher Leistungsstärke“ sowie „Bundesweiter Überblick über Nachqualifizie-

rungsangebote“. Die Studie zur „Umsetzung der Zulassungs- und Anrechnungsvorschriften bundeseinheitlich geregelter Fortbildungsordnungen“ ist fortgesetzt worden.

Zur Veröffentlichung von Studien, Expertisen und Gutachten der Berufsbildungsforschungsinitiative hat das BMBF 2009 die Reihe „Berufsbildungsforschung“ aufgelegt. 2012 ist Band 14 „Zugangswege junger Menschen mit Behinderung in Ausbildung und Beruf“⁹³ erschienen. Mit dieser Veröffentlichung setzt das Ministerium seinen Beitrag zur Berufsbildungsforschung fort, stärkt in diesem Bereich die Transparenz und Qualität seiner Forschungsaktivitäten und verdeutlicht, dass seine Entscheidungen evidenzbasiert getroffen werden.

2013 wird das BMBF neue Projekte starten. Geplant sind Projekte zu den Themen Nutzen und Kosten von Prüfertätigkeiten für Unternehmen, der Novellierung der Aufstiegsförderung im Bereich der Lebensmittelindustrie, der gelingenden Berufsorientierung an Halb- und Ganztagschulen sowie der Sicherung qualifizierter Facharbeit durch Weiterbildung und Qualifizierung älterer Erwerbsfähiger. Darüber hinaus werden die Verzahnung von Aus- und Fortbildung sowie der gelingende Einstieg von Studienabbrechern in eine duale Ausbildung als Themen aufgegriffen.

3.3.4 Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung – ASCOT

Eckdaten:

Laufzeit: 12/2011 bis 11/2014

Fördervolumen: rund 7 Mio. Euro

Internet: www.ascot-vet.net

Bildungspolitische Zielsetzung:

Die BMBF Forschungsinitiative zur beruflichen Kompetenzmessung „Technologie-orientierte Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung“ (Ascot – Technology-based Assessment of Skills and Competencies in VET) hat zum Ziel, innovative Verfahren zur Messung beruflicher Handlungskompetenzen (weiter) zu entwickeln, zu erproben und in die breite Praxis zu transferieren. Ziel ist die valide Messung beruflicher Kompetenzen mit Hilfe technologiebasierter Verfahren in der beruflichen Bildung. Im allgemeinbildenden Bereich sind durch PISA bereits zahlreiche Verfahren zur Messung schulischer Leistungen entwickelt worden. Das Berufsbildungssystem verlangt aufgrund seiner Komplexität jedoch andere Anforderungen an output-orientierte Messinstrumente.

Um die Handlungskompetenzen von Auszubildenden möglichst realitätsnah erfassen zu können, braucht es entsprechende Messinstrumente. Grundlage für deren Gestaltung im Rahmen von Ascot ist die realitätsnahe Abbildung beruflicher Arbeits- und Geschäftsprozesse. Dies erfolgt in der Regel in Form von Simulationen, die zentrale Ausschnitte der Praxis widerspiegeln und ein Denken in Abläufen und Zusammenhängen fördern. Die In-

⁹² Siehe: www.bmbf.de/de/13567.php

⁹³ Siehe: www.bmbf.de/de/6201.php

strumente sind so geplant, dass ein späterer Transfer in die bestehende Prüfungspraxis und in vergleichbare Berufe sowie in Weiterbildungsmaßnahmen und andere Europäische Kontexte mit geringem Aufwand möglich ist. Die Ergebnisse können dazu beitragen, die Produktivität von Bildungsgängen, die Qualität von Einrichtungen und den Lernerfolg von Individuen transparent und für Verbesserungsmaßnahmen zugänglich zu machen.

Resultate der Bundesförderung:

Derzeit werden auf nationaler Ebene Kompetenzmodelle und Testinstrumente für Kfz-Mechatroniker, Elektroniker für Automatisierungstechnik, Industriekaufleute, medizinische Fachangestellte und Altenpfleger entwickelt, erprobt und analysiert. Insgesamt werden 21, in sechs Projektverbänden zusammengefasste Projekte gefördert. Gemeinsamer Projektstart war der 1. Dezember 2011. Im Jahr 2013 sollen die Testinstrumente in allen Projekten in Pre-Tests erprobt werden, die Haupterhebungen sind für 2014 vorgesehen. Die Transferperspektive wird von Anfang an in allen Projekten mitgedacht, die Verfahren sind so angelegt, dass sie mit geringem Aufwand zu einem späteren Zeitpunkt auf andere Berufe sowie in Prüfungs- und Weiterbildungskontexte übertragen werden können. Die Simulationen können u. a. Hinweise für die Verbesserung der Prüfungspraxis geben, in Lehr-Lernprozessen eingesetzt werden sowie für die Weiterentwicklung von Ausbildungsordnungen, die Ausdifferenzierung von schulischen Curricula und betrieblichen Ausbildungsplänen genutzt werden.

3.3.5 Früherkennung von Qualifikationsbedarf

Arbeitskräftemonitoring

Wer erfolgreich handeln will, braucht verlässliche Daten zur Orientierung. Deshalb entwickelt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) derzeit mithilfe wissenschaftlicher Unterstützung ein Instrumentarium zur Feststellung des aktuellen und zukünftigen Arbeitskräftebedarfs nach Branchen, Berufen und Regionen.

Erste Ergebnisse zum aktuellen Arbeitskräftebedarf wurden im November 2011 in einem Arbeitskräftereport veröffentlicht, den das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit wissenschaftlicher Zuarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erstellt hat.

Es handelt sich hierbei um eine differenzierte Analyse der Entwicklung der Arbeitskräfteengpässe seit 2006 und eine Darstellung der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bis 2014. Der Arbeitskräftereport zeigt, dass von einem flächendeckenden Fachkräftemangel in Deutschland derzeit noch nicht gesprochen werden kann, aber Engpässe in einzelnen Berufen und Regionen bestehen.

Im Frühjahr 2013 werden mithilfe eines Prognosemodells auch fundierte Aussagen zu Nachfrage wie Angebot an Fachkräften bis zum Jahr 2030 getroffen. Die Ergebnisse liefern Politik, Unternehmen, Sozialpartnern und allen Interessierten wichtiges Orientierungswissen.

Arbeitsmarkt der Zukunft: Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2030

Das BIBB und das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) hatten im Jahr 2010 eine neue Modellrechnung zur Entwicklung des Arbeitsmarktes bis zum Jahr 2025 vorgelegt.⁹⁴ Die Studie betrat methodisches Neuland, da sie die Wege zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf (berufliche Flexibilität) nachzeichnet. Längerfristige Berufsfeld- und Qualifikationsentwicklungen können nun differenzierter aufgezeigt werden. Die Projektionen zeigen, in welchen Bereichen Fachkräftemangel entstehen könnte und welche Qualifikationsebenen besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sein werden. Eine neue Fassung der Veröffentlichung ist 2012 erschienen und gibt nun die Entwicklungen bis 2030 wieder⁹⁵.

Die neuen Projektionsergebnisse zeigen, dass durch gestiegenes Erwerbsverhalten insbesondere von Älteren Fachkräfteengpässe und -mangel erst um 2030 gesamtwirtschaftlich erkennbar sein werden. In einigen Bereichen wird dies jedoch schon früher eintreten. Dies gilt insbesondere bei Fachkräften auf der mittleren Qualifikationsebene, da trotz eines leicht rückläufigen Bedarfs an Beschäftigten bis 2030 ein deutlicher Rückgang der Erwerbspersonen mit entsprechender Qualifikation gegenüber steht. Zudem scheidet ab dem Jahr 2020 eine steigende Zahl von Fachkräften mit einer mittleren Qualifikation aus dem Erwerbsleben aus. Aufgrund der gestiegenen Studienanfängerquoten wird das Angebot an Akademikern in den kommenden Jahren zu einem leichten Überangebot führen, wobei unterstellt wird, dass der Bedarf an Akademikern in der Wirtschaft weiterhin konstant aber verhalten zunimmt. Dies legt den Schluss nahe, dass bei gleichbleibender Entwicklung langfristig kein genereller Akademikerengpass droht, wenngleich es sowohl auf regionaler Ebene als auch bei spezifischen Anforderungen bereits schon jetzt zu Engpässen kommen kann. Zudem werden hoch qualifizierte und spezialisierte Personen, wie z. B. aus den MINT-Berufen, weiterhin sehr gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Bei den Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss wird der Bedarf nach den Projektionen von BIBB und IAB bis zum Jahr 2030 leicht zurückgehen. Für diese Gruppe wird es jedoch zunehmend schwieriger werden, eine Beschäftigung zu finden.

Nach den Ergebnissen der Modellrechnung zeichnet sich insbesondere in den Gesundheits- und Sozialberufen, aber auch in den Gastronomie- und Reinigungsberufen ab, dass der globale Arbeitskräftebedarf der Unternehmen das Arbeitskräfteangebot übersteigen wird. In den folgenden Berufsfeldern ergeben sich angespannte Arbeitsmarktsituationen, jedoch deckt hier rein rechnerisch das projizierte Angebot weiterhin den Bedarf: Rohstoffgewinnende Berufe, be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe, Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe, Berufe im Warenhandel und Vertrieb, Technisch-Naturwissenschaftliche Berufe sowie Medien-, Geistes- und Sozialwissenschaftliche und künstlerische Berufe.

⁹⁴ Vergleiche www.bibb.de/de/55403.htm

⁹⁵ Vergleiche www.bibb.de/de/61097.htm

BIBB-Qualifizierungspanel

Für Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik ist von besonderem Interesse, wie Betriebe mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgehen und welche Strategien sie verfolgen, um ihren Fachkräftebedarf zukünftig zu decken. Daher fördert das BMBF den Aufbau eines Betriebspanels zur Qualifizierung und Kompetenzentwicklung im BIBB.

Das BIBB-Qualifizierungspanel ist eine jährliche Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Daten zum Qualifizierungsgeschehen in Deutschland erhoben werden. Schwerpunkte der Befragungen bilden die Aktivitäten, die Betriebe in den Bereichen Aus- und Weiterbildung leisten. Darüber hinaus beinhaltet das Panel variierende Themenschwerpunkte, in denen aktuelle relevante Fragen vertiefend behandelt werden.

Bei der ersten und zweiten Erhebungswelle im Frühjahr 2011 und 2012 nahmen jeweils 2 000 Betriebe teil. 75 Prozent der 2011 befragten Betriebe beteiligten sich auch 2012 an der Erhebung.⁹⁶

Im Frühjahr 2013 startet die dritte Befragung des BIBB-Qualifizierungspanels.

Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung in der zweiten Hälfte der UN-Dekade – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“

Eckdaten:

Laufzeit: 2010 bis 2013

Fördervolumen: 3 Mio. Euro

Internet: www.bibb.de/de/56741.htm

Bildungspolitische Zielsetzung:

Mit dem Ziel, Nachhaltigkeit als Leitbild in der beruflichen Bildung zu verankern, fördert das BIBB aus Mitteln des BMBF innerhalb des Förderschwerpunkts Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung in der zweiten Hälfte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014 Modellversuche nach § 90 Absatz 3 Nummer 1 d Berufsbildungsgesetz.

Resultate der Bundesförderung:

Wie der Bericht zum Förderschwerpunkt mit Stand Oktober 2012 aufzeigt, liegen bereits erste erfolgreiche Produkte aus den Projekten vor, die sowohl eine Verstärkung nach Beendigung der Förderung aus Mitteln des BMBF als auch den Transfer in weitere Bereiche beruflicher Bildung erwarten lassen. So konnte das Netzwerk der nunmehr 14 beteiligten Kompetenzzentren Bau und Energie entsprechende Lernmodule zu nachhaltigkeitsrelevanten Inhalten im Umfang ein- bis zweitägiger Schulungen entwi-

ckeln, die dort eingesetzt werden. Darüber hinaus besteht eine enge Verbindung zum internationalen Netzwerk Regional Center of Expertise on Education für sustainable Development (RCE) Hamburg und Region über den die Ergebnisse und Produkte ebenfalls verstetigt und transferiert werden. Aus der erfolgreichen Zusammenarbeit des Modellversuchs „Nachhaltigkeitsorientiertes Rahmencurriculum für die Ernährungs- und Hauswirtschaftsberufe“ mit dem Projekt „Globale-Welt-Hotel“ der Universitäten Hamburg und Leuphana-Universität Lüneburg wird anlässlich der 17. Hochschultage 2013 im Frühjahr 2013 die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Ernährung und Hauswirtschaft erfolgen, so dass auch hier neben Verlagsveröffentlichungen der Materialien eine weitere Verstärkung sowie der Transfer der Arbeiten gewährleistet werden kann. Das Vorhaben BEE-Mobil – Berufliche Bildung im Handwerk in den Zukunftsmärkten E-Mobilität und Erneuerbare Energien ist als zweijähriges Forschungsprojekt in die sonstige Förderung des BMBF zu diesem Handlungsfeld eingebunden und der Austausch gewährleistet. Die bisherige Bilanz des Förderschwerpunktes lässt eine dauerhafte Implementierung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in die berufliche Bildung beziehungsweise den beruflichen Alltag auch für die nicht genannten Vorhaben erwarten. Verstärkung und Transfer werden weiterhin prozessbegleitend forciert.

Darüber hinaus soll der gesamte Förderschwerpunkt mit nunmehr 6 Modellversuchen die Zusammenhänge nachhaltiger Entwicklung in der beruflichen Bildung mit Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen sowie Qualifizierungsbedarfen und -maßnahmen und weitere bildungsrelevante Aspekte definieren und in politischen Handlungsempfehlungen umsetzen.

3.3.6 Digitale Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung

Facharbeit durchlebt einen immer deutlicheren Wandel hin zur Wissensarbeit. Die Mehrzahl der heutigen Beschäftigten ist mit einer zunehmenden Komplexität technischer Systeme und Maschinen konfrontiert. IT-induzierte moderne Arbeitsorganisationsformen mit ausgeprägter Prozessorientierung verlagern Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten direkt in die Produktions- oder Dienstleistungsebene und prägen damit auch die jeweiligen Qualifikationsanforderungen⁹⁷. Die Dynamik dieser technologischen und bildungsökologischen Entwicklungen sowie der internationale Wettbewerb um qualifiziertes Personal erhöhen den Anpassungsdruck auf Betriebe stetig, ihre Aus- und Weiterbildungsqualität mit Hilfe digitaler Medien kontinuierlich an diese Entwicklungen anzupassen. Allerdings geschieht dies noch nicht ausreichend, so nutzen erst ca. 21 Prozent der Betriebe in Handwerk und Mittelstand digitale Medien in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung.⁹⁸

⁹⁶ Ausführliche Ergebnisse sind im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013, Kapitel A4.11.4 und B1.2.3, veröffentlicht.

⁹⁷ Vergleiche Datenreport 2013, Teil C.

⁹⁸ MMB 2012

Eckdaten:

Laufzeit: bis 2020

Fördervolumen: jährlich 10 Mio. Euro + ESF-Fördermittel

Internet: www.qualifizierungdigital.de

Bildungspolitische Zielsetzung:

Ziel ist es, mit dem Einsatz digitaler Medien auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene zu nachhaltigen strukturellen Veränderungen (u. a. Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit), zur Qualitätssicherung in der gesamten beruflichen Bildung sowie zu einer zeitgemäßen Informationsinfrastruktur in der beruflichen Bildung beizutragen. Im Fokus steht die Förderung von Projekten, die mit branchenübergreifenden, digitalen Bildungsangeboten einen bundesweiten Adressatenkreis erreichen. Die geförderten Vorhaben tragen durch die Entwicklung moderner Aus- und Weiterbildungsgänge sowie die Schulung von Akteuren der beruflichen Bildung dazu bei, neue Lernszenarien zu erproben und in die Breite zu tragen.

Resultate der Bundesförderung:

2012 wurden in diesem Zusammenhang mit den nunmehr beendeten Förderbekanntmachungen rund 160 Einzel- und Verbundvorhaben in verschiedenen Berufsbranchen und Phasen der beruflichen Bildung initiiert. Zudem wurde auf Basis der bisherig geförderten Projekte ein neues übergreifendes Förderprogramm „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ erarbeitet und Anfang 2013 veröffentlicht.

4. Stand und Perspektive der beruflichen Bildung in der internationalen Zusammenarbeit

In der internationalen Zusammenarbeit sind ein deutliches Interesse und eine hohe Anerkennung für das duale System der Berufsausbildung spürbar. Viele Staaten, aber auch die OECD sehen gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt das duale System als ein Kernelement für den Erfolg der Wirtschaft und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland.

Im Verlaufe des Jahres 2012 hat sich die Nachfrage nach Gelingensbedingungen der dualen Berufsausbildung aus dem Europäischen Ausland stark erhöht. Mit Spanien, Italien und Griechenland wurden jeweils Memoranden über bilaterale Kooperationen in der beruflichen Bildung unterzeichnet. Im Rahmen dieser bilateralen Kooperationen werden die Partnerstaaten durch Systemberatung, Expertenaustausch und Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei der Entwicklung von Systemen der dualen Berufsausbildung unterstützt.

Auf Einladung des BMBF haben Deutschland, Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die Slowakei und Lettland unter Beteiligung der Europäischen Kommission im Dezember 2012 in Berlin ein Memorandum unterzeichnet. Es enthält zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Einführung

eines Systems der beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild. Die Europäische Kommission und das Europäische Zentrum zur Förderung der Berufsbildung CEDEFOP unterstützen diesen Prozess. Die EU-Kommission setzt in ihrer neuen Strategie „Rethinking Education“ einen Schwerpunkt auf die praxisorientierte Ausbildung.

Zudem will die Kommission mit einer „Europäischen Allianz für Ausbildung“ weitere Staaten in den von Deutschland angestoßenen Reformprozess integrieren und schlägt für die Bekämpfung der in einigen EU-Mitgliedstaaten teilweise sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit die Einführung einer „Jugendgarantie“ vor. Diese sieht zum Beispiel vor, dass jeder junge Mensch unter 25 Jahren in Europa innerhalb von vier Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, ein Praktikum, eine Aus- oder Weiterbildung erhalten soll.

Internationale Berufswettbewerbe

Die 41. WorldSkills – die sogenannte Weltmeisterschaft der Berufe – fanden vom 4. bis 9. Oktober 2011 in London statt. An vier Wettbewerbstagen wurden auf dem ExCel Messegelände unter 950 Wettbewerbsteilnehmern aus 51 Ländern im Alter bis 22 Jahre die weltweit Besten in 46 Berufen aus Industrie, Handwerk und Dienstleistungsbereich ermittelt. Deutschland startete mit einem Team von 26 Wettkämpfern – eine Frau und 25 Männer – in 23 Berufsdisziplinen. Das deutsche Team erreichte eine Gold-, zwei Silber- und eine Bronzemedaille sowie zwölf Exzellenzauszeichnungen. Das BMBF förderte die Teilnahme der deutschen Mannschaft in London.

Die 42. Weltmeisterschaft der Berufe wird 2013 vom 2. bis 7. Juni in Leipzig auf dem Gelände der Leipziger Messe stattfinden. Das BMBF und das Land Sachsen (aus Mitteln des ESF) fördern die Durchführung mit jeweils 10 Mio. Euro.

Während der WorldSkills findet eine umfangreiches Tagungs- und Konferenzprogramm statt. Dazu gehören u. a.:

- Die Tagung des Beratenden Ausschusses für Berufsbildung (BABB) der Europäischen Union (EU) (2. und 3. Juli 2013). Hier werden u. a. Reformansätze zum Transfer dualer Prinzipien in Europäische Bildungssysteme beraten.
- Eine Europäische Startkonferenz für die „EU Alliance for Apprenticeship“ der Europäischen Union (EU).

Die deutsche duale Berufsausbildung erfährt auf Europäischer Ebene aufgrund ihrer Praxisorientierung mittels des Lernens am Arbeitsplatz, der dadurch gebotenen Nähe zu Wirtschaft wie Arbeitsmarkt und der daraus resultierenden vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit hohen politischen Zuspruch.

Die Generaldirektion Bildung und die Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission haben in diesem Zusammenhang die Schaffung einer „EU Alliance for Apprenticeship“ angekündigt. Diese neue EU-Initiative soll am 2. Juli 2013 in Leipzig mit hochrangigen Kommissionsvertretern und Vertretern der EU-Mitgliedstaaten offiziell gestartet werden.

Eine BMBF-OECD-Berufsbildungskonferenz „Skilling the Future – VET and workplace learning for economic success“ am 4. und 5. Juli 2013. Sie hat zum Ziel, die Stellung der Berufsbildung in ausgewählten Bereichen wie dem Lernen am Arbeitsplatz einem internationalen Fachpublikum nahezubringen und für nationale Modernisierungen der Berufsbildung von dem internationalen Erfahrungsschatz zu profitieren. Die Themenschwerpunkte der Konferenz sind:

- Vocational Education and Training (VET) and higher education: transition pathways and innovative blends of VET
- Systemic development of apprenticeships and workplace learning: changing roles of responsibilities of trainees, employers and social partners
- Innovative concepts for making the bridge between school and work.

Daneben finden eine Reihe von weiteren Veranstaltungen statt wie beispielsweise von WorldSkills international, des BMZ gemeinsam mit der UNIDO und des sächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur beruflichen Bildung

September 2010 veröffentlichte die OECD die Studie „Learning for Jobs“, in welcher das deutsche duale Ausbildungssystem sehr gut abschnitt. Mit der Veröffentlichung dieser Studie zusammen mit „Education at a Glance“ gelang es erstmals, das jährliche Ritual in der öffentlichen Diskussion, Deutschland habe zu wenige Akademiker, zu unterbrechen.

Im Rahmen der Nachfolgestudie „Skills beyond School“ untersucht die OECD die „post-secondary VET“ Möglichkeiten beziehungsweise Angebote in den jeweiligen teilnehmenden Ländern. Unter „post-secondary VET“ werden in der deutschen Studie die nicht akademischen Weiterbildungsmöglichkeiten im Anschluss an die berufliche Erstausbildung verstanden. Die Studie begrenzt sich dabei auf Meisterqualifikationen, Fort- und Weiterbildungsangebote der Kammern und privater Anbieter sowie die Fachschulen/Fachakademien. Die Studie basiert auf der eigens hierfür erstellten Veröffentlichung „Aufstieg durch Fortbildung – Deutscher Hintergrundbericht zur OECD Studie „Skills beyond School“ sowie weitere einschlägigen Unterlagen und zwei im März und Juni 2012 durchgeführten jeweils einwöchigen Besuchen inkl. Fachgesprächen des OECD-Teams. Die Veröffentlichung der Studienergebnisse wird voraussichtlich in 2013 erfolgen.

Europäischer Qualifikationsrahmen (EQR)

Die Bildungsminister der EU und das Europäische Parlament (EP) haben mit dem EQR einen gemeinsamen Referenzrahmen als Übersetzungsinstrument zwischen verschiedenen Qualifikationssystemen und deren Niveaus beschlossen, das zu mehr Transparenz, Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der Qualifikationsbescheinigungen

in Europa führen soll. Die EU-Empfehlung zum EQR sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Qualifikationsniveaus auf transparente Art und Weise mit den Stufen des EQR verknüpfen.

Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)

In Deutschland haben sich Bund und Länder bereits im Jahr 2006 auf die Entwicklung eines DQR verständigt. Als struktureller Ausgangspunkt wurde eine hohe Kompatibilität zum EQR vorgegeben. Auf dieser Basis wurde im Jahr 2008 gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen der Sozialpartner sowie der Wissenschafts- und Bildungsorganisationen im Arbeitskreis DQR (AK DQR) ein Diskussionsvorschlag für einen DQR erarbeitet. Dieser wurde bis Juni 2010 durch Experten in vier Berufs- und Tätigkeitsfeldern (Metall/Elektro, IT, Handel sowie Gesundheit) durch die beispielhafte Zuordnung von Qualifikationen auf seine Funktionsfähigkeit geprüft.

Auf der Basis der Expertenvoten wurde die DQR-Matrix überarbeitet. Der AK DQR verabschiedete den DQR-Entwurf im März 2011. Wie der EQR besteht der DQR-Entwurf aus acht Niveaus, die allgemein über einen Niveauindikator sowie über die erforderlichen Fachkompetenzen und personalen Kompetenzen charakterisiert werden. Sämtliche Niveaus sollen über verschiedene Bildungswege, auch der beruflichen Bildung, zu erreichen sein.

Im Mittelpunkt der Arbeit des AK DQR in 2011 und 2012 stand die Erarbeitung eines Vorschlags für die Zuordnung formaler Qualifikationen des deutschen Bildungssystems zum DQR, zu dem Anfang 2012 eine politische Einigung erreicht wurde. Dabei ist es gelungen, eine gleichwertige Einstufung von Meistern/Technikern und dem Hochschulabschluss Bachelor auf Niveau 6 zu erreichen. Darüber hinaus wird mit der Zuordnung des Strategischen Professional (IT) auf Niveau 7 auch auf Masterebene die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sichtbar. Für die berufliche Erstausbildung wird eine Zuordnung auf Niveau 4 (3- und 3½-jährige Ausbildungen) vorgenommen. 2-jährige Ausbildungen sind auf Niveau 3 angesiedelt. In der gemeinsamen Erklärung von Bund, Ländern und Sozialpartnern (vergleiche Kapitel 1) wurde vorerst auf eine Einbeziehung allgemeinbildender Bildungsabschlüsse in den DQR verzichtet.

Zur Erarbeitung von Empfehlungen, nach welchen Kriterien nicht-formales und informelles Lernen an den DQR Anschluss finden kann, wurden im Juni 2011 zwei Arbeitsgruppen unter Beteiligung insbesondere der Hauptakteure der Fort- und Weiterbildung sowie der Sozialpartner gebildet. Im Ergebnis wird im Frühjahr 2013 in Anlehnung an die Erprobungsphase für die exemplarische Zuordnung formaler Qualifikationen eine Expertengruppe eingerichtet, die ca. 15 ausgewählte, potenziell zuordnungsfähige Qualifikationen aus dem nicht-formalen Bereich als so genannte Ankerqualifikationen beispielhaft dem DQR zuordnet.⁹⁹

⁹⁹ Vergleiche www.deutscherqualifikationsrahmen.de

Europäisches Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET)

Mit der vom Europäischen Parlament und Rat des Europäischen Union 2009 verabschiedeten Empfehlung zur Einrichtung eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung soll die Anrechnung, Anerkennung und Akkumulierung bewerteter Lernergebnisse von Einzelpersonen, die eine Qualifikation erwerben wollen, erleichtert werden. Im Rahmen des lebenslangen Lernens soll des Weiteren die Übertragbarkeit von erworbenen Kompetenzen zwischen verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und innerhalb des Arbeitsmarktes gefördert werden. Wichtige Zielsetzung der Erprobung von ECVET ist es zugleich, die Europäische Bildungszusammenarbeit sowie die Etablierung transnationaler Praxisnetzwerke zu fördern. Bis 2014 sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, entsprechende praxisorientierte Verfahren und Instrumente zu entwickeln und zu erproben.

Bildungsakteure und Lernende, die ECVET im Rahmen von EU-geförderten Pilot-Projekten testen und weiterentwickeln, sehen darin eine Möglichkeit zur nachhaltigen Verbesserung der Qualität von grenzüberschreitenden Mobilitätsmaßnahmen. Auch längerfristige Auslandsaufenthalte während der Berufsausbildung können durch Nutzung von ECVET-Instrumenten wie Partnerschafts- und Lernvereinbarung etabliert und gesichert werden. Die Zahl der Bildungsakteure, die ECVET im Rahmen des EU-Programms für lebenslanges Lernen erproben, steigt stetig. Ihr Ziel ist es, praxistaugliche, transparente Verfahren und Instrumente zu entwickeln, die die Übertragbarkeit von Lernergebnissen von einem Land in ein anderes sowie zwischen unterschiedlichen Bildungsbereichen erleichtern können. Darauf liegt auch der Fokus der acht ECVET-Pilotprojekte aus der zweiten EU-Förderperiode 2011 bis 2014, von denen vier Pilotprojekte unter deutscher Federführung beziehungsweise mit deutscher Beteiligung durchgeführt werden: EASY Metal¹⁰⁰, 2getIcare¹⁰¹, ESgCQ¹⁰² und ICARE¹⁰³.

Seit 2010 werden die Bildungsakteure von dem Europäischen Netzwerk nationaler Agenturen (NetECVET)¹⁰⁴ unterstützt. Das Netzwerk trägt dazu bei, Europäische Mobilität zu qualitätsgesicherter ECVET-Mobilität weiterzuentwickeln und die Basis für eine breite Umsetzung von ECVET im Bereich der transnationalen Mobilität zu schaffen. Hierfür wird z. B. derzeit ein „Toolkit“ mit verschiedenen Lösungsansätzen, aber auch maßgeschneiderten Konzepten sowie Beispielen und Trainingsmaterialien zur Anwendung von ECVET-Elementen entwickelt.

In Deutschland werden Bildungsakteure bei der Erprobung von ECVET im Kontext transnationaler Mobilität von der Nationalen Koordinierungsstelle (NKS) ECVET¹⁰⁵ informiert, beraten und unterstützt. Gemeinsam

mit Bildungsexperten aus der Praxis hat die NKS ECVET z. B. den Leitfaden zur Beschreibung von Lernergebniseinheiten und den Leitfaden zur Bewertung und Dokumentation von Lernergebnissen erarbeitet. Darüber hinaus veranstaltet die NKS ECVET z. B. auch Praxiswerkstätten.

Seit Beginn 2012 wird die Arbeit der NKS ECVET durch ein „Nationales Team von ECVET-Expertinnen und Experten“¹⁰⁶ flankiert. Zu den Aufgabenschwerpunkten der insgesamt 13 Expertinnen und Experten gehören neben einer zielgruppenspezifischen Beratung auch die Etablierung von Netzwerken (Communities of Practice), um die in Erprobungsprojekten erzielten Ergebnisse nachhaltig in der Bildungspraxis zu etablieren.

ESCO (European Skills, Competencies and Occupations taxonomy) Entwicklung einer Europäischen Taxonomie für Berufe, Kompetenzen und Qualifikationen

ESCO (European Skills/Competences, Qualifications and Occupations) ist eine Initiative der EU und geht zurück auf die Europäische Strategie „New Skills for new Jobs“, die vom Europäischen Rat verabschiedet wurde.

Als mehrsprachige¹⁰⁷ Klassifikation von Berufen, Fähigkeiten/Kompetenzen und Qualifikationen entwickelt ESCO eine Arbeitsmarktterminologie mit Europabezug. Es handelt sich dabei nicht um ein Instrument, mit dem unmittelbar Stellen und passende Bewerber zusammengebracht, Qualifikationen anerkannt oder Berufsberatungsleistungen erbracht werden – vielmehr geht es um semantische Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten, die dafür benötigt werden. Diesen spezifischen Erfordernissen dient in den meisten Fällen nicht ESCO selbst, sondern es kommen ESCO-Anwendungen zum Einsatz.

Die ESCO-Klassifikation besteht aus drei miteinander verbundenen Säulen: Säule Berufe, Säule Fähigkeiten/Kompetenzen und Säule Qualifikationen. Ziel von ESCO ist es nicht, alle spezifischen Berufe, Fähigkeiten/Kompetenzen und Qualifikationen, die es auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungs-/Ausbildungsbereich in Europa gibt, zu erfassen. Es geht darum, mit dem ESCO-Referenzvokabular einen hinreichend genauen, Europaweiten Informationsaustausch zu ermöglichen. Dementsprechend werden nur Begriffe von breiter regionaler Bedeutung einbezogen. Insgesamt wird bei der ESCO-Klassifikation ein ausgewogenes Verhältnis von Breite und Tiefe angestrebt: breit genug, um alle wichtigen Berufe, Fähigkeiten/Kompetenzen und Qualifikationen zu erfassen, und gleichzeitig hinreichend detailliert, um diese genau zu beschreiben. ESCO bietet eine Terminologie, die äußerst hilfreich sein kann, um Lernergebnisse in Form von Fähigkeiten/Kompetenzen zu beschreiben. Kompetenzen

¹⁰⁰ www.easymetal.inbas.com

¹⁰¹ www.2getIcare.de

¹⁰² www.ecvet-professional.eu

¹⁰³ www.icareproject.eu

¹⁰⁴ www.netecvet.com

¹⁰⁵ www.ecvet-info.de

¹⁰⁶ Weitere Informationen: <http://www.ecvet-info.de/de/301.php>

¹⁰⁷ ESCO ist in alle 22 Amtssprachen außer Irisch übersetzt. Übersetzungen ins Kroatische, Norwegische und Isländische werden in Kürze vorliegen.

werden teilweise im Rahmen formaler Qualifikationen erworben, vielfach aber auch auf andere Weise bei der Arbeit oder in Lehrgängen. Durch Berücksichtigung der Kompetenzdimension trägt die ESCO-Klassifikation der Bedeutung von Erfahrungslernen Rechnung.

Vorrangiges Ziel der ESCO-Klassifikation ist es, die Interoperabilität beim grenzüberschreitenden Abgleich zwischen Lebensläufen und Stellenausschreibungen zu verbessern und so dazu beizutragen, Stellen und Bewerber in einem kompetenzbasierten Online-Verfahren besser zusammenzubringen. Dies geschieht durch Erkennen und Auswerten relevanter Informationen in un- und halbstrukturierten Dokumenten wie Lebensläufen und Stellenangeboten, so dass auf Grund individueller Fähigkeits-/Kompetenzprofile die passenden Bewerber für freie Stellen gefunden werden können. Durch kompetenzbasierte Stellenvermittlung können die verfügbaren Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt effektiv eingesetzt werden. Berufliche Mobilität kann so gestärkt und damit der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden. ESCO wird im EURES-Portal als Hilfe bei der modernen kompetenzbasierten Stellenvermittlung zur beruflichen Mobilität realisiert.

Durch Einsatz der ESCO-Klassifikation bei der Analyse der Kompetenzen einzelner Bewerber wird nicht nur die Vermittlung passender Stellen verbessert, es eröffnen sich dadurch auch neue Möglichkeiten für die Berufsberatung. Die Analyse von Kompetenz- und Qualifikationsbedarf führt Arbeitssuchenden vor Augen, wie wichtig Kompetenzen und Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt sind. Sollte der/die Arbeitssuchende noch nicht über die erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen verfügen, könnte so der Wunsch entstehen, diese zu erwerben. Durch unmittelbare Rückmeldung zu den auf dem Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen und durch Verlinkung von ESCO mit Informationen zu Lernangeboten unterstreicht diese Klassifikation die Bedeutung des lebenslangen Lernens.

Die vier wichtigsten Meilensteine von ESCO sind:

- Aufbau der Managementstruktur für ESCO zur Beteiligung der Akteure,
- Definition der Gesamtmethodik für die Entwicklung der ESCO-Klassifikation,
- inhaltliche Entwicklung von ESCO durch Definition der semantischen Struktur der Klassifikation und der einzubeziehenden Berufsprofile,
- Entwicklung und Umsetzung der IT-Infrastruktur: Taxonomie-Managementsystem, Taxonomie-Kooperationsinstrument und ESCO-Portal.

Zur Beteiligung der Akteure an ESCO gibt es ein Board, ein Maintenance Committee, das Sekretariat sowie Referenzgruppen – eine bereichsübergreifende Referenzgruppe und mehrere bereichsspezifische Referenzgruppen.

Das Board als strategisches Leitungsgremium trifft Entscheidungen zu Grundsatzfragen, Ansatz, Steuerung, Ver-

breitung und Betrieb von ESCO, u. a. zur Freigabe wichtiger Updates der Klassifikation. Das Maintenance Committee ist mit eher konzeptionellen Arbeiten befasst und hat das ESCO-Datenmodell entwickelt, bestimmt die Methodik für die bereichsbezogene Überarbeitung der Klassifikation und ist derzeit dabei, den Qualitätsmanagementansatz zu beschreiben. Das Sekretariat ist für das technische Management, die Vertriebssysteme, die Unterstützung der Managementstrukturen und den täglichen Betrieb von ESCO zuständig.

Die Europäische Kommission organisiert eine Akteurskonferenz zu ESCO im Herbst 2013, auf der das ESCO-Portal freigeschaltet werden soll. Das ESCO-Portal bietet allgemeine Informationen zur ESCO-Klassifikation, zu ihren Synergien mit anderen Europäischen Initiativen (European Vacancy Monitor zu Stellenangeboten, European Sector Skills Councils für bereichsspezifische Fachkompetenzen, European Skills Panorama) sowie eine erste Version der ESCO-Klassifikation.

Europass

Ein Ziel der Europäischen Kommission ist es, die transnationale Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zu fördern. Mit dem Instrument Europass können die Europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Qualifikationen in klarer, einheitlicher und international verständlicher Form präsentieren.¹⁰⁸ Der Europass schafft somit die Voraussetzungen dafür, die Transparenz von individuellen Lern- und Berufserfahrungen herzustellen und die Vergleichbarkeit der in den jeweiligen Mitgliedstaaten erworbenen Qualifikationen international zu befördern.

Der Europass besteht aus fünf Einzeldokumenten. Das Dachdokument ist der Europass Lebenslauf, den jeder Bürger und jede Bürgerin für seine beziehungsweise ihre Bewerbung verwenden kann. Über 18 Millionen Europass Lebensläufe wurden bereits Europaweit seit Einführung 2005 erstellt. Ausbildungsaufenthalte im Ausland werden mit dem Europass Mobilität dokumentiert. Deutschland liegt mit mehr als 100 000 beantragten Dokumenten Europass Mobilität in Europa an der Spitze.

Das Nationale Europass Center (NEC) bei der NA-BiBB ist verantwortlich für die Ausgabe der Europass Dokumente in Deutschland sowie für deren Bekanntmachung und Verbreitung. 2012 wurde ein Konzept für die Neuentwicklung von Unterrichtsmaterialien zum Europass auf CD-Rom entwickelt, um die Einbindung des Europass in den Unterricht zu fördern.

Neben einer intensivierten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit startete das NEC die Best-Practice-Reihe „PASSgeschichten – Leben und Arbeiten mit dem Europass“. Die PASSgeschichten sind Reportagen über die Arbeit mit dem Europass in Unternehmen, Schulen, Hochschulen und anderen Institutionen.¹⁰⁹

¹⁰⁸ Weitere Informationen unter www.europass-info.de.

¹⁰⁹ www.europass-info.de/?id=329

IBS: Information und Beratung zu Auslandsmobilität

Da Vorbereitung und Information wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung von Mobilitätsphasen sind, ist die Informations- und Beratungsstelle für Praxiserfahrung im Ausland (IBS) seit 1987 als zentrale deutsche Serviceeinrichtung für Fragen rund um die berufliche Auslandsqualifizierung tätig.¹¹⁰ Im Auftrag des BMBF bietet die IBS einen Überblick über die Vielzahl von Stipendienangeboten und Fördermaßnahmen, die Mobilität zu Lernzwecken unterstützen. Als institutionenübergreifende Schnittstelle bietet die IBS eine Vielfalt von Dienstleistungen, um in Wirtschaft und Gesellschaft Möglichkeiten zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Ausland zu stärken und bekannt zu machen. Weiterhin werden durch die Beraterinnen und Berater der Bundesagentur für Arbeit im EuroGUIDANCE-Netzwerk (Europäische Bildungs- und Berufsberatung) Endnutzer wie auch Multiplikatoren wie z. B. Berufsberaterinnen und Berufsberater oder Lehrerinnen und Lehrer über die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten in Europa informiert. Durch die ebenfalls erbrachten Leistungen im EURES-Netzwerk können die oft ineinander übergehenden Phasen der Bildungs- und Arbeitsmobilität in gemeinsamen Beratungsleistungen kombiniert werden. Für das Thema „Auslandsaufenthalt während der beruflichen Bildung“ stehen zudem mehr als 30 Mobilitätsberaterinnen und Mobilitätsberater in Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern Betrieben, Auszubildenden und Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern mit Rat und Tat zur Seite.¹¹¹

EU-Programm für Lebenslanges Lernen

Das bildungspolitische Ziel der Europäischen Union, die transnationale Mobilität von Lehrenden und Lernenden in allen Bildungsbereichen sowie die Qualität und Effizienz der Bildungssysteme zu fördern, wird durch das EU Programm für lebenslanges Lernen unterstützt¹¹². Bei einer Laufzeit von sieben Jahren (2007 bis 2013) ist das Programm mit einem Budget von rund sieben Mrd. Euro ausgestattet. Es besteht aus vier Einzelprogrammen, die sich an den Bildungsbereichen Schule (COMENIUS), Hochschule (ERASMUS), Berufsbildung (LEONARDO DA VINCI) und Erwachsenenbildung (GRUNDTVIG) orientieren. Das EU-Bildungsprogramm wird durch ein Querschnittsprogramm ergänzt. Es soll insbesondere die Konzeption politischer Maßnahmen unterstützen, den Spracherwerb fördern, die Integration der Medien in Bildungsprozesse voranbringen sowie die Verbreitung von Ergebnissen des Programms unterstützen.

In diesem Zusammenhang war die Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB (NA beim BIBB) 2012 am Europäischen Netzwerk „Quality Assurance in Lifelong learning“ (QALLL) im dritten Jahr maßgeblich beteiligt. 15 Nationale Agenturen unter der Leitung der österreichischen Nationalen Agentur hatten von der EU-

Kommission den Auftrag, ein Repertoire an bewährten Instrumenten für die Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung und in der beruflichen Bildung vorzulegen, diese qualitativ zu analysieren und schließlich Empfehlungen sowohl für die System- als auch für die Anbieterebene zu formulieren. 2012 konnten die Ergebnisse im Rahmen eines Projektkompandiums, eines qualitativen Berichts und Empfehlungen vorgestellt werden¹¹³.

Das Programm für lebenslanges Lernen flankiert den Kopenhagen Prozess im Bereich der Berufsbildung vor allem durch das Einzelprogramm LEONARDO DA VINCI. Zentrales Instrument des Programms ist die Projektförderung, unter anderem in den Aktionen Mobilität, Partnerschaften und Innovationstransfer, für die 2011 insgesamt fast 40 Mio. Euro zur Verfügung standen. Das quantitative Ziel des Programms ist es, bis zum Jahr 2013 die Zahl der Jugendlichen, die während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt durchführen, auf 80 000 pro Jahr zu steigern.

In Deutschland hat die Zahl der 2012 in der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität beantragten und bewilligten Auslandsaufenthalte im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent zugenommen. Es konnten mehr als 14 300 Auszubildende sowie Berufsschüler und Berufsschülerinnen gefördert werden. Darüber hinaus wurden 2 100 Personen am Arbeitsmarkt sowie 1 200 Fachkräfte der beruflichen Bildung gefördert.

Im Jahr 2012 veröffentlichte die NA beim BIBB die Ergebnisse der Studie „Grenzüberschreitende Mobilität bei sozial benachteiligten Jugendlichen in der Berufsausbildung – Kompetenzerwerb und besonderer Nutzen der Auslandserfahrung“. Die Studie konzentrierte sich auf Auszubildende aus der „Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen“ (BAE), die während ihrer Ausbildung einen Lernaufenthalt im Ausland absolviert hatten. Ziel war es u. a., den Erwerb von personalen und sozialen Kompetenzen zu ermitteln sowie der Frage nachzugehen, ob Auslandsaufenthalte für benachteiligte Auszubildende bei der Vermittlung in Beschäftigung nützlich sind. Des Weiteren wurden die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Durchführung der Mobilitätsprojekte mit Benachteiligten erforscht und Handlungsempfehlungen entwickelt. Bestätigt wurden durch die Studie deutliche Kompetenzzuwächse, insbesondere im personalen und sozialen Bereich. Der Auslandsaufenthalt hat auch für diese Zielgruppe einen positiven Einfluss auf die Beschäftigungsfähigkeit. Auf der Grundlage der Studienergebnisse werden Projekte, die einen inklusiven Ansatz verfolgen, im Jahr 2013 prioritär gefördert. Die Ergebnisse der Studie wurden im Rahmen einer Tagung mit der Fachöffentlichkeit diskutiert.

Die institutionelle und systemische Verankerung von Auslandsaufenthalten in der Berufsbildung ist ein zentrales politisches Ziel, um eine nachhaltige Internationalisierung der Ausbildung in Deutschland zu gewährleisten. Unternehmen und Bildungsinstitutionen, die dies leisten,

¹¹⁰ Vergleiche www3.giz.de/ibs

¹¹¹ Vergleiche www.mobilitaetscoach.de/

¹¹³ Vergleiche www.qalll.eu

können im Rahmen des LEONARDO DA VINCI Programms ein Zertifikat erhalten. Mit der Zertifizierung sind eine erleichterte Antragstellung und mehr Planungssicherheit für künftige Mobilitätsförderungen verbunden. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 130 Unternehmen und Berufsbildungseinrichtungen im Rahmen dieses vereinfachten Verfahrens gefördert.

In der Aktion LEONARDO DA VINCI Partnerschaften konnte Deutschland die Erfolge der Vorjahre weiter fortführen. 134 Partnerschaften mit deutscher Beteiligung wurden von der Europäischen Kommission in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten ausgewählt. Die Prozess- und Produktorientierung der Partnerschaften ermöglichten den Bildungsakteuren zielorientiert und flexibel zu agieren. Konzept- und Praxisaustausch, die zu einem verbreitungsfähigen Produkt führten, standen hierbei im Vordergrund. So erarbeiten die LEONARDO DA VINCI Partnerschaften innovative Produkte für lebenslanges Lernen und intensivieren sichtbar die Europäische Netzwerkarbeit. Mit ihren Produkten leisten sie einen wichtigen Beitrag in der Weiterentwicklung und Umsetzung von Schlüsselthemen der Europäischen Berufsbildung: EC-VET, EQR, soziale Inklusion, Professionalisierung des Berufsbildungspersonals. Die LEONARDO DA VINCI Partnerschaften und ihre Produkte können in einer Europäischen Datenbank¹¹⁴ eingesehen werden.

Auch in der Aktion LEONARDO DA VINCI Innovationstransfer konnten im Jahr 2012 mit 34 Projekten mehr Förderungen vergeben werden als im Vorjahr. Die ausgewählten Projekte zielen auf die Umsetzung zentraler bildungspolitischer Initiativen der Europäischen Kommission ab: ECVET, EQR und EQAVET, die Initiative „New Skills for New Jobs“ sowie die Vermittlung berufsrelevanter Schlüsselkompetenzen. Branchenspezifisch wurde der Pflegebereich (und erstmals auch die Pflege junger Menschen) von auffallend vielen Projekten bearbeitet. Inhaltlich beziehen sich die Projekte vor allem auf diejenigen Themen, die auch die nationale Debatte bestimmen: auf den demografischen Wandel und die damit einhergehenden Fachkräftengpässe sowie auf die wirtschaftliche Krise mit ihren Auswirkungen auf Bildung und Beschäftigung. In den Projekten werden innovative Lösungen für bestehende Bedarfe aus einem Kontext in einen anderen transferiert und in der Praxis beziehungsweise im Berufsbildungssystem implementiert. Dabei erfolgt der Transfer über Länder-, Sektor- oder Zielgruppengrenzen hinweg. Details zu laufenden sowie zu abgeschlossenen Projekten können in der Europäischen ADAM-Datenbank¹¹⁵ eingesehen werden.

Als Beitrag zur praktischen Umsetzung der Absichtserklärung im Bereich der Berufsausbildung zwischen Deutschland und Spanien führte die NA beim BIBB in Zusammenarbeit mit der Nationalen Agentur Spaniens Ende November 2012 ein Kontaktseminar zum Thema „Work-based learning (and dual education) in VET in Europe: Exchanging ideas, developing projects“ durch. Je-

weils 28 Berufsbildungsakteure aus Deutschland und Spanien sowie vier Teilnehmende aus den Niederlanden und Finnland konnten in dem dreitägigen Seminar Projektideen für das Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI ausarbeiten. Als Ergebnis wurden insgesamt 25 Projektideen zu den Aktionsfeldern Mobilität, Partnerschaften und Innovationstransfer vorgestellt; die Antragstellung wird sowohl in Spanien als auch in Deutschland erfolgen. Schwerpunktthemen waren das betriebliche Bildungspersonal, die Zusammenarbeit zwischen den Lernorten Schule und Betrieb sowie Methoden und Materialien für betriebliche Lernprozesse.

Sonderprogramm zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat ein Sonderprogramm mit einem Fördervolumen von 139 Mio. Euro (2013 bis 2016) aufgelegt, mit dem seit Anfang 2013 junge Menschen aus EU-Staaten für vakante Ausbildungs- und Fachkraftarbeitsplätze in Deutschland gewonnen werden. Mit der Durchführung des Sonderprogramms hat das BMAS die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit (BA) beauftragt. Das Programm unterstützt neben jungen Fachkräften auch Jugendliche und junge Erwachsene, die mindestens 18 und bis zu 35 Jahre alt sind, die über eine abgeschlossene Schulausbildung, aber noch nicht über eine abgeschlossene betriebliche Berufsausbildung verfügen und die in Deutschland eine betriebliche Berufsausbildung aufnehmen wollen. Im Rahmen des Sonderprogramms wird der Deutschspracherwerb im Heimatland und praktikums- bzw. ausbildungsbegleitend in Deutschland sowie Mobilitätshilfen, Hilfen zum Lebensunterhalt und sozial- und berufspädagogische Unterstützung gefördert.

Bilaterale Austauschprogramme in der beruflichen Bildung

Mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung zu intensivieren, fördert das BMBF bilaterale Austauschprogramme in der beruflichen Bildung mit Frankreich, den Niederlanden und Norwegen. Durch den Aufbau dauerhafter grenzüberschreitender Kooperationsstrukturen und die gleichzeitige Stärkung der Zusammenarbeit relevanter Berufsbildungsakteure werden berufliche Lernerfahrungen während der Lehre unterstützt.

Für die Programmkoordination mit den Niederlanden und Norwegen ist in Deutschland die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) verantwortlich. Das Deutsch-Französische Austauschprogramm in der beruflichen Bildung wird seit 1980 vom Deutsch-Französischen Sekretariat (DFS)¹¹⁶ durchgeführt. Im Jahr 2012 konnten insgesamt circa 2 550 deutsche Teilnehmerinnen

¹¹⁴ www.na-bibb-est.eu/

¹¹⁵ www.adam-europe.eu

¹¹⁶ www.dfs-sfa.org

und Teilnehmer im Rahmen dieser Programme gefördert werden. Dank der deutlichen Einbeziehung der Wirtschaft weisen die Austauschprojekte einen hohen Praxisbezug auf und tragen damit zu einem hohen fachlichen Kompetenzgewinn bei den Auszubildenden bei. Das den bilateralen Austauschprogrammen zugrundeliegende Prinzip der Gegenseitigkeit leistet einen entscheidenden Beitrag zur grenzüberschreitenden Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch der beteiligten Akteure. Das „Deutsch-Israelische Programm zur Zusammenarbeit in der Berufsbildung“, wird vom BMBF gemeinsam mit dem israelischen Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit (MOITAL) getragen. Ziel ist die Weiterentwicklung der Berufsbildung in beiden Ländern. Das Programm, das bei der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) angesiedelt ist, ermöglicht Fach-, Führungs- und Nachwuchskräften im Bereich der beruflichen Bildung seit nunmehr 43 Jahren, zu aktuellen Themen der beruflichen Bildung Erfahrungen auszutauschen und innovative Ansätze und Produkte in der Berufsbildung zu entwickeln und in der Praxis zu erproben. Im Jahr 2012 erfolgte der Start der Projektteamkooperation „Solarenergie und Energieeffizienz“. Study Tours zum Thema „Quality Assurance in VET“ haben stattgefunden. Darüber hinaus ist erfolgreich erstmalig der Austausch von deutschen und israelischen Auszubildenden aus dem Bereich Kfz-Mechatronik durchgeführt worden. Das „Deutsch-Israelische Programm zur Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung“ trägt somit ebenfalls dazu bei, die Verankerung von beruflicher Mobilität und internationaler Arbeitserfahrung in der Berufsbildung zu fördern.

Qualitätsentwicklung in der Berufsbildung in Europa fördern

„Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung“ – so lautet der zweite von vier Schwerpunkten des 2009 von den EU-Bildungsministern verabschiedeten strategischen Rahmens für die Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („Education and Training 2020“). Spezifiziert wird diese Zielsetzung durch das Vorhaben, wirksame Qualitätssicherungssysteme und bessere Übergänge zwischen den verschiedenen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung zu entwickeln, die Attraktivität auch der beruflichen Bildung zu erhöhen und die Mobilität der Lehrenden und Lernenden auszuweiten.

Im gleichen Jahr (2009) legten der Rat und das Europäische Parlament mit ihrer „Empfehlung zur Einrichtung eines Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung“ den Grundstein für die engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet und setzten damit den sogenannten EQAVET-Prozess in Gang.

Dieser Prozess, eine Qualitätssicherungsinitiative von 33 Europäischen Staaten, resultiert aus dem Bestreben, die unterschiedlichen Berufsbildungssysteme in Europa durch ein gemeinsames Verständnis von Qualitätssicherung und Qualitätssicherungskultur weiterzuentwickeln und vergleichbarer sowie transparenter zu machen, um so

in naher Zukunft den „Bildungsraum Europa“ zu verwirklichen. EQAVET schreibt den Mitgliedstaaten kein spezifisches Qualitätsmodell vor. Empfohlen wird jedoch die Anwendung eines vierphasigen Qualitätssicherungsprozesses (P-D-C-A-Zyklus) sowie von zehn Referenzindikatoren, die als Orientierungshilfe dienen.

Wesentlich ist, dass der Europäische Bezugsrahmen als „Werkzeugkasten“ zu verstehen ist, aus dem die Anwender aus den zehn Indikatoren jene auswählen, die ihnen hinsichtlich der Anforderungen ihres eigenen Qualitätssicherungssystems als geeignet erscheinen. Seit 2011 liegt ein englischsprachiges Online-Tool für die Systemebene vor, auf das jeder Nutzer der EQAVET-Website frei zugreifen kann. Seit März 2012 wird dieses um ein weiteres englischsprachiges Tool für die Anbieterebene ergänzt, das sich an Berufsschulen und insbesondere an kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) richtet. Das Tool und andere Materialien zur Qualitätssicherung wurden von unterschiedlichen Stakeholdergruppen u. a. in den 2012 erstmals abgehaltenen EQAVET Informationsseminaren getestet und diskutiert.

In den meisten Mitgliedstaaten wurde inzwischen eine nationale Anlaufstelle für Fragen der Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung eingerichtet. In Deutschland nimmt seit 2008 die nationale Referenzstelle DEQA-VET diese Aufgabe wahr. Zum Portfolio gehört ebenso die Ansprache aller relevanten Akteure wie auch deren Vernetzung mit dem Ziel der Förderung einer „Kultur der Qualitätssicherung“. Auf der Website www.deqa-vet.de bietet die deutsche Referenzstelle aktuelle Informationen, stellt gelungene Praxisbeispiele vor, richtet Fachveranstaltungen aus und unterstützt den EQAVET-Prozess aktiv.

Im September richtete DEQA-VET seine 4. Fachtagung zum Thema „Bildungsrepublik Deutschland: Auf dem Weg zu einer Kultur der Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung“ aus. In Kooperation mit ENIQAB, der „Modellversuchsinitiative Qualitätssicherung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ und den EQAVET Projects Seminaren war erstmalig ein Internationales Forum in englischer Sprache Teil des Programms. So nutzten zahlreiche Teilnehmer aus verschiedenen Europäischen Staaten die Gelegenheit, sich über die deutsche Situation zu informieren und sich mit Vertretern des EQAVET-Prozesses auszutauschen.

National regte DEQA-VET auf seiner Fachtagung statt der bis dato überwiegend regional oder sektoral geführten Debatten einen koordinierten, länderübergreifenden Dialog an, der die künftige Diskussion über Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung mit neuen Impulsen beleben und vorantreiben kann.

Weiterbildung mit Europäischer Dimension

Das Europäische Zentrum für die Berufe in der Denkmalpflege in Thiene bietet theoretische und praktische Weiterbildungen in vier Sprachen – Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch – an und fördert den Dialog zu Konzepten und Herausforderungen in der Europäischen Denkmalpflege. Das BMBF vergibt seit 1985 jährlich Sti-

pendien an Gesellen/Gesellinnen und Meister/Meisterinnen in den Bereichen Maler/Lackierer, Steinmetz, Tischler, Stuckateur und Metallbauer für einen dreimonatigen Fortbildungskurs.

Auch im Herbst 2012 konnten zehn junge Handwerker/Handwerkerinnen aus Deutschland an dem Baudenkmalpflegekurs in Thiene teilnehmen und Gewerke übergreifend in einem internationalen Kontext Restaurierungstechniken erlernen und festigen.

Berufsbildungsexport

Weltweit wächst der Bedarf nach gut ausgebildeten Fachkräften und damit nach beruflicher Aus- und Weiterbildung – eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Besonders in wirtschaftlich dynamischen Ländern und Regionen stellt der akute Mangel an Fachkräften eine ernst zu nehmende Gefahr für das zukünftige Wirtschaftswachstum dar. Deutschland verfügt über herausragende Stärken in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen „made in Germany“ werden daher weltweit zunehmend nachgefragt.

Die Kooperation in der beruflichen Bildung mit Indien, Russland, China, der Türkei wird durch hochrangige bilaterale Arbeitsgruppen zur beruflichen Bildung unter Leitung des BMBF flankiert. Deutschland bietet den Partnerländern mögliche Lösungsbeiträge auf der Grundlage der weltweit anerkannten deutschen dualen Aus- und Weiterbildung an. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) unterstützt Institutionen in den Partnerländern im Rahmen von Kooperationsbeziehungen durch Systemberatung, Forschungsk Kooperationen und Austauschaktivitäten. Das BMBF unterhält außerdem mit einer Vielzahl von weiteren Ländern einen bildungspolitischen Dialog.

Im Jahr 2012 standen die Länder Europas sowie Europa selbst im Zentrum der Aktivitäten. In Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2010 nahm die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Europäischen Ländern extrem zu. Dies führte zu einer verstärkten Nachfrage aus dem Europäischen Ausland nach zentralen Konfigurationen des deutschen dualen Systems der Berufsausbildung, wie z. B. die Dualität betrieblicher und schulischer Lernprozesse, die Entwicklung nationaler Berufsbildungsstandards, die Einbeziehung der Sozialpartner und insbesondere der Unternehmen in die Berufsausbildung, etc.

Zur Koordinierung gemeinsamer Maßnahmen fand am 10. und 11. Dezember 2012 der EU-Berufsbildungsgipfel „Berufliche Bildung in Europa – Perspektiven für die junge Generation“ in Berlin statt. Mit Spitzenvertreterinnen und -vertretern von Bildungsministerien aus Spanien, Portugal, Griechenland, Lettland, Italien und der Slowakei wurde ein gemeinsames Memorandum zur verstärkten Zusammenarbeit für die Modernisierung der Berufsbildung unterzeichnet. Der Gipfel und die Unterzeichnung des Memorandums bilden zudem den Startschuss für eine Europäische Berufsbildungsallianz zur unterschiedenen Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Für 2013 wurden eine Reihe kurzfristiger gemeinsamer und bilate-

raler Maßnahmen (Studienreisen, eine Peer Learning Plattform und Pilotprojekte für duale Ausbildung in den Partnerländern) vereinbart.

Auf dem globalen Bildungsmarkt haben sich deutsche Berufsbildungsdienstleistungen zu begehrten Exportwaren entwickelt. Mit der Initiative iMOVE (International Marketing of Vocational Education), die das BMBF 2001 ins Leben gerufen hat, steht sowohl deutschen Anbietern als auch ausländischen Nachfragern von Bildungsdienstleistungen ein zentraler Ansprechpartner zur Verfügung. Für die vorwiegend kleinen und mittleren deutschen Bildungsunternehmen hält iMOVE ein umfangreiches Serviceangebot vor, um sie bei der Planung und Realisierung ihres Auslandsengagements zu unterstützen. Dazu zählen Marktstudien, Konferenzen, Seminare und Workshops, Delegationsreisen und Messebeteiligungen sowie ein umfangreiches Online-Angebot in sieben Sprachen einschließlich einer Anbieter-Datenbank. Mit der Marke „Training – Made in Germany“ wirbt die Initiative im Ausland für deutsche Kompetenz in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Schwerpunkte der iMOVE-Aktivitäten im Jahr 2012 bildeten die arabischen Länder, Indien, Russland und Lateinamerika. Gemeinsam mit der Ghorfa (Arab-German Chamber of Commerce and Industry) veranstaltete iMOVE das 4. Arabisch-Deutsche Bildungsforum unter der Schirmherrschaft des BMBF mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. iMOVE beteiligte sich zudem an einer Delegationsreise in die Vereinigten Arabischen Emirate zur Geschäftsanbahnung für deutsche Unternehmen im Bildungssektor. Im Rahmen des Deutschlandjahres in Indien warb iMOVE an mehreren indischen Veranstaltungsorten für die deutsche Berufsbildung. Anlässlich des 5. Global Skills Summit reiste iMOVE mit einer deutschen Delegation nach Neu-Delhi, wo 2012 auch ein iMOVE-Büro eingeweiht wurde. Für das indische Arbeitsministerium führte iMOVE ein Ausschreibungsverfahren für die Weiterbildung indischer Trainer durch. iMOVE nahm darüber hinaus an einer deutsch-russischen Berufsbildungskonferenz in Kaluga teil und organisierte einen Workshop mit 75 Bildungsexpertinnen und -experten in Santiago de Chile. Beispiele erfolgreicher Kooperationen mit Partnern aus China, Russland und Lateinamerika wurden in drei neuen Broschüren veröffentlicht. Außerdem veröffentlichte iMOVE Marktstudien für die Türkei, Saudi-Arabien, Vietnam, Mexiko und Chile.

Stand und Perspektiven der beruflichen Bildung in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

Ohne Bildung kann Entwicklung nicht nachhaltig erfolgreich sein. Deshalb hat das BMZ Bildung als Kernelement in der deutschen Entwicklungspolitik verankert und mit der BMZ Bildungsstrategie 2010 bis 2013 „Zehn Ziele für mehr Bildung“ formuliert. Das Leitbild der Strategie ist das Lebenslange Lernen. Damit umfasst sie alle Lernphasen und Lerngelegenheiten: Von der frühkindlichen über die Primar- und Sekundarbildung zur beruflichen Bildung bis hin zur Hochschulbildung und schließlich zur Erwachsenenbildung. Diese ganzheitliche Bildungsförderung stellt

den Menschen in den Mittelpunkt und berücksichtigt damit nicht nur einzelne Bildungsbereiche, sondern bezieht das ganze Bildungssystem mit ein.

Mit beruflicher Bildung, die sowohl die berufliche Erstausbildung als auch berufliche Weiterbildung umfasst, entwickeln Menschen nicht nur fachliche und soziale Kompetenzen, die für eine qualifizierte Beschäftigung notwendig sind. Sie verbessern auch ihre allgemeinen persönlichen und sozialen Kompetenzen, entwickeln damit ihre Persönlichkeit und nehmen so aktiv an der Gestaltung des eigenen Lebens- und Arbeitsumfelds sowie der Gesellschaft teil.

Eine arbeitsmarktorientierte Aus- und Weiterbildung ermöglicht es Menschen, durch Beschäftigung Einkommen für ein menschenwürdiges Leben zu erzielen und der Spirale von Armut und Abhängigkeit zu entkommen. Die durch berufliche Bildung erworbenen Qualifikationen vergrößern damit die Chancen auf gesellschaftliche und politische Teilhabe ganz im Sinne der menschlichen Entwicklung.

Darüber hinaus ist die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte in vielen Partnerländern eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsfähige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. So leistet berufliche Bildung auch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung und zum Aufbau bzw. zur Stabilisierung demokratischer Strukturen.

Die Bildungsstrategie des BMZ setzt in der beruflichen Bildung mit dem ganzheitlichen Ansatz des Lebenslangen Lernens neue Akzente. So werden formale und non-formale Berufsbildungsangebote sowie Formen des informellen Lernens gleichermaßen berücksichtigt, um der Realität in unseren Partnerländern besser gerecht zu werden.

Aufbauen auf der BMZ-Bildungsstrategie dient das BMZ-Positionspapier „Berufliche Bildung in der deutschen Entwicklungspolitik“ Referenzrahmen des BMZ, seiner Durchführungsorganisationen, Zuwendungsempfänger und sonstigen Partner für die konzeptionelle Gestaltung und Umsetzung von Vorhaben in der beruflichen Bildung. Es wurde Ende November 2012 veröffentlicht.¹¹⁷

Die Instrumentenvielfalt der deutschen EZ orientiert sich an den erfolgreichen Schlüsselmerkmalen der dualen Berufsausbildung in Deutschland.

- Enge Kooperation von Staat und Wirtschaft
- Lernen im Arbeitsprozess
- Gesellschaftliche Akzeptanz allgemeinverbindlicher Standards
- Qualifizierung von Berufsbildungspersonal
- Institutionalisierte Berufsbildungsforschung

In diesem Sinne werden die bewährten Instrumente der beruflichen Bildung eingesetzt und ausgebaut. Die deut-

sche EZ unterstützt u. a. den Dialog zwischen Staat und Wirtschaft, die Erarbeitung von überbetrieblichen Berufs-, Ausbildungs- sowie Prüfungsstandards oder die Entwicklung von Qualifizierungsprogrammen für diejenigen, die als Lehrer, Ausbilder, Schulleiter oder Bildungsplaner im Bereich der Aus- und Weiterbildung tätig sind. Flankiert werden diese Maßnahmen durch den Aufbau und die Ausstattung von Berufsschulen und Technologiekompetenzzentren, die Entwicklung von nachhaltig wirksamen Finanzierungsmodellen, die institutionelle Vernetzung von Arbeitskräfteangebot und –nachfrage sowie die begleitenden Organisationsentwicklung.

Schwerpunkte des Engagements des BMZ in der beruflichen Bildung werden die Qualifizierung im informellen Sektor, Bildungsfinanzierung, berufliche Bildung im Kontext von Fragilität sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter sein. Entsprechend der neuen entwicklungspolitischen Konzeption des BMZ „Chancen schaffen – Zukunft entwickeln“ (August 2011) sowie der BMZ-Bildungsstrategie verstärkt das BMZ die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der beruflichen Bildung.

Seit 2009 hat die berufliche Bildung in der deutschen Entwicklungspolitik stetig an Bedeutung gewonnen, was sich in den Zusagen deutlich widerspiegelt. Für 2012 wurden die Mittel erheblich gesteigert. Es sind Zusagen in Höhe von rund 90 Mio. Euro erfolgt. Bilaterale Programme der beruflichen Bildung werden aktuell in den folgenden Partnerländern realisiert: Afghanistan, Äthiopien, Honduras, Jemen, Mozambik, Pakistan, Togo, Namibia, Ghana, Ruanda, Südafrika, Indonesien, Laos, Vietnam, Myanmar, Albanien, Armenien, Georgien, Kosovo, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kirgistan, Moldau, Montenegro, Tadschikistan, Usbekistan, El Salvador, Palästinensische Gebiete, Angola, Kongo, Sierra Leone, Ost-Timor, Ägypten, Libanon, China, Philippinen.

Die deutsche EZ versteht die Privatwirtschaft als bedeutenden Partner. Ein Großteil der Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Schwerpunkt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung hat einen direkten Bezug zur beruflichen Bildung. Das BMZ fördert seit 2011 zudem die sogenannten Berufsbildungspartnerschaften mit der deutschen Wirtschaft. In den Berufsbildungspartnerschaften bringt die verfasste deutsche Wirtschaft – also die Kammern, Verbände und ihre Einrichtungen – ihre Kompetenzen gezielt in die berufliche Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit ein.

Darüber hinaus hat das BMZ die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft auch über das Team Berufliche Bildung intensiviert, das Anfang 2011 gegründet wurde. Das Team Berufliche Bildung trifft sich ergänzend zum Thementeam Bildung, informiert Vertreterinnen und Vertreter der Durchführungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, Kirchen und Wirtschaft und diskutiert zentrale Prozesse in der Entwicklungspolitik dieses Sektors.

Zusätzlich lobte das BMZ 2012 den „Innovationswettbewerb für Vorhaben der beruflichen Bildung in Entwicklungsländern“ aus. Insgesamt bewarben sich 42 innovative Projekte, die vielversprechende Vorhaben in der

¹¹⁷ Vergleiche http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepa-piere/Strategiepapier322_8_2012.pdf

beruflichen Bildung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa umsetzen.¹¹⁸

In der deutschen Zivilgesellschaft sind vor allem die Kirchen wichtige Träger in der Förderung der Beruflichen Bildung in Entwicklungsländern. In vielen Partnerländern haben sie seit Jahrzehnten funktionierende Strukturen der Aus- und Weiterbildung geschaffen, mit deren Unterstützung sich viele Menschen die Grundlage für ein produktives Leben schaffen konnten.

Eine engere Abstimmung zwischen den Bundesressorts im Bereich der beruflichen Bildung in der Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern wird mittelfristig im Rahmen der „Edvance Initiative“¹¹⁹ angestrebt. Edvance ist eine Initiative der Bundesregierung unter Federführung von BMBF und BMZ – gemeinsam mit deutschen Bildungs- und Entwicklungsinstitutionen. Ziel der Initiative ist es, die Kohärenz zwischen den zahlreichen deutschen Akteuren in der beruflichen Bildung zu verbessern, insbesondere im Übergang zwischen Entwicklungszusammenarbeit und partnerschaftlicher Kooperation.

Stellungnahme und Voten zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013

Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013 der Bundesregierung

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung dankt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesinstitut für Berufsbildung für die Erstellung des Berufsbildungsberichtes 2013, der erneut einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland gibt.

Deutschland wird von vielen Ländern weltweit um sein Berufsbildungssystem beneidet. Die relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist auch eine Folge des nach wie vor hohen Übergangs junger Menschen von den allgemeinbildenden Schulen in die duale Ausbildung und dann in das Beschäftigungssystem. Die Jugendlichen werden berufsfeldbreit und praxisgerecht ausgebildet. Dieses duale System der Berufsausbildung gilt es zu erhalten und gleichzeitig weiter zu entwickeln. Dabei sind besonders die Sozialpartner gefordert, jedoch auch die Länder haben ein vitales Interesse an einer hervorragenden Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger.

Ergänzendes Votum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013

Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt weiterhin gut

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist weiterhin erfreulich positiv. Die Ausbildungschancen für viele

junge Menschen können auch 2012 mit „gut“ bezeichnet werden.

Zum 30. September 2012 waren, wie schon im Vorjahr, mehr unbesetzte Ausbildungsplätze (33 300) als unversorgte Bewerberinnen und Bewerber (15 700) bei den Agenturen für Arbeit und Jobcentern gemeldet. Die Zahl der zum Ende der Nachvermittlung noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerber konnte deutlich auf 7 700 reduziert werden. Und das obwohl zu den Nachvermittlungsaktionen nur rund 50 Prozent der eingeladenen Bewerberinnen und Bewerber erschienen sind. Zur guten Ausbildungssituation hat im Wesentlichen beigetragen, dass die Wirtschaft ihre im Rahmen des Ausbildungspaktes gemachten Zusagen, jährlich 60 000 neue Ausbildungsplätze und 30 000 neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen, erneut weit übertroffen hat. Dies schlägt sich auch in der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation nieder. Berechnet man diese ausschließlich bezogen auf die rein betrieblichen Angebote, liegt das Verhältnis zwischen betrieblichem Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen in 2012 erneut leicht über dem Vorjahresniveau (2012: 89,1, 2011: 88,6).

Dennoch ist ein Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Vergleich zum Vorjahr um -3,2 Prozent zu verzeichnen. Dies ist zum einen eine Folge der demografischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Rückgang der Schulabgängerzahlen (-1,6 Prozent). Zum anderen liegt es am gezielten Abbau der außerbetrieblichen Ausbildung (-15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr), der von der Wirtschaft ausdrücklich begrüßt wird. Zusätzlich nehmen die Schwierigkeiten zu, das Angebot der Betriebe und die Nachfrage der Jugendlichen zu bringen. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Zahl an unbesetzten Berufsausbildungsstellen (+12,1 Prozent) zeigt diesen Gegensatz und die großen Herausforderungen für die Betriebe auf, ihren Fachkräftenachwuchs für die Zukunft zu sichern. Rein rechnerisch hätte auch in 2012 jede unbesetzte Ausbildungsstelle mehr als zweimal besetzt werden können.

Insgesamt müssen die Anstrengungen verstärkt werden, alle Potenziale für die Berufsausbildung zu erschließen und zum Beispiel auch leistungsstarke junge Menschen für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen.

Bedarf der Betriebe an geeigneten Bewerbern wächst

Es erweist sich als zunehmende Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt, Jugendliche und Betriebe passgenau zusammenzubringen. Dies zeigt sich auch darin, dass neben der Zahl an unbesetzten Berufsausbildungsstellen auch die Zahl der unversorgten Bewerber gestiegen ist (+38,2 Prozent). Wenn junge Menschen keinen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf gefunden haben, sollten sie auch alternative duale Ausbildungsberufe in Betracht ziehen. Dafür müssen sie frühzeitig ein großes Spektrum an Berufen kennenlernen. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Schlüssel dafür eine flächendeckende und praxisnahe Berufsorientierung in der Schule. Alle Schulen sollten mit Partnerbetrieben und mit der Bundesagentur für Arbeit kooperieren. So wie der Fachkräftemangel in einigen Regio-

¹¹⁸ Detailliertere Informationen zum Wettbewerb und zu den Gewinnerprojekten sind unter <http://www.bmz.de/innovationswettbewerb> zu finden.

¹¹⁹ Vergleiche www.edvance-net.de

nen besonders hoch ist, stellt sich auch der Ausbildungsmarkt regional unterschiedlich dar. Jugendliche müssen dazu ermutigt werden, mobiler zu werden und auch Ausbildungsplätze außerhalb ihrer Heimatregion anzunehmen. Die bereits existierenden vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Jugendwohnheime, sollten dazu verstärkt und zielgerichtet eingesetzt werden.

Weitere Optimierung des Übergangsbereichs erforderlich

Die Wirtschaft begrüßt, dass die Zahl der Anfänger im Übergangsbereich weiter zurückgegangen ist (2012: 266 732; 2011: 284 922). Dies ist nicht zuletzt der Bereitschaft der Unternehmen zu verdanken, zunehmend auch lernschwächeren Jugendlichen Ausbildungschancen zu geben. Dieser positive Trend entbindet Bund, Länder und Kommunen aber nicht von ihrer Verantwortung, die unübersichtliche Förderlandschaft des Übergangsbereichs deutlich zu lichten. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Partner im Ausbildungspakt angemahnt, die vielfältigen Angebote besser aufeinander abzustimmen und zu bündeln. Oberstes Ziel müsse sein, Jugendliche mit Förderbedarf so betriebsnah wie möglich auf eine Ausbildung vorzubereiten. Angesichts einer Vielzahl offener Ausbildungsplätze muss die Vermittlung in eine Ausbildung oberstes Ziel sein. Gelingt dies nicht, sollten so viele Jugendliche wie möglich über eine betriebliche Einstiegsqualifizierung oder EQ-Plus fit für eine betriebliche Ausbildung gemacht werden. Zur Unterstützung der Betriebe und förderbedürftiger Jugendlicher sind mehr Kombinationen von EQs mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nötig. Die Begleitforschung hat gezeigt, dass die Übergangswerten von Einstiegsqualifizierungen mit mehr als 60 Prozent weit höher liegen als die von schulischen Maßnahmen. Es befinden sich noch zu viele ausbildungsreife oder bedingt ausbildungsreife Jugendliche in schulischen Maßnahmen des Übergangsbereichs. Diese Reduzierung ineffizienter schulischer Übergangsmaßnahmen ist von besonderer Bedeutung, da das große Angebot in vielen Bundesländern betriebliche Qualifizierung erschwert oder verhindert.

Ein optimaler Übergang in Ausbildung kann nur gelingen, wenn die allgemeinbildenden Schulen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Ausbildungsreife und Berufsorientierung müssen vorrangig hier gesichert werden. Die Wirtschaft sichert jeder kooperationsbereiten Schule einen Partner aus der Wirtschaft zu. Auf das Berufsleben vorbildlich vorbereitete Schüler münden nur selten in den Übergangsbereich ein. Die Wirtschaft unterstützt auch die Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der „Bildungsketten“. Gerade lernschwächere Jugendliche brauchen – aufbauend auf Potenzialanalysen – individuelle Begleitung und Unterstützung. Die Wirtschaft unterstützt die Förderung der Berufseinstiegsbegleitung an allen Schulen und fordert die Länder auf, die notwendigen Kofinanzierungsmittel bereitzustellen. Eine solche Ausweitung der Berufseinstiegsbegleitung hilft vielen Jugendlichen effektiv und schafft die Basis, andere Fördermaßnahmen beim Übergang von Schule in Ausbildung zurückzuführen. Die Wirtschaft regt in diesem Zusammenhang an, Schülerwerdegänge systematisch zu erfassen, um damit die Wirksam-

keit der Berufsorientierung zu überprüfen und nachfolgende Angebote effektiv und passgenau gestalten zu können.

Berufsbildungs Kooperation in Europa intensivieren

Das duale Berufsausbildungssystem hat sich auch im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise als sehr stabil und hoch leistungsfähig erwiesen. Es trägt maßgeblich dazu bei, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland (8,1 Prozent) weit unter dem EU-Durchschnitt (23,4 Prozent) liegt.

Die hohe Anerkennung, die das duale System der Berufsausbildung in Europa gegenwärtig erfährt, sollte für die Intensivierung internationaler Berufsbildungs Kooperationen genutzt werden. Entsprechend unterstützt die Wirtschaft die Aktivitäten der Bundesregierung beim Aufbeziehungsweise Ausbau betrieblicher Ausbildungsstrukturen in interessierten EU-Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang sollten zwei wesentliche Erfolgsfaktoren des dualen Systems in Deutschland besonders herausgestellt werden: das bewährte Prinzip der Sozialpartnerschaft sowie die Funktion von Kammern in der beruflichen Bildung.

Ergänzendes Votum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013

A. Zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt

Demografische Chance verpasst, Ausbildungsbereitschaft auf historischem Tief

Trotz der demografischen Entspannung bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt enttäuschend. Die Wirtschaft hat sinkende Bewerberzahlen – seit 2001 gab es einen Rückgang um rund 178 000 – kaum genutzt, um junge Menschen auszubilden, die bisher keine Chance hatten. Im Gegenteil, das Ausbildungsengagement der Unternehmen hat einen historischen Tiefstand erreicht: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist auf 551 271 Neuabschlüsse gefallen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 3,2 Prozent. Einen niedrigeren Wert gab es seit der Wiedervereinigung lediglich im Jahr 2005.

Die Quote der ausbildenden Betriebe hat ebenfalls ein historisches Tief erreicht. Nur noch 21,7 Prozent der Betriebe bildeten im Jahr 2011 aus (2010: 22,5 Prozent, 2009: 23,5 Prozent, 2008: 24 Prozent, 1999: 23,6 Prozent).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass der Berufsbildungsbericht 2013 von einer guten Situation für „viele Jugendliche“ spricht. Trotz des vermeintlich entspannten Ausbildungsmarkts liegt der Anteil der Menschen ohne Berufsabschluss weiterhin hoch. Allein 1,39 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren sind ohne Berufsabschluss. Damit liegt der Anteil der ausbildungslosen Jugendlichen bei 14,1 Prozent. Die hohe Zahl der jungen Menschen ohne Berufsabschluss passt nicht zu den Erfolgsmeldungen.

Der Berufsbildungsbericht zieht Bilanz: Zum 30. September 2012 gebe es 33 275 unbesetzte Ausbildungsplätze bei lediglich 15 650 unversorgten Bewerber/-innen. Dabei fällt sowohl die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen als auch die Zahl der unbesetzten Stellen höher aus als im Vorjahr. Diese Darstellung schön jedoch die Lage auf dem Ausbildungsmarkt. So werden nicht alle Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, als Bewerber/-innen in der offiziellen Statistik gezählt. Jugendliche, die nach dem Profiling der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht als „ausbildungsreif“ deklariert werden, erhalten keinen Bewerberstatus und fallen aus der offiziellen Ausbildungsbilanz somit gänzlich heraus. Auf diese Weise wird die Ausbildungsbilanz „freundlicher“ gestaltet.

Der Ausbildungspakt rechnet zudem auch Jugendliche als „versorgt“, die von der BA als „ausbildungsreif“ eingestuft wurden und trotzdem in Ersatzmaßnahmen (Praktika, Einstiegsqualifizierungen, berufsvorbereitende Maßnahmen etc.) einmündeten. Von diesen Jugendlichen haben aber allein 2012 60 379 junge Menschen der BA angezeigt, dass sie aktuell noch einen Ausbildungsplatz suchen. Um ein realistischeres Bild der Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu bekommen, müssten nach Auffassung der Autoren des Nationalen Bildungsberichts zumindest diese Jugendlichen als unversorgt eingestuft werden. Damit sind allein 2012 insgesamt 76 029 Bewerber/-innen ohne Ausbildungsplatz geblieben – und das bei 33 275 offenen Plätzen. Schon nach dieser Statistik übersteigt die Nachfrage das Angebot an Ausbildungsplätzen um mehr als das Doppelte.

Zudem bleiben 107 393 Jugendliche, die den Bewerberstatus erhalten haben, ohne Ausbildungsvertrag. Sie sind ebenfalls in Warteschleifen gelandet, haben der BA aber nicht angezeigt, dass sie einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) geht davon aus, dass diese Jugendlichen ihren Ausbildungswunsch für das laufende Jahr nur aufgeschoben haben. Das heißt: Auch diese Jugendlichen sind noch nicht adäquat „versorgt“.

Im Ausbildungsjahr 2012 gab es 89 933 junge Bewerber/-innen, deren Verbleib aus Sicht der BA unbekannt ist.

Ein realistischer Blick auf die tatsächliche Lage auf dem Ausbildungsmarkt lässt sich deshalb mit der Kategorie der ausbildungsinteressierten Jugendlichen erfassen, die ebenfalls vom BIBB entwickelt wurde. Sie setzt sich zusammen aus der Zahl der neuen Ausbildungsverträge sowie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwar den Bewerberstatus erhalten, aber keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

Diese Statistik zeigt, dass von den 824 626 jungen Menschen, die im Laufe des Berichtsjahres 2012 ein ernsthaftes Interesse an einer Ausbildung hatten – und als „ausbildungsreif“ deklariert wurden – lediglich 551 271 einen Ausbildungsvertrag unterschrieben haben. Damit haben nur 66,9 Prozent dieser jungen Menschen einen Ausbildungsplatz gefunden.

| | |
|---|---------|
| Junge Menschen mit Ausbildungsvertrag | 551.271 |
| Bewerber in Warteschleifen mit Vermittlungsauftrag | 60.379 |
| Bewerber in Warteschleifen ohne Vermittlungsauftrag | 107.393 |
| Bewerber, deren Verbleib nicht bekannt ist | 89.933 |
| Offiziell unversorgte Bewerber | 15.650 |
| Insgesamt Ausbildungsinteressierte | 824.626 |

Um die Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern, sind folgende Maßnahmen notwendig:

Betriebe müssen ihr Einstellungsverhalten ändern/ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen: Die „faktische Abschottung“ vieler Ausbildungsberufe für Jugendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen muss beendet werden. Hierzu brauchen die Unternehmen auch Hilfe. Deshalb sollten ausbildungsbegleitende Hilfen zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden. Für jeden Auszubildenden wird dabei ein individueller Förderplan in Abstimmung mit dem Ausbildungsbetrieb erstellt, anhand dessen die Lernschritte und Lernerfolge verfolgt werden können. Das unterrichtende Personal setzt sich in der Regel aus erfahrenen Ausbildern und Lehrkräften zusammen. Die sozialpädagogischen Mitarbeiter/-innen (Sozialpädagogen) unterstützen die Auszubildenden bei deren beruflichen und privaten Problemen und helfen bei Lernproblemen und Prüfungsangst.

Stärkung der betrieblichen Ausbildung durch konjunkturabhängige Finanzierung: Um das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze unabhängig von konjunkturellen Schwankungen zu stabilisieren und einen fairen Ausgleich von ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben zu schaffen sowie die Besonderheiten von Branchen zu berücksichtigen, sollten Fonds für die Ausbildungsfinanzierung eingerichtet werden.

Tarifverträge und Projekte für Ausbildung nutzen: Die Tarifparteien können sich für Jugendliche mit schlechten Startchancen einsetzen. Als Beispiele für ein solches Engagement können die Vereinbarung „Start in den Beruf“, die die IG BCE abgeschlossen hat, die Tarifverträge der Metallindustrie oder das Projekt „Meine Chance – ich starte durch“ der Telekom dienen. In einer Förderphase, die bis zu einem Jahr dauern kann, sollen die Jugendlichen durch gezielte Förderung (zum Beispiel den Abbau schulischer Defizite durch sozialpädagogische Begleitung), ihre Chancen auf eine erfolgreiche Ausbildung verbessern. Sie sind schon in dieser Phase in die Belegschaft integriert. Wer die Förderzeit erfolgreich durchlaufen hat, bekommt die Chance auf Übernahme in ein „normales“ Ausbildungsverhältnis. So werden neue Wege in die betriebliche Ausbildung geschaffen.

Für den Aufbau einer integrierten Ausbildungsmarktstatistik: Wir brauchen eine differenzierte Gesamtschau, die alle relevanten Ausbildungs- und Qualifizierungsange-

bote in den Blick nimmt, um die Ausbildungssituation der Jugendlichen fundierter einschätzen zu können. Das beinhaltet die Zusammenlegung mehrerer Teilstatistiken, die auf Bundes- und auf Landesebene erhoben werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Schulstatistik für allgemeinbildende und berufliche Schulen und die Statistik der BA. Bund und Länder sollen auf der Grundlage des Modells einer integrierten Ausbildungsstatistik (mit Individualdaten) des Landes Hessen entsprechende Initiativen starten.

B. Die Qualität der Ausbildung verbessern

Gegenüber 2009 (22,1 Prozent) ist die Quote der vorzeitigen Vertragslösungen im Jahr 2011 auf 24,4 Prozent gestiegen – und das trotz der eingeleiteten Maßnahmen zur Verhinderung von Vertragslösungen und Ausbildungsabbrüchen. Diese Quote ist eindeutig zu hoch.

Die hohen Lösungsquoten sind zu analysieren, um den Ursachen auf die Spur zu kommen. Es ist auch Aufgabe der zuständigen Stellen, die Qualität der Ausbildung in den Betrieben und die „Ausbildungsreife“ der Unternehmen durch eine stärkere Überprüfung und Unterstützungsmaßnahmen zu gewährleisten. Die Doppelrolle der Kammern als zuständige Stelle, die die Qualität der Berufsausbildung zu kontrollieren hat, und als Lobbyverband der Unternehmen schafft Loyalitätskonflikte, die der Qualität der Ausbildung schaden kann.

Auffällig bleibt, dass die Lösungsquoten schon seit Jahren erheblich zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen variieren. Mehr noch: Alle Ausbildungsberufe mit einem hohen Anteil an unbesetzten Plätzen haben seit Jahren die höchsten Quoten vorzeitiger Vertragslösungen. Mehr als 40 Prozent und geringe Übernahmequoten sind nicht selten. Dies gilt gerade für die Hotel- und Gaststättenbranche. Wenn junge Menschen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und ihnen keine attraktiven Berufsperspektiven für die Zeit nach der Ausbildung angeboten werden, bewerben sie sich in diesen Unternehmen nicht mehr. Wenn Betriebe für Bewerber/-innen attraktiv sein wollen, müssen sie ihre Auszubildenden besser bezahlen, die Qualität der Ausbildung verbessern, mehr Auszubildende übernehmen und die Beschäftigungsbedingungen verbessern.

Die Qualität der beruflichen Ausbildung muss die Möglichkeit bieten, dass junge Menschen auch befähigt werden, ein Studium aufzunehmen. Sowohl die berufsbildenden Schulen wie auch die Betriebe haben die Aufgabe, berufliche Ausbildung so zu gestalten, dass eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung unterstützt wird. In Verbindung mit der fachlichen Ausbildung ist die Förderung der kulturellen und gesellschaftspolitischen Kompetenzen ein wichtiges Ziel. Die Lernorte der beruflichen Ausbildung sind auch Lernorte für Demokratie.

C. Berufspolitische Entwicklungen in der Pflege

Die Anforderungen an die Arbeit der Pflegefachkräfte verändern sich. Die gegenwärtige Orientierung der spezialisierten Ausbildungen der Pflegeberufe am Lebensalter der zu Pflegenden entspricht nicht mehr den Anforder-

ungen an eine zeitgemäße professionelle Pflege. Eine Orientierung an den Anforderungen der Versorgungsbereiche ist aber weiterhin geboten. Spezifische Qualifikationen in der Akutversorgung im Krankenhaus (einschließlich der Pädiatrie), der ambulanten pflegerischen Versorgung und der stationären Altenhilfe sind weiterhin erforderlich.

Die Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegeberufegesetzes vom 1. März 2012 bieten nur in Teilbereichen sinnvolle Lösungen zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe an. Die vorgeschlagene generalistische Ausbildung gefährdet die Qualität der Ausbildung in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie in der Altenpflege, setzt die Berufsfähigkeit bei erfolgreichem Abschluss der Ausbildung aufs Spiel und geht am Bedarf des Arbeitsmarkts vorbei. Die Veränderungen in der Akutversorgung erfordern beispielsweise viel mehr ein höheres Maß an Spezialisierung. Zu befürchten wären bei der Einführung einer „generalistischen Pflegefachkraft“ Kurzausbildungen in den Pflegeberufen mit hohem Spezialisierungsgrad.

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist die berufspolitisch richtige Forderung nach einer breiter angelegten (generalistischen) Ausbildung kaum realisierbar. Eine in großen Teilen im Krankenhaus stattfindende betriebliche Ausbildung ist für Einrichtungen der Altenhilfe als Ausbildungsträger nicht attraktiv. Es droht ein erneuter Ausbildungsplatzabbau in der Altenpflege. Die Gruppe der Arbeitnehmer/-innen spricht sich deshalb für eine dreijährige Ausbildung mit einer zweijährigen einheitlichen Grundausbildung und anschließender einjähriger Schwerpunktsetzung in allgemeiner Pflege, Kinderkrankenpflege oder Altenpflege mit unterschiedlichen Berufsabschlüssen aus.

Die vorgeschlagene Einführung einer akademischen Erstausbildung greift den Ergebnissen der Modellversuche vor. Zudem wird die Frage nicht überzeugend beantwortet, für welche besonderen Tätigkeiten die akademisch qualifizierten Pflegekräfte eingesetzt werden sollen.

Da die Anforderungen an die Pflegearbeit steigen, bedarf es einer qualifizierten Ausbildung auch im Pflegebereich mindestens auf dem Niveau eines anerkannten Berufsbildungsabschlusses. Die Gruppe der Arbeitnehmer/-innen spricht sich daher gegen Ausbildungsberufe unterhalb des Niveaus einer dreijährigen Fachausbildung aus. Die Absolvent/-innen einer Assistenzausbildung sind in weit höherem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen als Pflegefachkräfte. Um dem wachsenden Fachkräftebedarf gerecht zu werden, wäre eine breit angelegte dreijährige Pflegeausbildung mit Schwerpunkt in der ambulanten Pflege auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes eine sinnvolle Alternative zu den landesrechtlich geregelten Assistenzausbildungen.

Ein wichtiger Punkt ist die Wiedereinführung der Förderung des dritten Umschulungsjahres in der Altenpflege durch die BA, da hierüber vielen Menschen eine berufliche Perspektive eröffnet werden kann.

D. Der Übergang von der Schule in den Beruf: Strukturen vereinfachen, Anschlüsse sichern, Ausbildung garantieren

Trotz des demografischen Wandels mündeten 2012 noch immer 266 700 junge Menschen in die Maßnahmen des so genannten „Übergangssystems“ ein. Diesen Maßnahmenchongel gilt es zu lichten. Wer in betriebliche, schulische oder Übergangsmaßnahmen bei Bildungsträgern startet, muss in jedem Fall die Garantie erhalten, einen anerkannten Berufsabschluss erwerben zu können.

Die Arbeitnehmervertreter/-innen schlagen vor, den Übergang Schule – Beruf klarer zu strukturieren: Jugendliche müssen nach erfolglosen Bewerbungen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz ein Anrecht darauf haben, eine mindestens dreijährige Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absolvieren. Bei der Berufswahl sind sowohl regionale Arbeitsmarktanforderungen sowie Berufswünsche der Jugendlichen zu berücksichtigen. Die individuelle Neigung und Fähigkeiten für einen bestimmten Beruf sind wichtige Voraussetzungen, um eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, erhalten einen Bildungsvertrag, der eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijährige Ausbildungsdauer gewährleistet. Der Vermittlungsanspruch dieser Jugendlichen bei der BA bleibt in dieser Zeit aufrechterhalten und es soll regelmäßig überprüft werden, ob ein Wechsel in betriebliche Ausbildung möglich ist.

Nur Jugendliche, die zusätzliche Unterstützung benötigen, sollten Maßnahmen der Berufsvorbereitung besuchen. Alle anderen Jugendlichen brauchen ein Ausbildungsangebot. Die Berufsvorbereitung muss auf Kompetenzen ausgerichtet sein und auf Anschlüsse in einer Ausbildung. Betriebliche Angebote der Berufsvorbereitung haben Vorrang.

Wenn Jugendliche nicht in der Lage sind, eine duale Ausbildung oder eine Ausbildung an einer Berufsfachschule zu beginnen, soll ihnen eine betriebliche Einstiegsqualifizierung ermöglicht werden. Dabei ist sicherzustellen, dass sie auf die Ausbildung angerechnet werden und Mitnahmeeffekte der Betriebe vermieden werden. Zudem sollen Einstiegsqualifizierungen (EQ) auf junge Menschen mit höchstens einem Hauptschulabschluss konzentriert werden. Für alle EQ-Teilnehmer/-innen muss ein Berufsschulbesuch in entsprechenden Fachklassen möglich sein.

Um jungen Menschen den Übergang von der Schule in die Ausbildung zu ermöglichen, bieten ihnen viele Einrichtungen und Akteure unterschiedlichste Hilfen an. Diese Angebote existieren aber weitgehend unabhängig voneinander. So sind für Menschen, die jünger als 25 Jahre sind, drei Sozialleistungsträger zuständig: Die Agenturen für Arbeit, die Grundsicherungsstellen und die Jugendhilfe. Es fehlt eine zentrale Anlaufstelle, die die Jugendlichen umfassend informiert und ihnen damit Beratung aus einer Hand bietet. Hierzu sind Jugendberufsagenturen nach dem Hamburger Vorbild einzurichten. Sie sollen für alle schul-

pflichtigen Jugendlichen zuständig sein, einschließlich der Berufsschulpflichtigen, bis sie eine Ausbildung begonnen und abgeschlossen haben. Sie müssen auch für Altbewerber/-innen und junge Erwachsene unter 27 Jahren ohne Berufsausbildung tätig werden. Die Jugendberufsagentur sollte an der kommunalen Verwaltungsspitze angegliedert werden und aus den vorhandenen Mitteln der unterschiedlichen Akteure (Agenturen für Arbeit, Grundsicherungsstellen und Träger der Jugendhilfe) finanziert werden. Außerdem ist eine enge Zusammenarbeit mit den allgemein- und berufsbildenden Schulen nötig, um alle Jugendlichen zu erreichen.

Eine intensive Begleitung und Betreuung von Jugendlichen erfordert eine hohe Qualität der pädagogischen Fachkräfte. Deshalb müssen Personalstandards (Vertragsgestaltung; tarifliche/angemessene Höhe der Entlohnung; Aus-, Fort- und Weiterbildung) in Verbindung mit einer Verstärkung der Beschäftigungsverhältnisse im Übergang Schule – Beruf eingehalten werden. Eine Reform des Vergaberechts ist unverzichtbar: Die professionellen Einrichtungen im Bereich Übergang Schule – Beruf sollen künftig mindestens über fünf Jahre laufende Verträge erhalten. Nur so haben sie eine Chance, personelle Kontinuität und Qualität zu gewährleisten. Dazu bedarf es neuer gesetzlicher Regelungen, welche die Qualität und Nachhaltigkeit von Bildungsdienstleistungen garantieren.

Die große Zahl der jungen Erwachsenen ohne Ausbildung braucht eine zweite Chance. Etwa 60 Prozent von ihnen sind (unregelmäßig) erwerbstätig. Für arbeitslose und erwerbstätige brauchen wir Ausbildungsangebote, die auf ihre Situation zugeschnitten sind: Vollzeitangebote mit Anreizen, den Abschluss zu machen, und berufsbegleitende Maßnahmen, die auch Menschen mit familiären Verpflichtungen zeitlich und finanziell eine Ausbildung ermöglichen. Die Initiativen der BA für junge Menschen ohne Ausbildung als rechtskreisübergreifende Maßnahmen müssen entsprechend ausgestaltet werden.

E. Berufliche Aufstiegsfortbildung stärken

Mit einem eigenständigen Profil bildet die berufliche Aufstiegsfortbildung eine auch im Niveau gleichwertige Alternative zu einem Hochschulstudium. Mit den bundesweiten Fortbildungsregelungen gemäß § 53 Berufsbildungsgesetz und § 42 Handwerksordnung stehen Strukturen zur Verfügung, die etabliert und anerkannt sind. Die entsprechenden Fortbildungsordnungen des Bundes werden gemeinsam von Sachverständigen der Sozialpartner erarbeitet. Damit ist gewährleistet, dass die Inhalte dem aktuellen und absehbaren Qualifikationsbedarf des jeweiligen Bereichs entsprechen und Betrieben und Absolventen breite Einsatzmöglichkeiten eröffnen.

Fortbildungsabschlüsse sollen bei der Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens den Niveaus 5, 6 und 7 zugeordnet werden. Auf der Basis einer gemeinsamen Kompetenzdefinition aller Bildungsbereiche ist es möglich, beruflich Qualifizierte auch ohne Hochschulbesuch den oberen Niveaus zuzuordnen.

Die Gruppe der Arbeitnehmer/-innen erwartet,

- dass Betriebe die geregelte Aufstiegsfortbildung bei Personalentwicklungs- und Rekrutierungsmaßnahmen stärker berücksichtigen,
- dass der Deutsche Qualifikationsrahmen zu mehr Gleichwertigkeit zwischen beruflicher Bildung und schulischer beziehungsweise hochschulischer Bildung beiträgt. Die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten müssen durch leichtere Zugänge zur Hochschule verbessert werden,
- dass ein geeignetes System der Qualitätssicherung entwickelt wird, das ein bundesweit hohes Niveau für Weiterbildungsabschlüsse sicherstellt. Berufliche Aufstiegsfortbildung mit einem System der Qualitätssicherung zu verbinden, eröffnet in der Europäischen und in der nationalen Berufsbildungsdiskussion neue Perspektiven,
- dass Weiterbildungsanbieter ihr Fortbildungsangebot an den Bedürfnissen der Bildungsteilnehmer/-innen orientieren und motivierend ausgestalten.

Es ist Aufgabe aller Akteure der Berufsbildung, für das System der beruflichen Fortbildung zu werben und an einem zukunftsgerichteten Ausbau mitzuwirken. Transparenz der Abschlüsse und ihrer Inhalte, Akzeptanz und breite Inanspruchnahme sind wichtige Eckpfeiler für die Attraktivität der beruflichen Fortbildung.

F. Validierung non-formal und informell erworbener Kompetenzen etablieren

Die Validierung non-formalen und informellen Lernens hat in der Bundesrepublik Deutschland noch wenig Gewicht. Qualifikationsnachweise beruhen weitgehend auf formalisierten Bildungsgängen und Prüfungen. Lernen, das sich außerhalb der formalisierten Bildung in offenen Kontexten vollzieht, wird nur in geringem Maße dokumentiert. Dabei erfordern Arbeitskonzepte in den Unternehmen eine umfassendere Kompetenzentwicklung und damit ein Lernen im Prozess der Arbeit. Die heutigen Berufsbiografien verlaufen nicht mehr linear, und formale Zeugnisse geben immer weniger Auskunft über die berufliche Handlungskompetenz einer Person. Sie geben nur einen veralteten Stand von erworbener Bildung wieder.

Vor diesem Hintergrund begrüßen die Arbeitnehmervertreter/-innen, dass die Europäische Berufsbildungspolitik seit Dezember 2012 um das zusätzliche Instrument Validierung non-formal und informell erworbener Kompetenzen erweitert wurde. Die Mitgliedstaaten sollen bis 2018 Verfahren zur Validierung solcher Kompetenzen entwickeln. Die Arbeitnehmervertreter/-innen fordern das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf, unter Beteiligung aller Berufsbildungsakteure zügig Vorschläge zu entwickeln.

Dabei sind folgende Kriterien zu beachten:

- Die Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen sollte als integraler Bestandteil der nationalen Qualifikationssysteme betrachtet werden.

- Berufliche Handlungskompetenz und Beruflichkeit sind der Bezugsrahmen für die Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen.
- Die Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens bietet die Chance für eine systematische Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen in das Qualifikationssystem.
- Die Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen sind Schlüsselakteure bei der Entwicklung von Systemen zur Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen.
- Die Methoden, die zur Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen führen, müssen den individuellen Besonderheiten und dem nicht standardisierten Charakter des non-formalen und informellen Lernens Rechnung tragen.
- Die wirksame Durchführung der Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen hängt wesentlich von der fachlichen Leistung der Berater/innen, Bewerter/-innen und Organisator/-innen der Anerkennungsprozesse ab.
- Notwendig ist ein formeller Rahmen, in dem die Anerkennung von non-formalem und informellem Lernen vollzogen wird. Eine bundesweite Rechtsverordnung sollte Kriterien und Qualitätsstandards festlegen, nach denen die Anerkennung erfolgen soll. Vorhandene und neu einzurichtende Institutionen müssten anerkannt/zertifiziert werden, um Anerkennungsverfahren durchführen zu können.
- Das Anerkennungsverfahren für den Einzelnen soll aus Steuermitteln finanziert werden und somit gebührenfrei sein.

G. Weiterbildung ausbauen

Die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland ist im internationalen Vergleich zu gering. Teilnahme und Teilhabe an Weiterbildung sind derzeit ungleich verteilt und hängen vom erreichten Qualifikationsniveau sowie vom sozialen, familiären und betrieblichen Status ab. Entgegen der öffentlichen Rhetorik über die Notwendigkeit von lebenslangem Lernen für die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten wie auch für die wirtschaftliche Entwicklung hat in Deutschland die Teilhabe an beruflicher Weiterbildung in den letzten Jahren abgenommen.

Zu Recht strebt die Bundesregierung deshalb eine Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von derzeit 43 Prozent auf 50 Prozent bis 2015 an. Dieses nationale Weiterbildungsziel ist nur durch gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen zu erreichen. Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen hinsichtlich der finanziellen und zeitlichen Ressourcen zu verbessern und Anreize zu schaffen. Die Weiterbildungsbeteiligung ist auf 43 Prozent gesunken. Trotz zunehmender Alterung der Belegschaften existierten 2008 nur in etwa jedem sechsten Betrieb, der Personen ab 50 Jahren beschäftigt, betriebliche Maßnahmen für ältere Beschäftigte. Während nur 8 Prozent der Kleinbetriebe solche Maßnahmen anbieten, sind es bei Großbetrieben

93 Prozent. Eine Betrachtung nach Branchen deckt große Differenzen auf: Etwa die Hälfte der Betriebe im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im öffentlichen Sektor haben betriebliche Angebote für Ältere.

Die essenzielle Bedeutung der Weiterbildung für die gesellschaftliche Entwicklung wird nicht ausreichend anerkannt. Wie andere Bildungsbereiche braucht sie gesellschaftliche Verantwortung und systematische Weiterentwicklung. Trotz schon früher Forderungen – zum Beispiel des Deutschen Bildungsrats – die Weiterbildung zu einer „vierten Säule“ des Bildungssystems auszubauen, hat sie eher den Status eines Ergänzungs- und Reservemechanismus für unterschiedliche gesellschaftliche Erwachsenenbildungsbedürfnisse behalten.

Aus Sicht der Arbeitnehmervertreter/-innen ist das Thema Weiterbildung in dieser Legislaturperiode in Vergessenheit geraten. Im Koalitionsvertrag wurde das Ziel verfolgt, eine Weiterbildungsbündnis zu initiieren. Bis auf die ESF-Richtlinie „Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten (Sozialpartnerrichtlinie)“ ist dies nicht gelungen. Eine Reihe von Reformbemühungen der letzten Jahre und Jahrzehnte wurden nicht Praxis. Zu erinnern ist an das Forum Bildung, die Empfehlungen der Expertenkommission zur Finanzierung des lebenslangen Lernens oder Forderungen aus dem Innovationskreis Weiterbildung.

Immer noch fehlen die institutionellen, finanziellen, zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass lebensbegleitendes Lernen selbstverständlicher Teil der Biografie jedes Menschen wird. Deutschland muss umsteuern. Wir brauchen ein wirksames solidarisches Weiterbildungssystem, das allen Menschen einen besseren Zugang ermöglicht.

Berufliche Fort- und Weiterbildung muss ein integraler Bestandteil der Personalpolitik in den Unternehmen sein. Nur so können sich ständig wandelnde Anforderungsprofile, technologischer Wandel und neue Fertigungs- und Produktionsprozesse umgesetzt werden. In Unternehmen muss eine echte Weiterbildungskultur verankert werden. Qualifizierungstarifverträge und Betriebsvereinbarungen sind als Grundlage für eine systematische Qualifizierungspolitik zu nutzen.

Berufliche Weiterbildung muss sukzessive wieder zum Herzstück aktiver Arbeitsmarktpolitik werden. Hier fordert die Gruppe der Arbeitnehmer/-innen einen Kurswechsel, denn für die Behebung des Fachkräftemangels und die Integration Benachteiligter in Arbeit ist nicht weniger, sondern mehr berufliche Weiterbildung mit guter Qualität erforderlich. Mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, dem Programm WeGebAU, der Bildungsprämie oder der ESF-Richtlinie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten (Sozialpartnerrichtlinie) wurden wichtige Akzente gesetzt.

Bundesregelungen für die Weiterbildung sind unverzichtbarer Bestandteil einer neuen Weiterbildungskultur. Länder wie Frankreich, Dänemark und Schweden zeigen, dass mehr öffentliche Verantwortung wichtige Impulse geben kann. In einem Bundesgesetz muss der Staat Rah-

menbedingungen setzen für ein Recht auf Weiterbildung, für rechtlich garantierte Lernzeiten, für unterstützende Finanzierung, für mehr Beratung und Transparenz, für Qualitätssicherung und Zertifizierung. Darüber hinaus sind die Tarifvertragsparteien darin zu unterstützen, die Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung durch Branchenfonds zu fördern.

Für Erwerbslose müssen Rechtsansprüche auf berufliche Weiterbildung im Arbeitsförderungsrecht eingeführt werden. Als weiterführende Maßnahme im Bereich der beruflichen (nicht betrieblichen) Weiterbildung schlägt die Arbeitnehmerseite vor, über die Arbeitslosenversicherung finanzierte Bildungszeiten in Abhängigkeit von der Dauer der Beitragsleistung einzuführen. Die Arbeitslosenversicherung soll im Sinne einer Beschäftigungsversicherung präventiv weiterentwickelt werden. Eine Verzahnung mit Langzeitarbeitskonten soll eröffnet werden.

Die Finanzierung der individuellen Weiterbildung soll mit einem Erwachsenen-BAföG für das Nachholen eines Hochschulstudiums und beruflicher Abschlüsse gewährleistet werden. Die Teilnahme an der Aufstiegsfortbildung soll wie bisher durch das Meister-BAföG finanziert werden, alle anderen individuellen Weiterbildungsmaßnahmen mit einem einkommensunabhängigen, sozialverträglich ausgestalteten Darlehen.

Ergänzendes Votum der Gruppe der Beauftragten der Länder zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2013

Die Länder schließen sich dem Dank des Hauptausschusses an. Sie begrüßen die insgesamt positive Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt; sie weisen dabei jedoch auch darauf hin, dass das duale System der Berufsausbildung nicht unabhängig ist von konjunkturellen Einflüssen und regionalen/strukturellen Disparitäten. Diese sorgen dafür, dass Jugendliche unversorgt bleiben bei gleichzeitig unbesetzten Ausbildungsstellen. Es gibt somit deutliche Passungsprobleme, auf die im Berufsbildungsbericht an mehreren Stellen eingegangen wird. Daher ist rechtzeitig Vorsorge zu treffen, vor allem auch hinsichtlich verbesserter Maßnahmen zur Optimierung der Berufswahl und zur Erhöhung der Qualität der Ausbildung.

Dazu gehört auch, dass der Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung weiter und noch stärker auf die eigentliche Zielgruppe der Jugendlichen, die noch nicht oder nicht vollständig ausbildungsreif sind, konzentriert wird.

Bei der Konzeption und Durchführung von Förderprogrammen des Bundes sind die unterschiedlichen Strukturen in den Ländern zu berücksichtigen. Bundesweite einheitliche Programme werden begrüßt, sind aber vorab mit den Ländern besser, insbesondere auch auf deren Förderstruktur abzustimmen, um einen hohen Nutzen zu haben. Dagegen haben Einzelprojekte des Bundes nur einen begrenzten Wert, da sie nur punktuell wirken und regelmäßig nicht nachhaltig angelegt sind. Angestrebt werden sollte daher eine abgestimmte und wesentlich konsequentere Arbeitsteilung zwischen dem Bund und den Ländern.

Als wesentliches Element zur Fachkräftesicherung wird der weitere Ausbau der beruflichen Weiterbildung gesehen. Insbesondere die endogenen Fachkräftepotenziale in den Unternehmen gilt es durch eine Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung und die Nachqualifizierung ungelerner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser auszuschöpfen.

Zur nachhaltigen Fachkräftesicherung gehört auch eine noch stärkere Berücksichtigung abschlussbezogener Maßnahmen im Bereich der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) durch die Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise die Jobcenter.

14,1 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahre verfügen über keinen Berufsabschluss. Diese jungen Menschen werden als Fachkräfte gebraucht. Nachqualifizierung ist somit der richtige Ansatz sowohl für gering qualifizierte Beschäftigte als auch zur nachhaltigen Integration von Arbeitslosen in das Beschäftigungssystem.

Über die schwierige Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt im letzten Jahrzehnt hat die geregelte Fortbildung zwar nicht an Bedeutung, aber doch an Aufmerk-

samkeit in der Öffentlichkeit verloren. Sie wird meist nur noch unter dem Gesichtspunkt der Kosten für die Prüfungsteilnehmer diskutiert. Dabei ist diese ein entscheidendes Element der beruflichen Bildung. Daher sind alle Partner in der beruflichen Bildung gefordert, das System der geregelten Fortbildung zu stärken.

Der Fachkräftebedarf der Betriebe kann in einigen Bereichen kaum oder nicht mehr gedeckt werden. Hier gilt es, vorausschauend alle Maßnahmen zu ergreifen, um dem zu begegnen. Wie auch in den Zeiten des Ausbildungsplatzmangels sind auch jetzt wieder alle Akteure gefordert, kreative und sachgerechte Lösungen zu finden. Zunächst gilt es, alle Bildungsreserven zu mobilisieren. Auch leistungsschwache Jugendliche oder Menschen mit Behinderung sind wertvolle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Einerseits sind sie von staatlicher Seite dem Leistungsvermögen entsprechend zu bilden, aber auch die Sozialpartner sind aufgerufen, betriebsgerechte Lösungen zu finden. Besonders gilt es, auch Menschen ab mittlerem Alter noch eine sinnvolle abschlussbezogene Ausbildung zu ermöglichen und Ältere durch zielgruppenadäquate Weiterbildung und flankierende Unterstützung in Beschäftigung zu halten.

